

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Dilemmas der Sozialpolitik

Jacek Kuron	Soziale Gerechtigkeit als soziale Bewegung
Richard B. Freeman	Postkommunistische Schizophrenie
Ira Katznelson	Jenseits von Sozialismus und Liberalismus
Hans-J. Wagener	Enttäuschungen, Wunder und rationaler Diskurs
Aleksander Smolar	Vom <i>homo sovieticus</i> zum Bürger
Claus Offe	Akteure und Agenda der Reform

Vergangenheiten

Tony Judt	Politische Mythen im Nachkriegseuropa
Markus Meckel	Vergangenheit als gesamtdeutsche Aufgabe
Dieter Simon	Verstellung und Waschzwang
Stefan Chwin	Die Furcht. Erzählung
Elemer Hankiss	Der ungarische Medienkrieg
Leszek Kolakowski	Vorwitzige Bemerkungen zum neuen Katechismus
Simon Norfolk	Willkommen, Bienvenue, Welcome. Photographien

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt.

Herausgeber: Krzysztof Michalski.

Redaktion: Otto Kallscheuer (Berlin) und Klaus Nellen (Wien); Assistenz: Johanna Wagner (Wien)

Redaktionskomitee: Jan Blonski (Krakau), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Berlin), Tony Judt (New York), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Chris Niedenthal (Warschau, Photographie), Susanna Roth (Bratislava), Jacques Rupnik (Paris).

Beirat: Lord Dahrendorf (Oxford), François Furet (Paris), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York).

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30, mail: transit@iwm.at / Home Page: <http://www.univie.ac.at/iwm>

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85. mail: verlag@neuekritik.de



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0679-7

Transit is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the *International Bibliography of the Social Sciences*.

Textnachweise: Der Beitrag von Judt erschien zuerst in englischer Sprache in: *Daedalus*, Vol. 1, Nr. 4 (»Immobile Democracy?«), Herbst 1992. Dem Artikel von Simon liegt ein Vortrag zugrunde, den er zum diesjährigen Mitgliedertreffen des IWM gehalten hat. Zu Chwin vgl. die Nachbemerkung zu seinem Text.

© für den Photoessay: Simon Norfolk/SELECT.

© 1993 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit/IWM.

Transit Heft 6 Herbst 1993

Editorial 2

Dilemmas der Sozialpolitik

Jacek Kuron, *Man muß träumen. Soziale Gerechtigkeit als soziale Bewegung* 6

Richard B. Freeman, *Postkommunistische Schizophrenie* 25

Ira Katznelson, *Jenseits von Sozialismus und Liberalismus* 29

Hans-Jürgen Wagener, *Von Enttäuschungen, Wundern und rationalem Diskurs* 39

Aleksander Smolar, *Vom homo sovieticus zum Bürger* 51

Claus Offe, *Akteure und Agenda der Reform* 63

Vergangenheiten

Tony Judt, *Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa* 87

Markus Meckel, *Vergangenheit als gesamtdeutsche Aufgabe* 121

Dieter Simon, *Verstellung und Waschzwang. Notizen zur Tugend der Herrschenden* 133

Stefan Chwin, *Die Furcht. Erzählung* 148

Elemér Hankiss, *Der ungarische Medienkrieg* 156

Leszek Kolakowski, *Vorwitzige Bemerkungen eines Laien zum neuen Katechismus* 174

Simon Norfolk, *Willkommen, Bienvenue, Welcome. King's Cross, London 1992. Photographien* 185

Zu den Autoren 193

Editorial

Nach dem Ende des Wettstreits der Systeme scheint die Frage angebracht, was Sozialpolitik heute soll und kann. Das vorliegende Heft konzentriert sich auf die Schwierigkeiten, die sich mit ihrer Neuschaffung in den postkommunistischen Gesellschaften ergeben. Die Untersuchung dieser extremen Situation wirft Licht auch auf die Probleme westlicher Sozialpolitik.

Der Idee der Freiheit und dem Ideal des Wohlstands setzte der Kommunismus die Idee der sozialen Gerechtigkeit entgegen. Man kann den Ausbau des Wohlfahrtsstaats in den westlichen Nachkriegsgesellschaften auch als Annahme dieser Herausforderung interpretieren. Stellen heute, nachdem mit dem Kommunismus der Versuch gescheitert ist, soziale Gerechtigkeit auf Kosten der Freiheit und gegen die Logik des Marktes zu verwirklichen, die westlichen Varianten der Sozialpolitik Modelle für ihre Rekonstruktion in den postkommunistischen Gesellschaften dar?

Ein Problem besteht darin, daß dort der Übergang zur Marktwirtschaft nicht nur die alten Strukturen sozialer (Schein-)Sicherheit größtenteils zerstört, sondern auch enorme zusätzliche soziale Kosten mit sich bringt, ohne daß einstweilen ausreichende Mittel zur Schaffung und Unterhaltung neuer wohlfahrtsstaatlicher Strukturen zur Verfügung stehen.

Oder, wie Jacek Kuron, Mitbegründer der *Solidarnosc* und heute polnischer Minister für Arbeit und Soziales, schreibt: »Wir wissen inzwischen, daß es keine Freiheit ohne Markt gibt. Aber die Wirklichkeit der letzten Jahre hat uns brutal belehrt, daß der Markt nicht gleichbedeutend mit Freiheit ist. Die Mehrzahl der Menschen in Polen ist zu arm, um die Freiheit in Anspruch zu nehmen, die der Markt mit sich bringt.«

Hinzu kommt, daß der von der Wirklichkeit enttäuschte Blick sich zunehmend nostalgisch auf die verlorenen sozialen Segnungen der alten Ordnung zurückwendet; daß sie oft fiktiv waren und ihr Preis hoch, wird vergessen. Und der Blick nach Westen idealisiert ebenfalls: Auch der Sozialstaat westlichen Typs ist mit abnehmender Prosperität heute in Schwierigkeiten geraten.

Können, wie Kuron vorschlägt, Dezentralisierung und Selbstorganisation der Wohlfahrt zur Überwindung der Krise der bisherigen Modelle sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit beitragen? Nach dem Untergang der alten Weltordnung, in einer Zeit, da allenthalben das Ende der Utopie

verkündet wird, beschwört Kuron noch einmal die universale Idee der sozialen Gerechtigkeit als letzte Chance für eine in Partikularismen zerfallende Zivilisation. Er plädiert für eine Vielfalt kleiner Utopien, die in eine große soziale Bewegung münden.

Die hier versammelten Analysen nehmen die von Kuron thematisierte Problematik der Neuschöpfung der Wohlfahrt aus politologischer, soziologischer und ökonomischer Perspektive auf. Auf den sozialpolitischen Traum des Politikers reagieren die Wissenschaftler – naturgemäß – skeptisch. Den Tenor der Kritik könnte man so zusammenfassen: In Gesellschaften, in denen der Staat diskreditiert ist, die Bürgergesellschaft sich noch in Rekonstruktion befindet und die politische Landschaft sich erst ausdifferenziert, liegt der Rückgriff auf »Selbsthilfe« nahe. Wie verdientvoll diese einerseits in Zeiten der Krise (oder des Widerstands) auch sein mag und wie nützlich andererseits als Waffe gegen die Ungerechtigkeit des Marktes oder gegen die Übermacht der Bürokratie – es stellt sich die Frage, inwieweit Selbsthilfe über solche Ausnahmesituationen bzw. Korrekturfunktionen hinaus eine Geltung als Gegenmodell beanspruchen kann; anders gesagt, inwieweit der Wohlfahrtsstaat durch eine Wohlfahrtsgesellschaft ersetzt werden kann.

Die Vision eines Dritten Weges ist in den postkommunistischen Gesellschaften immer noch lebendig, konstatiert Hans-Jürgen Wagener. In Polen etwa gibt es eine spezifische Mischung aus antikapitalistischem Syndrom und Skepsis gegenüber dem Staat. Die Gründe für die Aversion gegen den freien Markt liegen, so Aleksander Smolar, »einerseits in der Erbschaft des Sozialismus, im Egalitarismus der *Solidarnosc*, in der authentischen Tradition der Arbeiterselbstverwaltung, andererseits in der Skepsis des traditionellen polnischen Katholizismus gegenüber dem freien Markt, dem Kapitalismus, der liberalen Konzeption der Freiheit.« Die Aversion gegen den Staat entspringt natürlich der Erfahrung der letzten vier Jahrzehnte. Daher spricht Smolar von der Notwendigkeit sowohl einer Restitution der vom Kommunismus delegitimierten Ungleichheiten der kapitalistischen Ordnung als auch einer Relegitimierung des (Wohlfahrts-)Staates.

Ira Katznelson liest Kurons Appell vor der Folie einer 1938 erschienenen programmatischen Untersuchung des Historikers Elie Halévy, die im »Zeitalter der Tyrannen« die liberale und die sozialistische Tradition wieder miteinander zu verknüpfen sucht. Trotz des unterschiedlichen historischen Kontextes gibt es frappante Analogien zwischen beiden Ansätzen. Was die politische Umsetzung betrifft, bleibe, meint Katznelson, Kuron allerdings zwiespältig, insbesondere hinsichtlich der Rolle des Staates. Darüber hinaus würde erst die Einbeziehung der politischen Parteien Kurons Modell funktionsfähig machen.

Claus Offe verweist in seiner umfassenden Analyse der Wohlfahrtspro-

blematik im »Neuen Osten« auf die Ausbildung von starken assoziativen Strukturen bzw. von Kollektivakteuren als unabdingbarer Voraussetzung für Sozialpolitik in postkommunistischen Gesellschaften. (Er merkt an, daß diese Strukturen heute umgekehrt in den »postmodernen« Gesellschaften westlichen Typs Auflösungserscheinungen zeigen. Vielleicht ein Grund für die merkwürdige und ambivalente Renaissance regionaler, ethnischer, tribaler kollektivbildender Identitäten in beiden Gesellschaftstypen.)

Auch Freeman zeigt gegenüber Kurons Vorschlägen Skepsis, wendet diese aber schließlich gegen die eigene Theorie: »Der Zusammenbruch des Kommunismus hat uns gezeigt, was nicht funktioniert. Aber wer weiß schon, was funktioniert, wenn eine Gesellschaft über den Abgrund der Übergangsperiode hinweggeführt wird.«

Keinem Zweifel unterliegt offensichtlich Kurons Warnung, daß die Länder des ehemaligen Ostblocks mit ihrem sozialen Sprengstoff für den Westen heute eine ungleich größere Bedrohung der politischen Stabilität darstellen als vorher. Die dramatischen sozialpolitischen Probleme der »Rückkehr nach Europa« sind so unmittelbar auch Probleme der glücklicheren Hälfte des Kontinents. Die reicheren Gesellschaften täten gut daran, den ärmeren nach Kräften zu helfen.

Das Thema »Vergangenheiten« nimmt das des zweiten Heftes von *Transit* wieder auf – die »Rückkehr der Geschichte«. Europa hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg, so der Historiker Tony Judt in seinem Essay, eine zutiefst falsche Identität verschafft: Sie beruht – quer durch den Kontinent – auf Vergessen, Verdrängen oder Verklären der Vergangenheit. Schon wenige Jahre nach Kriegsende wurde im Zuge des zukunftsorientierten Aufbaus eines neuen Europa – integrierte Marktgemeinschaft im Westen, gesellschaftliche Revolution im Osten – die Vergangenheit zum Hindernis und Störfaktor: Sie wurde daher neutralisiert oder eliminiert, in Mythen umgebogen oder tabuisiert.

»Die Art und Weise, wie die offiziellen Versionen von der Kriegs- und Nachkriegszeit sich in jüngster Zeit aufgelöst haben, läßt meines Erachtens auf ungelöste Probleme schließen, die den Kern der derzeitigen kontinentalen Krise bilden. Das gilt für West- wie für Osteuropa gleichermaßen, wenn auch auf verschiedene Weise.« In den nach 1989 allenthalben ausgebrochenen Historikerstreiten meldet sich die Vergangenheit vehement zurück. Zugleich scheinen heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, die alten Verdrängungsmechanismen abermals am Werk und neue Mythen im Entstehen. Nicht nur in Osteuropa: »Westeuropa schwimmt schon jetzt in einem Meer von Fehlerinnerungen an seine eigene Einstellung zum Kommunismus vor 1989.« So droht auch diesmal Europa auf historischem Sand neu- und umgebaut zu werden, »der mindestens genauso nachgiebig ist wie der Sand, auf dem das Nachkriegsgebäude errichtet worden war.«

Markus Meckel versucht, dieser Gefahr bewußt, eine Neubestimmung der Aufgaben einer gesamtdeutschen Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur des 20. Jahrhunderts.

Dieter Simon geht dem stets prekären und derzeit wieder einmal an einem Tiefpunkt angelangten Verhältnis zwischen Politik und Moral nach. Sein Beitrag gehört insofern eigentlich nicht zum Thema »Vergangenheiten«, im Gegenteil. Die Verbindung wird gleichwohl durch seine Diagnose eines »gesamtdeutschen Waschwangs« hergestellt, der sich in den Heucheleien der neuesten deutschen Vergangenheitsbewältigung äußert. »Das Westgewissen war außerordentlich schlecht. Denn man erinnerte sich gut, daß man vor fast 50 Jahren nicht nur jeglicher Säuberung auswich, sondern sich sogar den Gedanken an eine ›Selbstreinigung‹ untersagte, mit äußerst unangenehmen, Dezennien später auftretenden und heute noch fortwirkenden Folgen. Was der Westen nicht tat, sollte deshalb der Osten, der grundsätzlich vom Westen zu lernen hat, gründlich und perfekt nachholen. Man ist westlicherseits auch gern bereit, dabei zu helfen und besonders hohe Anforderungen an (...) das Ethos des Widerstandes zu stellen.«

Der polnische Schriftsteller Stefan Chwin nähert sich der Nachkriegsgeschichte aus einer besonderen Perspektive. Es ist der neugierige Blick eines Kindes, das versucht, die von den Deutschen verlassenen Straßen, Häuser und Gärten eines Danziger Vororts zu entziffern – eine Passage aus den Erinnerungen des Autors an eine Kindheit im Schatten von Stalin und Hitler.

Elemer Hankiss, bei Erscheinen dieses Heftes vielleicht nicht mehr Intendant des Ungarischen Fernsehens, berichtet in seinem Beitrag von den Schwierigkeiten (und dem Vergnügen), aus einer immer noch nützlichen Propagandamaschine ein öffentliches Medium zu machen. Leszek Kolakowski schließlich nimmt Stellung zum neuen Katechismus der katholischen Kirche.

Wien, im August 1993

Jacek Kuron

Man muß träumen

Soziale Gerechtigkeit als soziale Bewegung

Polen wird zur Zeit zum wiederholten Male von einer Streikwelle erfaßt, wohl der größten unter der Regierung des sogenannten Solidarnosc-Lagers. Der wichtigste Organisator dieser Streiks, die sich – wie die neuesten Meinungsumfragen zeigen – einer recht breiten Unterstützung in der Bevölkerung erfreuen, ist die Gewerkschaft *Solidarnosc*.

Die Streiks begannen zu einem Zeitpunkt, zu dem Polen als erstes postkommunistisches Land deutliche Anzeichen einer positiven Entwicklung verbuchen konnte. Das klingt zwar paradox, ist aber ein durchaus normales Phänomen. Darüber hinaus kann man mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß dies nicht die letzten Massenstreiks der Übergangsperiode gewesen sein werden.

Es kann passieren, daß der Prozeß des Umbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung durch solche Konflikte erheblich verlangsamt oder für eine gewisse Zeit sogar blockiert wird. Es ist aber auch möglich, Konflikte mit Hilfe eines gesellschaftlichen Dialogs, einer konstruktiven Verständigung zu bewältigen, was die positive Entwicklung erheblich beschleunigen würde. Wir befinden uns heute an einem dramatischen Scheideweg. Vor einem ähnlichen Dilemma stehen zur Zeit jedoch nicht nur die postkommunistischen Länder, sondern die ganze Welt. Vieles wird davon abhängen, ob es uns gelingt zu verstehen, was um uns herum geschieht. Wenn wir den Kommunismus ausschließlich als die Verkörperung des Bösen betrachten, werden wir die postkommunistische Epoche nicht begreifen können. Deshalb müssen wir mit einer Überprüfung dieses Modells beginnen.

Soziale Sicherheit im realen Sozialismus

Der reale Sozialismus stellte ein System der zentralen Lenkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dar und implizierte damit auch ein System zentraler Verteilung. Im Prinzip waren alle Bürger Angestellte des Staates, und Arbeitsplätze stellten ein Gut von unbegrenzter Verfüg-

barkeit dar. Die Löhne wie auch andere Geldleistungen sollten praktisch nur für Lebensmittel und Kleidung reichen. Andere Güter – wie Wohnung, Energie, Heizung, medizinische Versorgung, Medikamente, Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Universitäten, Bücher, Kinokarten oder Ferienaufenthalte für Kinder und Erwachsene – sollten umsonst zur Verfügung stehen. Jedem Beschäftigten stand eine Altersversorgung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie eine Rente im Falle einer Erwerbsunfähigkeit zu.

Man kann also sagen, daß die Absichten der sozialistischen Ideologen verwirklicht worden sind: Man hat ein System maximaler sozialer Sicherheit aufgebaut und gleichzeitig die Menschen ihrer Freiheit und Selbstbestimmung beraubt. Die größte soziale Sicherheit gibt es bekanntlich im Gefängnis.

Die Mehrheit der Polen erlebte diese Beschränkung der Freiheit – zumindest in der ersten Zeit der Volksrepublik Polen – als eine Unterdrückung der nationalen Kultur und der katholischen Tradition. Aber was die hier beschriebene Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit anbetrifft, wurde sie von der Bevölkerung für völlig normal erachtet und akzeptiert. Das zeigen ältere und neue empirische Untersuchungen. Aus ihnen geht hervor, daß die Unzufriedenheit mit dem Sozialismus aus der Diskrepanz zwischen durchaus akzeptierten sozialistischen Prinzipien und ihrer mangelnden Verwirklichung herrührte.

Der reale Sozialismus war ein Versuch, soziale Gerechtigkeit mittels einer zentralen Verteilung zu realisieren, d.h. indem der freie Markt liquidiert wurde. Aber gerade in der Konkurrenz mit dem freien Markt hat das System verloren. Im Grunde stand es gegenüber dem freien Markt von Anfang an auf verlorenem Posten, seine Anführer waren angesichts unüberwindbarer Schwierigkeiten immer wieder gezwungen, sich der Marktmechanismen zu bedienen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Abschaffung des Marktes einen Mangel an ökonomischer Effizienz zur Folge hatte. Dieses Phänomen ist ausführlich genug beschrieben worden. Der reale Sozialismus wird manchmal als System der Mangelwirtschaft bezeichnet. Die mangelnde ökonomische Effizienz dieses Systems ist eine unbestreitbare Tatsache, die zu einer drastischen Senkung des Angebots führt. Selten wird aber zur Kenntnis genommen, daß die Liquidierung des Marktes sich auch auf die Nachfrage auswirkt, die indirekt und direkt um ein vielfaches erhöht wird. Denn die Nachfrage für zentral verteilte Güter findet ihre Grenze nur in den Ansprüchen der Menschen.

In den Zeiten des Stalinismus, vor allem in der Sowjetunion, führte der Massenterror und die mit ihm verbundene totale staatliche Kontrolle von Information und Bewegungsfreiheit zu einem sehr niedrigen Anspruchsni-

veau. Dennoch war die Nachfrage immer höher als das Angebot; es gibt keine objektiven Indikatoren, die erlauben würden zu behaupten, daß außerhalb der Lager und Gefängnisse die Ursachen dafür ausschließlich auf seiten des Angebots lagen. Unabhängig von der Effizienz einer Ökonomie ist die Verfügbarkeit von Gütern grundsätzlich begrenzt, während die Nachfrage stets unbegrenzt ist. Dies erzwingt die offizielle oder inoffizielle Einführung von Rationierungsmaßnahmen. Im Endeffekt werden die einen bevorzugt, andere diskriminiert, was einer drastischen Einschränkung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit gleichkommt.

Nachdem die regierenden Kommunisten nach 1956 die Methoden des Massenterrors aufgegeben hatten, ergab sich die Möglichkeit, durch Streiks, Demonstrationen sowie zunehmend besser organisierte Bürgerbewegungen Druck auf die Machthaber auszuüben. Wenn man die Forderungen und Parolen dieser Bewegungen analysiert, kann man feststellen, daß sie vor allem auf die Wiederherstellung der Gerechtigkeit abzielten – Abschaffung der Privilegien und allgemeiner Zugang zu jenen Gütern, die für ein würdiges Leben unverzichtbar sind. Mit anderen Worten: Ja zum Sozialismus – Nein zu seiner Deformierung.

Ein zentrales Verteilungssystem fördert Anspruchshaltungen, die inoffizielle Rationierung von Gütern das Spekulantentum. Menschen, die sich um ihre Selbstbestimmung gebracht fühlen, können sich individuell durchlavieren oder aber sie organisieren Bewegungen, um Druck auf die Machthaber auszuüben. Eine starke Bewegung, die an die Anspruchshaltungen der Allgemeinheit appelliert, ist in der Lage, ihren Teilnehmern das Gefühl der Selbstbestimmung zurückzugeben. Die Menschen nehmen damit ihr Leben in die Hand, beschränken sich aber darauf, von den Regierenden zu fordern, mehr und besser zu verteilen.

Ein Faktor, der die Erwartungen der Menschen anheizte und damit ihre Anspruchshaltung verstärkte, war das westliche Konsumverhalten, das in allen Ländern des realen Sozialismus und insbesondere in Polen wohlbekannt war. Dieses Konsumverhalten wurde allerdings entsprechend den als normal akzeptierten Prinzipien der gesellschaftlichen Zusammenarbeit im realen Sozialismus interpretiert, das heißt losgelöst von den Prinzipien der Marktwirtschaft: Man erwartete einfach, daß die westlichen Waren in der üblichen Weise vom kommunistischen Staat verteilt würden; man forderte volle Geschäfte, ohne zu bedenken, daß dies nur im Zusammenhang mit einem entsprechenden Preis- und Lohnniveau möglich ist. Die Ansprüche stiegen, während die ökonomische Effizienz eher sank. Damit wuchs die gesellschaftliche Unzufriedenheit und mit ihr die Hoffnungen, die sich mit dem Sturz des kommunistischen Systems verbanden.

Die große Transformation

Der Sturz des Kommunismus und die Einführung der Marktwirtschaft wurde von der ganzen Bevölkerung unterstützt. Man rechnete mit einer schnellen Verbesserung der Lebensbedingungen und vertraute der *Solidarnosc*, die beim Übergang die entscheidende Rolle gespielt hatte. Die *Solidarnosc* war eine Massenbewegung für gesellschaftliche Selbstbestimmung in der oben dargestellten Form; insofern war sie von der Logik des alten Systems geprägt. Die Folgen des beginnenden Umbaus mußten daher wie ein Schock wirken.

Von Anfang an, also bereits ab Januar 1990, füllten sich die Geschäfte. Doch waren bis dahin die Menschen der Mittelschicht in der Lage gewesen, praktisch alles, was in die Geschäfte kam, käuflich zu erwerben, so erwies sich das jetzt als unmöglich. In der Volksrepublik Polen gehörten zur Mittelschicht qualifizierte Arbeiter, Lehrer, Angestellte, Ärzte und Bauern. Sie waren die tragende Kraft im Widerstand gegen den realen Sozialismus gewesen und spürten jetzt schmerzlich die soziale Ungerechtigkeit der Marktwirtschaft.

Als die Subventionierung der Produktion eingestellt wurde, mußten die Menschen das, was sie vorher in indirekter Form vom Staat bezogen hatten, jetzt in Form von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in Anspruch nehmen. In meiner Funktion als Minister für Arbeit und Soziales war ich mit diesen Dingen befaßt, und ich weiß, daß man diese Form der Unterstützung nicht ohne Grund als Demütigung empfindet.

Wird die Wohnungswirtschaft nicht weiter subventioniert, führt dies zu einem Anstieg der Energie-, Heizung- und Mietpreise, was natürlich eine allgemeine Unzufriedenheit hervorruft. Viele Familien werden mit den damit entstehenden Problemen nicht fertig. Man muß zugleich bedenken, daß die Einrichtungen für Sozialhilfe sich nur langsam entwickeln, viel langsamer als die Preise, die den makroökonomischen Entscheidungen folgen.

In Anbetracht all dessen wird zunehmend Druck auf die Regierung ausgeübt, sie möge den Menschen helfen und soziale Gerechtigkeit schaffen. Gleichzeitig verringern sich aber die Haushaltsmittel des Staates in dem Maße, wie die staatlichen Betriebe, bisher die wichtigsten Steuerzahler, schwächer werden. Der privatwirtschaftliche Sektor wächst zwar schnell, doch ist die Finanzverwaltung nicht gerüstet, die riesige Zahl kleiner und mittlerer Betriebe zu kontrollieren, die bemüht sind, die Vorschriften zu umgehen. Immer weniger Geld steht für Bildung, Gesundheitswesen, Renten und Sozialhilfe zur Verfügung, ganz zu schweigen von dem für Kultur und Umweltschutz.

Das System der maximalen sozialen Sicherheit ist zusammengebrochen, während der Aufbau des neuen Systems nur langsam und mit Widerstän-

den vorangeht. Die Angst vor einer ungewissen Zukunft ist das, was die Menschen im Moment am meisten bewegt. Deshalb wächst die Unzufriedenheit mit der Regierung und die Enttäuschung über die Marktwirtschaft. Neue Meinungsumfragen haben ergeben, daß 29% der Polen die allgemeine Richtung der Veränderungen unterstützen, 39% lehnen sie entschieden ab. Rechnet man die weniger Entschiedenen dazu, gibt es fast 60% Unzufriedene. Es kann nicht überraschen, daß unter diesen Umständen Demagogen an Zulauf gewinnen, das Parlament zersplittert ist und die Regierung oft wechselt.

Das alles fördert nicht gerade die Herausbildung der erforderlichen neuen Qualifikationen in Politik und Verwaltung, umso weniger als es keine Erfahrungen gibt mit einem gesellschaftlichen Umbau eines solchen Ausmaßes, wie er in den postkommunistischen Ländern stattfindet. Alle Qualifikationen, die in hochindustrialisierten Ländern erworben werden, zielen auf eine Übernahme von Aufgaben innerhalb relativ stabiler Strukturen ab, von denen bei uns nicht die Rede sein kann.

Trotz dieser Schwierigkeiten erlaubte die Unterstützung, welche die *Solidarnosc* am Anfang des Übergangsprozesses genoß, einen radikalen Einstieg in die Marktwirtschaft: Die makroökonomischen Entscheidungen der Regierung und des Parlaments fanden Akzeptanz, und der relative gesellschaftliche Frieden sowie die verbreitete Fähigkeit zur Selbstorganisation, wie sie die *Solidarnosc*-Bewegung herausgebildet hatte, trugen mit dazu bei, daß die Einführung des Marktes vielen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen erlaubte, einen wirklichen Umbau in die Wege zu leiten. Zur Zeit stammt fast die Hälfte des außerhalb der Landwirtschaft erwirtschafteten Bruttosozialprodukts aus dem Privatsektor – verglichen mit knapp 10% vor drei Jahren. Dabei beschäftigt der Privatsektor 42% der Arbeitskräfte (die Landwirtschaft nicht mitgerechnet), gegenüber 10% vor drei Jahren. Es gab einen erheblichen Zuwachs im Dienstleistungssektor, wo zur Zeit 40% der Arbeitskräfte (ohne die Landwirtschaft) beschäftigt sind, gegenüber 16% früher. Der Export steigt stetig, und auf dem Binnenmarkt gibt es immer mehr Produkte, die westlichen Produkten an Qualität in nichts nachstehen.

Die 1990 gewählten kommunalen Selbstverwaltungen haben sich im großen und ganzen bewährt. Eine Vielzahl von Initiativen wird von ihnen angekurbelt und unterstützt. Die kommunalen Haushalte sind im Gegensatz zum Staatshaushalt nicht defizitär. Auf lokaler Ebene entstehen die unterschiedlichsten Vereine, Stiftungen und wirtschaftliche oder soziale Initiativen. So kann sich zum Beispiel das Niveau außerstaatlicher Sozialdienste durchaus mit dem Westen messen. Es ist vermutlich ein Ausdruck des Erfolgs dieser unterschiedlichsten lokalen Initiativen einschließlich der kommunalen Selbstverwaltungen, wenn 60% der Befragten in unserem

Land die Veränderungen, die in den letzten drei Jahren in ihrem Umfeld stattgefunden haben, positiv bewerten.

Die Unterschiede in der Bewertung der staatlichen und der lokalen Ebene ist wohl eine verständliche Folge des Zusammenbruchs eines zentralisierten, staatlichen Systems einerseits und des Aufbaus einer wirtschaftlich, regional und lokal pluralistischen Gesellschaft andererseits. Es zeichnen sich jedoch Ungleichmäßigkeiten in dieser Entwicklung ab, die für den Prozeß der Transformation und für den gesellschaftlichen Frieden bedrohlich werden könnten.

Der Mythos der Arbeiterklasse

Im Realsozialismus verkündete die Propaganda, daß die Arbeiterklasse in der Gesellschaft eine besondere Rolle spiele, die führende, die regierende Kraft der Nation sei usw. In der täglichen Praxis waren die Arbeiter von der Einschränkung der Freiheit nicht weniger betroffen als andere Bürger, aber die Arbeiter der Großbetriebe – der Bergwerke, Stahlhütten und Rüstungsbetriebe – waren privilegiert, was die Löhne und – damals noch wichtiger – den Zugang zu verschiedenen Gütern anbelangte, die offiziell vom Staat verteilt wurden. Das betraf die Wohnungen, die medizinische Versorgung, die Ferienheime, die Sportanlagen, die Geschäfte, die Kantinen, die Gutscheine für Autos, Fernseher, Waschmaschinen – wer in einem solchen Betrieb beschäftigt war, wurde von ihm in fast allen Bereichen seines Lebens versorgt, und die Qualität dieser Versorgung übertraf den landesüblichen Standard. Gleichzeitig war damit ein hohes Ansehen in der Gesellschaft verbunden.

Die Untersuchungen über den Prestigewert verschiedener Berufe ergaben immer wieder, daß die Facharbeiter ganz oben, kurz hinter den Universitätsprofessoren und den Schriftstellern rangierten. Ich beziehe mich hier jedoch lediglich auf etwa 150 bis 200 Betriebe, die unmittelbar dem Zentralkomitee unterstanden und dadurch besonders privilegiert waren.

Wie bereits erwähnt, hatte die faktische Situation der Arbeiterklasse – trotz ihrer Privilegien – nichts mit der mythischen Rolle zu tun, die ihr von den Führern und Ideologen der Partei zugeschrieben wurde.

Doch 1956 und im Winter 1970/71 kam es zu einer Verschmelzung der realen Rolle der Arbeiter mit ihrer mythischen Rolle. In beiden Fällen haben die Belegschaften der großen Betriebe einen Wechsel an der Parteit Spitze erzwungen und die Machthaber dazu gebracht, ihre Entfremdung von der Arbeiterklasse einzugestehen und grundsätzliche politische Veränderungen in Aussicht zu stellen. In beiden Fällen haben diese Veränderungen dann auch stattgefunden, auch wenn sie sich nicht ganz mit den Versprechungen deckten.

Im Juni 1956 erhoben sich die Arbeiter von großen Staatsbetrieben im Namen des polnischen Volkes und bekräftigten damit ihre führende Rolle. Entsprechend wurden die Arbeiterproteste dann auch von Wladyslaw Gomulka interpretiert, der damals auf den Posten des Ersten Parteisekretärs gehievt wurde. Im Dezember 1970 kamen die Arbeiter nicht dazu, ihre Forderungen zu artikulieren, aber Edward Gierek interpretierte ihren Protest ebenfalls als Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse, als er Erster Parteisekretär wurde. Im Januar 1971 sprachen die Stettiner Werftarbeiter abermals im Namen der Polen, und sie wurden von Gierek als Vertreter des Volkes behandelt. Diese Ereignisse bekräftigten im Bewußtsein der Arbeiter und der ganzen Gesellschaft den Mythos von der führenden Rolle der Arbeiterklasse.

Auch im August 1980 traten die Werftarbeiter im Namen der Gesellschaft und der Nation auf, sie führten Verhandlungen mit den Regierenden, die sie als eine der Gesellschaft äußerliche Macht betrachteten. Die *Solidarnosc* wurde geboren, und der Mythos von der Arbeiterklasse als führender Kraft der Nation wurde Wirklichkeit. Sowohl in ihrer Zentrale in Danzig wie auch in allen Regionen organisierte sich die Gewerkschaft um die großen Betriebe herum, und sie genoß die Unterstützung des größten Teils der Gesellschaft.

In der Zeit des Kriegsrechts und in den nachfolgenden Jahren äußerte sich der Widerstand in vielfältiger Form und in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft. Doch die Angst der Generäle und Parteisekretäre wurde erst durch die Streiks der Arbeiterjugend in den großen Betrieben und durch die Parole: »Es gibt keine Freiheit ohne *Solidarnosc*« geweckt. Als dann die *Solidarnosc* im Juni 1989 die Wahlen gewonnen hatte, als eine Regierung berufen wurde, deren Premierminister sich aus der *Solidarnosc* rekrutierte, stellte sich plötzlich heraus, daß mit der Niederlage der marxistischen Theorie auch die Arbeiterklasse samt ihrer führenden Rolle aufhörte zu existieren. Das ist sehr lange nicht in das Bewußtsein der Arbeiteraktivisten der *Solidarnosc* vorgedrungen.

Im Mai 1990 fand im historischen Saal der Danziger Werft, wo zehn Jahre zuvor das Danziger Abkommen unterzeichnet worden war, ein Treffen zwischen dem Premier und seinen Ministern und den Vertretern der Werft statt. Die Werftarbeiter, häufig ehemalige Kollegen der Minister, sprachen mit den Regierungsvertretern in scharfem Ton. Sie fühlten sich berechtigt, der Regierung Anweisungen zu geben und sie zu tadeln. Sie machten Vorwürfe, daß die Veränderungen zu langsam voranschritten, daß immer noch viele Mitglieder der Nomenklatura an der Macht und die kommunistischen Privilegien nicht abgeschafft seien und daß jeder Bananenhändler mehr verdiene als ein Werftarbeiter. Später bestellte Walesa die Regierung und die Abgeordneten in die Werft und erklärte, daß die Arbei-

ter den ganzen Papierhaufen (er meinte die Gesetze und Verordnungen) mit einer Hand vom Tisch wischen könnten. Bei einigen Streiks versuchte man noch, sich allgemeiner und nationaler Forderungen zu bedienen, aber allen, einschließlich der Streikenden, war bereits klar, daß dies nur noch Dekoration für partikulare, den eigenen Betrieb und die eigene Branche betreffende Forderungen war.

Die Bewegung für die Wahl Walesas zum Präsidenten war der letzte Versuch, den Mythos der Arbeiterklasse zu retten und zugleich einer Politik, die als gegen die Arbeiter gerichtet empfunden wurde, eine Absage zu erteilen. Bei manchen Aktivisten weckte das die Hoffnung, die *Solidarnosc* könne wieder die Rolle übernehmen, die sie in den Jahren 1980/81 innehatte. Doch Walesas Unterstützung der Wirtschaftspolitik von Balcerowicz machte diese Hoffnungen endgültig zunichte.

Die Einführung der Marktwirtschaft hat tatsächlich sämtliche Privilegien für die Betriebe der Schwerindustrie abgeschafft. Theoretisch war ihre Lage von einem Tag auf den anderen schwieriger als die der kleineren Betriebe und Dienstleistungsunternehmen. Aber real verfügten sie noch über Vorräte, Konten auf den Staatsbanken und gegenseitige Abkommen, die ihnen erlaubten zu überdauern. Ähnlich wie früher die Parteikomitees, hatten in diesen Betrieben jetzt *Solidarnosc*-Kommissionen leitende Funktionen inne, und lange Zeit konnten weder sie noch die Direktoren, die an eine politische Form der Betriebsleitung gewöhnt waren, begreifen, daß radikale Veränderungen ihrer Betriebsführung möglich oder gar notwendig sein sollten.

Die Staatsbetriebe entstammen dem System der zentralen Lenkung und Verteilung. Da sie keine Absatzprobleme kannten, hatten sie es auch nicht nötig, aktiv um Kunden zu werben, ihren Geschmack zu berücksichtigen oder die eigenen Produktionskosten zu senken, um mit konkurrenzfähigen Preisen neue Märkte erobern zu können. Staatsbetriebe beschäftigten mindestens ein Drittel mehr Personal als nötig und versuchten sowohl im Produktionsbereich wie im sozialen Bereich autark zu sein. So besaßen sie nicht nur – wie schon erwähnt – eigene Wohnsiedlungen, Kraftwerke, Schwimmbäder, Sport- und Ferienanlagen, sondern auch ihre eigenen Werkzeugmachereien, Fuhrparks, Reparaturwerkstätten und sogar – wie bei der Eisenbahn – eigene Schneiderwerkstätten. All das trieb natürlich die Kosten in die Höhe und entsprechend die Preise. Es ist also kein Wunder, wenn unter den Bedingungen der Marktwirtschaft solche Betriebe große Absatzprobleme bekommen und sich nicht halten können.

Zu allem Übel brach auch noch der wichtigste Absatzmarkt der Staatsbetriebe zusammen – nämlich die Sowjetunion und mit ihr der ganze Ostblock. Verschiedene Umfragen haben gezeigt, daß trotz alledem die meisten Mitarbeiter der Staatsbetriebe von dem hervorragenden Zustand ihres

Betriebs überzeugt sind. Die Absatzprobleme betrachten sie als eine zusätzliche Aufgabe für die Direktion und glauben nicht, daß irgendeine Umstrukturierung nötig wäre.

Es ist sicher ein Verdienst des Managements, wenn ein Teil der großen Betriebe einen Weg gefunden hat, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen einigermaßen zu funktionieren. Die meisten haben jedoch nur ihre Überschuldung vergrößert, ihr Vermögen aufgezehrt und sich heftig gegen jegliche Veränderung gewehrt. Nach Meinung der Belegschaften, aber auch der Gewerkschaftsfunktionäre ist die Regierungspolitik schuld an diesem Zustand, da sie aus rein ideologischen Gründen die Privatunternehmen gefördert und die Staatsbetriebe bekämpft habe.

Zum Symbol für diese Regierungspolitik wurde der sogenannte »popiwek« – eine progressiv anwachsende Besteuerung der Lohnzuwächse, die über eine festgelegte Norm hinausgehen. Diese Steuer betrifft nur die Staatsbetriebe, denn nur dort beeinflußt der Druck der Belegschaften die Lohnentwicklung unabhängig von den Erträgen. Außer dem »popiwek« zahlen die Staatsbetriebe noch die sogenannte »Dividende«, eine spezifische Vermögenssteuer, für die auch die betriebseigenen Wohnungen und Kraftwerke berechnet werden, welche ohnehin von den Betrieben bezuschußt werden müssen.

Es ist wahr, daß die verschiedenen Regierungen bis heute die Staatsbetriebe in Einklang mit der Logik der Marktwirtschaft sich selbst überlassen haben, in der Hoffnung, daß der Markt und der Steuerdruck sie zu Veränderungen zwingen würden. Doch unter den gegebenen Bedingungen waren die meisten Staatsbetriebe zu Veränderungen nicht in der Lage. Zur Problematik des Systemumbaus gesellte sich die der wirtschaftlichen Strukturveränderungen, die angesichts der weltweiten technologischen Entwicklung notwendig geworden waren. Das im Sozialismus geltende Primat der Stahl- und Schwerindustrie sowie des Bergbaus ist anachronistisch geworden. Diese Branchen müssen unbedingt zurückgefahren und rationalisiert werden, zugleich muß die Rüstungsindustrie wie auch die rückständige, konkurrenzunfähige Konsumgüterindustrie umstrukturiert werden.

Betrachten wir diese Aufgabe aus der Sicht der Regierung und der politischen Eliten, so verlangt sie nach einer programmatischen Konzeption und nach Mitteln. Aber eine Konzeption ist schwer zu haben, und Mittel gibt es nicht. Und die Arbeiter in den Großbetrieben hören, daß weder ihr Unternehmen noch die Branche eine Zukunft haben. Es ist kaum verwunderlich, wenn sich ihre Zukunftsunsicherheit und Angst in einer Ablehnung der Regierung Luft machen.

Die Wirtschaftsentwicklung, die gegenwärtig in Polen stattfindet, ist mit wenigen Ausnahmen an diesen Betrieben vorbeigegangen. Wir sprechen

hier von ganzen Regionen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, von Kleinstädten, die um einen untergehenden Betrieb entstanden sind, von einer Umwelt, in der die Luft, das Wasser und die Erde verseucht sind.

Angesichts all dessen ist es erstaunlich, daß nur die Hälfte der Arbeiter aus den Großbetrieben die Privatisierung ablehnt. Sie sehen in der Privatisierung lediglich Diebstahl und Betrug, denn ihrer Meinung nach kann es nur ein Dieb in Polen zu etwas bringen; und zu ausländischem Kapital fällt ihnen nur der Ausverkauf des nationalen Eigentums ein.

Nur 5% der Arbeiter unterstützen die Privatisierung ohne Vorbehalte und verstehen ihre Bedeutung, etwa 40% geben zögernd zu, daß in ihren Betrieb investiert werden müßte und besser qualifizierte Führungskräfte gebraucht würden. Vermutlich sind diese 40% das Ergebnis bereits erfolgter Privatisierungen, die den Belegschaften guten Verdienst gebracht haben. Die Mehrzahl der Arbeiter überschätzt jedoch den Wert ihres Betriebes und reagiert deshalb auf jedes Privatisierungsangebot, als ob es sich um Betrug handeln würde.

Ich habe oben gesagt, daß die Ordnung der sozialen Gerechtigkeit die Menschen ihrer Freiheit und Selbstbestimmung beraubt hat, daß es im Kommunismus jedoch Zeiten gab, in denen die Arbeiter sich diese Freiheit und Selbstbestimmung in den Protestbewegungen und schließlich in der Gewerkschaft eroberten. Der Niedergang des realen Sozialismus hat den Arbeitern keineswegs Freiheit und Selbstbestimmung gebracht. Im Gegenteil, sie haben nicht nur Privilegien und soziale Sicherheit verloren, sondern auch ihr Prestige eingebüßt und erleben sich als Objekt in einem Kräftepiel, das sie nicht verstehen und von dem sie deshalb nur das Allerschlimmste annehmen.

Die Gewerkschaften bestehen fast ausschließlich aus Mitarbeitern der Staatsbetriebe. Diese Menschen werden im Zuge des wirtschaftlichen Umbaus ins Abseits gedrängt, was ihre Radikalisierung und damit auch eine Radikalisierung der Gewerkschaften zur Folge hat.

Die *Solidarnosc* ist untrennbar mit den Reformen verbunden, aus ihren Reihen kommt ein großer Teil der gegenwärtigen staatlichen Elite, und ob es ihr paßte oder nicht, standen sämtliche Regierungen seit 1990 unter ihrem Vorzeichen – zumindest kam es der Bevölkerung so vor. Doch zugleich fühlt sich die Mehrheit der *Solidarnosc*-Mitglieder von der Politik dieser Regierungen diskriminiert und wird tatsächlich durch die Reformen an den Rand gedrängt. Daher die innere Widersprüchlichkeit in den Erklärungen und Aktivitäten von *Solidarnosc* – einerseits eine Radikalität in der Tonart, andererseits die Suche nach einem Kompromiß.

Ein Teil der früheren Aktivisten von *Solidarnosc* war gegen die Gespräche am »Runden Tisch« und gründete die *Solidarnosc 80*, die heute konsequent die Staatsbetriebe verteidigt. Entgegen den ursprünglichen Intentio-

nen verkündet sie ein utopisches Programm der Rückkehr zu den alten Zuständen und bedient sich dabei einer religiösen Phraseologie.

Die Gewerkschaft *OPZZ* wiederum wurde von den Kommunisten in der Zeit des Kriegsrechts gegründet. Sie wurde von unten, von der betrieblichen Ebene her aufgebaut, auf der selbständige Gewerkschaftsorganisationen entstanden, die sich in Branchengewerkschaften zusammenschlossen und schließlich die Allgemeine Polnische Gewerkschaftsallianz bildeten. Es scheint, daß diese Form des Aufbaus Menschen angezogen hat, die – natürlich im Rahmen der damals herrschenden Ordnung – tatsächlich die Interessen ihrer Belegschaften vertreten wollten. Dies war ganz im Sinne der damaligen Machthaber, die hofften, daß eine solche Haltung der Gewerkschaften ein wirksames Gegenmittel zur *Solidarnosc* darstellen würde. Und so herrscht bei der *OPZZ* und den mit ihr verbundenen Gewerkschaften bis heute die Haltung vor, die Interessen der Belegschaften im Rahmen der bestehenden Ordnung zu verteidigen, auch wenn sich diese Ordnung grundsätzlich verändert hat. Die Funktionäre der *OPZZ* kämpfen in der Regel nicht gegen den wirtschaftlichen Umbau. Wie die Mehrheit der *Solidarnosc*-Funktionäre suchen sie nach einem Kompromiß zwischen den Beschäftigten der Staatsbetriebe und der Regierung.

Das bedeutet, daß die stärksten Gewerkschaften um einen Kompromiß bemüht sind. Doch leider findet eine Radikalisierung statt, die es immer schwieriger macht, einen Kompromiß zu finden. Es entstehen immer mehr Gewerkschaften mit immer weniger Mitgliedern. Die Betriebs- und Branchengewerkschaften sind oft vernünftig und repräsentativ. Aber es gibt inzwischen mehr als zehn neue Gewerkschaften, die sich als überregionale Organisationen haben registrieren lassen. Sie sind zwar klein, agieren aber radikal und verantwortungslos.

Für einen nationalen Kompromiß

Viele Politiker und Wirtschaftsfachleute meinen, daß ein Kompromiß zwischen den Arbeitern der Staatsbetriebe und dem Staat, der das Programm des Übergangs zur Marktwirtschaft durchführt, überhaupt nicht nötig sei: In ein, zwei Jahren würden die Staatsbetriebe ohnehin zusammenbrechen und mit ihnen die Gewerkschaften, was nur von Vorteil sei.

So drastisch ist dieser Gedanke zwar bisher noch nicht formuliert worden, doch wie anders sollte man die heftigen Angriffe auf die Verhandlungen verstehen, die zwischen der Regierung von Frau Suchocka und den Gewerkschaften geführt werden, um einen Pakt über die Staatsbetriebe zu verabschieden? Dieser Pakt soll die Gewerkschaften und Belegschaften zu Partnern der Betriebsführungen und der Regierung in der Umgestaltung und Privatisierung der Staatsbetriebe machen. Ein Kritiker schrieb, daß es

den Arbeitern darum geht, mehr Geld zu verdienen, die Wirtschaft hingegen von Profis verwaltet werden sollte; folglich seien Verhandlungen über einen solchen Pakt überflüssig. Die Notwendigkeit eines professionellen Wirtschaftsmanagements ist auch unter Gewerkschaftern unumstritten. Aber es geht um die Frage, welchen Zielen, d.h. wessen Interessen eine solche Professionalität dienen sollte. Wir dürfen nicht vergessen, daß in den Aufsichtsräten von Unternehmen die Eigentümer und nicht die Manager sitzen. Wenn es nicht gelingt, in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen Kompromiß zwischen den Interessen der Eigentümer und denen der Beschäftigten zu finden, werden Konflikte diese Zusammenarbeit beherrschen.

Natürlich wollen die Arbeiter Geld verdienen. Doch während sie bis vor kurzem relativ gut verdient haben, leiden sie heute unter größeren Einkommenseinbußen als andere Berufsgruppen. Das betrachten sie als eine Ungerechtigkeit und begehren dagegen auf. Wir müßten also entweder ihren Protest wirksam niederhalten, oder wir müssen lernen, mit ihren Vertretern zu paktieren.

Wie kommt es, daß gerade in dem Moment, da es gelungen war, die wichtigsten Dokumente des Paktes zu verabschieden, die größten Streiks seit 1980 ausgebrochen sind? Wir hatten nicht einmal die Zeit, den Pakt zu unterzeichnen. Versuchen wir das zu verstehen. Die ständigen Regierungswechsel haben dazu geführt, daß wir mit der Ausarbeitung eines nationalen Kompromisses zu spät begonnen haben. Die Gewerkschaften hatten da bereits an Einfluß und Autorität eingebüßt, weil die Arbeiter in den Staatsbetrieben und ihre Gewerkschaftsvertreter den Glauben an den Sinn von Verhandlungen verloren hatten. Die Einkommenseinbußen in den Arbeiterfamilien waren unerträglich geworden, zumal man begonnen hatte, vom Anstieg der Produktion zu sprechen.

Aber noch wichtiger ist die Tatsache, daß der Pakt selber nicht umfassend genug ist. Es fehlen Konzepte zur Umstrukturierung der Schlüsselindustrien und zur Regionalentwicklung. Solche Programme sind heute unentbehrlich und haben nichts zu tun mit einer Rückkehr zur Planwirtschaft. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Prozeß der Transformation und Restrukturierung der Wirtschaft ganz naturwüchsig stattfinden wird. Der Staat kann sich daher nicht auf makroökonomische Entscheidungen beschränken. Für eine gesellschaftliche Verständigung ist darüber hinaus ein Engagement der großen gesellschaftlichen Gruppen notwendig: der Belegschaften, der Kommunen, der Manager und der Unternehmer.

Was wir brauchen, ist eine Industrie- und Regionalpolitik, die im Rahmen des Marktes mit Hilfe von Steuern, Zöllen und in gewissem Umfang mittels Finanzhilfen (Kreditgarantien und Subventionen) die notwendigen Bedingungen für private und gesellschaftliche Initiativen schafft. Mit ande-

ren Worten, wir brauchen Programme für die Restrukturierung und Entwicklung von Branchen und Regionen, Programme, die einen Kompromiß zwischen den Forderungen verschiedener Gruppierungen herstellen. Wenn es uns nicht gelingt, solche Kompromisse auszuarbeiten, wird es weitere Streikwellen geben und die Regierung wird versuchen müssen, sie zu brechen.

Lassen wir das Problem beiseite, ob es für ein solches Vorgehen den nötigen politischen Rückhalt im Parlament gäbe. Noch wichtiger wäre die Unterstützung der Bevölkerung. Allerdings zeigen Umfragen, die am Anfang des Bergarbeiter- und Eisenbahnerstreiks im Dezember 1992 in Warschau durchgeführt wurden, daß die Hälfte der Befragten den Streik unterstützte. Woher kommt diese unerwartete und uneigennützigte Unterstützung für die Streikenden? Ich meine, daß dies mit den oben erwähnten Mythen zu tun hat, vor allem mit dem Mythos der sozialen Gerechtigkeit.

Die Mehrheit der Polen meint, daß die Politik der Regierung der dritten Republik die Schwachen benachteilige, während sie die Starken und Reichen unterstütze. Das wird von den meisten als Betrug betrachtet. In dem Maße, wie das Parlament (der Sejm) seine Autorität einbüßt, wird zunehmend auf außerparlamentarische Lösungen gesetzt. Dabei wird der in der historischen Erfahrung wurzelnde Mythos von der Arbeiterklasse wirksam, die im Namen der Nation auftritt und mittels Streiks die schwierigsten Probleme löst. Sollte die Regierung versuchen, die Streiks zu brechen, wird sie es – optimistisch gerechnet – mit dem Widerstand von etwa der Hälfte der Bevölkerung zu tun haben. Ich glaube in einem solchen Kampf allerdings nicht an einen Sieger. In einer Situation, in der ein Kompromiß zwischen den Konzepten der Transformation und den Interessen der Beschäftigten in den Staatsbetrieben unmöglich geworden ist, wird es keine wirtschaftliche Entwicklung und damit auch keine Chance für die Umsetzung der Arbeiterinteressen geben. Das wahrscheinlichste Szenario sähe dann so aus: Streiks werden Lohnerhöhungen erzwingen, deren Folge eine Hyperinflation und eine wilde, immer stärker von Spekulationsinteressen geprägte Privatisierung sein wird. Denkt man an die entsprechenden Folgen in der Politik, wird einem angst und bange.

Die bisher geschlossenen Abkommen mit der Eisenbahnergewerkschaft, der *Solidarnosc* der Bergarbeiter und der Landeskommission von *Solidarnosc* zeigen, daß ein Kompromiß möglich ist. Diese Abkommen basieren auf einem Pakt mit den Staatsbetrieben und koppeln Lohnverbesserungen an den Prozeß des Umbaus und der Entwicklung der Wirtschaft.

Während der Verhandlungen über diesen Pakt und der gleichzeitig geführten Diskussionen über einen Pakt mit den Privatunternehmen zeichnete sich – pathetisch gesprochen – die Chance ab, eine Verständigung zwischen den Unternehmen und der Arbeitswelt aufzubauen. Es

stellte sich nämlich heraus, daß beide Seiten im Prozeß des wirtschaftlichen Umbaus mehr gemeinsame als gegensätzliche Interessen haben.

Dennoch glaube ich nicht an die magische Kraft von Abkommen. Es wird notwendig sein, die Unterstützung der Belegschaften und der Bevölkerung für sie zu gewinnen. Es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, daß der Verabschiedung solcher Abkommen Streiks folgen, manchmal wilde Streiks, manchmal von vernünftigen Gewerkschaften organisiert, einschließlich der *Solidarnosc*. Und verschiedene gesellschaftliche Gruppen werden im Namen der sozialen Gerechtigkeit diese Streiks unterstützen. In der Form des realen Sozialismus hat die Idee der sozialen Gerechtigkeit eine Niederlage erlitten, die sich nicht mehr rückgängig machen läßt. Aber heißt das, daß man eine gesellschaftliche Ordnung aufbauen kann, die den Mythos der sozialen Gerechtigkeit, an den die Polen glauben, verwirft? Ich meine, daß das nicht geht. Bevor ich dies zu begründen versuche, will ich den polnischen Umbruch im globalen Kontext betrachten.

Das Ende einer Epoche

Die nach dem 2. Weltkrieg etablierte Teilung der Welt und zugleich ihre neue Ordnung beruhten auf der Rivalität zweier großer Ideen, zweier Systeme und Großmächte. Die verbrecherischen Konsequenzen des Kommunismus und dieser globalen Rivalität sind bekannt. Doch wir neigen dazu, die positiven Konsequenzen dieses Kampfes zweier Systeme zu vergessen. Wir sehen höchstens die technologischen Folgen des Wetttrüstens, das zur explosiven Entwicklung der Elektronik, der Informatik und der Medien beigetragen hat. Doch vergegenwärtigt man sich die Welt, wie sie vor einem halben Jahrhundert existierte, so wird deutlich, daß seitdem eine weitgehende Emanzipation der Klassen, Rassen, Nationen, der Geschlechter und der Kinder stattgefunden hat und daß die Menschenrechte, einschließlich der sozialen Rechte, zu einem allgemeinen Glaubensgrundsatz geworden sind. (Unserem Glauben werden wir zwar häufig untreu, doch schämen wir uns dann dafür.) Ich bin überzeugt davon, daß dies ebenfalls eine Auswirkung der großen Systemrivalität ist.

Der Kommunismus hat die Welt mit der Herausforderung der sozialen Gerechtigkeit konfrontiert. Er vermochte es, enorme Kräfte freizusetzen, die Armen und Unterdrückten in der ganzen Welt zu erreichen, und was vielleicht am wichtigsten ist, er vermochte es, die Gewissen zu bewegen. Der reiche Westen mußte – um zu überdauern – auf diese Herausforderung reagieren und ihr eine eigene entgegensetzen. Der Westen warf die Idee der Freiheit, der Demokratie und des Wohlstands in die Waagschale. Darauf mußte nolens volens der Kommunismus wiederum reagieren. Er tat es – zwar bescheiden, aber bis zur Selbsterstörung.

Die Rivalität der Systeme fand im Weltmaßstab statt, doch mich interessiert hier vor allem die Art, wie der reiche Westen auf die Idee der sozialen Gerechtigkeit reagiert hat. Wie hat er reagiert auf die östlich der Elbe demonstrierte Verteilung von Wohnungen, auf die allgemeine medizinische Versorgung, die soziale Absicherung im Krankheitsfalle, das allgemein zugängliche Bildungswesen und auf die Bedeutung der organisierten Arbeiterschaft?

Um der Klarheit der Argumentation willen personifiziere ich hier den Westen, der sich ja aus verschiedenen Staaten zusammensetzt, innerhalb derer wiederum verschiedene Parteien, einschließlich der kommunistischen, aktiv sind. Die Suche nach neuen sozialen Lösungen im Rahmen der Marktwirtschaft fand natürlich nicht als linearer Fortschritt statt, sondern folgte spezifischen Mäandern, wie es dem Wesen einer parlamentarischen Demokratie entspricht. Wichtig ist aber, daß mit Hilfe von Kompromissen Lösungen gefunden worden sind.

Eine Antwort auf die vermeintliche Bedeutung der organisierten Arbeiterschaft in den kommunistischen Ländern stellte der Ausbau des Arbeitsrechts dar, darüber hinausgehend die Praxis der Kollektivverträge, die Mitwirkung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten, die Beteiligung von Beschäftigten am Eigentum und vor allem die Institutionalisierung von Verhandlungsrunden, in denen Vertreter der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Probleme und Konflikte lösen können.

Im Bereich der Sozialpolitik wurden zwei Arten von Lösungen gefunden: Einerseits Sozialleistungen, die der Bürger von zentralen, über Steuern finanzierte Institutionen bezieht, andererseits Selbstorganisationen, die durch den Staatshaushalt unterstützt werden. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn alles, was ich über die negativen Folgen der staatlichen Verteilung geschrieben habe, trifft auch auf die entsprechenden Lösungen im Westen zu. Auch im Westen sind diese Institutionen in eine Krise geraten, die durch eine vielfache Steigerung des Bedarfs und einen Rückgang des Angebots ausgelöst wurde. Dies fällt in gefährlicher Weise mit dem Niedergang des Kommunismus und dem damit einhergehenden Niedergang des Mythos der sozialen Gerechtigkeit zusammen.

Krise der universalen Ideen?

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus endete auch die Epoche der Systemrivalität. Der Geist des Universalismus, der den Antrieb für kollektive Mobilisierungen im Globalmaßstab gebildet hatte, ist verschwunden. Heute scheint sich die Vermutung vieler Denker zu bestätigen, daß es keine Zivilisation geben könne ohne die Kraft universalen Ideen, die Herz und Verstand mobilisieren. Es kann kein Zufall sein, wenn gerade jetzt an

verschiedenen Orten der Welt Partikularismus, Nationalismus und ein ihnen dienstbarer religiöser Fundamentalismus die Oberhand gewinnen. Eine Religion, die sich der nationalen Idee unterordnet, verkehrt sich in ihr Gegenteil.

Ich glaube, was geschehen ist, kann man nur mit dem Untergang des Römischen Reiches vergleichen. Die oben für den polnischen Zusammenhang beschriebenen Konflikte treten in allen postkommunistischen Ländern auf. Doch den anderen Ländern fehlen die Erfahrungen und Errungenschaften von *Solidarnosc*, und entsprechend schwerer wird es dort sein, diese Konflikte zu überwinden. Nach dem Fall des Kommunismus haben wir eine Okzidentalisation des Orients erwartet. Aber leider tritt eine Orientalisierung des Okzidents ein. Wird es uns gelingen, angesichts solcher Entwicklungen in der Welt unsere Probleme in Polen zu lösen?

Der Kommunismus hat gezeigt, wie gefährlich der Versuch sein kann, die Idee der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen. Man kann natürlich behaupten, daß es nur um eine bestimmte Auslegung dieser Idee ging. Doch was zählen die Worte, wenn sie mit der Wirklichkeit konfrontiert werden? Und die aufgeklärte öffentlichen Meinung der Welt ist heute von einem modischen Liberalismus beherrscht, der sich als unsentimental versteht. In den reichen Ländern Westeuropas halten sich die Armen an noch Ärmeren schadlos.

Auch wenn Gerechtigkeit durch den Kommunismus diskreditiert und in den Augen vieler obsolet scheint und auch wenn es in der Tat schwer ist, Gerechtigkeit zu definieren, so bin ich doch zutiefst davon überzeugt, daß sie die universale Idee ist, die heute die Menschen – Individuen und Gesellschaften – noch zu mobilisieren vermag. In Polen wird Gerechtigkeit verstanden als das Recht auf Chancengleichheit, auf berufliche Aktivität, auf Wohnung, medizinische Versorgung, Altersversorgung, Bildung, Kultur und würdige Lebensbedingungen. Das Streben nach der Umsetzung einer so verstandenen Idee der sozialen Gerechtigkeit müssen sich Regierungen und soziale Bewegungen, in Polen und in der ganzen heutigen Welt, zur Aufgabe machen.

Für den reichen Westen sind die armen Länder, einschließlich der postkommunistischen, eine Herausforderung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der bipolaren Weltordnung stellen wir für den Westen eine ungleich größere Bedrohung der politischen Stabilität in der Welt dar als vorher. In ihrem eigenen Interesse sollten die hochindustrialisierten Länder des Westens anstelle der Rüstung und des Kampfes um Einflußsphären ein Programm zum Ausgleich der Entwicklungschancen in der Welt ausarbeiten und finanzieren.

Dies könnte eine große Bewegung mobilisieren, getragen von einer neuen universalen Idee, die den Antrieb für eine Entwicklung der Zivilisa-

tion bilden würde. Denn nur in einer großen sozialen Bewegung vermögen Ideen das Herz und den Verstand der Menschen zu erobern.

Wir können in Polen natürlich nicht warten, bis eine solche Bewegung die Welt erfaßt. Wir müssen selber damit anfangen. Das wird uns gelingen, wenn wir uns des universellen Zusammenhangs unseres Wirkens bewußt sind. Wir brauchen unbedingt Europa und die Welt. Aber Europa und die Welt brauchen auch uns.

Wir wissen inzwischen, daß es keine Freiheit ohne Markt gibt. Aber die Wirklichkeit der letzten Jahre hat uns brutal belehrt, daß der Markt nicht gleichbedeutend mit Freiheit ist. Die Mehrzahl der Menschen in Polen ist zu arm, um die Freiheit in Anspruch zu nehmen, die der Markt mit sich bringt. Wir müssen also Wege finden, im Rahmen des Marktes Menschen die Chance zu geben, ihre Bestrebungen zu verwirklichen, auch wenn sie nicht genug Geld haben.

Wir wissen inzwischen auch, daß eine direkte staatliche Verteilung keine Sozialpolitik darstellt, sondern sie vereitelt. Insbesondere wäre auch das hier postulierte Programm zum Chancenausgleich nicht in dieser Weise zu verwirklichen. Die liberale Kritik der staatlichen Verteilung geht davon aus, daß einzig das Geld die Nachfrage regulieren sollte.

Dabei kann individuelle wie gesellschaftliche Aktivität durchaus auch ein wirksames Regulativ darstellen, etwa in Gestalt der Suche nach einem Kompromiß zwischen den Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, wie sie unter Beteiligung der Regierung im Rahmen verschiedener Abkommen und Kommissionen stattfindet. Eine ähnliche regulierende Funktion hat die Gründung von Solidarkassen, verschiedener Sozial- und Wohnungsfonds, von Stiftungen und allen Institutionen, die die Menschen schaffen, um ihre Ziele zu verwirklichen. Der Staat sollte sie durch Steuerbefreiungen und gelegentlich auch durch Subventionen unterstützen, die im Verhältnis zu der gesellschaftlichen Bedeutung ihres Wirkens und zu ihren Eigenmitteln stehen.

Mit Hilfe von Wohnungsfonds und Mietergenossenschaften kann man, wie die Erfahrungen in Deutschland und Frankreich zeigen, das Problem des Rechts auf Wohnung für alle angehen. Auf diesen Erfahrungen basiert das Wohnungsprogramm der Regierung Suchocka. Mit Hilfe von Sozialversicherungskassen kann man das Problem der Kranken-, Alters- und Arbeitslosenversicherung lösen. In verschiedenen Ländern Europas wird diese Lösung erfolgreich praktiziert. Wir beginnen auch in Polen, diese Praxis zu entwickeln, doch stellt sie noch eine Randerscheinung dar.

Im westlichen Europa dominieren zentrale Versicherungsinstitutionen, die vom Staatshaushalt getragen werden und deshalb mit den Fehlern des staatlichen Verteilungssystems behaftet sind. Der Schwächen solcher Lösungen wird man sich immer deutlicher bewußt. Die hier postulierte

Einschränkung einer direkten Verteilung, bei der der Empfänger die Sozialleistungen unmittelbar aus dem Staatshaushalt empfängt, würde zu einer radikalen Begrenzung oder zumindest Modifikation der Fürsorgefunktion des Staates führen. Die auf den Einzelnen gerichtete staatliche Fürsorge führt zu einer Etatisierung des gesellschaftlichen Lebens und verwandelt den Bürger in einen Klienten des Staates. Das Prinzip hingegen, daß der Staat günstige Bedingungen für die Entwicklung von Initiativen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen schaffen sollte – und nur ein demokratischer Staat wird eine solche Aufgabe erfüllen können –, verhindert die Uniformierung des gesellschaftlichen Lebens und schränkt radikal die Etatisierung ein.

Die Aufgabe des staatlichen Systems würde darin bestehen, in Zusammenarbeit mit den lokalen Selbstverwaltungen auch den sozial Schwachen einen minimalen Lebensstandard zu garantieren. Auf diese Weise würden die Verwirklichung des Marktes und die Verwirklichung der Freiheit zusammenfallen.

Man muß träumen

Nachdem der Versuch gescheitert ist, die Idee der sozialen Gerechtigkeit gegen die Logik des Marktes zu verwirklichen, muß man einen zweiten Versuch wagen. Man sollte die Marktmechanismen nutzen und sie als Instrumente behandeln, mit denen man die Wirksamkeit verschiedener Projekte überprüfen kann. Auf diese Weise werden wir niemanden mit Gewalt zu seinem Glück zwingen, denn wir werden nur ein Angebot machen, eines unter vielen auf dem Markt.

Das Programm zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit mit Hilfe von Selbstorganisation und gesellschaftlichen Abkommen ist nicht neu, seine Wirksamkeit ist bereits überprüft. Auch die Idee eines demokratischen Staates, der solche Initiativen unterstützt, ist nicht neu, so wenig wie die Idee internationaler Institutionen, die konkrete regionale Programme finanzieren und wiederum von den Regierungen der einzelnen Staaten unterstützt werden. Neu wäre das Ausmaß einer solchen Unternehmung. Es handelt sich um eine Utopie, die sich die Menschen in jahrhundertelangen kollektiven Anstrengungen erarbeitet haben. Der Mythos der sozialen Gerechtigkeit kann nur in großen sozialen Bewegungen lebendig bleiben. Solche Bewegungen brauchen eine Utopie, eine Vision von einer gesellschaftlichen Ordnung, in der sich dieser Mythos verwirklichen ließe.

Wir haben gelernt, Utopien zu fürchten. Aber die Menschheit kann ohne Utopien nicht leben. Man wird einwenden, daß es sich bei der Vorstellung von national, ethnisch oder religiös homogenen Staaten eben-

falls um Utopien handelt, die die kommunistische Utopie mit ihren verbrecherischen Folgen ablösen und die kaum weniger Verhängnisvolles bergen.

Ich meine, es geht darum, eine universale Utopie zu schaffen, die offen für jeden wäre, es allen gleichermaßen ermöglichen würde, sie in ihrem Bereich zu verwirklichen, ohne anderen etwas aufzuzwingen. Eigentlich ist es eine Vielfalt kleiner Utopien, die sich – das möchte ich mit Nachdruck unterstreichen – im Rahmen eines demokratischen Gemeinwesens zu einer großen Utopie oder von mir aus zu einer mittleren zusammenfügen. Ich fürchte, es wird nie ganz gelingen, alle Mitglieder einer Gesellschaft in ein Engagement für selbstverwaltete Strukturen – Sozialversicherungskassen, Stiftungen, Genossenschaften, Gewerkschaften etc. – einzu- binden. Aber man sollte sich bemühen.

Die Träume der Menschheit erfüllen sich nie, dennoch muß man träumen und versuchen, sie zu realisieren. Davon wird die Welt schöner und besser.

Warschau, im Januar 1993

Aus dem Polnischen von Anna Leszczynska

Richard B. Freeman

Postkommunistische Schizophrenie

Nehmen wir zum Beispiel Jan, einen polnischen Arbeiter, der in einem großen Staatsbetrieb beschäftigt ist. Er haßte das kommunistische System mit seinem Mangel an Freiheit, seinen Privilegien für Parteimitglieder und seiner wirtschaftlichen Stagnation. Durch den Übergang zur Marktwirtschaft sind jedoch Jans Lebensstandard und Arbeitsplatz gefährdet. Er hatte sich nicht gegen die Parteidiktatur gestellt, um nun arbeitslos zu werden und unter die Armutsgrenze zu fallen. Er will die nationale Wirtschaft nicht destabilisieren, aber er wird streiken, damit er seine Arbeit behält und sein Lohn zumindest an die rasch steigenden Preise angepaßt wird.

Ein Paradoxon des Zusammenbruchs des Kommunismus ist, daß es viele Jans im ehemaligen Ostblock gibt. Viele Arbeiter, vornehmlich männliche in den großen Staatsbetrieben der Schwerindustrie, sind die Verlierer im Übergang zur Marktwirtschaft. In der Hoffnung auf ein besseres Leben haben diese Arbeiter geholfen, die kommunistische Diktatur zu stürzen; in der Marktwirtschaft sehen sie sich nun offensichtlich mit düsteren Zukunftsaussichten konfrontiert.

Einige Staatsunternehmen, in denen diese Arbeiter beschäftigt sind, können vielleicht in einer Marktwirtschaft überleben, aber viele sind wirtschaftlich nicht lebensfähig oder werden es erst nach rigorosem Personalabbau sein. Die Berg- und Stahlarbeiter und andere, die die kommunistische Diktatur bekämpft haben, besitzen nicht die Fähigkeiten und die Ausbildung, die in einer modernen Marktwirtschaft Bedingung für den sozialen Aufstieg sind. Vergleichbare Betriebe im Westen werden schlanker, die relativen und sogar die realen Einkommen der Arbeiter sinken.

Meinungsumfragen in Osteuropa zeigen, daß viele Staatsbürger der Ansicht sind, die Regierung müsse dieser Entwicklung gegensteuern. Im Osten begrüßen die Arbeiter eher als ihre westlichen Kollegen staatliche Maßnahmen zur Reduzierung der Einkommensunterschiede, zur Lohn- und Preiskontrolle und andere Eingriffe in die Marktmechanismen. In den späten achtziger Jahren fanden 72 Prozent der Polen, daß »die Regierung allen einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen solle«. Im Vergleich dazu waren nur 35 Prozent der Westdeutschen, 24 Prozent der Briten und 17

Prozent der Amerikaner dieser Ansicht. Der Glaube an eine staatliche Beschäftigungsgarantie und das sozialistische Modell der sozialen Gerechtigkeit, die Kuron in seinem Artikel anführt, sind Vermächtnisse des Kommunismus, die fortbestehen. In der Periode des mit hohen Kosten verbundenen Übergangs zur Marktwirtschaft können sie deren Entwicklung gefährden.

Selbst wenn ihre Führung fest an die Marktwirtschaft glaubt, werden Gewerkschaften, deren Mitglieder fast ausschließlich Arbeiter der Staatsbetriebe sind, nicht lange Marktreforment unterstützen können, wenn sie nicht auch einige sozialpolitische Maßnahmen bzw. ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit für ihre Mitglieder erwirken. Wenn die bestehenden Gewerkschaften die Interessen dieser Arbeiter nicht wahren, werden wahrscheinlich neue entstehen; und sie entstehen auch. Die Verlierer beim Übergang zur Marktwirtschaft werden ihre demokratischen Rechte ausüben, indem sie streiken oder gegen weitere Reformen stimmen, von deren Folgen sie sich bedroht fühlen. Damit setzen sie wahrscheinlich den erfolgreichen Übergang zur Marktwirtschaft aufs Spiel – oder auch die neu erworbenen demokratischen Praktiken.

Wenn die postkommunistischen Wirtschaften einen raschen Aufschwung nähmen, die Staaten hohe Steuern von der aufkommenden Privatwirtschaft erhöhen oder der Westen Wirtschaftshilfe nach dem Modell des Marshallplans zur Verfügung stellte, könnten die neuen demokratischen Regierungen vielleicht die Verlierer mit Arbeitsplatz- oder Einkommensgarantien und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik »bestechen« und so den Übergang sanfter gestalten. Aber die Mittel sind beschränkt. In Osteuropa, vor allem in Polen, sind die Netze der sozialen Sicherheit gerissen, als die Budgets ausgeschöpft waren. Und in naher Zukunft ist kein größerer Wirtschaftsaufschwung zu erwarten, der im privaten Sektor genug attraktive Arbeitsplätze schaffen könnte, die für die Beschäftigten der Staatsbetriebe eine Alternative darstellten. Oder der diese Unternehmen wiederbeleben könnte.

Die kurz- und wahrscheinlich auch die mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten sind demnach für viele der vom Staat oder von den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer düster. Kann etwas getan werden, um diese Situation zu verbessern?

Kuron befürwortet einen Sozialpakt, der Arbeiter und Gewerkschaften in den Restrukturierungsprozeß einbindet. Sozialabkommen waren in einigen Ländern erfolgreich; gewöhnlich sollten sie zur Reduzierung der Lohninflation beitragen und dem Staat die Möglichkeit zur Ankurbelung der Wirtschaft geben, wodurch mehr Arbeitsplätze und neue Unternehmen geschaffen und so die Produktion umstrukturiert werden sollte. Die IG Metall hat ein paktähnliches Abkommen dieser Art für das vereinigte

Deutschland angeboten. Der Handel lautet: wirtschaftliche Konzessionen für wirtschaftliche Macht.

Auf anderen Schauplätzen ist marktwirtschaftlich orientierten diktatorischen Regimen der wirtschaftliche Aufschwung gelungen – so in Chile, Korea oder Taiwan. Das Funktionieren der Marktmechanismen und das Gedeihen der Wirtschaft scheinen nicht unmittelbar vom politischen System abzuhängen.

Kurons Berufung auf Utopie und Träume zeigt, daß es, entgegen den Behauptungen einiger neoklassischer Wirtschaftswissenschaftler, keine fertigen Formeln für die Entwicklung geeigneter Institutionen gibt, mit denen soziale Gerechtigkeit in der Zeit des Übergangs zur Marktwirtschaft verwirklicht werden könnte. Der Zusammenbruch des Kommunismus hat uns gezeigt, was nicht funktioniert. Aber wer weiß schon, was funktioniert, wenn eine Gesellschaft über den Abgrund der Übergangsperiode hinweggeführt wird. Wenn die Entwicklung einer erfolgreichen Wirtschaft ein rein technisches Problem wäre oder eines, das der Markt von selbst löst, so gäbe es keine Dritte Welt mit ihrem wirtschaftlichen Elend.

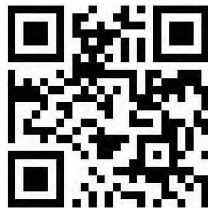
Ich bin nicht überzeugt davon, daß in Osteuropa Abkommen und Pakten – Diskussionen zwischen Arbeitern, Management und Regierung auf Betriebsebene oder auf breiterer Basis – und der Entwicklung neuer lokaler Organisationen für Sozialeleistungen Erfolg beschieden sein wird. Ich glaube auch nicht, daß Kuron davon überzeugt ist. Das alles ist mehr eine Sache der Hoffnung als der logischen Analyse oder Beweisführung.

Aber es gibt auch keinen Beweis dafür, daß Diktatoren oder hartherzige Marktgesellschaften, die die soziale Gerechtigkeit mißachten, die größere Erfolgchance haben. Deshalb stimme ich Kurons Perspektive zu: An einem Scheideweg, wo wir nicht sicher sind, welcher Weg zum sozialen Paradies führt, sollten wir versuchen, das Richtige zu tun. Und in einer demokratischen Gesellschaft besteht dies darin, daß Individuen und ihre lokalen Institutionen auf die sie betreffenden wichtigen Entscheidungen einwirken.

Aus dem Amerikanischen von Johanna Wagner



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at/transit



Ira Katznelson

Jenseits von Sozialismus und Liberalismus

Zu einer Zeit, da nationale und ethnische Unterschiede in weiten Teilen Ost- und Mitteleuropas wieder urzeitliche Stammesfehden auslösen, bieten die künstliche Homogenität und sprachliche Einheit Polens sowie die machtvolle Verflechtung katholischer, nationaler und politischer Interessenvertretungen in diesem Lande einen erhellenden Hintergrund für Jacek Kurons heilsame Mahnung, daß soziale Klassen – als Mythos wie als Realität – nach wie vor eine Rolle spielen. Auch wenn die Zukunftsalternativen, vor denen Polen steht, die Gemüter weit weniger entzweien oder zum Bürgerkrieg reizen als in anderen Regionen Osteuropas, so sind sie doch geeignet, klassenspezifische Konflikte deutlich hervortreten zu lassen, die auch in anderen Ländern vorhanden sind, dort jedoch von religiösen und ethnischen Konflikten überdeckt werden.

Für Kuron ist es schwer vorstellbar, wie man ohne Berücksichtigung der Struktur, der Anschauungen und der kollektiven Organisation der polnischen Arbeiterklasse den Zusammenbruch des Kommunismus verstehen, die Mängel der oppositionellen Ideologie vor 1989 aufarbeiten und sich in der rudimentären postkommunistischen politischen Landschaft orientieren soll, vor allem dann, wenn man durch geeignete staatliche Interventionen eine demokratische und liberale Zukunft gestalten will. Er erklärt, weshalb die von den Bolschewiki übernommene Privilegierung der Arbeiterklasse die *Solidarnosc* nicht einfach zu einer Kopie machte, auch wenn diese ebenfalls den sozialistischen Mythos von der Arbeiterklasse als der führenden Kraft des Landes verkörperte; ebenso weshalb zugleich eine bestimmte Verdrossenheit entstand, die sich weniger gegen die Gerechtigkeitsideale des Sozialismus als gegen die real existierenden Entstellungen und Fehler des kommunistischen Regimes richtete. Kuron zeigt außerdem, wie das Ende des Kommunismus den Zusammenbruch der Legende von der führenden Rolle der Arbeiterklasse gerade zu einem Zeitpunkt markierte, als die Einführung einer auf dem Markt beruhenden Wirtschaftsordnung die Verwundbarkeit der Arbeiterklasse noch verstärkte und zu einer defensiven, streikwilligen, ouvrieristischen Solidarität führte. Für Polen schlägt er eine neuartige Verbindung korporatistischer Vereinbarungen auf nationaler Ebene mit einer rigorosen Dezentralisierung sozialpoli-

tischer Maßnahmen vor. Damit möchte Kuron für die polnische Gesellschaft eine aktivere und weniger zynische politische Partizipation, mehr soziale Gerechtigkeit und einen beflügelnden Idealismus »kleiner Utopien« erreichen.

Bei der Lektüre von Kurons Aufsatz fühlte ich mich in Ton und Inhalt an eine Sammlung von Essays des großen französischen Englandhistorikers Elie Halévy erinnert, die 1938, ein Jahr nach seinem Tod, in Paris unter dem Titel »*L'ère des tyrannies*« erschien.¹ Im Unterschied zu Halévys nüchterner mehrbändiger Geschichte Englands seit 1815 oder seinen gelehrten Abhandlungen über den philosophischen Radikalismus sind diese leidenschaftlichen, aber beherrschten Aufsätze gleich dem von Kuron Wortmeldungen in Situationen, die der Autor als prekär, aber nicht hoffnungslos beurteilte. Ebenso wie Kuron strebte Halévy an, den Klassengegensatz in eine tragende Kraft für liberale Alternativen zur Diktatur zu verwandeln. Für beide Autoren steht das rechte Maß an zentraler Staatsgewalt zur Debatte: Der Staat muß über die nötigen Mittel verfügen, Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Klassen zu kanalisieren, er darf jedoch nicht so stark sein, daß durch sein Eingreifen die Interaktion zwischen Staat und Bürgergesellschaft aus dem Gleichgewicht gerät.

I

Halévy trug »Das Zeitalter der Tyrannen« der Société Française de Philosophie im November 1936 zur Diskussion vor. Hauptanliegen seiner bewußt provozierenden Untersuchung war der Nachweis, daß der Erste Weltkrieg die Staaten aller am Krieg beteiligten Länder politisch deformiert hatte. In zwei Bereichen sei infolge weitgehend ähnlicher politischer Maßnahmen ein erkennbarer Verlust an Liberalität eingetreten:

a) In der wirtschaftlichen Sphäre war eine beträchtliche Ausdehnung staatlicher Kontrolle über sämtliche Mittel der Produktion, der Verteilung und des Güterausstauschs zu verzeichnen; gleichzeitig appellierten die Regierungen an die Führer der Arbeiterorganisationen, sie bei der Durchsetzung dieser staatlichen Kontrolle zu unterstützen – mit anderen Worten eine Mischung aus Syndikalismus, Korporatismus und Etatismus.

b) Im geistigen Bereich herrschte eine staatliche Kontrolle des Denkens in zweierlei Form: eine negative durch die Unterdrückung aller Meinungsäußerungen, die als dem nationalen Interesse abträglich definiert werden konnten, und eine positive durch die Organisation von Begeisterung.²

Halévy behauptete, der Sozialismus und der Faschismus der Nachkriegszeit stellten organisatorische Weiterentwicklungen der kriegsbedingten Ausdehnung staatlicher Befugnis dar. Der innere Widerspruch des

Sozialismus – einerseits verstand er sich als rechtmäßiger Erbe und Gipfelpunkt des emanzipatorischen Potentials der Amerikanischen und der Französischen Revolution, während er andererseits den Individualismus und Liberalismus bekämpfte – wurde während des Krieges endgültig zugunsten eines cäsaristischen Sozialismus aufgelöst. Der Faschismus war zwar eine Art Gegensozialismus, verstärkte jedoch ebenfalls die antiliberalen Tendenzen der Kriegsregime in den beiden genannten Hinsichten. Durch die Schaffung von Verbindungen zwischen staatlicher Macht, Bürgergesellschaft und Wirtschaft errichteten Kommunisten und Faschisten jeweils ähnliche Staatsgefüge wie im Krieg, deren infrastrukturelle Kräfte von kohäsiven, bewaffneten und ideologisch bestimmten Herrschaftseliten im Namen angeblich den Bürgern dienender Ziele kontrolliert wurden. Was vorläufig aufgeschoben wurde (zumindest bis zum New Deal in Nordamerika und der Niederlage des Faschismus 1945 auf dem europäischen Kontinent), war die »Versöhnung zwischen Sozialismus und Liberalismus«. Im Verlauf dieses Prozesses einer wechselseitigen Öffnung, der sich in den vier Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg unter verschiedenen Etiketten wie »Sozialdemokratie«, »neuer Liberalismus« und »*progressivism*« entfaltet hatte, war der Liberalismus sozialer geworden, und die liberalen politischen Prämissen waren durchsetzt von sozialistischen Zielen. Daß dieses Konzept zur Disposition gestellt wurde, machte in den Augen Halévys das »Zeitalter der Tyrannen« aus.

Unter diesem Blickwinkel hing das Schicksal Europas nach dem Ersten Weltkrieg davon ab, wieweit es gelingen würde, die liberale und die sozialistische Tradition wieder miteinander zu verknüpfen. Gerade weil soviel davon abhing und weil er der Meinung war, England biete für einen Erfolg dieser Bemühungen die besten Voraussetzungen, richtete Halévy seine Erbitterung gegen die Labour Party, weil diese es an der nötigen Phantasie und Entschlossenheit fehlen ließ. Nachdem die Labour Party die Liberalen als Hauptalternative zur Regierung der Konservativen abgelöst hatte, versprach ihre Konzeption des Sozialismus dem Klassenfanatismus ein Ende zu machen. Diese Chance, so erklärte Halévy im Jahr 1934, war vertan, da die ängstlichen Führer der Partei nicht erkannt hatten, daß es im Interesse einer Stärkung der Bürgergesellschaft gegenüber dem Staat notwendig gewesen wäre, sich seiner zu bedienen, um das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zu ändern. Die Labour Party hatte sich nach der Übernahme der Regierung als »lahm und träge« erwiesen. Sie nicht nur versäumt, sich programmatisch oder institutionell zu erneuern, sondern auch die Möglichkeit verspielt, den übrigen europäischen Ländern eine attraktive Alternative zu Kommunismus und Faschismus vorzuführen. Das Fehlen eines selbstbewußten sozialen Liberalismus nach dem Kriege wirkte sich in zweierlei Hinsicht verhängnisvoll aus. Die diktatorischen Rivalen des Li-

beralismus gelangten praktisch kampflos an die Macht, und die verschiedenen Versionen eines Liberalismus ohne soziale Komponente waren anfällig gegen feindselige politische Systeme, die sich auf die Begriffe der Klasse und der Nation stützten.³ Kurons Beitrag über das postkommunistische Polen erinnert uns daran, daß ein sozial geprägter Liberalismus das beste verfügbare Bollwerk gegen eine solche reine Machtpolitik ist, läßt aber die Frage offen, ob und mit welchen Mitteln sich diese Alternative realisieren läßt.

Halévys Zeitalter der Tyrannen wurde in zwei Etappen beendet: durch den Sieg der Alliierten 1945 und durch die Revolutionen von 1989. Ausschlaggebend für diese Ereignisse war der Legimitätsverlust antiliberaler Ideologien.

Obwohl die Vorherrschaft des Liberalismus kaum gesichert ist, da er sich neuen und alten Formen des Illiberalismus gegenüber sieht, ist die programmatische und institutionelle Legitimität, über die er gegenwärtig verfügt, unerreicht. Vor dem Hintergrund dieser verheißungsvollen, wenn auch ungewissen Entwicklung erscheint Kurons Suche nach dem richtigen Weg zu einem polnischen sozialen Liberalismus als wichtiger Beitrag zur politischen Diskussion. Mit seiner standhaften Verteidigung einer bestimmten Form des sozialen Liberalismus unternimmt er den Versuch, institutionelle Barrieren gegen einen Rückfall in illiberale Alternativen zu errichten. In dieser Hinsicht haben die Befürchtungen und die Projekte Halévys und Kurons ungeachtet aller offensichtlichen Unterschiede von Zeit und Ort vieles miteinander gemeinsam.

II

Dem Beitrag Kurons liegt die unausgesprochene Einsicht zugrunde, daß ungeachtet der Wünschbarkeit oder gar Dringlichkeit eines sozialen Liberalismus die Verbindung zwischen den liberalen und sozialistischen Traditionen, die dieser darstellt, mit inneren Schwierigkeiten befrachtet ist. Insofern einerseits der Liberalismus »locker«, prozedural, individualistisch, schlicht libertär und gleichgültig gegenüber der Klassenstruktur ist und insofern andererseits selbst sozialdemokratische Varianten des Sozialismus das Erbe des geschlagenen, »undurchlässigen« Sozialismus in Gestalt des orthodoxen Marxismus teilen – kompromißlos in seiner politischen Moral, monistisch in seinem Verständnis von Interessen und menschlicher Natur und utopisch in seinen Hoffnungen auf eine Beseitigung von wirtschaftlicher Knappheit – insofern müssen beide miteinander unvereinbar bleiben. Deshalb kann es auch nicht wunder nehmen, daß die gewöhnliche politische Sprache in vielen Ländern Liberale und Sozialisten als Akteure mit unverträglichen Wertvorstellungen und Zielen behandelt.

Trotzdem waren etwa seit der Jahrhundertwende – ausgehend vom englischen »neuen Liberalismus« und von der Bereitschaft zahlreicher Sozialdemokraten auf dem europäischen Kontinent, sich, wenn auch unter Vorbehalten, an einer bürgerlichen Regierung zu beteiligen – Liberalismus (nach der Absorption sozialer Elemente) und Sozialismus (als Sozialdemokratie unter Anerkennung liberaler Grundsätze) imstande, sich für eine gewisse Zeit wirksam zu verständigen. Dies wurde möglich durch die Zähmung des Klassengegensatzes, seine Kanalisierung durch Gewerkschaften und Parteien – durch die Beteiligung von Vertretern der Arbeiterklasse an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen, sowie durch die institutionelle Erneuerung des Sozialstaats, der das Konzept des Klassengegensatzes in sich aufgenommen und überwunden und sich durch eine Mischung von liberaler und sozialdemokratischer Weltsicht legitimiert hatte. Dieser Modus vivendi wurde am umfassendsten in den verschiedenen »Nachkriegsordnungen« Westeuropas und Nordamerikas erreicht, die trotz ihrer gegenwärtigen Probleme nach wie vor im Osten wie im Westen die besten verfügbaren Modelle für eine liberale Demokratie innerhalb eines kapitalistischen Rahmens darstellen.

Indem Kuron das Schwergewicht auf politische Partizipation und freie Marktwirtschaft legt, die Kerninstitutionen des Liberalismus, erkennt er an, daß eine attraktive Verbindung von Liberalismus und Sozialismus die Ziele und Praktiken des letzteren in einer vom ersteren dominierten Hierarchie verankern muß. Insofern muß man ihn vielleicht eher einen liberalen Sozialisten als einen Sozialliberalen nennen. Aber auch wenn diese Form einer Verbindung zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie theoretisch erstrebenswert und praktisch das einzige nichtdiktatorische Modell ist, so muß doch daran erinnert werden, daß die »lockeren« Prinzipien des Liberalismus und die Versuchungen eines »undurchlässigen« Sozialismus nicht verschwunden sind. In dem von Kuron definierten politischen Raum schwebt das Verhältnis von Liberalismus und Sozialdemokratie stets zwischen gegenseitiger Stützung und gegenseitiger Bedrohung.

Kuron sieht ebenso wie Halévy, daß der Charakter und die Lebensdauer dieser Verbindung weder durch ihre Moralgabote noch durch eine ähnlich strukturierte Wählerschaft gesichert werden können. Entscheidend für ihren Erfolg ist vielmehr der Charakter der Institutionen, welche die beiden Traditionen miteinander zu verknüpfen vermögen. Institutionen sind niemals neutral. Sie mobilisieren Präferenzen, indem sie positive und negative Anreize vorgeben, welche die Ausbildung politisch relevanter Interessen und Identitäten anregen. Wie Kuron in seinen Ausführungen zur polnischen Arbeiterklasse vor und nach 1989 zeigt, sind diese Denk- und Handlungskategorien weder a priori als Widerspiegelungen der objektiven Stellung des einzelnen innerhalb der Gesellschaftsordnung vorhan-

den, noch können sie nach Belieben aufgrund subjektiver Entschlüsse geformt werden. Der Prozeß der Gruppen- und Klassenbildung ist vielmehr das Ergebnis von Erfahrung handelnder, in eine gesellschaftliche Situation eingebundener Subjekte. Wir erfahren die Welt innerhalb konkreter institutioneller und organisatorischer Bedingungen, und hier lernen wir auch, wie wir diese Welt durch unser Handeln beeinflussen können. Institutionen schaffen politische Realität, weil sie festlegen, was die Bürger in politischen Angelegenheiten für das Gegebene und Mögliche halten.

Deshalb ist es überzeugend, wenn Kuron auf einer Politik der institutionellen Ausgestaltung besteht, die in dem Raum zwischen Politik auf der Ebene von Verfassung und politischem Tagesgeschäft angesiedelt ist. Um seine Vision eines postkommunistischen Polen zu verwirklichen, geht er wie ein Architekt vor, der Städteplaner für seine ästhetischen Ideale gewinnen will. Kurons Vorschlag zielt darauf ab, die Klassenverhältnisse auf eine Weise zu institutionalisieren, daß sie zu einer dynamischen Kraft für die notwendigen liberalen Reformen werden, und zwar durch eine gleichberechtigte Einbindung der Arbeiter in ein sozial-liberales Projekt. Gleichzeitig hält er nichts davon, die Sonderrolle der Arbeiterklasse wiederzubeleben, weder nach dem Modell des Kommunismus noch nach dem der *Solidarnosc*. Was er anstrebt, ist die Schaffung von Regeln und Rahmenbedingungen innerhalb des Staates und der Bürgergesellschaft, die die Klassenverhältnisse anerkennen und strukturieren, während sie gleichzeitig einen echten Pluralismus von Identitäten und Interessen fördern.

Kurzum, Kurons Projekt weist ein Janusgesicht auf. Es geht ihm einerseits um Stärkung und Mobilisierung des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse als Fundament politischer Identität und politischen Handelns; andererseits liegt ihm an der Erweiterung des Bereichs von Neigungen und Ansprüchen, die in das politische Leben einbezogen werden sollten. Beide Ziele beruhen auf der Erkenntnis, daß ohne phantasievolle institutionelle Neuerungen Polen, ebenso wie die übrigen postkommunistischen Länder, entweder gezwungen sein wird, auf diskreditierte Ordnungskräfte zurückzugreifen oder ständig neuen Krisen ausgesetzt sein wird wie während der Streikwellen unter der Führung von *Solidarnosc*. Das Ergebnis könnte eine wachsende Angst der Massen sein, mobilisierbar von Kräften, die liberalen Werten und Verfahren nicht eben positiv gegenüberstehen.

Kurons Programm zielt darauf ab, einer solchen Entwicklung vorzubeugen. Zum einen sieht es eine korporatistische Vereinbarung vor zwischen dem Management von Großunternehmen, dem Staat und der Arbeiterklasse, um einen dauerhaften Rahmen für Verhandlungen zwischen Klasseninteressen zu schaffen; einen Rahmen, der gleichzeitig anerkennt, daß die postkommunistische Welt nicht ohne eine Sonderrolle der Arbeiterklasse auskommt. Doch im Unterschied zu der Arbeiterklasse in den

Träumen des Kommunismus oder auch nur von *Solidarnosc* besitzt diese Klasse im Verständnis Kurons eine begrenzte, prosaische, differenzierte Persönlichkeit und hat einen spezifischen politischen Auftrag, der sich auf wirtschaftliche Ziele unter Einschluß von Industrie- und Regionalpolitik konzentriert, ohne weiterreichende Ansprüche auf die Regierungsgewalt oder eine Klassenherrschaft. Der andere Aspekt in Kurons Programm, den er als komplementär betrachtet, ist eine radikale Übertragung sozialstaatlicher Aufgaben an die Basis. Sein Ziel ist es, die wirtschaftlichen Irrationalitäten und den Legimitätsverlust zu vermeiden, die in seinen Augen gegenwärtig die verkrusteten und überzentralisierten Wohlfahrtsstaaten des Westens kennzeichnen. Die Mittel hierzu sieht er in einer rigorosen Dezentralisierung der staatlichen Sozialpolitik, in der Unterstützung lokaler Initiativen, dem Ausbau der Bürgergesellschaft und der Entwicklung einer Vielfalt von Stützpunkten politischer Identität durch die Mitgliedschaft in den verschiedensten Assoziationen. Anders ausgedrückt, er möchte aus dem Wohlfahrtsstaat eine Wohlfahrtsgesellschaft machen.⁴

Der Kontext verändert die Begriffe. So lese ich Kurons implizite Analyse. Vor 1989 war die Arbeiterklasse – insbesondere jener Teil, der in der Industrie tätig war, männlich war und Schwerarbeit leistete – die zentrale Kategorie der marxistischen Theorie und der kommunistischen Bedeutungs- und Privilegiensysteme. *Solidarnosc* entstand in diesem sozialen und symbolischen Raum, weil das Regime die Erwartungen, die es mit seiner eigenen Rhetorik geweckt hatte, nicht erfüllte. Das Ende des Kommunismus brachte beides mit sich: die Feier des Augenblicks der Befreiung und die Angst vor der Zukunft. Beide waren das Ergebnis der Aufhebung bestehender Regeln für das Verhältnis von Eigentum und Souveränität, für die Macht des Staates und für die politischen Akteure. Zu diesem Zeitpunkt einer starken Ungewißheit erlebte die klassengebundene Solidarität einen Aufschwung und stieß zugleich an ein Hindernis: Einerseits war das sozialistische Projekt (wie auch immer diskreditiert) von der drückenden Last des totalitären Anspruchs befreit, andererseits wirkte die objektivistische Ineinsetzung von Gesellschaft und Staat nach, wie der offizielle Bolschewismus sie propagiert hatte. Die beiden Seiten von Kurons Modell in Gestalt von Sozialpakten und einer Dezentralisierung sozialstaatlicher Aufgaben sollen beide Transformationen für das postkommunistische liberale Projekt einspannen. Kuron wirbt um Akteure, die, anders als die verzagten Führer der Labour Party, die von Halévy angeprangert wurden, bereit sind, die Gunst der Stunde zu nutzen und weit mehr als nur die Wirtschaft des Landes umzugestalten: Akteure, die den Polen zu einem dauerhaften Rahmen aus Organisationen und Vereinbarungen im Dienst eines sozialen Liberalismus verhelfen, der durch eine sinnvolle politische Partizipation auf den verschiedensten Ebenen gekennzeichnet ist.

III

Wie ist Kurons Ansatz einer institutionellen Lösung zu beurteilen? Ich möchte zwei wesentliche Vorbehalte geltend machen: zum einen gegen seinen Korporatismus und zum anderen gegen seine dezentralisierte Wohlfahrtsgesellschaft. Man könnte sie als die Sorge um ein Übermaß oder ein Defizit an Staat bezeichnen. Oder noch anders: als eine Kritik am Fehlen eines kohärenten Systems politischer Parteien, ein Thema, über das Kuron in seinem Essay überraschend wenig sagt.

Im Hinblick auf die korporatistischen Aspekte in Kurons Modell erschließt uns Halévy abermals einige hilfreiche Zugänge. 1919 behandelte er »Die Politik des sozialen Friedens in England«, eine Untersuchung der Whitley-Betriebsräte, die auf Empfehlung eines im Krieg einberufenen Wiederaufbau-Ausschusses gebildet worden waren. Diese Empfehlung war von der Erkenntnis ausgegangen, daß »das England des 20. Jahrhunderts zwar nichts mit Umsturz im Sinn hat, dafür jedoch die klassische Heimat des Streiks ist«. In ähnlichen Worten wie Kuron in seinen einleitenden Ausführungen bemerkte Halévy, daß Streiks chronisch geworden waren, »eine stets wiederkehrende Ursache für die Verarmung der Nation«. Als Alternative zur Unterdrückung untersuchte Halévy erwartungsvoll die klassenübergreifende institutionelle Zusammenarbeit, die während des Ersten Weltkriegs vom Staat erzwungen worden war, als dieser nach dauerhaften Mechanismen gesucht hatte, um die Gewerkschaften zu Institutionen zu machen, die ihre Mitglieder dazu bewegen konnten, sich »im Interesse der gesamten Gemeinschaft (...) einer [Arbeits]disziplin zu unterwerfen«. Zu diesem Zweck hatte der Whitley-Ausschuß ein Netz von Betriebsräten vorgeschlagen, staatlich autorisierte Zusammenschlüsse von Unternehmern und Arbeitern, die miteinander und mit dem Staat über strukturelle und instrumentelle Ziele verhandeln sollten. Ein solches Programm würde zum einen die Ausdehnung von Gewerkschaften ermutigen, gegen die der Staat und der organisierte Kapitalismus noch kurz zuvor heftig Widerstand geleistet hatten, und zum anderen dazu führen, daß sie ihre Aufmerksamkeit auf spezifische Ziele innerhalb eines Systems von Eigentumsverhältnissen konzentrierten, das sie zumindest mit Vorbehalten akzeptierten.⁵

Die von Whitley vorgeschlagenen Betriebsräte wandten sich zwei grundlegenden Spannungsfeldern zu, konnten jedoch die damit verbundenen Probleme nicht lösen. Das erste betraf die Frage, wieweit der Staat bei den Verhandlungen zwischen Kapital und Arbeit ein vollwertiger Partner sein und wieweit eine Mitgliedschaft in den Betriebsräten verbindlich sein sollte – mit anderen Worten: In welchem Maße sollte das System der Interessenvertretungen korporatistisch sein? Da der Korporatismus ein System ist, das seine konstitutiven Elemente so organisiert, daß sie eine

sehr kleine Zahl von funktionalen Zwangsinstitutionen bilden, die vom Staat autorisiert werden und eine Monopolstellung erhalten, gewährt er damit bestimmten Organisationen, Zielsetzungen und Interessen offiziell Privilegien und Anerkennung. Was als eigenständige, selbstorganisierte Gruppe erscheint, mag seinen Fortbestand am Ende der Unterstützung durch die Staatsgewalt verdanken. Auf diese Weise kann es dazu kommen, daß individuelle Interessenvertretung künstlich vorgeschrieben ist und daß gesellschaftliche Gruppen einschließlich der Gewerkschaften ihre Autonomie durch die verordnete Liaison mit dem Staat beträchtlich eingeschränkt sehen.

Das zweite Spannungsfeld betraf das Verhältnis zwischen Klasseninteressen und dem übergeordneten nationalen Interesse. Es gibt verschiedene Versionen des Korporatismus. In einer Variante erwartet man von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, daß sie ihre partikularen Loyalitäten hinter das Interesse der Allgemeinheit stellen und Vereinbarungen anstreben. Eine andere Version stellt korporatistische Foren für den Kampf zwischen den Klassen bereit, der in scharfer Form geführt wird, auch wenn zwischen ihren Vertretern vorläufige Abkommen geschlossen werden. Halévy sprach sich deutlich für den letzteren Weg aus, während Kuron in dieser Frage anscheinend zwiespältiger ist.

Diese Ambivalenz gilt auch für das erste von Halévy genannte Problem, die Stärke des Staates in einem korporatistischen System. Wenn der Staat eine Strategie korporatistischer Vereinbarungen unter Bedingungen hoher Unsicherheit verfolgen will, muß er nicht nur über die entsprechenden Kompetenzen, sondern auch über Legitimität verfügen. Dies erfordert aber ein sichtbares Engagement des Staates in eben jenen Bereichen, die Kuron seiner Zuständigkeit entziehen will: Schaffung von Sozialprogrammen zum Ausgleich marktbedingter Ungerechtigkeiten, Vorsorge gegen den Verlust des Arbeitsplatzes, Garantie für ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, ohne das die Bürger weder ihre politischen noch ihre persönlichen Rechte sinnvoll wahrnehmen können. Ein dezentralisiertes System, das sich auf lokale Solidaritäten, Vertrauen und persönliche Beziehungen verläßt, hat zweifellos manches für sich, doch als Hauptpfeiler der Sozialpolitik würde es dem Staat gerade jene Instrumente verweigern, die er benötigt, um die von Kuron anvisierte korporatistische Rolle spielen zu können.

Die gravierende Asymmetrie zwischen den beiden Teilen seines Modells legt eine andere, erstrebenswertere Lösung nahe: Staat und Bürgergesellschaft bzw. die unterschiedlichen Ebenen des Gemeinwesens könnten sich die Verantwortung teilen, und zwar sowohl für den korporatistischen wie für den sozialpolitischen Bereich. Kurons übermäßiger Etatismus in der industriellen Sphäre ohne das Gegengewicht einer starken lokalen, inner-

betrieblichen Demokratie beschwört genau jene Gefahr einer Verkrustung herauf, die er für den Sozialstaat bannen möchte. Andererseits ist eine auf Basisinstitutionen gegründete Wohlfahrtsgesellschaft den Gefahren einer ungleichen Verteilung ausgesetzt, wie sie den US-Amerikanern so vertraut ist. Wenn die Assoziationen der Bürgergesellschaft zu sehr auf Kosten der nationalen Ebene gestärkt werden, kann es zu einem erheblichen Ungleichgewicht in der Verteilung von Ressourcen und Fähigkeiten kommen.

Die Vorschläge Kurons leiden außerdem an einer weiteren Asymmetrie. Diejenigen, die mit dem Aushandeln korporatistischer Vereinbarungen befaßt sind, wollen in einer Situation, in der gemeinsames Handeln bereits erreicht wurde, die Zersplitterung der Klasseninteressen vermeiden und suchen Stützpunkte für offene oder verdeckte Kooperation. Diejenigen, die sich bemühen, die verschiedenen Vereinigungen und Einrichtungen der Bürgergesellschaft aufzubauen, haben die Aufgabe, die bisher fehlenden Verbindungen zwischen den Individuen und der politischen Sphäre herzustellen. Diese beiden Projekte lassen sich am ehesten durch ein kohärentes Parteiensystem verbinden und verwirklichen, in dessen Rahmen Parteien um die Unterstützung durch Gruppen und Individuen konkurrieren, um Wählerstimmen für ihre Programme zu gewinnen. Nur ein starkes Netz politischer Parteien und ihrer konkurrierenden Führungsgruppen und Ideen kann den von oben nach unten wirksamen Korporatismus und die von der Basis her organisierte Sozialpolitik, wie sie Kuron vorschweben, zusammenspannen und nutzbar machen. Ein effizienter, sozial geprägter Liberalismus ist darauf angewiesen, in einem Parteiensystem verankert zu sein, in dem er sich als politische Philosophie und als praktisches Programm zur Wahl stellen und in dessen Rahmen er legitime Institutionen errichten und vielfältige politische Identitäten und Interessen unterstützen kann. Erst innerhalb eines Systems der Parteienkonkurrenz kann Kurons Modell wirksam werden und seine inneren Widersprüche positiv nutzen; doch ohne einen solchen Rahmen von konkurrierenden Kleinutopien wirkt sein Plan wie ein Luftschloß.

Aus dem Amerikanischen von Udo Rennert

Anmerkungen

- 1 Die in diesem Band behandelten Themen reichen von den widersprüchlichen emanzipatorischen und organisatorischen Impulsen des Sozialismus über den Einfluß der Geopolitik und des Weltkriegs auf das Schicksal des Sozialismus und der Klassenverhältnisse im kapitalistischen England bis zu den zwischen Faschismus und Kommunismus bestehenden Homologien. Im folgenden zitiere ich nach der englischen Ausgabe: *The Era of Tyrannies*, Übers. R.K. Webb, New York 1965.
- 2 Halévy, a.a.O., S. 255.
- 3 Ebd. und S. 265.
- 4 Ein weitgehend ähnliches Projekt findet sich bei Philippe C. Schmitter, »Five Reflections on the Future of the Welfare State«, in: *Politics and Society* 16, Dezember 1988.
- 5 Halévy, a.a.O., S. 107, 112 und 132.

Hans-Jürgen Wagener
Von Enttäuschungen, Wundern
und rationalem Diskurs
Politisch-ökonomische Perspektiven
des Ordnungswandels

I

Sie hätten es wissen müssen! Jahrzehntelange Schulung in Politischer Ökonomie hat es ihnen immer wieder eingepaukt: Der Kapitalismus produziert Unsicherheit des Arbeitsplatzes und des Einkommens und verursacht Einkommensunterschiede, die nur schwer als gerechtfertigt akzeptiert werden können. Der Markt kommerzialisiert das gesamte Leben und degradiert den einzelnen Menschen zur Ware. Der zentrale Wert der kapitalistischen Gesellschaft ist der Konsum. Die stereotype Wiederholung machte die Aussage nicht eo ipso falsch. In der Tat ist der Kapitalismus eine ziemlich ruppige Wirtschaftsordnung, selbst dort, wo er seine Effizienz voll entfaltet hat und die Mittel für ein sozialstaatliches Sicherheitsnetz ausreichen sollten. Einem 50jährigen Stahlarbeiter kann man nicht vorhalten, den falschen Beruf gewählt zu haben oder nicht mehr leistungsbereit zu sein. Und dennoch setzt die Stahlkrise ihn »frei«.

Aber wenn sie es gewußt haben, warum sind dann so viele Bürger in den postkommunistischen Gesellschaften zur Zeit so tief enttäuscht vom Ergebnis der Wende, die sie selbst herbeigeführt haben? Die Antwort ist rasch gefunden: Sie hatten sich etwas anderes davon versprochen. Doch wie konnten sie sich etwas anderes davon versprechen, wo sie wußten, was sie in einer Marktwirtschaft erwartet und was in einer Wettbewerbsgesellschaft von ihnen erwartet wird? Die Antwort hierauf liegt nicht unmittelbar auf der Hand. Hier spielen zweifellos verschiedene Faktoren zusammen.

1. Wettbewerb und freier Markt sind Ideale politisch-ökonomischer Eliten. Anders als die sozialistische Planung, die unmittelbar an Vernunft und Gerechtigkeitssinn appellierte, ist Wettbewerb als soziales Ordnungsprinzip nie in seinen Eigenschaften und Konsequenzen allgemein verstanden und zum Ziel gesellschaftlichen Wandels erhoben worden. Eher hat sein Erfolg ihm spontane Anerkennung im nachhinein eingebracht. Mißverständnisse sind deshalb fast unvermeidlich. Das verhängnisvollste ist die Erwartung, die Abschaffung der Mangelwirtschaft führe unmittelbar in den Überfluß und nicht in die Knappheit – selbst von Arbeitsplätzen.

2. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist keineswegs allgemein akzeptiertes Ziel der als notwendig erkannten Transformation. Nach ihren Vorstellungen über die neu einzurichtende Ordnung befragt, würde wohl eine breite Mehrheit in den postkommunistischen Gesellschaften ein »magisches Fünfeck« von existentieller Sicherheit, materieller Wohlfahrt, sozialer Gerechtigkeit, individueller Selbstbestimmung und kollektiver Mitbestimmung zeichnen. (Nicht, daß im Westen grundsätzlich andere Zielvorstellungen vorherrschten, aber sie werden nicht als Maximalforderungen formuliert: Man ist an die bestehende Ordnung gewöhnt.) Mit seinen Zwängen und Disproportionalitäten entspricht der Kapitalismus diesem Pentagramm nur sehr unvollkommen. Eine Ordnung, die ihm voll gerecht werden könnte, hat sich noch nicht herausgebildet und ist Gegenstand utopischen Denkens. Der Traum vom dritten Weg ist in Osteuropa noch nicht ausgeträumt.

3. Auf einer ganz anderen Ebene liegt die Illusion, die man sich in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas über den Stand der vorhandenen Produktivkräfte machte. Zu dieser Fehleinschätzung trug auch der Westen bei, aus Unkenntnis und aus Opportunismus: Im Rüstungswettlauf rechtfertigt nur ein potenter Gegner extreme Anstrengungen und Ausgaben. Der Schluß vom Kriegspotential auf das Wirtschaftspotential geht offensichtlich fehl. Eine realistische Neubewertung des Produktivvermögens, die im Laufe des Transformationsprozesses erforderlich wurde, offenbarte, daß die alten Eliten angesichts ihres Legitimitätsverfalls den Schein der Wohlfahrt auf Kosten des akkumulierten Kapitals aufrechtzuerhalten versuchten. Das häufig gehörte Argument, man hätte doch bei weniger radikalem Wandel die bescheidene Wohlfahrt des alten Systems und ihr Wachstum bewahren können, scheint falsch zu sein: Das Eingemachte war aufgegesen. Die Krise war nicht Folge des Wandels, sondern ihr unmittelbares Bevorstehen eine seiner Ursachen. Ein Engerschnallen des Gürtels ist somit unvermeidlich auf Grund der notwendigen Rekapitalisierung der Wirtschaft (Infrastruktur, Wohnungsbau, Umweltkapital, aber auch unmittelbar produktives Kapital).

4. Damit mußte sich die Idee der Pareto-effizienten Transformation (es gibt keine Verlierer, aber bestimmt Gewinner) ebenfalls als Illusion erweisen. Sie hatte auch im Westen viele Anhänger: unter den wohlmeinenden Politikern (»Es wird niemandem schlechter gehen«) wie unter den professionellen Schocktherapeuten der ersten Stunde, die zumindest die Möglichkeit einer kurz bemessenen Stabilisierungskrise ins Auge faßten. Warum auch sollte der Übergang von einer wohleingerichteten, aber nun einmal ineffizienten Planwirtschaft in eine effiziente Marktwirtschaft zu einer Krise mit den Ausmaßen einer großen Depression führen? Wenn Brot nicht mehr an die Schweine verfüttert wird und LKWs keine Leer-

runden zur Planerfüllung drehen, kann es doch nur allen besser gehen. Der Wandlungsprozeß war aber komplexer als das Feuern eines schlechten Managements. Die Transformation in Mittel- und Osteuropa beschränkt sich nicht auf das Produktionsregime, sondern hat die gesamte Gesellschaftsordnung erfaßt. Damit verliert die Erwartung, unmittelbar in den Genuß einer verbesserten Effizienz zu kommen, eine ihrer Voraussetzungen – daß sich nämlich sonst nichts Wesentliches ändert.

5. Es stimmten wohl auch nicht alle Voraussetzungen, von denen die Transformationspolitik bei ihren Maßnahmen ausgegangen war. Nun ist die Ökonomie keine Wissenschaft, die einmütige Aussagen und eindeutige Vorhersagen machen kann. Aus irgendeiner Ecke ist daher immer der Vorwurf von Politikfehlern zu erwarten. Im Falle der Transformation der mittel- und osteuropäischen Wirtschaftssysteme, die in den ersten Jahren einem stark liberal, monetaristisch geprägten Muster gefolgt ist, konzentriert sich dieser Vorwurf auf eine zu rasche Marktliberalisierung und auf eine einseitig angebotsorientierte Stabilitätspolitik. Erstere hat zu einer übermäßigen Entwertung des vorhandenen Produktivvermögens geführt, so wird argumentiert, letztere einen unnötigen Nachfrageausfall verursacht. Damit wuchs sich die ohnehin nicht zu vermeidende Transformationskrise zu einer tiefen Depression aus. Diese Sichtweise hat einiges für sich.

6. Schließlich hat man vom Ausland, d.h. den hochentwickelten westlichen Marktwirtschaften eine Hilfe erwartet, die diese zu leisten nicht imstande sind. (Der Westen könnte durchaus mehr leisten, als er augenblicklich tut. Nur liegt sein Defizit eher darin, dem hehren liberalen Grundsatz nicht zu folgen, den er so wortreich zu propagieren weiß: Öffnung der Märkte.) Primäre Akkumulation, so wie sie jetzt noch einmal in Umstrukturierung und Rekapitalisierung erfolgen muß, kann für einen Wirtschaftsraum von 400 Millionen Einwohnern nicht über den Kapitaltransfer bewerkstelligt werden. Das erfordert vor allem planmäßige Investitionsanstrengungen – also Sparen – der betroffenen Gesellschaften selbst. Könnte man jedoch derart umfangreiche Kapitaltransfers leisten, wie es im Fall der ehemaligen DDR geschieht, wo die Realeinkommen dem paretianischen Versprechen gemäß nicht gesunken sind, selbst dann wäre die Enttäuschung nicht minder groß, möglicherweise sogar größer, gespeist von der Apathie der erzwungenen Unmündigkeit. Denn wer zahlt, schafft an. Dieses Privileg lassen sich auch Weltbank und Internationaler Währungsfonds nicht nehmen.

Wenn die Bürger der postkommunistischen Gesellschaften sich etwas anderes von der Wende versprochen haben, als unmittelbar eingetreten ist, so vor allem deshalb, weil man ihnen etwas anderes versprochen hat. Wieviel Unwissenheit dabei im Spiele war und wieviel Opportunismus, ist

im nachhinein nicht einmal so wichtig. Die Enttäuschung aber ist ein Ausgangspunkt für den weiteren Verlauf der Transformation.

II

Enttäuschungen sind nicht der Stoff, aus dem Wirtschaftswunder gemacht werden. Kaum weniger als Wirtschaftswunder sind jedoch erforderlich, um die Wirtschaften Mittel- und Osteuropas aus ihrer tiefen Depression herauszuführen und auf das Niveau Westeuropas zu heben. Wie kommen Wunder zustande?

Als Wirtschaftswunder wird oft die Leistung Westeuropas bezeichnet, das sich aus der großen Depression und dem großen Krieg zu einem ungekannten Wohlstand und einer Produktivität entwickelt hat, die dem Tabellenführer Vereinigte Staaten kaum nachstehen. Das deutsche Wirtschaftswunder ist dabei nur ein Sonderfall, bemerkenswert höchstens wegen der extremen Kriegszerstörungen, die vergleichbar wohl nur im Osten, in Polen und in der Sowjetunion, anzutreffen waren. Die Konvergenz von Wohlfahrt und Produktivität im Westen ist evident, so daß man zu Recht auch von einem österreichischen oder italienischen Wirtschaftswunder spricht.

Daran zu erinnern, ist wichtig. Denn die Wirtschaftsordnung Westeuropas und ihre Leistung in den letzten 40 Jahren sind das große Vorbild der postkommunistischen Gesellschaften. Eine eigene ordnungspolitische Vision läßt sich dort nicht ausmachen, was nicht ausschließt, daß sich im Laufe der Entwicklung eigene Ordnungsvarianten des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus herauskristallisieren werden. Genau dies ist in Westeuropa der Fall gewesen. Die soziale Marktwirtschaft deutscher Provenienz unterscheidet sich durchaus vom holländischen Harmoniemodell, der österreichischen Sozialpartnerschaft, dem französischen Etatismus oder der italienischen Mischung von schwachem Staat, Parteienherrschaft und freiem Unternehmertum. Alle diese Ordnungsvarianten haben ein Wirtschaftswunder zustande gebracht. Welche also soll man imitieren?

Vielleicht war aber die konkrete Ordnung gar nicht der entscheidende Faktor für den Erfolg. Es läßt sich ein europäischer Ordnungsstil identifizieren, die gemischte Wirtschaft, die für alle genannten Länder charakteristisch ist: Überall wird die private Wirtschaft von einem mehr oder minder umfangreichen öffentlichen Sektor ergänzt, Sozial- und Wohlfahrtsstaat sind hoch entwickelt, der Staat übt eine aktive Wirtschaftspolitik aus, regulierend, subventionierend, protektionierend. Dieser Ordnungsstil wurde jedoch oft mit der Wachstumsverlangsamung seit Anfang der 70er Jahre in Verbindung gebracht – Eurosklerose lautete die Diagnose. Was in Westeuropa zumindest zwischen 1945 und 1970 erfolgreich, danach aber

möglicherweise entwicklungshemmend war, braucht für das Osteuropa der 90er Jahre nicht unbedingt nachahmenswert zu sein.

Ein anderes stimulierendes Element sollte deshalb nicht übersehen werden: der Wettbewerb der Systeme. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg haben nur wenige Beobachter der kapitalistischen Marktwirtschaft noch einmal ein solches *comeback* prophezeit, wie sie es dann erlebt hat. Es kam der Kalte Krieg. Die Abgrenzung von der »kommunistischen Gefahr« und die Aufnahme der kommunistischen Herausforderung unter amerikanischer Führung haben der Marktwirtschaft den Weg geebnet. Während die Führungsmacht eine evidente wirtschaftliche Überlegenheit hatte und es ihr deshalb vor allem um ihre militärische Position und den freien Handel ging (denn freier Handel dient immer den Interessen der führenden Macht), wurde in Europa der Wettbewerb auf den Feldern Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit ausgetragen. Hinzu kommt, daß ein Krieg, auch ein kalter, die Parteien zusammenhält und zu besonderen Anstrengungen motiviert. Je näher die Front, desto deutlicher war dieser Effekt. Vergessen wir nicht den »Glücksfall« des Koreakrieges: Im rechten Moment des Wiederaufbaus erfolgte für Europa ein Nachfrageimpuls, der die lange Nachkriegshochkonjunktur einleitete.

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Die Situation für die heutigen Gesellschaften in Transformation ist eine völlig andere. Sicher, die Entwicklungsziele sind dieselben: Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit. Notwendig dafür sind Wachstum – vor allem das –, Strukturwandel und ein soziales Netz. Wachstum und Strukturwandel bedingen ein agiles Unternehmertum (das gab es natürlich in Westeuropa und fehlt jetzt im Osten), Akkumulation und effektive Nachfrage. Akkumulation und ein soziales Netz bedingen die kollektive Bereitschaft zum Konsumverzicht und die individuelle Bereitschaft zur Umverteilung. Das ist nichts Neues. Doch die Motivation zu all dem muß nun aus der rationalen Einsicht in die sachliche Notwendigkeit entspringen: Anders sind die Ziele nicht zu haben. Ein übergeordnetes, »heiliges« Ziel fehlt. Der Wettstreit der Systeme ist beendet. Jetzt geht es höchstens noch um die internationale Konkurrenzposition.

Verständlicherweise wird hier häufig der Ruf nach einem neuen Gesellschaftsvertrag laut, nach einer neuen Leitidee, der sich die unterschiedlichen Tagesinteressen verpflichtet fühlen. Nun fehlt die Leitidee ja gar nicht. Die Transformation hat liberale Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben. Doch wir sahen bereits, daß diese Losungen eher den Kopf als das Herz ansprechen, und damit fehlt den Fahnen der spontane Zulauf.

Die liberale Orthodoxie leugnet das Problem: Der Markt, wenn er sich nur voll entfalten kann, koordiniert die Einzelinteressen zu einem gemein-

schaftlichen Optimum. Es scheint paradox zu behaupten, die Einrichtung einer Marktwirtschaft und die Entfaltung ihrer segensreichen Effizienz bedürfe konstruktiver Programmierung. Nun schlagen Paradoxe eher auf die Lehrmeinungen zurück als auf die Wirklichkeit. Schon die ordnungsliberale Schule machte deutlich, daß die Installierung und die Aufrechterhaltung einer Wettbewerbsordnung einen politisch-ökonomischen Grundkonsens, eine ordnungspolitische Konzeption verlangt und eine kongruente politische Ordnung. Der Staat ist in der demokratischen Wettbewerbsgesellschaft nicht nur zentrale Administration, sondern eine politische Veranstaltung auf pluralistischer Basis.

Selbst wenn wir nur eine Teilsequenz der in den postkommunistischen Ländern anstehenden Probleme betrachten, wird deutlich, daß es für eine erfolgversprechende Lösung erforderlich ist, diese Probleme in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten ins allgemeine Bewußtsein zu bringen und einen Konsens über die ordnungspolitische Konzeption zu schaffen.

1. Erklärtes Ziel ist es, die Effizienz zu steigern und die Wirtschaft umzustrukturieren.

2. Das erfordert Entscheidungsträger, die motiviert und informiert werden und mit den für diese Aufgabe notwendigen Entscheidungsbefugnissen (Eigentumsrechten) und finanziellen Mitteln ausgestattet sind.

3. Umstrukturierung und Effizienzsteigerung führen erst einmal Arbeitslosigkeit herbei.

4. Der soziale Ausgleich erfordert eine minimale Sicherung der Existenz.

5. Die Finanzierung der sozialen Sicherheit verlangt den Steuerstaat.

6. Objekt der Besteuerung können nicht nur die Kapitalerträge sein, denn diese müssen ja die Umstrukturierung und Effizienzsteigerung finanziell und motivational tragen.

Usw.

Der spontanen Entwicklung überlassen, führt diese Sequenz mit großer Wahrscheinlichkeit in einen blockierenden Sozialkonflikt. Eine oktroyierte Lösung vernachlässigt die Ecken »individuelle Selbstbestimmung« und »kollektive Mitbestimmung« des oben erwähnten Pentagramms und führt in die Apathie erzwungener Unmündigkeit, wenn nicht in Schlimmeres. In der ehemaligen DDR z.B. hat man die Entscheidungsbefugnisse (und damit auch umfangreiche Vermögenswerte) bevorzugt in westliche Hände gelegt. Die Bürger des Landes wurden damit für unfähig erklärt, ihre Angelegenheiten selbst in die Hände zu nehmen.

Der Leitidee liberaler Demokratie und sozialer Marktwirtschaft entspricht ein rationaler Diskurs über die anstehenden Probleme. Dafür ist es notwendig, die genannten Zusammenhänge und Sachzwänge zu benennen, einsichtig zu machen und die Lösungsalternativen mit ihren Konsequenzen zu spezifizieren. Es ist eines der Hauptprobleme der Transformation,

diesen rationalen Diskurs zu institutionalisieren und damit die wichtigsten Agenten der politisch-ökonomischen Szene einzubinden. Am Ende muß ein pragmatisches Aktionsbündnis stehen, das nur Erfolg haben kann, wenn die Partner die Maßnahmen einsehen und dann auch freiwillig einhalten. Das klingt nach Planung – und ist es auch im Sinne von Informationsaustausch und Koordination. Die Wiedereinrichtung der Wettbewerbsgesellschaft im westlichen Nachkriegseuropa – und damit auch das Wirtschaftswunder – war, abgesehen vom bereits erwähnten äußeren Druck durch die USA, mit dieser Form der Planung verbunden: Sozialpartnerschaft, makro-ökonomische Programmierung, indikative Planung, funktionaler Sozialismus, breiter gesellschaftlicher Dialog. Nachdem die soziale Marktwirtschaft in den 60er Jahren auf den Weg gebracht war, schwächte sich die Bedeutung dieser Institutionen ab – die Ordnung war fähig, sich selbst zu tragen.

III

Die Beispiele aus den Ländern Westeuropas zeigen, daß die Institutionalisierung eines rationalen Diskurses den jeweiligen historischen Traditionen verhaftet bleibt. Es ist deshalb nützlich, sich auf ein Beispiel zu konzentrieren. Das Deutsche scheint uns weniger auf Grund seiner Vorbildlichkeit erhellend zu sein, als vielmehr auf Grund der Möglichkeit, die neuen transformationsbedingten Probleme mit älteren Erfahrungen vergleichen zu können.

Die deutsche Wirtschaftsordnung kennt nicht die breite gesellschaftliche Diskussion politisch-ökonomischer Alternativen. Die Haushaltsplanung ist vor allem ein administrativer Vorgang. Der Sachverständigenbeirat bildet sich eine professionelle Meinung über die Wirtschaftslage und die Konsequenzen wirtschaftspolitischer Maßnahmen für Einkommensverteilung, Beschäftigung, Wachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit. Die alljährliche Zeremonie der Überreichung des Jahresgutachtens ist einen Spot in der Tagesschau wert, aber nicht eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Diagnose. Die exakte Quantifizierung der erwarteten Folgen und ihre öffentliche Diskussion hat den Ruch von Populismus und zentraler Planung. Und in der Tat, in den Niederlanden, wo Haushaltsplan und makro-ökonomische Programmierung jedes Jahr wieder die Zeitungen seitenweise füllen, werden die entsprechenden Berechnungen vom sogenannten Zentralplanbüro aufgestellt. Vor allem die Realeinkommensentwicklung, aufgeschlüsselt nach sozialen Minima, modalen und höheren Einkommensbeziehern, löst entsprechende politische Kontroversen aus.

In der Bundesrepublik gilt die Realeinkommensentwicklung als Sache

der Tarifparteien, und der Staat wahrt strikt die Tarifautonomie. Beides entspricht nicht ganz der Wirklichkeit: Die Regierung fordert regelmäßig die Gewerkschaften zum Maßhalten auf und versucht mit indirekten Mitteln Lohnpolitik zu betreiben. Außerdem hat sie über ihre Steuer- und Preispolitik (für öffentliche Güter und staatliche Leistungen) natürlich direkten Einfluß auf die Realeinkommen. Ein runder Tisch, eine konzertrierte Aktion passen jedoch nicht ins ordnungspolitische Schema, und ein Solidarpakt bleibt eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern – so notwendig das in einem föderalen System auch ist. Ihre solidarisierende und motivierende Wirkung wird bezeichnenderweise über Zeitungsinserate eingefordert. Denn die, die sich eigentlich solidarisieren sollten, haben nicht mitpaktiert. Über Politikverdrossenheit braucht man sich dann nicht zu wundern.

Dabei war die Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Solidarpaktes von Anfang an, d.h. bereits 1990 mit der Wiedervereinigung, gegeben. Damals herrschte jedoch der Optimismus der Schocktherapeuten: Stabilisierung und Liberalisierung lösen eine unmittelbare Angebotsreaktion aus – der Rest ergibt sich von selbst, zumal in Deutschland, wo die DDR-Wirtschaft in einem etablierten und gut funktionierenden Wirtschaftssystem aufgegangen ist. Auch die Tarifparteien müssen so gedacht haben. Anders ist jener unselige Langzeitvertrag nicht zu erklären, der für Zeiträume, die konjunkturell nicht vorherzusehen sind, Lohnsteigerungen von mehr als 25 Prozent pro Jahr festgeschrieben hatte und von dem man sich im Frühjahr 1993 nur unter Schmerzen wieder befreit hat.

An diesem Beispiel läßt sich die Notwendigkeit und die Schwierigkeit eines Solidarpaktes exemplarisch behandeln. Ein wesentliches Element nicht nur der deutschen Arbeitsmarktordnung ist die solidarische Tarifpolitik: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig von der Wirtschaftslage der jeweiligen Unternehmung. Der Wiederaufbau nach dem Kriege wurde dadurch kaum behindert, weil die Löhne relativ niedrig blieben und den Betrieben durch steuerliche Maßnahmen ein hoher *cash flow* zufließ, den sie investieren konnten. Als mit Vollbeschäftigung und vollendetem Wiederaufbau die Löhne stärker zu steigen begannen, hatten die Betriebe einen relativ jungen und homogenen Kapitalstock. Wo das nicht der Fall war, stießen sie ältere unproduktive Anlagen ab. Das war in der Phase der Hochkonjunktur und mehr oder minder stetigen Wachstums kein Problem. Kurzum: Die solidarische Lohnpolitik hat zusammen mit dem Lohnniveau Entwicklung und Struktur des Kapitalstocks bestimmt. Auch wenn einzelne Unternehmer darüber klagten, stellte sie bisher kein grundsätzliches Systemproblem dar.

Die Situation änderte sich schlagartig mit der Eingliederung der DDR-Wirtschaft. Deren Kapitalstock brauchte, selbst bei ebenfalls nivellierten

Löhne, nicht homogen zu sein: Verluste wurden über den Staatshaushalt ausgeglichen. Ein Teil ihrer Anlagen war hoffnungslos obsolet. Obsoletheit ist aber nicht nur ein technisches Phänomen. Es ist vor allem ein ökonomisches Problem: Das Lohnniveau macht eine Anlage obsolet, wenn diese die Lohnkosten nicht mehr einspielen kann. Die Inhomogenität des Kapitalstocks in der ehemaligen DDR wurde durch Neuinvestitionen westlicher Investoren, die ja durchaus rasch einsetzten, noch erheblich verstärkt. Es ist klar, eine solidarische Lohnpolitik, die sich am westdeutschen Produktivitätsniveau orientiert, schneidet den erheblich weniger produktiven Anlagen, und damit auch den daran Beschäftigten, die Luft ab. Diese Geschichte hat natürlich auch ein Nachfragekapitel, auf das wir hier nicht eingehen wollen, von dem aber deutlich sein sollte, daß die Kosten darin eine Rolle spielen.

Verschiedene Interessenkonflikte werden sichtbar. Die (westdeutsch dominierten) Gewerkschaften wollen ihre tarifpolitischen Errungenschaften bewahren. Die (ebenfalls westdeutsch dominierten) Unternehmerverbände würden gerne bei sich bietender Gelegenheit die als viel zu starr erfahrene Arbeitsmarktordnung aufbrechen. Die Unternehmen in der ehemaligen DDR kämpfen ums Überleben. Ihren Arbeitern geht es mehr um den Arbeitsplatz als um die nächste Lohnerhöhung. Bei den westdeutschen Arbeitnehmern liegen die Interessen möglicherweise umgekehrt. Die bereits Arbeitslosen, vor allem die Frauen, stehen außerhalb der Solidarität und der Tarifautonomie.

Hier ist Raum für einen Solidarpakt, für eine konzertierte Aktion, die nicht nur die Tarifparteien, sondern auch den Staat einbindet. Wiederaufbau und Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft brauchen Investitionen, die nicht nur aus Kapitaltransfers gespeist werden können. Sie müssen auch von den Unternehmen selbst erwirtschaftet werden. Das schließt kurzfristig eine Hochlohnpolitik aus. So wird der Prozeß des Ausscheidens obsoleter Anlagen und damit auch die Freisetzung der an ihnen Beschäftigten in der Zeit gestreckt. Um die Lohndifferenzierung Ost/West nicht zu kraß werden zu lassen und die erforderlichen Kapitaltransfers zu ermöglichen, sind Lohnerhöhungen im Westen zu beschränken. Das kann nur dann akzeptabel sein, wenn es zu Preisstabilisierung führt und wenn die resultierenden Gewinnsteigerungen unmittelbar investiv verwendet oder steuerlich abgeschöpft werden, um den öffentlichen Investitionsbedarf zu decken.

Makro-ökonomische Planung kann ein solches Paket durchaus fixieren. Anders als in der Nachkriegssituation, wo sich, zumindest in Deutschland, ein solcher »Solidarpakt« oder wirtschaftspolitischer Grundkonsens stillschweigend herausgebildet hatte, besteht jetzt jedoch politischer Handlungsbedarf auf Grund der erheblich größeren Interessenkonflikte.

Das Problem eines solchen Solidarpaktes liegt jedoch in der Gefahr des Opportunismus und in der Labilität der Randbedingungen. Lohnerhöhungen lassen sich kontrollieren, Preiserhöhungen schon sehr viel weniger. Gewinne werden heutzutage über die ganze Welt investiert. Steuerflucht ist für viele ein spannendes Gesellschaftsspiel, in dem die Gemeinschaft, verkörpert im Staat, als Gegner betrachtet wird. In den 50er Jahren war das noch sehr viel weniger der Fall, und es gab gewisse Kapitalexpportkontrollen. Es kann natürlich nicht Sinn eines Solidarpaktes sein, den Kapitalexpport zu fördern. Unternehmer wissen, daß eine solche Übereinkunft zeitlich begrenzt ist, vor allem, wenn sie nicht stillschweigend, sondern explizit getroffen wird. Mit ihren Investitionen antizipieren sie die Zeit danach. Anders als in den 50er und 60er Jahren ist die Wirtschaft heute offener, die internationale Konkurrenz intensiver, die Konjunkturlage weniger stabil – alles Gründe, die vertragliche Verpflichtungen nach einer gewissen Zeit uneinlösbar machen oder es zumindest erlauben, sie als uneinlösbar darzustellen. Mit zuvielen Wenn und Aber darf man einen Solidarpakt jedoch nicht ausstatten – er würde nicht mehr von jedem verstanden.

Das Entscheidende aber ist, daß im Rahmen der vorherrschenden individualistischen Werte ein gewisses Gemeinschaftsgefühl aufkommt und die Notwendigkeit des solidarischen Teilens (im Westen) und des geduligen Wartens (im Osten) eingesehen und mitgetragen wird. Das zu erreichen ist Sache der Politik, die dafür ein erfolgversprechendes Programm formulieren und konsensfähig machen muß. Gelingt das nicht, treten Frustrationen auf, die sowohl den Prozeß der Integration, als auch die gesellschaftliche Stabilität gefährden. Auf unvermuteter Ebene können scheinbar unerklärliche Konflikte aufbrechen: Man schlägt den Sack (z.B. die »Ausländer«) und meint den Esel (z.B. das System, das Leistungen verlangt, wo man bislang welche zu empfangen gewohnt war).

IV

Kooperation durch stillschweigenden Konsens ist eine elegante Lösung gesellschaftlicher Koordinierungsprobleme. Sie ist jedoch nicht immer zu haben. Wenn sich alle auf relativ niedrigem Niveau in mehr oder minder gleicher Lage befinden, ist die Chance dafür größer als in einer undurchsichtigen, komplexen Situation, in der man befürchten muß, daß andere sich opportunistisch verhalten. Stillschweigender Konsens braucht auch nicht stabil zu sein.

Das politisch-ökonomische System (West-)Deutschlands verdankt seine enorme Stabilität über die letzten 40 Jahre wohl eher seinem Erfolg als seiner Ordnung. Wir sahen bereits, daß der Erfolg nicht allein der Ordnung zugeschrieben werden kann. Kein Zufall, daß die harte D-Mark für

viele Haupterrungenschaft und unverzichtbares Symbol des Systems geworden ist. Man ist gewohnt, daß die Politik das Notwendige tut, und unterstützt sie stillschweigend. Der Erfolg der mehr oder minder stetig steigenden Wohlfahrt gibt einem recht. Einem solchen System geringer politischer Integration droht natürlich Gefahr, wenn Probleme zur Lösung anstehen, die ihren Preis in Sachen Wohlfahrt haben. Der Anschluß der DDR ist das augenblicklich umfangreichste und kostspieligste derartige Problem. Doch andere sind bereits sichtbar: Umweltschutz, Reorganisation des sozialen Sicherheitssystems, Sicherung der internationalen Konkurrenzposition.

Der Ordnungswandel ist nicht auf die postkommunistischen Gesellschaften beschränkt. Durch den Fortfall des Wettbewerbs der Systeme sind auch die westlichen Gesellschaften postkommunistisch geworden. In Deutschland ist das wohl am stärksten der Fall, obwohl es sich dort am wenigsten zu realisieren scheint. Der »plötzliche« Zusammenbruch erstarrter politischer Ordnungen in Italien oder Japan ist aus dem Ende des Kalten Krieges zu erklären, das den Zwang, die bestehende Ordnung nicht zu gefährden, und die Furcht vor Instabilität beseitigte. Die Wirtschaftsordnung wird von diesen Veränderungen nicht unberührt bleiben.

Dieser Ordnungswandel muß in einem politisch-ökonomischen Ordnungsrahmen stattfinden, der Diskurs, Koalition und Konsens ermöglicht und der Solidarverträge, vor allem aber solidarische Verträglichkeit fördert. Dem Wettbewerb als Grundprinzip der Marktordnung wird dadurch kein Abbruch getan. Das Problem eines solchen Rahmens ist es, einen Ausgleich zu finden zwischen der erforderlichen Sicherheit und Stabilität einerseits und der ebenso erforderlichen Flexibilität und Offenheit andererseits. Es besteht eine latente Spannung zwischen dem stets zu wahrenen Rechtsprinzip und der notwendigen Kontingenz, dem Eingehen auf die jeweilige Situation. Ein derartiger Ordnungsrahmen muß opportunistisches Verhalten einschränken, eine breite Beteiligung am Diskurs sichern, die notwendigen Informationen bereitstellen und stabile Erwartungen hinsichtlich der Konsequenzen möglicher Maßnahmen produzieren. Schließlich sollte er Prozeduren festlegen, die als fair erfahren werden und damit konsensfähige Lösungen ermöglichen.

Es wäre eine Illusion zu glauben, der Markt sei ein Alleskleber in Sachen Koordination. Er löst seine Aufgabe hervorragend, wo es um Produktion und Verteilung von Tomaten und Taschenrechnern geht. Wo Menschen und ihre spezifischen Interessen betroffen sind, treten Macht und Sprache als Koordinationsmedien neben das Geld. Da die Leitidee der freiheitlichen Demokratie den Gebrauch von Macht wesentlich beschränkt, fällt dem rationalen Diskurs eine zentrale Aufgabe zu. Dies gilt es zu institutionalisieren. Die Aufhebung des Wettbewerbs der Systeme hat in den post-

kommunistischen Gesellschaften des Ostens die Menge der zulässigen Institutionen erheblich erweitert. Für die von uns so genannten postkommunistischen Gesellschaften des Westens ist das – möglicherweise in geringerem Umfang – auch der Fall. Die Chance einer Stabilisierung des Ordnungswandels, einer Versachlichung der unvermeidlichen Auseinandersetzungen ist gegeben.

Das bedeutet nicht notwendigerweise, daß die institutionellen Lösungen im Osten und im Westen gleich sein werden. Dazu sind die Probleme und die Ausgangssituation in beiden Teilen Europas zu unterschiedlich. Die alte Hoffnung des Ostens, man könne den Westen überholen, ohne ihn einzuholen, wird sich auch dieses Mal nicht verwirklichen. Das schließt Konvergenz über einen längeren Zeitraum nicht aus.

Aleksander Smolar

Vom *homo sovieticus* zum Bürger

Die Rechte, die mit dem Begriff »Bürger« verbunden sind, wurden im Laufe der Zeit systematisch erweitert. T.S. Marshall identifizierte das 18. Jahrhundert mit der Einführung der persönlichen Rechte und Freiheiten (Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit etc.); das 19. Jahrhundert bezeichnete er als die Zeit der politischen Rechte (aktives und passives Wahlrecht); im 20. Jahrhundert wurde der Bürgerstatus um soziale Grundrechte bereichert (garantiertes Mindesteinkommen, Krankenversicherung, Bildung für alle etc.). Anders und ebenso schematisch ausgedrückt: Das 18. Jahrhundert stand im Zeichen des Rechtsstaates, das 19. im Zeichen des demokratischen Staates und das 20. im Zeichen des Wohlfahrtsstaates. Das war die Logik der Entwicklung der Bürgerrechte, auch wenn dieser Prozeß in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich verlief.

Der Ursprung und der Status dieser Rechte – der klassischen Freiheiten einerseits und der sozial-ökonomischen Rechte andererseits – sind unterschiedlich. Die ersteren sollen das Individuum und die Minderheiten vor der Tyrannei der Macht schützen, die letzteren stellen oft nur ein Projekt, eine Zielsetzung, ein in der Zeit ihrer Proklamierung nicht realisierbares Ideal dar. Die Ausdehnung des Rechtsbegriffes auf immer größere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und die Akzentverschiebung von Freiheitsrechten zu sozialen Grundrechten hängt einerseits mit der Logik zusammen, nach der sich, Tocqueville zufolge, in einer demokratischen Gesellschaft Gleichheit entfaltet, andererseits mit dem spezifischen Charakter unserer Zivilisation, in der das Unmögliche immer stärker als eine mit Unfreiheit gleichzusetzende Einschränkung der Freiheit empfunden wird. Daher sind in den demokratischen Staaten die sogenannten »positiven Rechte« – das heißt die sozialen und ökonomischen Rechte –, auch wenn sie nicht verwirklicht werden können, ein die Entwicklung wesentlich mitbestimmendes Element des gesellschaftlichen Ideals. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. 12. 1948 wurde als ein »gemeinsamer Maßstab für den Fortschritt der Völker und Nationen« angenommen. Problematisch bleibt jedoch, wie weit die Grenzen der Gleichheit überhaupt ausgedehnt werden können und welche Gefahren eine

solche Expansion für die Demokratie – in deren Namen sie ja vollzogen wird –, für die ökonomische Effizienz sowie für die Flexibilität der Integrationsmechanismen innerhalb der Gemeinschaft nach sich zieht.

Während der freie Markt die Menschen in Gewinner und Verlierer teilt, sichert der Wohlfahrtsstaat allen Bürgern gleichermaßen die Chance, von ihren Rechten und Freiheiten Gebrauch zu machen; seine Aufgabe ist es, die atomisierte Gesellschaft zu integrieren. Zur Entstehung des Wohlfahrtsstaates trugen in gleichem Maße die für die Arbeiterrechte kämpfenden Sozialisten wie die Konservativen bei (zum Beispiel Disraeli und Bismarck), die es verstanden, die Mehrheit der Bevölkerung mit der herrschenden Gesellschaftsordnung zu versöhnen, um Revolutionen vorzubeugen.

Der nächste unvermeidliche Schritt zu mehr Gleichheit war der Versuch, die Bürgerrechte auf die Wirtschaft auszudehnen. Ein Beispiel dafür ist die deutsche Praxis der betrieblichen Mitbestimmung, ein anderes das Programm der schwedischen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1975, das die Erweiterung des Bürgerstatus auf den Bereich der Wirtschaft durch die allmähliche Sozialisierung der Investitionen vorsah. Beide Modelle hatten zum Ziel, die bereits bestehenden Gleichheiten zu multiplizieren. In der Marx'schen Konzeption können Freiheit, Gleichheit und Demokratie nur dann verwirklicht werden, wenn die Spaltung der Gesellschaft in zwei antagonistische Klassen aufgehoben wird. Dadurch erfolgt eine Umkehrung der klassischen Folge der Entwicklung der Rechte: Die Vergesellschaftung der Wirtschaft wird als Bedingung für die faktische Durchsetzung der persönlichen Freiheiten und der politischen und sozialen Rechte angesehen. Die Auflösung des Privateigentums sollte dazu führen, die Teilung in »negative« und »positive« Rechte und in »formale« und »reale« Freiheiten aufzuheben und die Einheit von Staat und Gesellschaft, von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wiederherzustellen.

Die klassischen persönlichen und politischen Rechte und Freiheiten können heute als unumstritten gelten. In den ehemals kommunistischen Staaten spielten die »positiven«, sozialen Grundrechte jedoch eine besondere Rolle, deren Konsequenzen bis in die Gegenwart reichen.

Der Kommunismus oder Gleichheit ohne Rechte

Mit der Machtübernahme durch die Kommunisten wurde die propagierte Sozialisierung der Wirtschaft in die Tat umgesetzt – als Verstaatlichung. Die allgemeine Proletarisierung der Gesellschaft nivellierte weitgehend die soziale Situation der Bürger. Die Reduzierung der ökonomischen Ungleichheiten wurde stets mit – unterschiedlich – repressiven Methoden er-

reicht. Der Status des Arbeiters war mit dem eines Fronbauers oder gar eines Sklaven vergleichbar.

Das Umverteilungsprinzip unterlag tiefen Veränderungen. Die Rolle der Marktmechanismen wurde an den Rand gedrängt. Wie das Einkommen verteilt werden sollte, darüber entschied die politische Macht. Die praktizierten Kriterien der Umverteilung verschafften den Trägern des Systems sowie bestimmten strategisch wichtigen Gruppen und Regionen Privilegien. Mit der Zeit spielten bei der Verteilung der gesellschaftlich wertvollen Güter die Bürokratie und das Kräfteverhältnis zwischen den Industriebranchen sowie den Wojwodschaften eine immer größere Rolle.

Die sozialen Grundrechte wurden vom Staat gesichert. Seine verschiedenen Institutionen und die Betriebe mußten auch fürsorgliche Aufgaben übernehmen. Das Spektrum der vom Staat garantierten sozialen Gleichheiten war breit – sie umfaßte die Subventionierung der Grundnahrungsmittel, der Wohnungen, der Energie, des Transports, des Urlaubs etc., die freie medizinische Versorgung und Bildung; dazu kam noch die Beschäftigungsgarantie. Über die Qualität dieser Leistungen sagte Jacek Kuron mit Recht: »Die soziale Gerechtigkeit funktionierte in der Volksrepublik Polen nach dem Kasernenprinzip – Nahrung, Bekleidung, Dach überm Kopf. All das standardisiert und meist von schlechter Qualität.« Dies war die wahre Einlösung der Forderungen der Sansculotten, wie sie von Boisset, einem Freund Robespierres, formuliert wurden: »Bekleidung, Nahrung und Reproduktion der Gattung«.

Die Expansion der »positiven Rechte« ging einher mit einer radikalen Beschneidung oder gar Beseitigung der klassischen bürgerlichen »negativen Rechte«. Einsetzend mit der Französischen Revolution wurden die Rechte und die Freiheiten der Bürger zwar allmählich erweitert, sie wurden aber nie voll respektiert, und die tatsächliche Gleichheit vor dem Gesetz ist nie hergestellt worden. Auf der politischen Ebene wurde die Gesellschaft radikal in jene geteilt, die das »passive« und das »aktive« Wahlrecht besaßen und jene, denen solche Rechte überhaupt entzogen waren.

Obwohl in der Gesellschaft des Sozialismus starke Ungleichheiten bestanden, stellte er die Rechtmäßigkeit jeglicher Ungleichheit in Frage. Indem er physisch oder gesellschaftlich die ehemaligen höheren Klassen beseitigte, eliminierte er gleichzeitig die historisch verwurzelten Ungleichheiten, die mit vererbtem sozialem Status, mit Reichtum oder sogar mit bestimmtem Wissenskapital zusammenhingen. Die massive Beschränkung des freien Marktes, die Zerstörung des politischen Pluralismus und der unabhängigen öffentlichen Meinung ließen die spontanen Mechanismen der Differenzierung der Gesellschaft verkümmern. Die Willkürlichkeit bei Ernennungen, in der Lohnpolitik sowie in der Verteilung begehrter Güter schwächten die Funktionen der meritokratischen Umverteilungskriterien

ab. Gleichzeitig war der Sozialismus – in der Meinung der Gesellschaft wie auch im Empfinden der regierenden Eliten – nicht imstande, jene spezifischen Ungleichheiten zu legitimieren, die er selbst verursachte und deren Hauptquelle zumeist die politische Macht war. Aus diesem Grund war man sehr darauf bedacht, das System der Nomenklatura sowie andere Privilegien vor der Gesellschaft zu verheimlichen.

Die Unterminierung aller objektiven Beurteilungskriterien und die Zerschlagung jedweder natürlichen Hierarchie und Autorität führte unvermeidlich zu einem Kult der Gleichheit, dessen Grundsatz in der populären Formulierung: »Alle haben die gleichen Mägen« auf den Punkt gebracht wurde. Auf diese Weise wurde das Ideal der Gleichheit aller Bürger durch das Ideal der Gleichheit der untergeordneten, vom Staat nivellierten Massen ersetzt – denn nur der Staat konnte die herkömmlichen Kriterien für die Verteilung der Güter suspendieren und zugleich der Gesellschaft einen radikalen Egalitarismus aufzwingen.

Der Sozialismus verwandelte die Bürger, die entweder dank ihres Unternehmergeistes ihr Brot verdienten oder auf der Grundlage eines Vertrages zwischen zwei gesetzlich gleichgestellten Partnern entlohnt wurden, in eine Masse von staatlich gegängelten Individuen. Nach dem britischen *Poor Law* aus dem Jahre 1834 mußte ein auf staatliche Hilfeleistung angewiesener Armer auf seinen Status als Bürger, auf seine persönlichen Freiheiten und politischen Rechte verzichten. In den sozialistischen Ländern wurde dieser Status gleich allen Bürgern vorenthalten, obwohl der Staat hier wohl kaum ein Wohltäter und die Bürger keine Bedürftigen waren; die Beziehung zwischen beiden Seiten war vielmehr durch mangelnde Gleichberechtigung und staatliche Willkür in Verbindung mit Paternalismus charakterisiert. Symptomatisch hierfür war die offizielle Rhetorik, die für freie Bildung, sichere Arbeitsplätze, medizinische Versorgung, Auslandsreisen oder Buchveröffentlichungen Dankbarkeit verlangte. Diese Beziehung zwischen Staat und Bürgern brachte eine Mentalität hervor, die vor allem auf Ansprüche ausgerichtet war. Eine solche Einstellung ist Ausdruck der Skepsis gegenüber der Möglichkeit und dem Wert selbständigen und verantwortungsbewußten Handelns. Die Folge ist, daß man Arbeit, Lohn, Wohnung und andere lebensnotwendige Güter vom Staat erwartet.

Der Übergang zu Demokratie und Markt

In allen postkommunistischen Ländern werden nun die bürgerlichen Rechte und Freiheiten radikal erweitert. Nach und nach werden jene Bestandteile des Rechts beseitigt, deren Ziel die Verteidigung des Staates vor dem Bürger und nicht des Bürgers vor dem Staat war. Eliminiert

werden auch die gezielte Vieldeutigkeit und Verschwommenheit der Gesetze, die den aktuellen Bedürfnissen der Machthaber zu dienen hatten.

Doch lauern in den neuen demokratischen Staaten neue Gefahren. Sie resultieren vor allem aus ethnischen Konflikten, aus nationaler und religiöser Intoleranz. In Polen gibt es eine derartige Gefahr nicht. Dafür werden hier heftige Auseinandersetzungen um die Grenzen der Freiheit geführt, um das Verhältnis zwischen dem Naturrecht und dem durch die demokratische Gemeinschaft festgesetzten Recht, um den liberalen Charakter der entstehenden demokratischen Ordnung.

Gleichheit und Bürgerrechte scheinen heute weniger durch einen schwachen Staat gefährdet zu sein als durch das Verhalten jener Individuen, Gruppen und Institutionen, die auf Kosten der Objektivität und der Universalität des Rechts nach einem Sonderstatus oder nach Privilegien trachten. Diese Tendenz ist in Polen umso stärker, als sie sich auf eine noch viel ältere Tradition der Mißachtung des Rechts stützen kann.

Hierfür lassen sich eine Reihe von Beispielen anführen: Wilde Streiks werden organisiert, Steuer- und Mietzahlungen werden verweigert, eine Aids-Hilfe-Organisation wird an der legalen Übernahme von Wohnungen gehindert, Ärzte setzen einen eigenen ethischen Kodex fest, der das Gesetz mißachtet, die Justiz wird für private Zwecke mißbraucht, Ansprüche werden erhoben auf die Rückgabe eines vermeintlichen oder gar im vorigen Jahrhundert von einer Besatzungsmacht konfiszierten Eigentums. Ein besonders gefährliches Symptom der Mißachtung des Gesetzes ist die politische Korruption – wenn Politiker das Recht für parteipolitische Zwecke oder persönliche Vorteile mißbrauchen.

Einem wesentlichen Wandel unterliegt die Situation im Bereich der politischen Rechte. Die Bürger sind nun im Vollbesitz des passiven und aktiven Wahlrechts. Dutzende politische Parteien sind im Entstehen begriffen. Sie sind aber noch ziemlich schwach und erfreuen sich keiner besonderen Popularität in der Gesellschaft, was sich durch ein meistens nur wenig ausgeprägtes Identitätsbewußtsein, durch das Unvermögen, konkrete Interessen zu repräsentieren, und durch die Unfähigkeit oder mangelnde Erfahrung der politischen Klasse erklären läßt. Aber es gibt auch tieferliegende Gründe. Es geht nämlich nicht nur um die äußeren Bedingungen für den Bürgerstatus in Form entsprechender rechtlicher Garantien, sondern auch um die inneren, kulturellen und psychologischen Voraussetzungen, die verhindern, daß legitime Rechte geltend gemacht werden. Die Erbschaft des Kommunismus ist mangelnde Bildung, mangelnder Gemeinsinn, Konzentration auf individuelle Probleme und der fehlende Glaube an gemeinsames Handeln zur Verwirklichung konkreter Ziele. Die Erfahrung der *Solidarnosc* aus den Jahren 1980-1981 stellt – wie jede Revolution mit ihrer besonderen moralischen Energie, ihrer Mobili-

sierungskraft und der tiefen Identifikation des Individuums mit der Gemeinschaft – eine Ausnahme, etwas Einmaliges dar.

Die Unfähigkeit oder der fehlende Wille, die bestehenden politischen Rechte überhaupt in Anspruch zu nehmen, resultieren auch daraus, daß man die Politik als eine Sphäre der Vermittlung widersprüchlicher Interessen geringschätzt. In allen ehemals kommunistischen Ländern gibt es die Neigung, jeden, auch den kleinsten sozialen Konflikt auf der höchsten Ebene der Macht auszutragen. Zur Durchsetzung seiner Interessen ist jedem jedes Mittel recht; die Autonomie und die Spezifik der politischen Sphäre werden mißachtet.

Selbst dem Wahlakt steht man mit Skepsis gegenüber. Die Gesellschaft hat sich an andere Formen der politischen Partizipation gewöhnt. In den zyklisch wiederkehrenden Arbeiterprotesten der Nachkriegsjahre, insbesondere jenen von 1979 und 1980-1981, haben die Arbeiter die Erfahrung gemacht, daß Streiks die jeweiligen Machthaber stürzen oder zumindest deren Politik wesentlich modifizieren können. Bauern und Intellektuelle, Studenten und Schüler entwickelten eigene Formen des Protests. Nicht in der Einsamkeit des Wahlaktes empfindet sich ein Arbeiter oder ein Bauer als ein politisches Subjekt, das auf sein eigenes Schicksal und das des Landes Einfluß nimmt, sondern als Teilnehmer an einem Streik oder einer Widerstandsaktion. Mit der Demokratisierung werden diese emotionsgeladenen, direkten Methoden der politischen Auseinandersetzung delegitimiert und durch den Urnengang ersetzt. »*Le suffrage universel met fin à l'ère des revolutions*« – »Das allgemeine Wahlrecht beendet die Ära der Revolution«, hieß es in einer Parole aus dem Jahre 1848. Die von Wahl zu Wahl sinkende Beteiligung zeugt von einem geringen Interesse sowie einer großen Skepsis gegenüber dem Wahlakt.

Die Entwicklung im Bereich der sozialen Grundrechte gestaltet sich nach 1989 noch komplexer und schwieriger. Bereits seit dem Ende der siebziger Jahre war die Volksrepublik Polen nicht in der Lage, den Verpflichtungen des »Gesellschaftsvertrags« nachzukommen, nach dem im Austausch für die soziale und ökonomische Sicherheit, für ein entsprechendes Einkommensniveau und für die systematische Verbesserung des Lebensstandards der soziale Frieden garantiert und der Partei die Monopolisierung des öffentlichen Raumes zugestanden werden sollte. Die Wohnungspolitik, das Schul- und Gesundheitswesen und der bisherige Lebensstandard brachen zusammen. Seit 1989 nimmt dieser Prozeß noch dramatischere Züge an. Die Ursache dieser Situation liegt im Rückgang des Volkseinkommens, in der Krise des Staatshaushaltes, in den Veränderungen der Eigentumsverhältnisse. Eine gewisse Rolle spielt dabei auch der ideologische Liberalismus, der eine weitgehende Einschränkung der Wohlfahrtsfunktionen des Staates postuliert.

Die Armut breitet sich drastisch aus. Es wird geschätzt, daß 1991 nur 35 Prozent der Bürger ein Einkommen erreichten, das das »soziale Minimum« garantierte, wobei 15 Prozent auf dem Niveau des Existenzminimums leben müssen (es beträgt 70 Prozent des sozialen Minimums).

Ein ernsthafter Prüfstein für die staatliche Sozialpolitik ist das bisher völlig unbekannte Phänomen der Massenerbeitslosigkeit, die heute bis zu 14 Prozent der Beschäftigten beträgt. In einigen Bezirken steigt die Arbeitslosenrate auf bis zu 50 Prozent der außerhalb der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung. Auch unter der Annahme, daß ein Drittel dieser Arbeitslosen schwarz arbeitet, hat das Problem dramatische Formen angenommen. Der Vergleich mit Spanien oder anderen westeuropäischen Ländern, in denen die Arbeitslosenrate ebenfalls zwanzig Prozent beträgt, ist nicht haltbar. Zu unterschiedlich sind hier der allgemeine Zustand der Wirtschaft, die Entwicklungsperspektiven, die Möglichkeiten der Wirtschaftsmigration auf Zeit, die Erwartungen der Menschen. Es ist zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit noch zunehmen wird; die Prognosen sprechen von bis zu 30 Prozent, und sie scheinen nicht unbegründet zu sein. In einem Land, das über zwei Generationen das Phänomen des Arbeitsplatzmangels nicht kannte, kann dies dramatische Konsequenzen nach sich ziehen, und zwar nicht nur ökonomischer, sondern auch sozialer, politischer und moralischer Natur.

Die wirtschaftliche Krise, die Krise des Staates sowie die Überempfindlichkeit gegen die früher überproportional starke Rolle des Staates führen dazu, daß die Grundsätze des Wohlfahrtstaates immer mehr in Frage gestellt werden. Jacek Kuron plädiert dafür, die sozialen Funktionen des Staates zum Teil durch unabhängige gesellschaftliche Initiativen zu ersetzen. Viele Politiker und Publizisten preisen die private Wohltätigkeit. »Es kommen turbulente Zeiten auf uns zu«, schrieb eine bekannte Journalistin. »Indem wir uns vom anonymen Wohltäter – dem Staat – befreien, wird nun ein Teil von uns, Gott sei Dank, auf einen anderen angewiesen sein, dessen Gesicht und Namen bekannt sind.«¹ Entscheidend für die Entwicklung des Wohlfahrtstaates war die Überzeugung, daß der Status des Bürgers unvereinbar ist mit der unmittelbaren materiellen Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen und daß Gleichheit und materielle Unabhängigkeit die Grundlage für eine Gemeinschaft freier Menschen darstellen. Heute ist die traditionelle Wohltätigkeit en vogue; darin meint man die Manifestation der christlichen Tugend zu erkennen. Der geistlose, anonyme und bürokratisierte Staat sei das Gegenteil; er lähme die Verantwortung für das eigene Schicksal, und seine Aktivitäten gründeten auf der zwangsweisen, amoralischen Eintreibung von Steuern. Es wäre jedoch interessant und wichtig, sich zu überlegen, inwieweit es in absehbarer Zukunft zu einer Zunahme der privaten Wohltätigkeit und in diesem Zusammenhang

zu einer Stärkung der Rolle der Kirche kommen wird. Der allgemeine Zustand des Landes, die fehlende Tradition der Wohltätigkeit sowie die Erfahrungen der katholischen Länder im Gegensatz zu den protestantischen berechtigen hier zu keinen besonders großen Hoffnungen.

Radikale Veränderungen vollziehen sich auch im Bereich der ökonomischen Rechte. Die Eigentumsrechte halten triumphal Einzug in das wirtschaftliche Leben. Die Grenzen sind offen, die Gesetze für den Kapitalfluß werden liberalisiert, der Konsument ist wieder souverän. Anleger, Sparer, Kaufleute bekommen ihre Rechte zurück; die noch bestehenden Restriktionen auf dem Arbeitsmarkt werden nach und nach abgebaut.

All das sind authentische Freiheiten, und sie sind von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Sie bieten insbesondere aktiven, unternehmungslustigen, hochqualifizierten jungen Menschen eine Chance. Von ihrem Erfolg werden auch andere profitieren – vorausgesetzt Polen wird es gelingen, ein stabiles, dynamisches Wirtschaftswachstum zu erreichen. Aus der heutigen Perspektive empfindet jedoch die Mehrheit der Gesellschaft eine dramatische Einschränkung ihrer ökonomischen Rechte, wie sie in der Zeit des Sozialismus definiert und von einem Großteil der Gesellschaft auch akzeptiert wurden. Eines der Ziele des Konzepts der breiten Privatisierung, die sowohl den Bürgern die Möglichkeit bietet, Anteile an Betrieben zu erwerben, als auch Privilegien für die Beschäftigten in den privatisierten Betrieben vorsieht, ist es, den gesellschaftlichen Widerstand gegen die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse abzuschwächen.

Die seinerzeit erzwungene klassenlose Gesellschaft unterliegt nun wieder einem weitreichenden Differenzierungsprozeß. Für die egalitäre Kultur, die über Jahrzehnte geherrscht hat, waren nicht nur die plötzlichen drastischen Einkommensunterschiede ein Schock, sondern – nach dem Verschwinden der Mangelwirtschaft – auch die radikale Differenzierung potentieller und realer Konsumtionsmuster.

Die Gesellschaft ist in ihrer Einstellung zum Privateigentum ambivalent. Zwar verknüpfen die Menschen damit Effizienz, künftigen Wohlstand, volle Geschäfte und dicke Geldbörsen. Auf der anderen Seite will man aber dem Privateigentum Zügel anlegen. Je größer der Industriebetrieb, desto weniger gerne sieht man seine Privatisierung. Kleine und mittelgroße Betriebe sollten in private Hände übergehen, die ganz großen aber und jene, die unmittelbar soziale Leistungen garantieren (wie das Gesundheitswesen und Schulwesen), sollten unter der Patronanz des Staates bleiben. Verbreitet ist auch die Überzeugung, daß besonders hohe Einkommen vom Staat beschränkt werden sollten.

Es wäre vereinfacht, antikapitalistische Einstellungen lediglich auf die Angst vor der Arbeitslosigkeit und vor großen Einkommensunterschieden

zurückzuführen. Wesentlich ist hier die Re-Legitimierung der Klassengesellschaft, ihre Teilung in Eigentümer und Arbeitnehmer, in Besitzende und Nichtbesitzende. Historisch gesehen erlangte der Kapitalismus seine Legitimität durch die Verbindung mit Tradition, Religion und Demokratie. Die Quelle seiner Akzeptanz lag in der Kontinuität. In den Ländern, in denen die Kontinuität der kapitalistischen Entwicklung unterbrochen wurde, bereitet die Rückkehr des privaten Unternehmertums ernsthafte Probleme, die nicht nur praktischer, sondern auch moralischer Natur sind. Dies umso mehr, als heimisches Kapital fehlt und in rasantem Tempo eine Klasse von Besitzenden entsteht, zu der oft Menschen mit fragwürdigen Biographien und daher nicht selten mit zweifelhaften Kapitalquellen zählen. Diese Tatsache schwächt die Legitimierung der sich vollziehenden wirtschaftlichen Veränderungen noch weiter ab. Charakteristisch hierfür sind die Einstellungen zu den Gewinnern und Verlierern der Privatisierung. Aus Meinungsumfragen geht hervor, daß zur ersten Kategorie die Reichen sowie die »Gerissenen und Gauner« gezählt werden. Die Verlierer sind dagegen »der durchschnittliche Bürger« wie auch die Arbeiter und Bauern.

Dieses stark ideologisch gefärbte antikapitalistische Syndrom ist ein spezifisch polnisches Phänomen. Die Gründe dafür liegen einerseits in der Erbschaft des Sozialismus, im Egalitarismus der *Solidarnosc*, in der authentischen Tradition der Arbeiterselbstverwaltung, andererseits in der Skepsis des traditionellen polnischen Katholizismus gegenüber dem freien Markt, dem Kapitalismus, der liberalen Konzeption der Freiheit.

Der moralische Widerstand kommt aber auch daher, daß die Glorifizierung des den Fortschritt der Gemeinschaft tragenden Eigeninteresses nicht unproblematisch erscheint. Die berühmte Selbstdefinition Mephistos in Goethes »Faust«, sich als »Teil von jener Kraft« zu sehen, »die stets das Böse will und stets das Gute schafft«, spiegelt ziemlich gut die widernatürliche Verknüpfung von individuellem Interesse und Gemeinwohl in der freien Marktwirtschaft wider. In einer vom christlichen Kult des Altruismus durchtränkten Kultur ist dies schwer zu akzeptieren. Die im Sozialismus geforderte direkte Identifikation des Individuums mit den Interessen der Gemeinschaft (es muß hier wohl nicht an ihre katastrophalen Folgen erinnert werden) ist zwar nicht verwirklicht, doch viel einfacher nachzuvollziehen und zu akzeptieren.

Der Preis der Freiheit

In den postkommunistischen Ländern ist eine neue Art des Bürgerstatus im Entstehen begriffen. Die Wiederherstellung der klassischen Freiheiten geht mit der Einschränkung der sozialen Grundrechte, der Freiheit im

Sinne von Ansprüchen, von »positiven Freiheiten« einher. In manchen Fällen kommt es tatsächlich zur Abschaffung gewisser für das sowjetische System wesentlicher sozialer Grundrechte. Manchmal jedoch werden Gesetze annulliert, die in Wirklichkeit nie respektiert wurden, sondern lediglich ein Element der ideologischen Selbstpräsentation des Sozialismus waren. Das gesellschaftliche Bewußtsein pocht jedoch nach wie vor auf diese Rechte.

Aufgrund der wieder erlangten Freiheiten und Rechte, der Möglichkeit der Identifikation der Bürger mit dem Staat setzte der beginnende Wandlungsprozeß sowohl gesellschaftliche Differenzierungs- als auch Integrationsmechanismen in Kraft. Die Desintegrationsprozesse scheinen in den letzten Jahren viel stärker gewesen zu sein als die Mechanismen der Integration. Der Zerfall der Institutionen des sozialistischen Staates erfolgte nicht nur durch bewußte Entscheidungen, sondern war teilweise spontan. Das institutionelle Vakuum, das auf diese Weise entstanden ist, kann nicht immer durch gesellschaftliche Aktivität gefüllt werden, zumal die sozialen Bande selbst in Auflösung begriffen sind.

Die vor sich gehenden Desintegrations- und Integrationsprozesse spalten die Gesellschaft im neuen Polen in Gewinner und Verlierer. Es ist nicht schwierig, sich die gesellschaftlichen Gruppen vor Augen zu führen, die die Erweiterung der Rechte und Freiheiten und der Möglichkeit der Einflußnahme auf die politische Gestaltung des Landes am meisten zu schätzen wissen. Sie bestehen im wesentlichen aus jenen, die auch in einem höheren Grade als die anderen von den neuen ökonomischen Freiheiten profitieren können.

Die Meinungsumfragen lassen keine Zweifel daran, wer durch die Veränderungen am meisten gefährdet ist. Im Zusammenhang mit den Streiks 1992 sprach die Presse in einem ironischen Unterton von einem »neuen Arbeiter-Bauern-Bündnis«. Es wird wohl kaum von Dauer sein, doch ist unumstritten, daß diese beiden Gruppen die Kosten der Veränderungen am stärksten zu spüren bekommen.

In den achtziger Jahren haben Soziologen auf das Phänomen der Konvergenz der Einstellungen, Aspirationen, Konsum- und Verhaltensmuster bei den Arbeitern und bei der Intelligenz in Polen hingewiesen, also jenen zwei Gruppen, die unter den normalen Bedingungen der demokratischen Länder durch eine tiefe Kluft voneinander getrennt sind. Jetzt sehen wir deutlich, daß sich diese Gruppen immer weiter voneinander entfernen. Es gibt immer mehr Unterschiede: bei den Qualifikationen, im Konsumverhalten, in der Einstellung zu den Veränderungen und in der Sorge, die man angesichts der neuen Situation empfindet.

Während der Streiks 1992 solidarisierten sich die Gewerkschaften kommunistischer und antikommunistischer Provenienz (mit Ausnahme der

Solidarnosc). Das Programm lief praktisch auf die Forderung hinaus, das alte Wirtschaftssystem bei Sicherung der gesellschaftlichen Kontrolle wiederherzustellen. Aus den Umfragen geht hervor, daß sich über dreißig Prozent der Bürger die Situation vor dem 4. Juni 1989 zurückwünschen.

In den Medien kann man viele Beispiele für eine arbeiterfeindliche Publizistik finden. Das bisher im öffentlichen Bewußtsein dominierende Bild des Arbeiters verändert sich. Vor 1980 unterstrich man oft die Demoralisierung und den Mangel an höheren Zielen. In den Jahren 1980-1981 frischte man den Marxschen Mythos von der Arbeiterklasse als Erlöserin, als selbstloser Verteidigerin der Werte und Interessen der ganzen Gesellschaft auf – gegen die kommunistische Macht. Mit der Einführung des Kriegsrechts und dem damit verbundenen praktischen Verschwinden der Arbeiter aus dem öffentlichen Geschehen wurden in der unabhängigen Presse Überlegungen über die Sowjetisierung der Arbeiter populär. Der in den letzten Jahren wachsende Einfluß der liberalen Ideen ließ ein Bild des Arbeiters entstehen, der im Prozeß der Modernisierung des Landes ein Haupthindernis darstellt.

Der Wandel der Einstellungen gegenüber den Arbeitern ist eine Folge der Entwicklung der Revolution selbst, in der die Arbeiter – zumindest in den Jahren 1980-1981 – die Haupthelden waren. Die politischen, nationalen und geistigen Ziele der Revolution hatten einen universellen Charakter; mit Sicherheit waren die Ideale der Arbeiter bezüglich der neuen gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung nicht kapitalistisch. Außerdem hatte damals, vor knapp zehn Jahren, kaum jemand solche Ideale verkündet. »Niemand hat uns davor gewarnt, daß der Kapitalismus kommt«, schrieb Jacek Bochenski. »Als wir 1980 die *Solidarnosc* liebten, ihr später treu blieben, (...) sie im Juni 1989 wählten, sprach niemand vom kapitalistischen Projekt. (...) Es war die Rede von der Freiheit, von Polen, von der Demokratie, von der Unabhängigkeit, von den Menschenrechten, kurz, von lauter höheren Werten, zu denen niemand den Kapitalismus zählte.«²

In »Über die Demokratie in Amerika« imaginierte Alexis de Tocqueville einen Punkt der »Begegnung und der gegenseitigen Durchdringung der Freiheit und der Gleichheit«, an dem alle Bürger an der Regierung beteiligt wären und jeder die gleichen Rechte der Teilnahme haben würde. Die Menschen wären dann »vollkommen frei, weil alle vollkommen gleich sind; und sie werden vollkommen gleich, indem sie ganz frei sein werden«. Alle demokratischen Völker, so behauptete Tocqueville, streben nach diesem Ideal. Ein solches Ideal wollte auch die *Solidarnosc*-Revolution erreichen. Sie ist jedoch von diesem Weg abgekommen. Wie bei allen Revolutionen war ihr Ziel ebenso hehr wie unrealistisch; und ihre Akteure waren, wie immer in solchen Situationen, sich nicht ganz dessen bewußt, was für eine Welt sie da mitgestalteten. Der soziale Charakter der Revolution der

Solidarnosc wandelte sich unbemerkt, wie Jerzy Szacki schrieb, »immer mehr von einer ausgeprägten Arbeiterrevolution in eine Revolution der Eigentümer«.

Die Revolution 1980/1981 versprach die Wiederherstellung der vollen Rechte und persönlichen Freiheiten, sie gab Hoffnung auf Fortschritt im Bereich der politischen Rechte unter Beibehaltung der sozialen Sicherheit und der relativen sozialen und ökonomischen Gleichheit. 1989 erfolgte die Konfrontation der Ideale mit der Wirklichkeit. Statt der einfachen Erweiterung der bestehenden Rechte wurde die Gesellschaft vor die Wahl gestellt: Wiederherstellung der persönlichen und politischen Rechte und Freiheiten sowie die Chance für eine wirtschaftliche Entwicklung, jedoch um den Preis der realen oder fiktiven sozialen und ökonomischen Rechte. Anstelle einer Weiterentwicklung der Demokratie im Sinne Tocquevilles, das heißt der Gleichheit, haben wir es sozusagen mit einer Umkehrung der Entwicklungsstufen der Rechte zu tun. Die Bedingung für die Modernisierung des Landes, seine Rückkehr auf den Weg der »normalen« Entwicklung, besteht in der Restitution der Ungleichheiten, die vom Kommunismus eliminiert und delegitimiert wurden.

Die demokratischen Institutionen, die soziale Stabilität und die Entwicklungschancen Polens werden vor allem davon abhängen, ob Millionen einfacher Bürger nicht nur die Rechtmäßigkeit des Staates (womit es keine Probleme zu geben scheint) und der Demokratie anerkennen (die als Prinzip noch immer, wenn auch immer weniger akzeptiert wird), sondern auch die Legitimität sowohl der ökonomischen Ordnung als auch der neuen gesellschaftlichen Struktur. Es wird auch davon abhängen, ob die Bürger die Prinzipien des *citizenship* im neuen Polen akzeptieren, die in dem Entwurf des Präsidenten für eine »Charta der Grundrechte und Freiheiten« knapp dargelegt sind: »Die Republik Polen kann sich die Sicherung des sozialen und ökonomischen Friedens noch nicht leisten. (...) Sie kann jedoch allen rechtliche und politische Sicherheit garantieren«.

Aus dem Polnischen von Halina Klimkiewicz

Anmerkungen

1 Ewa Berberyusz, »Jalmuzna i zawisc«, in der *Gazeta Wyborcza* vom 6./8. 10. 1989.

2 Jacek Bochenski, »Zdrada panny S.«, in der *Gazeta Wyborcza* vom 5./6. 9. 1992.

Claus Offe

Akteure und Agenda der Reform

Die wirtschaftliche Reform postkommunistischer Gesellschaften verläuft in drei Dimensionen: Das Eigentum muß in private Hände gebracht werden, die Preisbildung muß liberalisiert werden, und der Staatshaushalt muß so stabilisiert werden, daß der Inflationsdruck gedämpft wird.

Diesen drei Transformationsaufgaben korrespondieren drei Kostenerwägungen, die sie motivieren und aus denen sich ihre Dringlichkeit ergibt. Zur Privatisierung der Eigentumsordnung nötigt der Umstand, daß nur so die Produktionskosten gesenkt werden können. Eine Liberalisierung der Preissetzung wird, so erwartet man, die Transaktionskosten senken. Im Gegensatz zu diesen beiden effizienzsteigernden und kostensenkenden Effekten von Privateigentum und Marktwirtschaft führt der dritte Imperativ, nämlich die Stabilisierung des Staatshaushaltes, zunächst dazu, daß nicht Kosten eingespart werden, sondern eine spezielle Art von Kosten steigt, die wir als »soziale Kosten der Systemtransformation« bezeichnen können. Diese bestehen in der massiven Entwertung von großen Teilen des physischen Kapitals und des Humankapitals, in Finanzkrisen sowie den daraus entstehenden Kürzungen der Haushalte für soziale Sicherung, für soziale Dienste und für Infrastruktur. Dies alles führt zu sozialen Kosten und Unsicherheiten, die wiederum politischen Widerstand gegen die Durchsetzung von Privateigentum und Marktwirtschaft generieren (Stania 1992).

Die Transformation der Wirtschaftsordnung führt zur Verminderung des Staatsanteils und Staatshaushaltes. Die Verminderung des Staatshaushaltes hat einschneidende Umverteilungskonsequenzen. Diese müssen nun von ganz neuen Ansätzen der sozialpolitischen Regulierung bewältigt und abgemildert werden. Zu den neu auftretenden sozialpolitischen Problemen der postkommunistischen Rekonstruktion gehören die folgenden:

(1) Die Beschäftigung wird den Regeln eines förmlichen Arbeitsmarktes unterworfen, den es bisher in den realsozialistischen Gesellschaften bekanntlich nicht gegeben hat. Das bedeutet, daß die Nutzung der Arbeitskraft und die Zuteilung von Arbeitseinkommen in förmliche Arbeitsverträge eingekleidet werden und das staatlich garantierte Recht auf Arbeit (wie die staatlich verhängte Pflicht zur Arbeit) seine Geltung verliert. Die

»Kontraktualisierung« der Arbeit bringt es mit sich, daß drei realsozialistische »Gewißheiten« außer Kraft gesetzt werden: der Anspruch auf einen Arbeitsplatz, die Dauerhaftigkeit des Arbeitsplatzes und der gesicherte Realwert des Arbeitseinkommens.

(2) Die neu entstehenden Wirtschaftsunternehmen verwandeln sich zwangsläufig von den »multifunktionalen« Gebilden, als die sie bisher operiert haben, zu funktional spezifischen Organisationen, die vor allem nicht mehr damit rechnen können, daß ihre Produktivitäts- und Ressourcendefizite aus öffentlichen Mitteln ausgeglichen werden (»*soft budget constraints*«). Dementsprechend müssen sie sich jetzt an den Maßstäben von Rentabilität und Produktivität orientieren und deshalb zumindest die meisten der sozialpolitischen Funktionen abschütteln, die sie bisher erfüllt haben. Der Verzicht auf die einzelbetriebliche Synthese von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist zudem ein Imperativ, der nicht nur implizit von Privateigentum und Marktwettbewerb, sondern ganz explizit auch von Banken und ausländischen Investoren durchgesetzt wird – und in der Regel auch von den Beschäftigten der privatisierten Wirtschaftsbetriebe, die allen Grund haben, dem Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit »ihrer« Betriebe und damit der Sicherung ihrer Arbeitsplätze den Vorrang vor der Aufrechterhaltung sozialpolitischer Betriebsfunktionen zu geben.

(3) Das Gebot der Haushaltsstabilisierung führt ebenso wie das Prinzip der Marktpreisbildung dazu, daß die bisherigen Preissubventionen für Güter des Massenkonsums abgebaut werden und daß als direkte Folge davon das Realeinkommen der Beschäftigten teilweise massiv sinkt.

(4) Die neu entstehende »Warenform« der Arbeitskraft und die Privatisierung von Eigentum und Produktion lassen nun einen funktionalen Bedarf an separaten, komplementären und spezialisierten Agenturen für soziale Sicherung und soziale Dienste entstehen, die an die Stelle der zuvor in die Produktionsorganisationen integrierten Sicherungs- und Dienstleistungsfunktionen treten. Solche neuen, spezialisierten sozialpolitischen Institutionen müssen zudem in einer Umwelt operieren, die durch zwei Merkmale charakterisiert ist: durch die wachsende Nachfrage nach Einkommenssicherungen und sozialen Diensten und ein ebenso einschneidendes Absinken der verfügbaren fiskalischen Mittel. Erschwerend kommt hinzu, daß es in den postkommunistischen Gesellschaften an etablierten rechtlichen, kulturellen und institutionellen Routinen und Praktiken fehlt, mit deren Hilfe zwischen wachsender Nachfrage nach und sinkendem Angebot an sozialpolitisch verfügbaren Ressourcen vermittelt werden könnte. Ich werde im folgenden einige der institutionellen und strategischen Probleme erörtern, die sich in dieser vorbild- und beispiellosen Situation für die staatliche Sozialpolitik stellen und über die Kuron aus der Sicht eines engagierten Praktikers der Sozialpolitik berichtet.

Arten sozialpolitischer Intervention

Die Akteure, die im sozialpolitischen Ausschnitt des globalen Transformationsprozesses eine Rolle spielen, haben es nacheinander mit drei Typen von sozialpolitischen Interventionen zu tun. Zunächst, noch bevor ein System von sozialpolitischen Institutionen aufgebaut ist, stellt sich die Aufgabe von Notstands- und ad-hoc-Maßnahmen, die zur Bewältigung der dringlichsten Sicherheitsdefizite geeignet sind. Sodann müssen diese Institutionen, d.h. ein System von korporativen Akteuren, ein System von Finanzierungsregeln und Leistungsansprüchen geschaffen werden. Und schließlich kann dann dieses sozialpolitische Handlungssystem in den Aggregatzustand der »normal politics« übergehen, d.h. den Prozeß der laufenden Reform, Erweiterung und Feinabstimmung.

In der ersten Phase geht es also darum, die unmittelbar anfallenden sozialpolitischen »Übergangskosten«¹ mit ad-hoc-Maßnahmen zu mildern. Das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt und die Verluste des Realeinkommens erfordern eine Reihe von Notstandsmaßnahmen, die aus Sondervermögen (wie dem ungarischen Beschäftigungsfonds) und auf der Grundlage von zeitlich befristeten Regeln, Leistungsansprüchen und Sonderarrangements (wie den Arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Merkwürdigkeiten, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eingeführt wurden, z.B. »Kurzarbeit Null«) basieren. Ihrer Form nach sind diese Notstandsmaßnahmen in hohem Maße etatistisch und diskretionär, eben weil es noch keine institutionalisierten Politik-Netzwerke, Domänen und spezialisierten korporativen Akteure gibt, die das »sozialpolitische Geschäft« unter sich ausmachen und regulieren. Ihren Ursprung haben solche Politiken deshalb in Verhandlungen zwischen den direkt zuständigen Ministerien. Diese Verhandlungen finden unter hohem Zeitdruck² und ohne den Schutz verschlossener Türen statt, und ihre Ergebnisse bleiben auf einen kurzen zeitlichen Horizont ihrer effektiven Geltung beschränkt, d.h. sie sind laufend revisions- und novellierungsbedürftig. Es ist keineswegs überraschend, daß diese Maßnahmen oft in übereilter und improvisierter Weise eingeleitet wurden (Potucek 1992: 3) und daß die rechtstechnische Qualität der beschlossenen Regeln oft mangelhaft war (Szurgacz 1991: 283).

In einer zweiten Runde kommt es dann darauf an, sozialpolitische Institutionen aufzubauen. Dabei geht es darum, repräsentative Kollektivakteure, Versicherungsträger, Anstalten, Leistungsansprüche, Finanzierungsströme usw. legal zu definieren und institutionell aufzubauen. An dieses System können dann die sozialpolitischen Funktionen und Leistungen abgetreten werden, die bisher entweder beim Zentralstaat oder bei den Betrieben angesiedelt waren.

Erst nachdem diese beiden Schritte vollzogen sind, kann es – drittens –

zu jenem Normalzustand sozialpolitischer Prozesse kommen, wie wir ihn aus der politischen Alltagserfahrung westeuropäischer Wohlfahrtsstaaten kennen. Unter diesen Bedingungen »sozialpolitischer Normalität« sind immer zwei Funktionen in nur analytisch unterscheidbarer Weise miteinander verknüpft. Erstens geht es darum, Vorsorge für jene Standardrisiken zu treffen, die als Nebenergebnisse der Operationsweise einer kapitalistischen Marktwirtschaft auftreten und gewichtig genug sind, um auszuschließen, daß die betroffenen Personen mit eigenen Mitteln dem Risiko begegnen oder sich mit dem Eintreten der Risiken einfach abfinden. Die wichtigsten Beispiele für solche Standardrisiken sind Arbeitslosigkeit, Krankheit, Einkommenslosigkeit im Alter bzw. aufgrund von Erwerbs- und Berufsunfähigkeit; hinzu kommen »unzumutbare« Belastungen durch familiäre Unterhaltungspflichten, Armut oder Wohnungskosten. Neben dieser Sicherungsfunktion besteht die andere Hauptfunktion der Sozialpolitik in der interpersonellen Umverteilung, die sich auf die normative Vorstellung stützt, daß die »begünstigten« Angehörigen einer (nationalen) Gemeinschaft den weniger Begünstigten gegenüber die Erfüllung gewisser Solidarpflichten schulden. Beide Funktionen, Risikobewältigung und Umverteilung werden im Rahmen der institutionellen Operationsweise ausgebildeter Wohlfahrtsstaaten laufend koordiniert, miteinander verknüpft und kontinuierlich weiterentwickelt. Daran beteiligt sind die Akteure eines weitgespannten sozialpolitischen Netzwerkes (Parlamente, Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen, Selbstverwaltungskörperschaften, Verbände, Kammern, freie Träger usw.), die sich im Verhältnis zueinander auf einen unumstrittenen Kernbestand von Regeln, Zuständigkeiten und Kooperationsbeziehungen stützen.

Im Gegensatz zu diesem Bild des Normalzustandes westlicher, demokratisch-kapitalistischer Wohlfahrtsstaaten sieht man leicht, daß die Aufgaben der Sozialpolitik im postkommunistischen Transformationsprozeß ganz anders und wesentlich umfangreicher sind. Die Risiken, die sozialpolitisch verarbeitet werden müssen, sind, was sowohl ihr Niveau wie ihre soziale Verteilung angeht, wegen des zunächst zerstörerischen Effekts des Zusammenbruchs des alten Regimes und der beginnenden ökonomischen Umstrukturierung wesentlich größer. Gleichzeitig sind die politischen, kulturellen, institutionellen und finanziellen Ressourcen, mit denen diese Risiken bearbeitet werden können, erheblich geringer. Während es in den westlichen Wohlfahrtsstaaten um die meist undramatische Anpassung an laufende wirtschaftliche, finanzpolitische, medizinische, demographische Veränderungen und um den politischen Wettbewerb um Wählerstimmen geht, handelt es sich bei Begründung und Gestaltung eines Wohlfahrtsstaates in den postkommunistischen Gesellschaften um Probleme, von deren Lösung die politische und gesellschaftliche Stabilität der postkommunisti-

schen Ordnung und ihr innerer Frieden sehr wohl abhängen können. Im »Neuen Osten« müssen die Regeln und Akteure erst geschaffen werden, die im »Alten Westen« bereits etabliert und weithin konsentiert sind und dort bereits ein gut ausdifferenziertes Politikfeld im Wege der eingespielten Kompromißbildung, der laufenden Anpassung und der in der Regel eher undramatischen Innovationen beackern.

Beide Aufgaben, die der originären Institutionenbildung (»Gründung«) und der Bewältigung sozialpolitischer Interventionsaufgaben (»Problemlösung«) müssen unter den Bedingungen der Transformationsgesellschaften gleichzeitig erledigt werden. Insofern ist der klassischen und vergleichsweise anspruchlosen Frage »Was tun?« immer die logisch vorgelagerte und wesentlich dornigere Frage beigesellt: »Gibt es überhaupt jemanden, der es tun könnte?« – und der eine hinreichend unumstrittene Kompetenz für die Entwicklung und Umsetzung sozialpolitischer Problemlösungen in Anspruch nehmen kann? Für das Problem, das sich aus einer negativen Antwort auf diese Frage ergibt, bietet Kurons Beitrag eindringliche Illustrationen.

Politische und historische Kontexte: der Westen und die Vergangenheit

Der kognitive Bezugsrahmen, in dem diese beiden Politikprobleme gelöst werden müssen, unterscheidet sich nun radikal von dem, in dem westliche Wohlfahrtsstaaten sich entwickelt haben. Zum einen enthält dieser Bezugsrahmen das oft als Vorbild und Erfolgskriterium in Anspruch genommene »westliche Modell«; zum anderen (als teilweise negatives Vorbild) die Erfahrungen und Erbschaften der realsozialistischen Vergangenheit.

Was den »Westen« angeht, dem sich die maßgeblichen politischen Eliten zumindest Polens, Ungarns, der tschechischen Republik und der baltischen Staaten annähern wollen, so handelt es sich um ein politisch-ökonomisches Modell, in dem bereits alle vier Stufen der politischen Modernisierung abgeschlossen sind. Bei diesen Stufen handelt es sich (a) um die Ausbildung konsolidierter Nationalstaaten, (b) die rechtsstaatliche Garantie der liberalen Grundrechte und des Schutzes von Leben und Eigentum, (c) demokratische Teilhaberrechte und (d) sozialstaatliche Rechtsansprüche auf Sicherung und Umverteilung. Das Vorhandensein und die hohe Sichtbarkeit dieses Vorbildes wird in aller Regel in der Bevölkerung der postkommunistischen Gesellschaften Hoffnungen auslösen und Ansprüche aktualisieren, an denen gemessen ein dauerhafter Rückstand gegenüber den westlichen Errungenschaften sich dann als eine verheerende reformpolitische Niederlage ausnimmt. Eine defiziente Nachbildung des westlichen Prozesses der politischen Modernisierung würde aber z.B. dann vorliegen, wenn zwar die Stufen (b) und (c), nicht aber die Stufen (a) und (d) erfolg-

reich absolviert würden. Wenn einmal die ungewohnten ökonomischen und sozialen Verwerfungen eingetreten sind, die unvermeidlich mit der Privatisierung der Ökonomie, der Einführung von Grundrechten und Rechtsstaat einhergehen (Stufe (b)), dann wird das Fehlen sozialstaatlicher Kompensationsmechanismen (Stufe (d)) als umso gravierender empfunden werden, und diese Enttäuschung wird für die Stabilität der neuen sozialökonomischen Ordnung umso folgenreicher sein, als die Bevölkerungen der Reformländer durchaus bereits über demokratische politische Ressourcen (Stufe (c), also z.B. das Recht zur Gründung von Parteien und Gewerkschaften und über demokratisches Wahlrecht) verfügen, mit denen sie ihre Interessen politisch anmelden (wenn auch unter Umständen nicht ökonomisch durchsetzen) können. Denn das Niveau und die soziale Reichweite sozialstaatlicher Sicherungen, die sich die Reformgesellschaften Osteuropas leisten können, hängt natürlich von günstigen ökonomischen Effekten ab, die von der Privatisierung und Liberalisierung der Ökonomie ausgehen, aber für eine kritische Zeitstrecke auch ausbleiben können.

In Gesellschaften Mittel- und Osteuropas, die sich nach dem Zusammenbruch ihres alten Regimes zunehmend und unter westlichem Beifall daran gewöhnt haben, sich selbst am Westen zu orientieren und mit dem Westen zu vergleichen, ist die Toleranzschwelle für Armut, Ungleichheit und Unsicherheit nach aller Wahrscheinlichkeit wesentlich niedriger gelegen als selbst in den »Schwellenländern« Südasiens und Südamerikas. Insofern ist hier die Gefahr destruktiver Verteilungskonflikte und der durch sie hervorgerufenen Desorganisation brisanter als dort. Dafür spricht auch die Tatsache, daß der Rückblick auf das alte, 1989 untergegangene Regime durch die Erinnerung daran selektiv vergoldet werden kann, daß in ihm solche sozialen und ökonomischen Verwerfungen und Unsicherheiten völlig unbekannt waren.

Während der industriellen Revolution in Westeuropa hat wohl nur der kontingente Umstand stabilisierend gewirkt, daß gleichzeitig der »leere« Kontinent Nordamerika zur Verfügung stand, auf den erhebliche Teile der überflüssig werdenden Arbeitskraft verlagert werden konnten. Da das entstehende Proletariat noch keine »Stimme« hatte und gegen den Aufstieg von Maschinerie und Fabrikwesen noch keinen politischen »Widerspruch« einlegen konnte, blieb »Abwanderung« die einzige (und mehr oder weniger zufällig auch realisierbare!) Anpassungsmöglichkeit. Wie wir wissen, sind dagegen heute die politischen Führungsgruppen und weite Teile der politischen Öffentlichkeit der westeuropäischen Länder energisch bestrebt, das Migrationsziel Westeuropa unzugänglich zu machen (vgl. Ronge 1992).

Daraus folgt, daß der lange zeitliche Abstand, der im Westen zwischen der Etablierung von Bürgerrechten (Stufe (b)), politischen Rechten (Stufe

(c)) und schließlich sozialstaatlichen Rechten (Stufe (d)) jeweils eingeschoben war, nicht einmal aus der Interessenperspektive der westeuropäischen Länder für den östlichen Modernisierungsprozeß imitiert werden darf. Wenn kein »leerer Raum« für Abwanderung zur Verfügung steht und wenn die zumindest nominelle Gewährung demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte die Explosivität von Verteilungskonflikten potenziert, dann muß auch aus diesen Gründen der politische Modernisierungsprozeß in den postkommunistischen Ländern rascher durchlaufen werden, als dies im Westen der Fall war.

Was auf der anderen Seite die kommunistische Vergangenheit der Reformländer angeht, so wird diese von politischen Eliten und politischer Öffentlichkeit dieser Länder scharf negativ bewertet, weil in dieser Vergangenheit die Stufen (b) und (c), vielfach auch die Stufe (a) verfehlt oder rückgängig gemacht worden sind. Die kommunistischen Gesellschaften waren weder liberal noch demokratisch, noch (in vielen Fällen) konsolidierte und als solche anerkannte Nationalstaaten. Gleichzeitig jedoch werden ihre Leistungen auf der Stufe (d) wohl zunehmend positiv gewürdigt, nämlich die Leistungen auf dem Gebiet einer autoritär-wohlfahrtsstaatlichen, wenn auch keineswegs auf Rechtsgarantien gegründeten Gewährung von Sicherheit und Gleichheit. Es ist wenig überraschend, daß nahe der Sohle des »Tals der Tränen« und mit wachsender Distanz von den sonstigen Realitäten der realsozialistischen Politik und Gesellschaft diese Systemeigenschaften zunehmend positiv bewertet und als ein Hebel »reaktionärer« politischer Mobilisierung zum Teil durchaus erfolgreich eingesetzt werden.

Diese beiden kognitiven Bezugspunkte – der Westen und die eigene Vergangenheit – suggerieren in ihrer Kombination gravierende Protest- und Konfliktpotentiale, die einer politischen Integration der postkommunistischen Gesellschaften im Wege stehen. Sowohl der Blick zurück wie der Blick nach dem Westen gibt Forderungen Auftrieb, mit denen angesichts seiner ökonomischen und institutionellen Realitäten jede denkbare politische Elite postkommunistischer Gesellschaften einfach überfordert ist. Die so konditionierte Unzufriedenheit droht, das neue Regime zu delegitimieren und es – zur Abwehr dieser Folge – auf das Versprechen nicht von Wohlstand und Sicherheit, sondern von Identität und Homogenität zu verweisen. Wenn diese Sicht der Lage um sich greift und politisch artikulationsfähig wird, dann erscheint die Befürchtung nicht unbegründet, daß das Ausbleiben der Stufe (d) zu Rückwärtsbewegungen auf den Stufen (c) und (b) führen und schließlich ethno-nationalistischen und chauvinistischen Obsessionen (als einem osteuropäischen Pendant zur westeuropäischen Stufe (a)) den Weg bahnen würde. Die vier Stufen poli-

tischer Modernisierung, die wir unterschieden haben, können deshalb, so scheint es, entweder komplett oder überhaupt nicht durchlaufen werden.

Je länger die Einführung »flächendeckender« und auf ausreichendem Niveau operierender sozialer Sicherungssysteme verschleppt wird, desto mehr verbreiten sich »spontane« Ersatzlösungen für reguläre Sozialpolitiken bei denen, die von den Sicherheitsverlusten der ökonomischen Transformation am meisten betroffen sind. Solche spontanen Reaktionen auf Unsicherheit sind so verbreitet und geläufig in den heutigen postkommunistischen Gesellschaften, daß man zögert, sie als illegal zu charakterisieren, was sie natürlich meistens sind.³ Hierher gehören Schmuggel, der Diebstahl öffentlichen und privaten Eigentums, Bestechung und Schmiergelder, illegale Beschäftigung, Steuervermeidung und -hinterziehung, umfangreiche illegale Exporte, Schwarzmarktaktivitäten, Gewalt und Erpressung und Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Derartige Massenphänomene, die Richard Rose (1992) als »uncivil economy« charakterisiert hat, tragen dazu bei, die Autorität, Regierungsfähigkeit und Finanzkraft der politischen Institutionen und ihrer Amtswalter weiter zu unterminieren.

Die Erbschaft des alten Regimes und die Inversion der sozialpolitischen Logik

Wenn wir uns den Umfang der erforderlichen Transformationsanstrengungen deutlich machen wollen, die bei der Neuordnung des sozialpolitischen Institutionensystems zu erbringen sind, dann müssen wir uns zunächst die Logik vergegenwärtigen, die im alten System herrschte. Realsozialistische Gesellschaften sind ihrem Wesen nach produktionszentrierte oder »produktivistische« (wenn auch nach marktwirtschaftlichen Maßstäben gewiß nicht besonders »produktive«) Gesellschaften. Die Organisation der Produktion, die Steigerung des Ausstoßes und der volle Einsatz jeder einzelnen Person im Produktionsprozeß gilt in der Selbstbeschreibung realsozialistischer Gesellschaften geradezu als deren politisch-moralischer Wesensgehalt und zugleich als Grundlage kollektiven Wohlergehens und individueller Rechte. Der Anteil der Bevölkerung, der sich im Status der »Werkätigkeit«, also der bezahlten Arbeit befindet, übersteigt den Anteil der Erwerbstätigen in westlichen Industriegesellschaften, am deutlichsten natürlich im Falle der weiblichen »Werk-« bzw. Erwerbstätigen. Die sozialistischen Wirtschaftsbetriebe waren der Platz im Leben der Gesellschaft, an dem sämtliche der offiziell erklärten und sanktionierten Lebensinteressen der »Werkätigen« zusammentrafen und befriedigt wurden, nämlich Ausbildung, Konsum, soziale Dienste, Gesundheitsdienste, sportliche und kulturelle Aktivitäten, politische Bewußtseinsbildung

und sogar militärische Funktionen. Das »Arbeitskollektiv« war demnach eine funktional diffuse Form der Vergesellschaftung und in dieser Hinsicht nur der Familie in westlichen Gesellschaften zu vergleichen; es erfüllte alle Funktionen, die nicht ausdrücklich auf andere Institutionen übertragen waren. Umgekehrt war jeder institutionelle Sektor außerhalb der agrarischen und industriellen Produktion, also Militär, Partei, Staatsbürokratie, Schulsystem, Wissenschaftssystem, Wohnungsbau usw., durch den Beitrag legitimiert, den er zur Produktion und ihrer Steigerung leistete.

Die ideologische und institutionelle Zentralstellung der Produktionssphäre war der Grundsachverhalt, der auch das übrige Leben der »Werkstätigen« beherrschte. Die Vorbereitung auf die Produktion und der Einsatz in ihr, eine möglichst kontinuierliche und vollzeitige Beteiligung der Bevölkerung an der Produktion und den ihr untergeordneten institutionellen Sektoren war Forderung und Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber den Bürgern. Als Vergütung für ihren Arbeitseinsatz offerierte die realsozialistische Ordnung ihren Bürgern drei Leistungen, die allerdings in abnehmendem Maße auch wirklich erbracht wurden: (a) Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherheit, (b) ein vergleichsweise hohes Maß an Lohngleichheit und (c) die Aussichten auf kontinuierlich wachsende Produktion und eine entsprechende Steigerung des Versorgungs- und Konsumniveaus. Bei dem relativ niedrigen und nur langsam wachsenden Niveau der Produktivität war der Bedarf der Betriebe an Arbeitskraft nahezu unersättlich, wie sich an dem überall konstatierten Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften ablesen läßt. Da Arbeits- und Lohnbedingungen sich überall im wesentlichen glichen, war die Arbeitsplatzmobilität gering, weil Entlassungen faktisch unmöglich und Lohnanreize weithin wirkungslos waren; das galt sowohl innerhalb wie zwischen den Betrieben. Insgesamt war also sowohl der Eintritt ins Beschäftigungssystem wie die Mobilität innerhalb desselben nur geringfügig durch Markt und Vertrag, ganz überwiegend dagegen durch Statusrechte und -pflichten bestimmt.

Zu den Statusrechten der »Werkstätigen« gehörten eine Reihe von nicht-monetären Vergütungen, die nicht aufgrund von Rechtsansprüchen, sondern in mehr oder weniger paternalistischer Weise ausgeteilt wurden. Die formale Legalität war auch im Arbeitsrecht zumindest unterentwickelt. Solche Vergütungen reichten von der Zuweisung von Krippen- und Betriebskindergartenplätzen bis zur betrieblichen Wohnungsbeschaffung, von betrieblichen Gesundheitsdiensten bis zu der Vermittlung von Ferienplätzen. Der Betrieb war die zentrale Verteilerstelle für Lebenschancen und Lebensbedürfnisse.

Insgesamt handelte es sich also um ein System autoritativ und paternalistisch durchgesetzter Statusrechte und -pflichten, die sich auf alle Lebenssphären auswirkten. Die Betriebe waren nicht nur Produktionsorga-

nisationen, sondern umfassende sozialpolitische Agenturen. Demgemäß war auch die »Sozialpolitik« nicht separat institutionalisiert, sondern in betriebliche Abläufe eingebunden. Der Politikbereich der Sozialpolitik verfügte nicht über eine eigene »Arena«, d.h. ein ausdifferenziertes System von Akteuren, Regeln und Zuständigkeiten. In der politischen Sprache der DDR kam das Wort »Sozialpolitik« praktisch nur dann vor, wenn es um die rituelle Bekräftigung der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« ging (Adams 1990). Was demnach im Realsozialismus fehlt, ist die im Westen von Anfang an ausgebildete institutionelle Trennung der Domänen von wohlfahrtsstaatlichen und betrieblichen Angelegenheiten und ebenso natürlich die Trennung zwischen (u.a. gewerkschaftlich repräsentierten) Arbeitnehmerinteressen und den Interessen von Arbeitgebern bzw. Investoren. Dieses Fehlen von Differenzen (zwischen Politik und Produktion, zwischen Sozialpolitik und Betrieb, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern) wurde von den Ideologen und Sachwaltern des Systems geradezu als der wesentliche Vorteil des Staatssozialismus angepriesen.

Diese Verschmelzung unterliegt den folgenden Konstruktionsprinzipien. Ausgegangen wird von den »objektiven Bedürfnissen der Werktätigen«. Diese so bestimmten Bedürfnisse müssen befriedigt werden, und als wirtschaftlichster Weg ihrer Befriedigung gilt ihre Integration ins Produktionssystem. Am Ende soll dann ein durch umfassende Versorgung, Betreuung und soziale Kontrolle produktiv gemachter Arbeiter stehen (Tomes 1991: 192). Dabei blieb freilich unbeachtet, worauf Kuron hinweist, nämlich daß die soziale Sicherheit und die sozialen Dienste, insofern sie keinen »Preis« hatten und »frei« verfügbar waren, in einem »Übermaß« in Anspruch genommen wurden, das der volkswirtschaftlichen Produktivität insgesamt abträglich war.

Der sozialistische Betrieb ist demnach der Ort, an dem die Arbeitskraft nicht nur genutzt, sondern allererst »hergestellt« und sozial konstruiert wird (Szalkowski und Olbrycht 1992: 9-10). Die sozialistische Sozialpolitik folgt einer Logik, die sich an den produktiven Folgen der Sozialpolitik orientiert und das Ziel verfolgt, eine produktive und loyale Arbeiterschaft hervorzubringen. Zutreffend ist die staatssozialistische Variante des Wohlfahrtsstaates beschrieben worden als »a mechanism whereby a state-directed economy geared to production for production's sake organizes its population to ensure the maximum availability of its labour power at minimal costs« (Adams 1990: 140). Das gilt sogar für die ausgeprägt pronatalistische Familienpolitik, die besonders großzügige Ausmaße in Ungarn erreicht hat und die dazu bestimmt war, die negativen demographischen Auswirkungen einer nach westlichen Maßstäben extrem hohen weiblichen Arbeitsmarktbeteiligung zu kompensieren (Potucek 1992: 2).

Die Leistungen und Ergebnisse einer so angelegten Sozialpolitik verdie-

nen eine ambivalente, wenn auch sicher nicht durchweg negative Bewertung:

– Der Staatssozialismus hat ein kostenfreies und universelles System der medizinischen Versorgung, der Bildung und Ausbildung für alle Bürger bereitgestellt;

– ebenso hat er eine hochsubventionierte, dabei qualitativ und quantitativ dauerhaft mangelhafte Wohnungsverorgung zustandegebracht;

– förmliche Arbeitslosigkeit war nahezu unbekannt⁴; diese soziale Ertragschaft⁵, die mit gewaltigen Rigiditäten und Ineffizienzen der Produktion bezahlt wurde und verbreitet zur unfreiwilligen (oder auch freiwilligen⁶) »Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz« (»unemployment on the job«) führte;

– die Versorgung von Kleinkindern mit Krippen- und Kindergartenplätzen war, meist seitens der Betriebe, großzügig geregelt, um die weibliche Arbeitskraft für die Tätigkeit in der Produktion freizusetzen⁷;

– viele Güter des Massenkonsums waren stark subventioniert, was wiederum mit Ineffizienzen in Produktion und Konsum einherging;

– die Einkommensungleichheit war erheblich geringer als in kapitalistischen Arbeitsmarkt-Gesellschaften⁸, aber das verfügbare Einkommen war ebenfalls wesentlich niedriger;

– allerdings waren viele hochwertige Konsumgüter entweder unerhältlich oder mit extrem hohen Preisen belegt oder nur dann zugänglich, wenn man über die Begünstigung durch persönliche und politische Beziehungen und die entsprechenden Privilegien verfügte;

– die Altersrenten waren im Vergleich zu den Verhältnissen in den meisten westlichen Ländern ausgesprochen niedrig;

– Gesundheitsdienste und andere soziale Dienste waren für die Nutzer kostenfrei, aber häufig qualitativ unzulänglich;

– die Berufung auf und Durchsetzung von sozialen Rechten und Ansprüchen war mangels unabhängiger Vertretungskörperschaften und Gerichte zumindest erschwert. Viele der Lohnersatzleistungen, sozialen Dienste und Vergütungen wurden durch paternalistische und bürokratische Entscheidungen zugeteilt, gegen die Einspruchsmöglichkeiten kaum bestanden; insofern kann von einer sozialstaatlichen Struktur der realsozialistischen Wohlfahrtsstaaten nicht die Rede sein.

Im scharfen Gegensatz zu dieser Logik einer »vorsorgenden« Sozialpolitik sind in kapitalistischen Marktgesellschaften Produktion und soziale Sicherheit durch die umgekehrte logische Beziehung miteinander verknüpft. Hier gilt, daß die unbefriedigten Bedürfnisse der Arbeitskräfte zunächst einmal als Anreiz für ihre produktive Tätigkeit wirksam werden, und erst als Vergütung für erwiesenen Erfolg am (Arbeits-)Markt setzt die Befriedigung dieser Bedürfnisse ein – sei es durch das erzielte Individua-

leinkommen, sei es durch Transfereinkommen (Arbeitslosengeld, Renten usw.), die sich dem Anspruch und der Höhe nach an jenem bemessen. Die kollektive soziale Sicherung spielt also eine vom Markterfolg abhängige und in diesem Sinne »nachträgliche« Rolle. Sie beschränkt sich auf jene Risiken und Wechselfälle des Arbeitslebens (Krankheit, unversorgtes Alter, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit), von denen unterstellt wird, daß ihre wirtschaftliche Bewältigung die individuellen Kräfte und Ressourcen der Arbeitnehmer typischerweise überfordern würde. Ansprüche auf Versicherungs- und andere soziale Leistungen entstehen in Arbeitsmarkt-Gesellschaften erst als eine abhängige Variable; sie werden begründet durch produktive Arbeit (bzw. durch »Ausnahmesituationen«, in denen Arbeitskräfte als von der Verpflichtung zu produktiven Leistungen dispensiert gelten oder trotz solcher Leistungen kein »ausreichendes« Einkommen erzielen). Demnach beruht das kapitalistische Sozialleistungssystem ganz überwiegend auf »wenn-dann«-Regeln und Rechtsansprüchen, nicht, wie das realsozialistische, auf »um-zu«-Entscheidungen. Im letzteren Fall sind sozialpolitische Leistungen dem Produktionsprozeß vorgeschaltet bzw. in Produktionsorganisationen integriert und richten sich nach zugeschriebenen und verordneten Bedürfnissen der Arbeitskraft, während sie im erstgenannten Fall der produktiven Leistung nachgeschaltet sind und sich demgemäß nach durch Leistung erworbenen Rechten richten.

Die Akteure der Sozialpolitik

Das Hauptproblem der nun erforderlichen Umstellung der Sozialpolitik von der ersten auf die zweite »Logik« und – damit verbunden – von einer »integrierten« betrieblichen auf eine institutionell ausdifferenzierte Sozialpolitik besteht darin, daß es keine kompetenten und hinreichend mächtigen Akteure gibt, die diese doppelte Umstellung durchsetzen könnten. Der »Kompromiß«, von dem Kuron spricht, ist ja selbst kein Akteur, sondern kann nur zwischen Akteuren entstehen, die zum Kompromiß freilich strukturell befähigt sein müssen. »Zuständige« und in ihrer Zuständigkeit wechselseitig sich anerkennende, repräsentive, deshalb kompromißfähige und mehr oder weniger kooperativ handelnde kollektive Akteure innerhalb der Zivilgesellschaft (wie politische Parteien, Gewerkschaften, Industrie- und Arbeitgeberverbände, Berufsvereinigungen, korruptionsresistente öffentliche Verwaltungen) fehlen, auf die sozialpolitische Aufgaben übertragen werden könnten und die gleichzeitig als aktive Erfinder der benötigten neuen sozialpolitischen Institutionen tätig werden könnten.⁹ Eines der dornigsten Probleme scheint zudem darin zu bestehen, daß die Funktionäre des alten Regimes in vielen Ländern und in vielen institutio-

nellen Sektoren ein hinreichendes Maß an »negativer« Macht behalten haben, mit dem sie verhindern können, daß solche kollektiven Akteure sich überhaupt konstituieren; gleichzeitig ist ihre »positive Macht«, mit der sie den Transformationsprozeß autonom lenken und gestalten könnten, natürlich desorganisiert und diskreditiert.

Das vorherrschende Macht- und Kompetenzvakuum erklärt sich u.a. daraus, daß die in Westeuropa »klassischen« Protagonisten bzw. Auslöser der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, nämlich sozialdemokratische Parteien, im postkommunistischen Osteuropa auffällig schwach sind oder ganz fehlen. Die Antwort auf die abgewandelte Sombartsche Frage »Warum gibt es keinen Sozialismus in Osteuropa?« ist nicht schwer zu finden. Nahezu jeder Begriff, der mit »sozial« anfängt, nicht nur »-ismus«, sondern auch »Sozialdemokratie« oder »Sozialpolitik« gilt bei den postkommunistischen politischen Eliten und großen Teilen ihrer Wählerschaft als diskreditiert. Im Vergleich zum kontinentalen Westeuropa hat sich in diesen mittel- und osteuropäischen Ländern ein Spektrum von politischen Kräften etabliert, das sowohl im Sinne der markt-liberalen Orthodoxie als auch im Sinne des Vorherrschens nationalistischer und christlich-konservativer Ideologien und Strategien deutlich »rechtsverschoben« ist.

Es kommt hinzu, daß die politischen Parteien und gesellschaftlichen Verbände selbst organisatorisch schwach sind und sich naturgemäß stärker auf Netze persönlicher Vertrauensbeziehungen und persönliches Charisma stützen müssen als auf eine Stammwählerschaft und etablierte formale Regeln der innerparteilichen Willensbildung. Das gleiche trifft vielfach auch auf Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Berufsvereinigungen zu. Die anerkannten Zuständigkeitsbereiche und Handlungsformen dieser schwach ausgebildeten Kollektivakteure sind in der Regel unscharf definiert, die einzelnen Politikbereiche sind schlecht gegeneinander abgegrenzt, die Willensbildung der Mitglieder ist fluktuierend und unkalkulierbar, es gibt keine Routine des Verhandeln, der Koalitionsbildung. Aus all dem folgt, daß die Repräsentativität der entstehenden Interessensorganisationen jeweils bestreitbar ist und wenig Anlaß zum Vertrauen besteht, daß eine einmal bestehende »Beschlußlage« für eine gewisse Zeitdauer maßgeblich ist. Stattdessen beherrschen schrille ideologische Extrempositionen das Bild, und die innerverbandlichen bzw. -parteilichen Gegensätze, die sich zwischen regionalen oder beruflichen Teilorganisationen auftun, sind bisweilen ebenso tief wie die Gegensätze zwischen den einzelnen Organisationen und Assoziationen.

Gegenwärtig gibt es noch keine klaren Anhaltspunkte für die optimistische Erwartung, daß die osteuropäischen Gesellschaften einigermaßen rasch und geradlinig aus diesem Aggregatzustand assoziativer Unterentwicklung herausfinden werden. Jedenfalls gilt das, wenn man von den

Verbänden und – teilweise – von den Parteien der Kleinbauern absieht. Im übrigen aber handelt es sich bei den Interessenverbänden um ein inkonsistentes Gemisch von pluralistischen und syndikalistischen Formen, verbunden mit Elementen des »Clans« und der »sozialen Bewegung«. Damit ist das System der Interessenrepräsentation und -vermittlung weit entfernt von den entsprechenden Strukturen des Korporatismus, der Kooperation zwischen Staat und Sozialpartnern, des kooperativen Föderalismus, der etablierten kommunalen Selbstverwaltung, dem berufsständischen Kammerwesen sowie jenen aus diesen Strukturen hervorgehenden Repräsentations- und Regulierungsformen der Sozialpartnerschaft, des kooperativen Föderalismus, des *folkhemmet*, der *économie concertée*, der *transición pactada* oder des *verzuiling*.

Das Zusammentreffen von marktliberal-konservativen, an der Regierung befindlichen politischen Kräften mit einer allgemeinen assoziativen Unterentwicklung markiert wahrscheinlich die schlechteste Voraussetzung für die Entwicklung von sozialstaatlichen Leistungssystemen und Institutionen. Für die Sozialpolitik ist wohl das Fehlen starker Verbände und Selbstverwaltungskörperschaften ein noch gravierenderes Hindernis als für jeden anderen Politikbereich. Gleichgültig ob im Felde der Alterssicherung, der Arbeitslosigkeit, der Gesundheits-, Familien-, Wohnungspolitik oder im Sozialhilfebereich – überall geht es ja bei sozialpolitischen Interventionen um interpersonelle oder intertemporale Umverteilungen bzw. um solche zwischen Klassen, Generationen, Regionen oder Regierungsebenen, denen beide Seiten, Gebende wie Nehmende, gegen ihre kurzfristig-unmittelbaren Interessen zustimmen und an die sie sich dauerhaft gebunden fühlen müssen. Diese Kompromißbildung und Kooperationsbereitschaft ist nur durch starke und repräsentative Kollektivakteure zustande zu bringen, die als Selbstverwaltungskörperschaften eine »regierungsähnliche« Alleinzuständigkeit für die konkreten Regelungsgegenstände erfolgreich beanspruchen können. Die Anbieter, Finanzierungsträger und Empfänger sozialer Leistungen sind dabei in ein Interaktionsnetz einbezogen, das durch Vertrauensbeziehungen, geteilte Sachkunde und vor allem ein anerkanntes Deutungsmonopol für die Interessen der jeweiligen »Mitgliederbasis« gebildet wird.

Ohne den Unterbau solcher assoziativen Strukturen und Verhandlungssysteme können politische Parteien und Regierungen sehr viel schwerer bewegt werden, sozialpolitischen Problemen Priorität einzuräumen. Vielmehr würden in einem System ohne starke sozialpolitische Verbände (als Beispiel mögen die USA dienen) die Funktionen von Sicherung und Umverteilung entweder allein dem Markt oder aber subsidiär dazu »parapolitischen« Akteuren ohne Anspruch auf Repräsentativität (d.h. privaten, familiären, betrieblichen, freiwilligen, karitativen, nachbarschaftlichen

oder kirchlichen Trägern) überlassen bleiben, während die kontinentaleuropäische Vorstellung sozialer Bürgerrechte, die als subjektive öffentliche Rechte verbürgt sind und eingeklagt werden können, bestenfalls in marginalem Umfang realisiert wird. In assoziativ schwachen politischen Systemen ist deshalb damit zu rechnen, daß die (Rhetorik der) »Selbsthilfe« und »Dezentralisierung« blüht und statt des Wohlfahrtsstaates die sogenannte »Wohlfahrtsgesellschaft« angepriesen wird. Genau hierfür finden sich in der sozialpolitischen Entwicklung sowohl Polens wie Ungarns in den letzten Jahren deutliche Anhaltspunkte; wobei aus den optimistischen Bemerkungen, die Kuron zu diesem Komplex, insbesondere zu den kommunalen Sozialdiensten, macht, nicht überzeugend deutlich wird, ob er auch deren finanzielle und professionelle Leistungsgrenzen realistisch beurteilt.

Wenn, wie wir angenommen haben, die Stärke und Repräsentativität von Kollektivakteuren eine so wichtige Rolle in dem Prozeß spielt, in dem industrielle Gesellschaften ein institutionelles System der Sozialpolitik ausbilden, welche Faktoren sind dann für Zustandekommen und Robustheit der Interessenorganisationen selbst verantwortlich? Meine vorläufige Antwort lautet, daß für die Ausbildung starker assoziativer Strukturen zwei Faktoren maßgeblich sind.

Erstens hängen diese Strukturen davon ab, daß die von ihnen organisierten und repräsentierten individuellen Akteure mit der zur Zukunftserwartung verlängerten Vergangenheitserfahrung leben, daß im großen und ganzen das Spiel, an dem sie teilnehmen, die Eigenschaften eines Positivsummen-Spiels hat, in dem Kooperation sich auszahlt und Einzelgänger-Strategien deshalb von fragwürdigem Nutzen auch für den Einzelgänger selbst sind. Ein durch Erfahrung gestützter Optimismus hinsichtlich der weiteren ökonomischen Entwicklung würde solchen kooperativen und assoziationsfreundlichen Einstellungen zugute kommen; wenn dagegen von der laufenden Wahrnehmung pessimistische Erwartungen nahegelegt werden oder wenn das kognitive »framing« der Situation das eines Nullsummen-Spiels ist (was in agrarischen, industriell unterentwickelten Gesellschaften typischerweise der Fall ist), dann werden sich starke und schwer revidierbare Präferenzen auf egoistische, nicht-kooperative oder kleinräumige Strategien der Beziehungen, Clans und familialen Netzwerke richten, wie sie am Beispiel Süditaliens in Banfields klassischer Studie als »amoral familism« analysiert worden sind.

Eine zweite Voraussetzung für ein starkes System assoziativer Interessenvermittlung besteht darin, daß die Spaltungen und Interessengegensätze (zwischen Arbeiter und Kapital, Stadt und Land, Professionellen und Klienten, Beitragszahlern und Leistungsempfängern usw.) klar wahrnehmbar, institutionell verankert und über Zeit stabil sein müssen. Wenn

es überhaupt zu Kompromißbildungen im Sinne eines Positivsummenspiels kommen soll, dann müssen die Parteien, die an diesem Spiel teilnehmen, trennscharf kodiert und wechselseitig exklusiv sein – eben »gegnerfrei«, wie es im deutschen Tarifrecht heißt. Nur wenn die Konfliktachse selbst stabil ist, kann das Konfliktergebnis im positiven Sinne variabel sein, nämlich beiderseitige Zugewinne erlauben. Wenn dagegen die individuellen Akteure keinen Anlaß dazu haben, sich im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung stabil selbst zu verorten und demgemäß Vorstellungen darüber auszubilden, wo sie selbst »hingehören«, wer ihre Interessengegner sind und wie stabil diese Gegnerschaftsbeziehung ist, dann wird assoziatives Handeln sinnlos. Genau in dieser Hinsicht werden die Sozialstrukturen der postkommunistischen Gesellschaft oft als »amorph«, »atomisiert« oder »anomisch« beschrieben, womit wohl gesagt sein soll, daß die Bürger dieser Gesellschaften objektiv mit der Schwierigkeit konfrontiert sind, ihre eigene gesellschaftliche Position und die an ihr hängenden zentralen Lebensinteressen zu identifizieren sowie ein Bild von der Position »aller anderen« und der wahrscheinlichen gemeinsamen Zukunft aufzubauen.

Diese Schwierigkeit der Typenbildung liegt darin begründet, daß nahezu alle Individuen den Turbulenzen des Zusammenbruchs bzw. Neuaufbaus ausgesetzt sind und deshalb soziale Positionen und die mit ihnen verbundenen Lebenschancen nicht leicht klassifizierbar sind. Alles ist kontingent: Ob man sich auf der Seite der Transformationsgewinner oder -verlierer wiederfindet, das kann von einer Vielzahl zufälliger Eigenschaften, Umstände und sozialer Beziehungen abhängen. Anstelle einer klaren und rechtlich überformten Klassenstruktur sind für zukünftige Lebenschancen und Machtpositionen komplexe und undurchsichtige »Übersetzungsregeln« maßgeblich, von denen es letztlich abhängt, ob und wie das, was man im alten System »war« und hatte, in die »Währung« des neuen Systems konvertiert werden kann. Das hängt u.a. davon ab, ob man die »richtige« politische Vergangenheit hatte, ob man die »richtigen« Leute kennt, ob man die »richtigen« Fremdsprachen erlernt hat, weiterhin vom richtigen Wohnort, von der »richtigen« Altersgruppe und Geschlechtszugehörigkeit, vom »richtigen« Wirtschaftszweig, usw. Alle diese Dinge sind objektiv durchaus maßgeblich für die zukünftigen Lebenschancen, und sie werden auch als maßgeblich wahrgenommen – als maßgeblicher jedenfalls, als es individuelle Anstrengung im Dienste kollektiver Organisationspolitik ist, die sich ja immer nur unter der »kollektivistischen« Voraussetzung einer wesentlichen Gleichartigkeit der Lebenslage und der Interessen der Organisierten »lohnt«. Im Gegensatz zu einer solchen Vorstellung von Gleichartigkeit und darauf beruhender Blockbildung in der Interessenpolitik können die Einwohner postkommunistischer Gesellschaften davon ausgehen, daß diejenigen, die schließlich erfolgreich sein werden, diesen

Erfolg dem geschickten individuellen Lavieren zwischen Arbeits-, Kapital-, Grundstücks- und Informationsmärkten und der Verwertung von politischen und persönlichen Beziehungen verdanken werden (Rona-Tas 1992: 11-13), viel mehr jedenfalls als kollektiven interessenpolitischen Anstrengungen. Weil soviel von zufällig verteilten Ressourcen und Gelegenheiten abhängt und weil alle Beteiligten dies wissen, gibt es kein evidentes Muster der Selbst-Kodierung, das zunächst den Aufbau von Kollektivakteuren und dann den produktiven Konflikt zwischen ihnen erlauben würde. Umgekehrt haben die, die nach der Transformation als Gewinner bzw. als Verlierer dastehen, untereinander wahrscheinlich wenig gemeinsam; sie haben wenig Anlaß, sich gegenseitig als Angehörige derselben »Klasse« zu betrachten und nicht bloß wie Passagiere desselben Busses. Weil es keine gemeinsame kognitive Basis für die umfassende Aggregation von Interessen gibt, kommen als kollektivbildende »Codes« noch am ehesten regionalistische oder ethnische in Betracht.¹⁰

Die Agenda der nachsozialistischen Sozialpolitik

Die politischen und ökonomischen Eliten der postkommunistischen Gesellschaften haben keine andere Alternative als einen Prozeß einzuleiten (und die volle Verantwortung für seine Ergebnisse zu übernehmen), der als »schöpferische Zerstörung« (Schumpeter) oder »therapeutischer Schock« charakterisiert worden ist, wobei alle Welt sieht, daß zunächst einmal die Zerstörung der alten Ordnung, der alten Institutionen und des von ihnen geprägten Stocks an Sach- und Humankapital eintritt, während der »schöpferische« Teil der Zerstörung allenfalls nach einem (u.U. längeren) Intervall eintritt. Die Zeitspanne zwischen beiden Ereignissen wird demgemäß überall als »Tal der Tränen« (»valley of transition«) modelliert. Wenn dieses Bild zutrifft, dann stellt sich unter sozialpolitischen Gesichtspunkten nicht nur die Frage, wie breit und tief dieses Tal ist, sondern auch die, ob es »im Konvoi« durchwandert wird oder aber in der Weise, daß die einen schon längst und ersichtlich auf der Seite der »schöpferischen Auswirkungen« angekommen sind, während die anderen ebenso ersichtlich bewegungslos auf der Seite der »Zerstörung« zu verharren genötigt sind.

Dieses Tal ist mit sozialpolitischen Dilemmata angefüllt. Sozialpolitische Untätigkeit wird dazu führen, daß kaum jemand die andere Seite erreicht, vielmehr der Masse der Bevölkerung von konservativen Gegenern das Signal zum Rückmarsch gegeben wird, weil die im Tal selbst auftretenden Entbehrungen und Unsicherheiten den weiteren Vormarsch politisch-moralisch unzumutbar erscheinen lassen. Auf der anderen Seite wird ein übertriebener sozialpolitischer Aktivismus paradoxerweise dasselbe Resultat haben, weil er den wirtschaftlichen Rekonstruktionsprozeß

mit Bürden und Rigiditäten belastet, die seinen erfolgreichen Vollzug aussichtslos erscheinen lassen.

Es wäre sicher verfrüht, den »richtigen« – oder auch nur den empirisch wahrscheinlichen – »Mix« von Handlungen und Unterlassungen zu beschreiben, mit dem dieses Dilemma zu bewältigen ist bzw. der Versuch seiner Bewältigung unternommen wird. Die politischen Kräfte sind zu wenig auskristallisiert und ihr Kräfteverhältnis ist zu ungewiß, um empirische Voraussagen zu erlauben. Die Domänen und korporativen Akteure der Sozialpolitik sind noch nicht konsolidiert. In dieser Situation einer einstweilen höchst fragmentarischen Institutionalisierung sind – abgesehen von der Dauerhaftigkeit des genannten Sozialpolitik-Dilemmas – nur zwei Dinge mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vorauszusagen. Zum einen ein Politikverlauf, der durch manchmal geradezu hektische ad-hoc-Maßnahmen gekennzeichnet ist, die dann rasch revidiert, zurückgenommen und durch neue ersetzt werden; zum anderen die Dominanz ausländischer Vorbilder, Empfehlungen, mehr oder weniger uneigennützig («wanderungspräventive») Hilfsaktionen, auch Pressuren, die solange anhalten werden, wie handlungsfähige nationale Institutionen und Akteure sich noch nicht ausgebildet haben.

Die Themen, auf die sich diese institutionell noch ungebauten Interventionen und Steuerungsversuche erstrecken, bilden eine lange Liste. Was jeweils an diesen Problemfronten geschieht, das variiert in einem weiten Horizont von Land zu Land und von Zeitpunkt zu Zeitpunkt. Nahezu das einzige, was in dieser Dynamik konstant bleibt, ist die Liste der Probleme, die so oder so, durch aktive Intervention oder durch temporäre Nichtbeachtung politisch bearbeitet werden müssen, einfach, weil sie nicht dauerhaft ignoriert werden können. Die wichtigsten sind die folgenden:

(1) Das neue, zumindest dem Anspruch nach demokratisch-rechtsstaatliche politische System kann es sich aus einer Fülle von (ökonomischen, fiskalischen, ideologischen) Gründen nicht leisten, die Subventionierung von Gütern des Massenbedarfs fortzusetzen. Auch die Forderungen internationaler Kreditgeber, von denen die postkommunistischen Länder abhängig sind, richten sich primär auf die Beendigung der Subventionspraxis. Das Resultat ist ein teilweise einschneidender Verlust an Realeinkommen. Dieser berührt am stärksten jene Gruppen, die am wenigsten Zugang zu institutionellen oder informellen Mitteln haben, mit denen sie ihren relativen oder absoluten Verlust an Realeinkommen (z.B. durch Lohnverhandlungen und Streikdrohungen) ausgleichen können, was am deutlichsten auf Rentner und Arbeitslose zutrifft.

(2) Unter dem Imperativ der Stabilisierung von Staatshaushalt und Währung muß die Regierung zu einer Einkommenspolitik greifen, die unter anderem die Löhne im öffentlichen Sektor unterhalb der Inflations-

rate einfriert. Dies betrifft, solange die Privatisierung nicht weitgehend vollzogen ist, eine Mehrheit der Bevölkerung. Ebenso sind von diesen Spar- und Stabilisierungsmaßnahmen die Leistungen der (im Aufbau begriffenen) Arbeitslosenversicherungen betroffen, von denen ebenfalls ein wachsender Teil der Bevölkerung abhängt.

(3) Wirksame und flächendeckende Systeme von Tarifverhandlungen bzw. betrieblichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer sind noch nicht eingerichtet. Damit sind große Teile der Arbeitnehmer schutzlos den Gefahren der inflationären Einkommensentwertung, der Rationalisierung und der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Das führt dazu, daß ein großer Teil der Bevölkerung auch des bereits privatisierten Sektors von Einkommensarmut betroffen ist.

(4) Privatisierung des Produktiveigentums und Liberalisierung der Preise haben die zwangsläufige Folge, daß Wirtschaftsunternehmen nun nicht mehr »Allzweck-Einrichtungen«, sondern funktional spezifische Organisationen mit dem Zweck der rentablen Erzeugung von marktgängigen Gütern und Diensten werden. Das bedeutet für sie, daß zumindest vorübergehend eine ganze Reihe von betrieblichen sozialen Diensten (Kinderbetreuung, Gesundheit, Qualifikation, Ernährung, Ferienheime usw.) aus Kostengründen abgebaut werden müssen. Alles dieses findet statt, bevor noch außerbetriebliche (z.B. kommunale) Ersatz-Mechanismen aufgebaut und funktionsfähig sind. Das hat die Folge, daß die Familien und privaten Haushalte zumindest für die Übergangsstrecke auf Selbstversorgung angewiesen sind – zumindest solange, wie die »schöpferischen« Folgen der Zerstörung der alten Wirtschaftsordnung sich noch nicht durchgesetzt haben. Diese Lastenverlagerung vom Betrieb auf Haushalt und Familie hat die weitere Folge, daß die zuvor sehr hohen Raten der weiblichen Erwerbsbeteiligung dramatisch sinken und mit ihnen auch die Zahl der Einkommensverdiener pro Haushalt und das Einkommen pro Haushalt. Diese Folge ist umso gewichtiger, als die Arbeitseinkommen in den staatssozialistischen Gesellschaften typischerweise nicht als »Familienlohn« bemessen waren und insofern die Haushalte auf zwei Einkommen angewiesen waren (Tomes 1991: 193). Es kommt hinzu, daß die teilweise (besonders in Ungarn) relativ großzügigen familienpolitischen Leistungen und Zahlungen an Mütter nun unter fiskalischen Zwängen zusammengestrichen werden.

(5) Zugleich wächst die (interpersonelle, intersektorale, zwischen Staatssektor und privatem Sektor, zwischen Arbeitslosen, Beschäftigten und Selbständigen bestehende) Einkommensungleichheit. Daraus ergibt sich – abgesehen von verbreiteter Einkommensarmut – ein brisanter sozialer und politischer Konfliktgegenstand in Gesellschaften, die bisher an ein hohes Maß an Gleichheit der Lebenslagen gewöhnt waren und hierin weithin den einzigen politisch-moralischen Vorzug ihrer Ordnung sehen konnten.

(6) Kapitalmangel, fiskalische Krisen, Produktivitätsrückstände sowie die Zerstörung des überwiegenden Teils der Handelsbeziehungen im ehemaligen COMECON haben zu einer überall wachsenden Arbeitslosigkeit geführt, die ebenfalls eine völlig neue und ungewohnte Erfahrung für die Bevölkerung der postkommunistischen Länder darstellt. Aber auch ein plötzliches Produktivitätswachstum würde, wo es erreicht wird, zumindest temporär zu Entlassungen führen. Die Institutionen und Instrumente einer »aktiven Arbeitsmarktpolitik« sind dabei zumindest in der Praxis noch weitgehend unbekannt. Das gleiche gilt vielerorts für Arbeitsvermittlung, Arbeitsverwaltung und Leistungen an Arbeitslose. Eine der Folgen dieser institutionellen Lücke ist ein enormer Migrationsdruck, der wiederum langfristig zu empfindlichen Humankapital-Verlusten (»brain drain«) führen muß. Eine weitere Folge ist ein hohes Maß der Informalisierung der Vorgänge am Arbeitsmarkt, auf dem offenbar »extrafunktionale« und »primordiale« Kriterien familialer und ethnischer Art eine wachsende Rolle spielen. Ebenso wachsen illegale und gewaltsame Spontan-Substitute für eine reguläre Sozialpolitik; diesen Erscheinungen sind die auf ganz andere Aufgaben eingerichteten Polizei- und Repressionsorgane, die aus dem alten Regime übernommen wurden, sichtlich nicht gewachsen.

(7) Das Wohnungswesen, das vom alten Regime monopolisiert und oft im extremen Maße im Wege der »Objektförderung« subventioniert wurde, ist jetzt zu privatisieren. Aus der Privatisierung ergeben sich zum Teil dramatische Mieterhöhungen, die nur teilweise und zögernd durch »subjektfördernde«, d.h. nach Bedürftigkeitskriterien zuerkannte Wohngelder etc. kompensiert werden. Die Folgen sind steigende Wohnungsnot und Obdachlosigkeit bzw. eine weitere Strapazierung familialer und verwandtschaftlicher Netze.

(8) Alle diese großflächigen Verarmungserscheinungen führen dazu, daß, wie eine offiziöse bulgarische Quelle im Mai 1992 trocken mitteilt, »sich der Durchschnittslohn auf die Armutslinie zu bewegt«. In dieser Situation bleibt das Wohlfahrtswesen (Sozialhilfe) allein in den Händen der Kommunalverwaltungen, die freilich weder durch Zuweisungen vom Zentralstaat noch durch eine etablierte lokale Steuerbasis bereits überall in der Lage sind, dieser Aufgabe gerecht zu werden (Ferge 1992 a: 209). Das hat die Folge einer großen Uneinheitlichkeit der Fürsorgeneiveaus, die zwischen den einzelnen Kommunen besteht (Lavai 1991: 31), und die weitere Folge von verstärkten Anreizen zur Binnen-Migration. Insgesamt ist, vorsichtig gesagt, nicht zu sehen, daß irgendein verteilungspolitischer Mechanismus sich behauptete, der das Gerechtigkeitsprinzip von Rawls erfüllen würde und die am schlechtesten Gestellten mit Vorrang in den Genuß wirtschaftlichen Fortschritts brächte.¹¹

(9) Der Übergang vom Staatssozialismus zu einer Form des demokrati-

schen Kapitalismus hat überall riesige Finanzkrisen hervorgerufen. Wie Campbell (1992: 1) feststellt, kommen diese fiskalischen Krisen in einer ganz anderen Weise zustande, als wir es von fiskalischen Krisen im Westen gewohnt sind; es handelt sich um »Extraktionskrisen«, nicht um »Finanzierungskrisen«. »Whereas fiscal crises in capitalist (...) states occur due to expenditures rising faster than revenues, fiscal crises in post-Communist states occur due to revenues declining faster than expenditures.« Das Versiegen der Staatseinnahmen erklärt sich aus einer Reihe von Faktoren: der schrumpfenden Steuerbasis, die sich aus der Privatisierung der zuvor staatlich kontrollierten Wirtschaftsunternehmen ergibt; der Privatisierung zu Schleuderpreisen; der Einstiegs-Rezession unmittelbar nach beginnender Privatisierung; dem unzulänglichen Zustand von Steuerrecht und Steuerverwaltung. Alle diese Umstände führen zu Steuervermeidung und -hinterziehung in großem Umfang, die noch durch fiskalische Lockangebote an ausländische und einheimische Investoren in ihrem Effekt verstärkt werden. Dabei scheiden haushaltspolitische Alternativen zur Steuerfinanzierung (d.h. Kreditaufnahme als Finanzierungsmittel) weitgehend aus, weil der IWF seine Darlehen davon abhängig macht, daß das Defizit im Staatshaushalt fünf Prozent des Bruttosozialprodukts nicht übersteigt. Die durch alle diese Umstände programmierte staatliche Finanzkrise macht es wenig wahrscheinlich, daß eine aus dem Staatshaushalt finanzierte Sozialpolitik von irgendwelchen verantwortlichen politischen Kräften ernsthaft und mit einer gewissen Priorität verfolgt werden kann. Andererseits sind aber beitragsfinanzierte Sicherungssysteme teilweise noch nicht aufgebaut und unterliegen, wo sie es sind, einer Reihe von analogen Finanzierungsproblemen.

(10) Der Wechsel von einem »universalistischen« und für die Patienten kostenfreien System der Versorgung mit (Gesundheits-)Diensten zu einem System, das durch institutionelle Ausgliederung, Privatisierung, Subsidiarität und marktwirtschaftliche Komponenten charakterisiert ist, führt zwangsläufig dazu, daß erhebliche Teile der Bevölkerung ihre Leistungs- und Versorgungsansprüche verlieren. Die ungleichmäßige und zum großen Teil höchst mangelhafte Qualität der sozialen Dienste hängt dabei nicht nur mit fiskalischen Problemen zusammen, sondern auch damit, daß bei den sozialen Diensten, verglichen mit westeuropäischen Ländern, ein erheblicher Professionalisierungsrückstand zu konstatieren ist, der sich im Fehlen einer Kultur professioneller Autonomie und Verantwortung bei der Erzeugung und Verteilung dieser Dienste bemerkbar macht (Potucek 1992: 6).

Literatur

- Paul Adams, The Unity of Economic and Social Policy in the German Democratic Republic, in: Bob Deacon und Julia Szalai (Hg.), Social Policy in the New Eastern Europe, Aldershot 1990, S. 133 – 144
- John Campbell, Reflections on the Fiscal Crisis of Post-Communist States, Konferenzpapier des Department of Sociology, Harvard University, 1992
- Bob Deacon und Julia Szalai (Hg.), Social Policy in the New Eastern Europe, Aldershot 1990
- ders. u.a., The New Eastern Europe. Social Policy, Past, Present, and Future, London 1992
- ders., The Impact of Supranational and Global Agencies on Central European National Social Policy, Konferenzpapier der Faculty of Health, Leeds Polytechnic, 1992
- Zsuzsa Ferge, Social Policy Regimes and Social Structure. Hypotheses about the Prospects of Social Policy in Central and Eastern Europe, in: Zsuzsa Ferge und Jon E. Kolberg (Hg.), Social Policy in a Changing Europe, Frankfurt a.M. 1992
- dies., Human Resource Mobilization and Social Integration. In Search of a New Balance in the Great Transformation, 1992, unveröffentlichtes Manuskript
- Elemér Hankiss, East European Alternatives, Oxford 1990
- Ken Jowitt, The New World Disorder, University of California Press 1992
- Janos Kornai, Vision and Reality. Market and the State, London 1990
- Katalin Lévai, Towards a Reform of Social Policy in Hungary, Diskussionspapier Nr. 6 aus 1991 des Hamburger Instituts für Sozialforschung
- Claus Offe, Ethnic Politics in East European Transitions, Bremen 1992, unveröffentlichtes Manuskript
- Martin Potucek, Quo Vadis, Social Policy in Czechoslovakia?, Prag 1992
- Akos Rona-Tas, The Last Shall be the First? The Social Consequences of the Transition from Socialism in Hungary, Publikation Nr. 34 aus 1992 des Juan March Instituts, Madrid
- Volker Ronge, Social Change in Eastern Europe. Implications for the Western Poverty Agenda, in: *Journal of European Social Policy*, Nr. 1, 1991, S. 49 – 56
- Richard Rose, Towards a Civil Economy, in: *Journal of Democracy*, Nr. 2, 1992, S. 13 – 26
- Peter Stania (Hg.), Agenda '92, Wien 1992
- Julia Szalai, Outline for the Radical Reforms of Social Policy in Hungary, in: Bob Deacon und Julia Szalai (Hg.), Social Policy in the New Eastern Europe, Aldershot 1990, S. 91 – 102
- Adam Szalkowski und Jacek Olbrycht, Social Function of the Post-Socialist State, Seminarpapier Nr. 10 aus 1992 der Akademie für Wirtschaftswissenschaften, Krakau
- Ivan Szelenyi und Robert Manchin, Social Policy under State Socialism: Market Redistribution and Social Inequalities in East European Socialist Societies, in: Gösta Esping-Anderson und Lee Rainwater (Hg.), Stagnation and Renewal in Social Policy, Armonk, NY, 1987, S. 102 – 139
- Herbert Szurgacz, Die neuere Entwicklung auf dem Gebiet des Sozialrechts in Polen, in: *ZIAS*, Nr. 3, 1991, S. 279 – 305
- Igor Tomes, Social Reform: A Cornerstone in Czechoslovakia's New Economic Structure, in: *International Labour Review* 130, Nr. 2, 1991, S. 191 – 198
- Helmut Wiesenthal, Sturz in die Moderne. Der Sonderstatus der DDR in den Transformationsprozessen Osteuropas, in: Michael Brie und Dieter Klein (Hg.), Zwischen den Zeiten, Hamburg 1992, S. 162 – 188

Anmerkungen

Eine umfassende Analyse der im vorliegenden Beitrag dargestellten Problematik findet sich in Offes neuem Buch »Der Tunnel am Ende des Lichts«, das in Kürze bei Campus erscheinen wird (d.Red.).

- 1 Diese Übergangskosten können allenfalls mit denjenigen verglichen werden, die in den westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg jeweils beim Übergang von einer Kriegswirtschaft und der Katastrophenlage der Kriegsfolgen auf eine Friedenswirtschaft auftraten. Diese Nachkriegssituationen waren im Westen die aktivsten und innovativsten Perioden der sozialpolitischen Entwicklung; Beispiele sind das deutsche Betriebsrätegesetz von 1920, der britische Nationale Gesundheitsdienst von 1946 oder auch die amerikanische GI-Bill.

- 2 Aus verschiedenen Gründen war in Ungarn dieser Zeitdruck noch vergleichsweise gering, und aus diesem Grunde hat die Institutionalisierung der Sozialpolitik (im Gegensatz zu sozialpolitischen Notstandsmaßnahmen) in diesem Land den größten Fortschritt gemacht. Es scheint, als ob die lange Kette halboffizieller Reformschritte, die bereits vor 1989 durch schleichende Privatisierung und Liberalisierung absolviert wurden, in diesem Land zeitliche Spielräume eröffnet hat, die es erlaubten, schon frühzeitig sozialpolitische Institutionen aufzubauen, z.B. ein System der Arbeitslosenversicherung, das bereits 1989 eingeführt wurde. Umgekehrt muß bei Fehlen eines solchen Reform-Vorlaufs mit einer langen Zeitstrecke gerechnet werden, auf der ad-hoc-Maßnahmen vorherrschen.
- 3 Legale Varianten einer spontanen Sicherungsstrategie bestehen in der extensiven Nutzung familialer und sonstiger Netze des persönlichen Nahbereichs, sowie, weniger eindeutig, im Rückfall auf die »zweite« oder »informelle« Ökonomie. Auch die Nutzung ethnischer Affinitäten, kirchlicher Wohlfahrtseinrichtungen oder die temporäre Abwanderung auf illegale ausländische Arbeitsmärkte gehören hierhin. Ein Effekt dieser sicherheitsorientierten Hinwendung zu kleinen Netzen und Gemeinschaften ist natürlich der, daß eine neue Achse der Ungleichheit entsteht zwischen solchen Personen und Gruppen, die über den Anschluß an »Gemeinschaften« verfügen, und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist. Ein weiterer Effekt könnte darin bestehen, daß auf diese Weise nicht das Denken in Kategorien des rechtsgleichen Wirtschaftsbürgers, sondern vielmehr in Kategorien von Clans und Cliques gefördert wird – mit vermutlich wenig wünschenswerten Konsequenzen für die »wirtschaftliche Kultur« postkommunistischer Gesellschaften.
- 4 Die Tatsache, daß niemand Arbeitslosigkeit fürchten oder gar mit ihr rechnen mußte, sowie die weitere Tatsache, daß der Arbeitsplatz nicht nur Einkommensquelle war, sondern den Zugang zur Erfüllung vieler weiterer Lebensbedürfnisse eröffnete, macht natürlich die gegenwärtige Erfahrung der Beschäftigungskrise viel schmerzhafter, als sie bei gleichem Niveau der Arbeitslosigkeit in westlichen Arbeitsmarkt-Gesellschaften ist bzw. sein würde; hier sind die Arbeitnehmer mit ganz anderen Erwartungen und Perspektiven betreffend den Arbeitsplatz, die Möglichkeit der Arbeitslosigkeit und die sozialen Rechte im Falle von Arbeitslosigkeit aufgewachsen.
- 5 – eine Errungenschaft, die selbst höchst ambivalent bewertet werden muß. Die Kehrseite des »Rechtes auf Arbeit« war die »Pflicht zur Arbeit«. Soweit Entlassungen überhaupt vorkamen, hatten sie die Qualität eines sozialen Scherbengerichts, das dazu diente, »feindliche Elemente« zu brandmarken, die auf Arbeitslosengeld und andere soziale Sicherungen dann keinen Anspruch hatten.
- 6 In allen osteuropäischen Sprachen soll es zur Kennzeichnung dieser durchaus freiwilligen (und faktisch sanktionsfreien!) Untätigkeit auf dem Arbeitsplatz ein Äquivalent für die subversive Parole geben: »Solange so getan wird, als bekämen wir einen anständigen Lohn, solange tun wir auch nur so, als ob wir arbeiteten«.
- 7 Ein weiterer Zweck bestand darin, die staatliche Kontrolle über die primäre und politische Sozialisation von Kindern auszuweiten, u.a. auch durch die betriebliche Prämierung »gesellschaftlicher Aktivitäten« und durch Ferienlager für Kinder und Jugendliche. Solche Einrichtungen und ihre selbstverständliche Verfügbarkeit lösen nach dem Zusammenbruch ein weiteres schockartiges Verlusterlebnis aus. Weil betriebliche Einrichtungen der Kinderbetreuung nicht mehr zur Verfügung stehen und Arbeitsplätze knapp werden, ergibt sich nicht nur generell hohe Arbeitslosigkeit, sondern auch eine weitaus höhere weibliche als männliche Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zu allen Ländern des kontinentalen Westeuropa wird diese weibliche Arbeitslosigkeit umso mehr als skandalös erfahren, als die realsozialistischen Gesellschaften an eine weibliche Erwerbsbeteiligung von bis zu 90 Prozent gewöhnt und auf sie eingerichtet waren, zumal das Budget eines normalen Familienhaushaltes in der Regel auf zwei Einkommen basierte.
- 8 Diese Feststellung muß allerdings für die verschiedenen Länder differenziert werden, wobei die CSSR wohl das egalitärste Land war. Die Feststellung muß auch insofern eingeschränkt werden, als es erhebliche »Verteilungsprivilegien« gab, die in die Mechanismen der Zuteilung von Einkommen, sozialen Diensten und Wohnungen integriert waren (Szelenyi und Machin 1987).
- 9 Für eine knappe Darstellung der wesentlichen Funktionen intermediärer Kollektivakteure im Prozeß der nachsozialistischen Transformation vgl. Wiesenthal 1992: 171f. Julia Szalai (1990: 93, 96) hat überzeugend dargestellt, daß das neue sozialpolitische System auf einem demokratisch kontrollierten Prinzip der selbstverwalteten sozialen Sicherung beruhen muß, nicht auf

einem System staatlicher Versorgungen und Zuweisungen. Dafür seien allerdings Einrichtungen erforderlich, die sich nach den Interessen unabhängiger und autonomer Mitglieder richten, also demokratische Gewerkschaften, Selbstverwaltungskörperschaften, kommunale Gebietskörperschaften, die sämtlich in ein »policy network« einbezogen werden müssen.

- 10 Diese objektiven Schwierigkeiten der Selbst-Kodierung erinnern, wenn auch aus ganz anderen Gründen, an die postmodernen Züge der Sozialstrukturen westlicher Gesellschaften. Im Ergebnis, nämlich der strukturell angelegten assoziativen Schwäche dieser Gesellschaften und der daraus resultierenden Schwäche sozialer Rechte, mögen beide Gesellschaftstypen durchaus vergleichbar sein.
- 11 Und ebenso wenig gibt es einen unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht weniger plausiblen Mechanismus, der dafür sorgen würde, daß die privilegierten Statusgruppen des alten Regimes nicht auch im neuen Regime ihre Privilegien behaupten (vgl. Hankiss 1990: 234-265).

Tony Judt

Die Vergangenheit ist ein anderes Land

Politische Mythen im Nachkriegseuropa

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu den Revolutionen von 1989 wurden die Grenzen Europas und damit die verschiedenen Formen »europäischer« Identitäten von zwei beherrschenden Rücksichten bestimmt: der in Jalta vorgenommenen Aufteilung des Kontinents und dem auf beiden Seiten der Grenze bestehenden Wunsch, die jüngste Vergangenheit zu vergessen und einen *neuen* Kontinent zu schaffen. Im Westen strebte man zu diesem Zweck eine übernationale Einigung an, die an den Wiederaufbau und die Modernisierung der westeuropäischen Wirtschaft gekoppelt war. Im Osten wurde im Namen des gemeinsamen Interesses an der sozialen Revolution eine analoge, auf Produktivität fixierte Einheit von oben her vorgegeben. Auf beiden Seiten der Grenze hatte man gute Gründe, die Erfahrungen des Krieges und der Besatzungszeit zurückzustellen, und ein zukunftsorientiertes Vokabular der sozialen Harmonie und der materiellen Verbesserungen füllte die Lücke aus, die von älteren, polarisierenden und provinzielleren Ansprüchen und Ressentiments hinterlassen worden war.

Dieser Beitrag enthält einige Überlegungen über den Preis, den die bewußte und abrupte Nichtbefassung mit der unmittelbaren europäischen Vergangenheit und deren Ersetzung durch allerlei »Euro-phorie« gekostet hat. Ich werde die These vertreten, daß der besondere Charakter der Kriegserfahrung in Kontinentaleuropa sowie die bewußte Verzerrung, Sublimierung und Instrumentalisierung der Erinnerung an sie der Nachkriegszeit eine Identität vermacht hat, die von Grund auf falsch war, weil sie von der Errichtung einer unnatürlichen und unhaltbaren Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart im Bewußtsein der europäischen Öffentlichkeit abhing. Die Art und Weise, wie die offiziellen Versionen von der Kriegs- und Nachkriegszeit sich in jüngster Zeit aufgelöst haben, läßt meines Erachtens auf ungelöste Probleme schließen, die den Kern der derzeitigen kontinentalen Krise bilden. Das gilt für West- wie für Osteuropa gleichermaßen, wenn auch auf verschiedene Weise. Schließlich werde ich auf einige der neuen Mystifikationen und Vergangenheitsbeschönigun-

gen eingehen, die den Zusammenbruch des Kommunismus begleiten und ihrerseits schon dabei sind, die neue europäische »Ordnung« zu gestalten bzw. zu verunstalten.

Die Vergangenheit ist ein anderes Land

Der Zweite Weltkrieg war für die meisten Europäer eine unvergleichliche und in mancher Hinsicht neuartige Erfahrung. Zunächst einmal war er, zumal in den letzten Kriegsmonaten, beispiellos zerstörerisch. In besonders verwüsteten Gebieten wie Jugoslawien wurden fast 66 Prozent des Viehbestandes, 25 Prozent der Weingärten, der größte Teil des rollenden Gutes der Bahnen sowie alle großen Straßen zerstört. Auch westliche Länder erlitten schreckliche materielle Verluste – bei den Kampfhandlungen 1944/45 wurden in Frankreich 75 Prozent aller Häfen und Bahnhöfe unbenutzbar gemacht, eine halbe Million Häuser irreparabel beschädigt. Selbst das nicht besetzte Großbritannien hat Berechnungen zufolge durch den Krieg 25 Prozent seines Nationalvermögens der Vorkriegszeit verloren.¹

Aber der Umfang der materiellen Verluste verblaßt, verglichen mit den Verlusten an Menschenleben, zumal in Mittel- und Osteuropa. Wir brauchen die Statistiken über Leiden, Tod und Verluste hier nicht zu wiederholen. Einerseits müssen die menschlichen Kosten nach industriellen Maßstäben veranschlagt werden – so effizient war die Vernichtungsmaschinerie, die Deutschland und seine Verbündeten aufgebaut und betrieben hatten –, andererseits sah dieser Krieg die unerwartete Rückkehr älterer Schrecken – in den Wochen nach der Einnahme Berlins durch die sowjetische Armee mußten sich 90 000 Frauen wegen Vergewaltigung in ärztliche Behandlung begeben. In Wien registrierten die westlichen Verbündeten in den drei Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee 87 000 Vergewaltigungsoffer. Zwischen Wolga und Elbe bedeutete der Zweite Weltkrieg eine Erfahrung, für deren spezifische Kombination aus Effizienz, Angst, Gewalt und Verarmung es in der lokalen Geschichte nichts Vergleichbares gab (nur Armenier und Spanier hatten in früheren Jahren schon einen Vorgeschmack solcher Greuel bekommen).

Allerdings gab es große Unterschiede. Manche Gegenden erlebten einen recht »guten« Krieg, zumindest bis zu den allerletzten Monaten. Böhmen und Mähren erging es unter dem Nationalsozialismus relativ gut; sie wurden bevorzugt wegen ihrer natürlichen und industriellen Ressourcen, ihrer qualifizierten und willigen Arbeitskräfte und wegen ihrer Ähnlichkeit mit den deutschen Nachbarn, was Art und Einstellung (wenn auch nicht die »Rasse«) betraf. Die meisten tschechischen Arbeiter und Bauern wurden von den Deutschen hofiert und konnten mit hohen Löhnen, Vollbeschäf-

tigung, guten Essensrationen usw. rechnen – nur Widerstandskämpfer, Kommunisten und Juden waren hier wie überall ernstlich gefährdet und hatten dauernde Verfolgung, Entbehrung und Deportation zu gewärtigen. Slowaken und Kroaten bekamen endlich ihren eigenen, »unabhängigen« Staat, und mochte auch an dessen Spitze ein Kollaborateur stehen, waren doch viele erfreut über diese Errungenschaft. Deutsche und Österreicher hatten erst gegen Ende des Krieges schwer zu leiden; bis dahin florierte ihre Wirtschaft dank der Materialien und Arbeitskräfte, die aus den besetzten Gebieten abgezogen wurden. Sogar Frankreich, ja gerade Frankreich fuhr gar nicht so schlecht dabei – die meisten französischen Kriegsverluste und die schlimmsten Akte kollektiver Bestrafung kamen erst nach der Landung der Alliierten (weswegen die Franzosen mit gemischten Gefühlen daran zurückdenken). Natürlich war es nicht angenehm, im Zweiten Weltkrieg Jude, Zigeuner oder Pole zu sein, wie man auch nicht sicher war als Serbe (in Kroatien), Russe (bis 1943), Ukrainer oder Deutscher (nach 1943). Aber wenn man etwa im Januar 1944 die Uhr hätte anhalten können, hätte der größte Teil des besetzten Europas wenig Grund zum Klagen gehabt, verglichen mit dem, was kommen sollte.

Man kann es auch so sagen: Der größte Teil des besetzten Europa betrieb entweder Kollaboration mit den Besatzungsmächten (das war die Minderheit) oder akzeptierte resigniert und gleichmütig die Präsenz und die Operationen der deutschen Streitkräfte (das war die Mehrheit). Wäre es anders gewesen, die Nationalsozialisten hätten ihre Hegemonie über den größten Teil des Kontinents schwerlich so lange aufrecht erhalten können: In Norwegen und Frankreich konnten sie sich auf aktive Partner bei der ideologischen Kollaboration verlassen; die baltischen Staaten, die Ukraine, Ungarn, die Slowakei, Kroatien und das flämisch sprechende Belgien nutzten begeistert die Chance, unter wohlwollender deutscher Oberaufsicht alte ethnische und territoriale Rechnungen zu begleichen. Der aktive Widerstand war bis zu den letzten Monaten auf einen begrenzten und in gewisser Weise sich selbst begrenzenden Personenkreis beschränkt: Sozialisten, Kommunisten (nach dem Juni 1941), Nationalisten und Ultramonarchisten sowie jene, die, wie die Juden, angesichts der Natur und Zielsetzung des nationalsozialistischen Projekts wenig zu verlieren hatten. Diese Widerstandskämpfer wurden oft von der lokalen Bevölkerung verachtet, bekämpft und verraten, entweder weil sie die Vergeltung der Deutschen auf sich zogen und damit für Unruhe sorgten oder weil die einheimische ethnische und politische Mehrheit sie fast ebenso sehr verab-scheute, wie die Deutschen es taten, und nicht unglücklich war, wenn sie zusammengetrieben und weggeschafft wurden.

So hinterließ der Krieg ein verderbliches Erbe. In der Stunde der Befreiung versuchte jeder, sich auf die Seite der Sieger zu schlagen – in diesem

Fall waren es die Alliierten und jene, die sich vor dem siegreichen Ende mit ihnen verbündet hatten. Angesichts der Natur dieses Krieges, der gegen Ende in eine ganze Reihe brutaler lokaler Bürgerkriege ausartete, war es für die meisten Europäer eine Angelegenheit von gewisser Dringlichkeit, zum Schluß auf der richtigen Seite zu stehen. Das führte dazu, daß man sich von jedem Menschen absetzte und distanzierte, der zum Feind gehört hatte (innen und außen), und da die Taten dieses Feindes in ihrer Brutalität und Größenordnung beispiellos gewesen waren, herrschte allgemeine Übereinstimmung, daß der Feind bestraft werden müsse. Selbst Leute wie Albert Camus, die daran zweifelten, daß eine korrekte und gerechte Identifikation von »Kriegsverbrechern« überhaupt möglich sei, erkannten doch die emotionale und politische Notwendigkeit eines solchen Säuberungs- und Vergeltungstribunals an. Die Frage war nur: wer und wie?²

An dieser Stelle verlassen wir den Zweiten Weltkrieg und betreten den Mythos dieses Krieges – einen Mythos, dessen Konstruktion schon in Gang kam, bevor der Krieg noch zu Ende war. Jedermann hatte ein Interesse an dieser Angelegenheit, das von der Begleichung privater Rechnungen bis zu dem sich abzeichnenden internationalen Gleichgewicht der Weltmächte reichte. In der Tat waren die Jahre 1945 bis 1948 nicht nur der Zeitraum, in dem Europa geteilt wurde und gleichzeitig die erste Phase seines Wiederaufbaus begann; sie waren auch, und eng damit zusammenhängend, die Periode, in der die Nachkriegserinnerung Europas Gestalt gewann.

Die europäische Nachkriegserfahrung

Wir können an dieser Stelle nur kurz auf die Faktoren eingehen, denen die seit 1948 in Europa kursierenden, offiziellen Versionen der Kriegserfahrung ihr Entstehen verdanken. Der erste Faktor war die allseits anerkannte Behauptung, daß die Schuld für diesen Krieg mit seinen Leiden und Verbrechen bei den Deutschen liege. »Sie« hatten es getan. Diese beruhigende Projektion von Schuld und Tadel entbehrte nicht einer gewissen intuitiven Logik: Ohne die deutschen Besetzungen und Deportationen der Jahre 1938 bis 1945 hätte es schließlich weder Krieg noch Todeslager noch Folgebesetzungen gegeben – und damit keine Veranlassung für die zivilen Konflikte, Denunziationen usw., die 1945 Europa überschatteten. Ferner war die globale Schuldzuweisung an Deutschland einer der wenigen Punkte, auf die alle Seiten, die einzelnen Länder wie die alliierten Mächte, sich leicht verständigen konnten. Die Konzentrationslager, die es auch in Polen, der Tschechoslowakei und sogar in Frankreich gegeben hatte, konnte man darüber leicht außer acht lassen oder der Besatzungsmacht in die Schuhe schieben und so von der Tatsache ablenken, daß viele dieser Lager unter

nichtdeutscher Führung gestanden hatten und (wie in Frankreich) schon vor Beginn der deutschen Besetzung eingerichtet und in Betrieb genommen worden waren.³

Außerdem erlaubte die ausschließliche Konzentration auf Deutschland, gewisse vertrackte Probleme wie den Nachkriegsstatus Österreichs durch Nichtbefassung zu lösen. Seit der Moskauer Deklaration der Vier Nationen (1943) stand Österreich als »erstes Opfer« der nationalsozialistischen Aggression fest, was nicht nur den Österreichern recht war, sondern auch die Vorurteile von Männern wie Churchill bestätigte, für den der Nationalsozialismus die natürliche Konsequenz des preußischen Militarismus und Expansionismus war.⁴ War Österreich schon schuldlos, so bedurfte offenbar auch die besondere Verantwortung anderer Nicht-Deutscher in anderen Ländern keiner genauen Überprüfung. Das war das Verdienst der Nürnberger Prozesse, wo die Schuld der *Deutschen* sich in einer Reihe von Urteilen gegen deutsche *Nationalsozialisten*, und zwar einige *wenige* ausgewählte, niederschlug. Hierauf hatten vor allem die an den Kriegsverbrecherprozessen beteiligten sowjetischen Stellen gedrungen; sie wollten um jeden Preis eine breitere Diskussion über moralische und rechtliche Aspekte dieses Krieges verhindern, um nicht die Aufmerksamkeit auf die Praktiken der Sowjetunion selber zu lenken. Daß die Nürnberger Prozesse eine wichtige exemplarische, Rechtsnormen setzende Funktion hatten, steht außer Frage; aber die selektive Willkür und augenscheinliche Heuchelei, mit der die Alliierten zu Werke gingen, förderte den Zynismus der Nachkriegszeit und beruhigte zugleich das Gewissen vieler Nicht-Deutschen (und Nicht-Nationalsozialisten), gegen deren Handlungen man durchaus ähnliche Anklagen hätte erheben können.

Sodann gab es das Problem der Entnazifizierung. Schon sehr bald nach der Befreiung wurde erkennbar, daß Deutschland (und auch Österreich) bei einer konsequenten und gründlichen Entfernung aller nationalsozialistischen Verantwortungsträger nicht zu einem zivilen Staatsapparat und zur kommunalen Selbstverwaltung zurückfinden würde – auch nicht unter alliierter Aufsicht. Außerdem konnte man in beiden Ländern weder von den Sozialdemokraten noch von den Christdemokraten erwarten, daß sie auf die alten Nazis unter ihren Wählern verzichteten, sobald diese wieder am öffentlichen Leben teilnehmen durften; und so führte die Amnestie, durch welche 1948 in Österreich rund 500 000 einstige Parteigenossen ihre vollen bürgerlichen Ehrenrechte zurückerhielten, zwangsläufig zu einer fast augenblicklichen Amnesie, die es allen Seiten erlaubte, sich darauf zu einigen, daß diese Männer und Frauen sich künftig in nichts von den anderen unterschieden. Auch die restlichen »stärker belasteten« Nazis – immerhin 42 000 – wurden fast alle in den folgenden sieben Jahren begnadigt, da die westlichen Alliierten nicht unnötig Gefahr laufen wollten,

Österreicher und Deutsche durch übertriebenes Herumreiten auf deren Vergangenheit dem westlichen Block zu entfremden. Was 1945 noch völlig unvorstellbar gewesen wäre, war wenige Jahre später Wirklichkeit: Die Identifizierung und Bestrafung aktiver Nationalsozialisten im deutschsprachigen Europa war 1948 praktisch abgeschlossen und Anfang der fünfziger Jahre vergessen.

Die Verknüpfung der Kriegsschuld mit Deutschland und der Deutschen mit dem Nationalsozialismus kam den nichtdeutschen Nationen umso gelegener, als sie Rahmen und Vorwand für die »Endlösung« der Nationalitätenfrage in Kontinentaleuropa lieferte. Trotz Woodrow Wilson und der Versailler Verträge hatten nicht alle jene 60 Millionen Europäer, die 1914 unter »fremdem« Recht standen, nach dem Ersten Weltkrieg ihre Selbstbestimmung erlangt: Es gab noch immer 25 Millionen Menschen, die »in anderer Leute Staat« lebten. Die nationalsozialistischen Besatzer hatten dieses ewige europäische Problem insofern teilweise gelöst, als sie die meisten Juden und einige der kleineren staatenlosen Bevölkerungsgruppen ermordet hatten. Nach dem Krieg ergriffen die befreiten Staaten die Gelegenheit, die Homogenisierung fortzusetzen und ihrerseits die Deutschen zu verjagen. Als Ergebnis der in Potsdam vereinbarten Verschiebung der polnischen Grenzen wurden in den Nachkriegsjahren durch die Vertreibung der Volksdeutschen vom Balkan und die kollektive Bestrafung der Sudetendeutschen rund 15 Millionen Deutsche vertrieben: 7 Millionen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen, 3 Millionen aus der Tschechoslowakei, knapp 2 Millionen aus Polen und der UdSSR und weitere 2,7 Millionen aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn. 2 Millionen starben auf der Flucht oder während der Vertreibung, die übrigen landeten in Westdeutschland (vor allem in Bayern), wo noch 1960 28 Prozent der Beamten im öffentlichen Dienst Vertriebene waren.⁵

Abgesehen von ihrer (erheblichen) innenpolitischen Bedeutung für Nachkriegsdeutschland hatten diese Ereignisse auch weitreichende Folgen für die Staaten, aus denen diese Deutschen kamen. Polen und Ungarn (wie auch Westdeutschland selbst) wurden zu Staaten von nie gekannter ethnischer Homogenität. Andere fühlten sich bemüßigt, die ethnischen Säuberungen fortzusetzen: Vor allem die Tschechen ergriffen die Gelegenheit, Hunderttausende von ethnischen Ungarn aus der Slowakei zu vertreiben oder umzusiedeln (zum Teil mußten sie das frei gewordene Sudetenland besetzen); der liberale Benes hatte nach der Befreiung erklärt, daß Tschechen und Slowaken nicht mit Deutschen und Ungarn unter einem Dach »zu leben wünschen«.⁶ Man sollte glauben, derartige Aktionen und die sie leitenden Gefühle hätten Empörung in Europa ausgelöst; war der Kontinent doch selber erst von dem ähnlich motivierten kollektiven Elend befreit worden, das der Besatzer über Ihn gebracht hatte. Doch weit

gefehlt: Man machte sofort einen klaren Unterschied zwischen der kollektiven Gewalt und Bestrafung, die diese Länder durch deutsche Kriegsverbrecher erlitten hatten, und der ethnisch motivierten Massensäuberung in Gestalt jener Vertreibungen, die von frei gewählten oder soeben befreiten nationalen Stellen angeordnet wurden.

So entstanden zwei Arten von Erinnerung: die Erinnerung an die Dinge, die die Deutschen im Krieg »uns« angetan hatten, und die ganz anders geartete Erinnerung an die (ganz ähnlichen) Dinge, die »wir« den »andern« angetan hatten (unter Ausnutzung einer Situation, die die Deutschen freundlicher-, wenn auch unbeabsichtigterweise geschaffen hatten). Zwei moralische Diskurse, zwei unterschiedliche Argumentationsweisen, zwei verschiedene Vergangenheiten. Unter diesen Umständen ging die störende Erinnerung an die Dinge, die wir *während* des Krieges (das heißt, unter deutschen Auspizien) den anderen angetan hatten, gnädigerweise verloren.

In dieser Situation wurde der Mythos vom »Widerstand« bzw. von der »Résistance« geboren. Wenn es für die Jahre 1939 bis 1945 einen Anknüpfungspunkt für die nationale Erinnerung geben sollte, mußte er das Gegenteil dessen repräsentieren, wofür jetzt die Deutschen standen. Wenn die Deutschen schuldig waren, waren »wir« unschuldig. Wenn Schuld darin bestand, Deutscher zu sein oder für Deutsche und ihre Interessen gearbeitet zu haben – und daß es solche Menschen in jedem besetzten Land an prominenter Stelle gegeben hatte, war kaum zu bestreiten –, dann mußte Unschuld gleichbedeutend sein mit Deutschenfeindlichkeit – nicht erst nach 1945, sondern auch schon vorher. Um unschuldig zu sein, mußte eine Nation also Widerstand geleistet haben, und zwar in ihrer überwältigenden Mehrheit – ein Anspruch, der denn auch in ganz Europa notgedrungen erhoben und pädagogisch befestigt wurde, von Italien bis nach Polen, von den Niederlanden bis nach Rumänien. Natürlich gab es Länder, in denen die historischen Fakten dieser Verdrehung Hohn sprachen – Frankreich, Italien, wo der antifaschistische Widerstand spät kam und auf den Norden des Landes beschränkt blieb, die Niederlande, wo stark übertriebene Berichte von der Rettung abgestürzter britischer Piloten durch heldenhafte Bauern in die nationale Nachkriegsmythologie gingen. In diesen Fällen wurde die Aufmerksamkeit der Nation schon in den ersten Nachkriegsmonaten bewußt abgelenkt: Es gab einige Beispiele und Geschichten, die ständig wiederholt und bis zum Überdruß breitgetreten wurden und denen man in Romanen und Erzählungen, im Rundfunk, in der Presse und vor allem im Kino auf Schritt und Tritt wiederbegegnete.

Mythenbildungen der Nachkriegszeit

Es ist verständlich, daß die einstigen Kollaborateure und alle, die es nur einfach »ausgesessen« hatten, über diese für sie günstige Beschönigung der Kriegszeit nicht unglücklich waren. Aber warum haben die wirklichen Widerstandskämpfer, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit doch meistens auch an den Schalthebeln der Macht saßen, diese Retuschierung der Vergangenheit geduldet? Die Antwort ist eine zweifache. Zum einen kam es darauf an, in Ländern, in denen Autorität, Vertrauen, öffentlicher Anstand, ja die elementarsten Voraussetzungen zivilen Verhaltens von einer totalitären Regierung und einem totalen Krieg zerstört worden waren, der Bürgergesellschaft wieder einen minimalen Zusammenhalt zu geben und die Autorität und Legitimität des Staates wiederherzustellen. De Gaulle in Frankreich, de Gasperi in Italien, sowie die verschiedenen kommunistisch geführten Volksfrontregierungen in Osteuropa hielten es darum für nötig, ihren Bürgern zu erklären, daß ihre Leiden das Werk der Deutschen und einer Handvoll verräterischer Kollaborateure gewesen seien, daß sie heldenhaft gelitten und gekämpft hätten und daß es jetzt, da der Krieg zu Ende und die Schuldigen ihrer gerechten Bestrafung zugeführt worden seien, ihre Pflicht sei, die Aufgaben der Nachkriegszeit anzupacken, Vertrauen zur verfassungsmäßigen Regierung zu haben und einen Schlußstrich unter den Krieg zu ziehen. Die einheimischen Widerstandsbewegungen sahen keine andere Möglichkeit, als diesem Kurs zuzustimmen, den Plan einer radikalen innenpolitischen Erneuerung fallenzulassen und ebenfalls dem Bemühen um Stabilität Vorrang einzuräumen, auch wenn das, wie im Falle Italiens, bedeutete, die Römischen Protokolle vom November 1944 mitzuunterzeichnen, die praktisch die Fortdauer des faschistischen Staatsapparates nach dem Kriege garantierten.⁷

Zweitens hatten die Kommunisten, deren Agenda sich natürlich deutlich von denen ihrer Verbündeten im Widerstand unterschied, ihre ganz eigenen Gründe, das Verhalten ihrer Mitbürger im Krieg im heroischen Sinne umzuschreiben. Im Westen konnten sie hoffen, aus ihrem Verhalten im Krieg den Anspruch abzuleiten, in der Stunde der Not für die ganze Nation gesprochen zu haben, und vielleicht darauf pochen, noch immer für sie zu sprechen. Aus diesem Grunde trugen weder der *Parti Communiste Français* (PCF) noch der *Partito Comunista Italiano* (PCI) Bedenken, den antifaschistischen Widerstand der französischen bzw. italienischen Massen zu übertreiben, solange sie nur selbst von dieser Illusion an der Wahlurne und in der nationalen Erinnerung profitierten. So paßte es durchaus ins paradoxe Bild, daß ausgerechnet Togliatti, der italienische Kommunistenführer, den Entwurf zur Amnestie von 1946 verfaßte, die die kursorischen und selektiven antifaschistischen Säuberungen im Nachkriegsitalien beendete.

Im Osten, wo der Kommunismus überall mit Ausnahme der Sonderfälle Jugoslawien und Albanien nicht dank der heldenhaften Bemühungen des lokalen Widerstands, sondern im Marschgepäck der Roten Armee ins Land gekommen war, hatten die Kommunisten ein Interesse daran, den aufsässigen lokalen Bevölkerungen mit jenen suggestiven Legenden zu schmeicheln, die jetzt von der UdSSR über sie lanciert wurden: daß nämlich Mittel- und Osteuropa das unschuldige Opfer eines deutschen Überfalls geworden sei, keine Mitschuld an seinem Untergang und an den auf seinem Territorium verübten Verbrechen trage und gleichberechtigter Partner beim Werk der Befreiung unter Führung der sowjetischen Soldaten draußen und der kommunistischen Partisanen daheim gewesen sei. Diese Darstellung, die vierzig Jahre lang die Geschichtsbücher der »Volksdemokratien« beherrscht hatte, war nun allerdings noch weniger überzeugend als der Schwindel, den man in Paris und Rom erzählte, und die wenigsten Menschen in Mittel- und Osteuropa glaubten an sie, selbst jene nicht, die starke Motive dafür hatten. Aber da niemand ein Interesse hatte, diese Version zu bestreiten – und zwei Jahre später war es zum Bestreiten schon zu spät –, schlug sie eben Wurzeln.

Zudem bot die von den Kommunisten in Osteuropa propagierte Identifizierung und Bestrafung jener wenigen »Verräter«, die die ansonsten heroische einheimische Bevölkerung an die Besatzer ausgeliefert hatten, die Gelegenheit zur Aburteilung, Inhaftierung oder Liquidierung von Leuten, die den Kommunisten auf dem Weg zur Macht hinderlich sein konnten. So entstanden im Januar 1945 in Ungarn »Volksgerichte« zur Aburteilung von Kriegsverbrechern. Zunächst war an der Integrität dieser Gerichte nichts auszusetzen, doch später wurden ihnen auch die Tatbestände der »Sabotage« und der »Verschwörung« zur Aburteilung zugewiesen, was schlimme Folgen hatte; Ähnliches geschah in Rumänien und vor allem in Bulgarien, wo die Vaterländische Front mit Tausenden wirklicher oder vermeintlicher politischer Rivalen Nachkriegsrechnungen beglich; zwischen prodeutschen, prowestlichen und antikommunistischen Hinrichtungskandidaten machte man dabei keinen Unterschied – alles im Namen der Nation und ihrer Leiden im Krieg. Unterdessen hatte man überall mit dem Bau von Erinnerungsstätten begonnen, die alle dieselbe pädagogische Botschaft vermittelten: Der Zweite Weltkrieg war ein »antifaschistischer« Krieg gewesen, in dem nationalsozialistische Deutsche kapitalistische und imperialistische Ziele verfolgt hatten und von einem nicht weiter differenzierten »Volk« bekämpft worden waren, dessen Territorium sie besetzt hielten. Greuelthaten waren immer von »Faschisten« (ausländischen wie einheimischen) gegen die lokale Bevölkerung begangen worden; *nie-mals* wurde erwähnt, was nationale, ethnische oder religiöse Minderheiten erlitten hatten, sei es durch Russen (natürlich ein Tabu), sei es durch die

einheimische Bevölkerung oder auch die Deutschen selbst. Reinsten Ausdruck fand diese Haltung in der offiziellen Version über die Kriegszeit und den Nachkriegscharakter Ost-Deutschlands, eines Arbeiter- und Bauern-Staates, der bisher durch eine Handvoll nationalsozialistischer Kapitalisten aus dem Westen unterdrückt und jetzt befreit worden war.

So kam es, daß nach der Befreiung im Osten ebenso wie im Westen das Projekt der gerechten Bestrafung und Säuberung von Verbrechern und Kollaborateuren unvollendet blieb. Das Problem war natürlich in sich kompliziert und paradox: Wie bestraft man Zehntausende oder gar Millionen von Menschen für Handlungen, die von den Inhabern der Macht gebilligt, legalisiert und sogar ermutigt worden waren? (So hatte zum Beispiel Vichy-Frankreich das Erbe eines verfassungsmäßig gewählten Parlaments angetreten.) Andererseits: Mit welchem Recht kann man Taten ungesühnt lassen, die offenkundig kriminell waren, noch bevor sie unter das Verdikt der »Justiz der Sieger« fielen? Wie entscheidet man, wer wofür bestraft wird? Wer entscheidet? Wann genau hat die Säuberung den Punkt erreicht, wo sie zwar elementaren Gerechtigkeits- und Rachebedürfnissen entspricht, aber noch nicht polarisierend wirkt und ein ohnedies schon lädiertes soziales Geflecht zusätzlich beschädigt? Was ich sagen will, ist dies: Auch bei wohlwollendster Bewertung dieser Fragen war die Antwort der Nachkriegszeit auf sie von tragischer Unzulänglichkeit.⁸

Die meisten Akte von Vergeltung ereigneten sich *vor* der Befreiung der fraglichen Länder oder genau *während* der Befreiung, als der deutsche Machtapparat zusammenbrach und eine neue Autorität erst installiert werden mußte. Von den annähernd 10 000 summarischen Hinrichtungen in der Übergangszeit zwischen der Vichy-Regierung und der Vierten Republik wurden etwa 30 Prozent vor der Landung der Alliierten in der Normandie (»D-Day«) vorgenommen und weitere 50 Prozent während der Kämpfe der folgenden Wochen. Ähnlich war es in Italien, wo die meisten der wegen faschistischer Betätigung oder Kollaboration erschossenen Personen vor oder in den Wochen der endgültigen Befreiung exekutiert wurden. Mit anderen Worten: die meisten der schweren »Strafen« für Taten während des Krieges wurden verhängt und vollzogen, bevor formelle oder offizielle Tribunale errichtet worden waren und zur Rechtsfindung Gelegenheit hatten.⁹ Dasselbe gilt für Osteuropa (einschließlich Jugoslawiens), wo ein parteiliches Begleichen alter Rechnungen die herrschende Form der halboffiziellen Vergeltung für Kollaboration und Kriegsverbrechen war.¹⁰

So waren mindestens zwei der Funktionen einer vergeltenden Rechtsprechung – die Umsetzung des Bedürfnisses nach Gerechtigkeit und die Kanalisierung privater Gewalt – kooptiert worden und im wesentlichen zur Anwendung gekommen, bevor legitime Nachkriegsinstitutionen ge-

schaffen wurden. Was blieb zu tun? Die öffentliche Sicherheit mußte wiederhergestellt werden, um die neuen politischen Institutionen zu schützen; es bedurfte symbolischer Akte der Justiz zur Legitimierung der neuen Autoritäten sowie öffentlicher Worte und Taten, um die Nation moralisch zu erneuern. Von der Entnazifizierung war bereits die Rede. Aber selbst mit Schwerverbrechern verfuhr man halbherzig. Die Fälle Österreich und Frankreich sind exemplarisch (in Osteuropa lagen die Dinge durch den bereits geschilderten Mißbrauch der Gerichtsverfahren anders). In Österreich wurde gegen 130 000 Personen wegen Kriegsverbrechen ermittelt; gegen 23 000 von ihnen wurde Anklage erhoben; 13 600 wurden für schuldig befunden, 43 zum Tode verurteilt (etwa so viele wie in Dänemark), 30 dann tatsächlich hingerichtet. In Frankreich wurden 791 Todesurteile vollstreckt – von 2 640, die die Gerichte ausgesprochen hatten. Noch aufschlußreicher waren die Gesamtzahlen: Während in Norwegen, Belgien und den Niederlanden die Zahl der wegen Kollaboration verurteilten Personen zwischen 40 und 64 pro 10 000 Einwohner schwankte, waren es in Frankreich 12 auf 10 000 Einwohner.¹¹

In Österreich und in Frankreich sah man es also offenkundig als vordringlich an, die Zahl der verurteilten Personen auf ein Mindestmaß zu begrenzen, diesen wenigen »Auserwählten« die symbolische und repräsentative Funktion des Verbrechers und Verräters zuzuweisen und im übrigen das soziale Geflecht nicht anzutasten oder, wo dies nicht möglich war, den Schaden sobald wie möglich durch ein gnädiges kollektives Wegsehen zu beheben.¹² Es sei auch erwähnt, daß in vielen Ländern die Menschen, die schließlich bestraft wurden, eher aufgrund der Ungeheuerlichkeit ihrer Funktionen oder ihrer Vorkriegsprominenz vor Gericht gestellt wurden als wegen des Ausmaßes und der Tragweite ihres Handelns. Dieses Auswahlkriterium blieb nicht unbemerkt und erklärt zum Teil die Skepsis der Öffentlichkeit in der damaligen Zeit.¹³

In Italien war die Sache noch komplizierter, weil man nicht nur mit Krieg und Besetzung, sondern auch mit zwanzig Jahren einheimischem Faschismus zu Rande kommen mußte (aber nicht konnte); hier waren die Säuberungen, die dem anfänglichen Aderlaß der Befreiung folgten, von geradezu zynischer Unzulänglichkeit. Da die Mitgliedschaft in der faschistischen Partei für italienische Beamte Pflicht gewesen war, war eine gründliche und konsequente Säuberung der Regierung und Verwaltung schlechterdings nicht möglich. Statt dessen tat man gar nichts. Noch 1960 waren 62 der 64 Präfekten der Republik ehemalige faschistische Funktionäre; dasselbe galt für *sämtliche* 135 Polizeichefs! Freilich ist nicht sicher, ob unter den schwierigen Verhältnissen der Jahre 1945/47 in Italien, Frankreich und Österreich überhaupt etwas anderes möglich gewesen wäre.¹⁴ Sicher ist jedoch, was diese unklaren Transaktionen bewirkten:

Dem größten Teil der Bevölkerung und vor allem denjenigen, deren Verhalten in der Kriegszeit ambivalent gewesen war, fiel es angesichts dieser offensichtlich willkürlichen und im Grunde gnädigen Justiz nur umso leichter, die Umstände und Taten, die die Zeit des Faschismus und der Besetzung gekennzeichnet hatten, zu vergessen und vergessen zu machen.

Der letzte Punkt, der im Zusammenhang mit den Nachkriegsjahren Erwähnung verdient, betrifft die internationale Arena. Mit Ausnahme von erzwungenen Vereinbarungen mit einigen kleineren Kriegsgegnern, die 1946 in Paris unterzeichnet wurden, beendeten die Alliierten das Nachkriegsverhältnis zu keinem der früheren Feindstaaten mit einem abschließenden Friedensvertrag. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war der Zweite Weltkrieg von einer Serie immer kontroverserer und unproduktiver Außenministertreffen gekennzeichnet, die 1947 und 1948 in den Konferenzen von Paris, Moskau und London gipfelte, wo die Zusammenarbeit der Alliierten endete und der Kalte Krieg begann. Hauptstreitpunkt war natürlich die Teilung Deutschlands; demnach bedeutete die formelle Gründung der Bundesrepublik Deutschland und ihres östlichen Doppelgängers 1949 praktisch das Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit. Gleichwohl warteten die westlichen Alliierten noch bis zum Juli 1951, bevor sie den »Kriegszustand« mit Deutschland für beendet erklärten. Das Fehlen jeglichen Friedensvertrages nach der Art, wie er traditionellerweise nach allen großen europäischen Konflikten unterzeichnet wurde, war aus folgendem Grund bedeutsam: Der Zweite Weltkrieg verlor seine ursprüngliche und spezielle Bedeutung als Kampf zwischen Deutschland und den Alliierten und wurde statt dessen zum blutigen Vorspiel neuer Arrangements und Konfrontationen – eine Situation, die andere Konfigurationen erzeugte und dadurch die ohnehin schon unscharfe Erinnerung an den Krieg selbst weiter trübte.

Hatten die Westeuropäer in der Nachkriegszeit die gesamte Verantwortung für den Krieg Deutschland zugeschoben, so sahen sie sich jetzt nach kurzer Zeit genötigt, Deutschland – oder einen Teil davon – als Verbündeten in einem Kampf zu sehen, dessen Sinn nicht mehr ohne weiteres auf den vergangenen Krieg zu beziehen war. In Osteuropa wurde ein Krieg der nationalen Befreiung von den Deutschen in den Auftakt und Ausgangspunkt einer innenpolitischen Revolution umgedeutet, was den Menschen dieser Regionen ein Verständnis der Kriegsjahre aufzwang, welches keinen Sinn ergab und erst durch einen Akt der freiwilligen Amnesie nachvollziehbar wurde. Es war unumgänglich, alles zu vergessen, was man bisher nicht nur über Deutsche, Russen und Amerikaner, sondern auch über seine Nachbarn, seine Freunde und sich selbst gewußt hatte. Ein Friedensvertrag hätte an dieser Entwicklung natürlich wenig oder gar nichts geändert. Aber er hätte den Zweiten Weltkrieg beendet und ihm historisch und in der

Erinnerung einen festen Rahmen geben. Statt dessen verschoben die Europäer (die Regierungen wie die Bevölkerung) jedes kollektive Bemühen darum, den Krieg in der Erinnerung zu bewältigen. Als der Friedensvertrag ausblieb, ließ man die Frage einfach ungelöst auf sich beruhen – begraben, vernachlässigt und selektiv vergessen.

Bis hierher habe ich die Erfahrung Osteuropas und Westeuropas als *eine* behandelt. Trotz der offenkundigen Unterschiede in ihrer Kriegs- und Nachkriegsgeschichte hatten die beiden Hälften Europas in den uns hier interessierenden Belangen vieles gemeinsam. Aber von 1948 an divergierten ihre jeweiligen Geschichten auf eine Weise, die für das Thema »Erinnerung und nationale Mythologie« unmittelbar einschlägig ist. Erst später, im Zuge der Rückbesinnung und des Erwachens, konvergieren die Wege wieder. Mit 1948 verabschiedeten die westlichen Nationen Europas die unmittelbare Vergangenheit und brachen auf in das »Abenteuer Europa«, das seitdem ihre nationalen Energien und Aussichten zumindest offiziell gebunden hat. (Eine Ausnahme bildet Großbritannien, für das die Geschichte deutlich später beginnt – nicht zuletzt deshalb, weil man hier das Glück gehabt hat, jene Erfahrungen nicht machen zu müssen, die die Kontinentaleuropäer so schnell vergessen wollten.) Im Zuge dieses neuentdeckten »Europäertums« richteten sich die Westeuropäer 25 Jahre lang in einer bequemen »kollektiven Amnesie« (Enzensberger) ein und bauten ihre Hälfte des Kontinents auf einer Reihe von »Gründungsmythen« auf.¹⁵

Diese Mythen waren im wesentlichen die Umkehrung der oben bezeichneten Kriegs- und Nachkriegsgeschichte. Sie setzten die allgemeine Zustimmung zu der Behauptung voraus, der Nationalsozialismus sei ein rein deutsches Phänomen gewesen, Westdeutschland sei wirksam entnazifiziert worden und diejenigen, die Strafe verdient hätten, seien – bis auf einzelne notorische Ausnahmen – auch bestraft worden. In Frankreich behandelte man das Vichy-Zwischenspiel als eine Verirrung der nationalen Geschichte, ausgelöst durch die Umstände des Krieges und der Besatzung und einem widerstrebenden Land durch die verräterischen Umtriebe einer Minderheit aufgedrängt. In Italien blieb die Erfahrung mit dem Faschismus aus der öffentlichen Diskussion weithin ausgespart, was mit einer doppelten Mythisierung korrespondierte: daß Mussolini ein Schwachkopf gewesen sei, den eine brutale und nicht repräsentative Clique an der Macht gehalten hätte, und daß die Nation von ihren faschistischen Makeln gereinigt worden sei und an der eigenen Befreiung tatkräftig und begeistert mitgewirkt habe. Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Belgien galten aufgrund ihrer Erfahrung in der Kriegszeit uneingeschränkt als Opfer, und die tatkräftige und enthusiastische Kollaboration mancher Flamen und Holländer fiel unter den Tisch. Österreich, das mit dem Staatsvertrag von 1955 seine volle Unabhängigkeit zurückerhalten hatte,

gelang es, den Alliierten eine Vereinbarung abzugewinnen, die das Land von jeder Verantwortung für die Jahre unter nationalsozialistischer Herrschaft freisprach und damit die Bürger jeder etwa noch empfundenen Notwendigkeit enthob, über diese Jahre und die Begeisterung *aller* Seiten (auch vieler Sozialdemokraten) für die Idee (wenn nicht die Realität) des Anschlusses nachzudenken.¹⁶ Auch Schweden und die Schweiz partizipierten an dieser »Ära des guten Gewissens«, der deutsch-französischen Versöhnungen und Wirtschaftswunder; getilgt war selbst die blasseste Erinnerung an Schwedens Kriegshandel mit Deutschland und an die hartnäckige Praxis der Schweiz, zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen zu unterscheiden und erstere bei jedem versuchten Grenzübertritt an die Nazis auszuliefern.¹⁷

Heute fällt es nicht mehr leicht, sich an dieses Europa zu erinnern, das von der Zeit des Marshall-Plans bis zum Anfang der siebziger Jahre existierte: Es ist selbst ebenfalls ein anderes Land. In ihm wurden Produktivität, Modernität, Jugend, wirtschaftliche Integration und innenpolitische Stabilität zur Obsession. Bezeichnenderweise war es größtenteils das Werk von Politikern, die aus einem Grenzgebiet ihres jeweiligen Staates stammten – Schuman, de Gasperi, Adenauer – und ihre Landsleute aufriefen, über ihr traditionelles nationales und lokales Koordinatensystem hinauszudenken.¹⁸ Während die Akkumulierung und relativ radikale Umverteilung von Wohlstand und Dienstleistungen nationale Traumata und unglückliche Erinnerungen verdrängte, wurde der Europagedanke als Ersatz für jene nationalen Identifikationen wieder hervorgeholt, die in der Vergangenheit so tiefe Verwundungen verursacht hatten. Ich sage »hervorgeholt«, weil der Begriff des »vereinten Europa« nicht neu war. Die Formulierung »États-Unis d'Europe« findet sich schon im Februar 1848 in der Pariser Zeitschrift *Le Moniteur*. Die Vorstellung von einer europäischen Identität hatte in der Zwischenkriegszeit und während des Krieges in gewissen Kreisen kursiert. Das Problem war nur, daß es die Rechten, zumal die faschistischen Rechten waren, die damals stark mit diesem Gedanken geliebäugelt hatten; sie stellten eine neue gesamteuropäische Ordnung gegen die anarchischen und krisengeschüttelten Demokratien der liberalen Ära und verstanden dieses neue Europa als Bollwerk sowohl gegen die imperialistische Herausforderung der »angelsächsisch-jüdischen Plutokratien«, die den Kontinent vom Westen her bedrohten, als auch gegen die »jüdisch-kommunistisch-slawische« Gefahr aus dem Osten. Daher mußte nach 1945 auch »Europa« neu erfunden werden, wobei es von der Absage an die Vergangenheit profitierte und seine Glaubwürdigkeit auf die Lossagung von seinen provinziellen, defensiven und exklusiven Wurzeln stützen mußte.

Die Entwirrung der Geschichten

Die Rache der Geschichte hat lange auf sich warten lassen und bleibt partiell. Jahrelang kam der Geschichtsunterricht in Westdeutschland nicht über Bismarck hinaus, und die französische Regierung verwahrte sich bekanntlich mehr als ein Jahrzehnt lang dagegen, daß Marcel Ophüls' Film *Le Chagrin et la Pitié* im staatlichen Fernsehen gezeigt wurde. Doch begann in Frankreich wie in Deutschland eine neue Generation, unbequeme Fragen zu stellen – in Deutschland speziell veranlaßt durch die Prozesse gegen KZ-Aufseher in den Jahren 1963 bis 1965. Diese Prozesse sowie das Verfahren gegen Adolf Eichmann in Jerusalem veranlaßten in Frankreich am 26. Dezember 1964 die Verabschiedung eines Gesetzes, wonach Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren.¹⁹ Trotz solcher Anzeichen für die zunehmende Beschäftigung mit den Verbrechen, die in Frankreich unter den Auspizien der deutschen Besatzer begangen worden waren, blieb die Untersuchung der unbequemen Fragen häufig ausländischen Forschern überlassen; das »Vichy-Syndrom«, das Henry Rousso (Jahrgang 1954) so trefflich beschrieben hat und das für ähnliche historische Mystifikationen in anderen Ländern Europas stehen kann, ist erst in den letzten Jahren wirklich entwirrt worden.²⁰

Diese Entwirrung hat verschiedenartige Formen angenommen. In Frankreich und in geringerem Umfang in den Niederlanden und in Belgien war sie das Werk einer von der Öffentlichkeit relativ unbeachteten Historikerzunft, deren Schlußfolgerungen und Beweise immer erst dann Aufmerksamkeit erregten, wenn besonders krasse Fälle in die Schlagzeilen gerieten – die bekanntesten in Frankreich waren die von René Bousquet, Maurice Papon und Paul Touvier.²¹ Der Historikerstreit in Deutschland enthüllte kein neues Material über den Nationalsozialismus (aus den genannten Gründen waren die Sünden der Deutschen ausgiebig publik gemacht worden), aber er eröffnete die Diskussion um die Stellung des Nationalsozialismus im Kontext anderer zeitgenössischer Staatsverbrechen, namentlich jener der Sowjetunion unter Stalin.²² In Österreich bedurfte es der Kandidatur und Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten, um die Nation (oder Teile von ihr) aus ihrer historischen Selbstzufriedenheit aufzurütteln und mit der verbreiteten Meinung aufzuräumen, 1945 sei das »Jahr Null« der österreichischen Geschichte gewesen und alles vorher Geschehene sei folgenlos geblieben.²³

Gemeinsamer Nenner aller dieser Enthüllungen und Diskussionen war die Frage nach dem Ausmaß, in dem das demokratische Westeuropa auf öffentlicher und individueller Verdrängung errichtet worden war. Ältere Europäer klammern sich nach wie vor an die alternative Vergangenheit – Meinungsumfragen in Frankreich ergaben, daß die Mehrheit der Menschen über fünfzig es am liebsten sähe, wenn das Thema verschwände, und

es kaum erwarten kann, bis Menschen wie Touvier zusammen mit ihren Verbrechen begraben werden. Sie können nicht sehen, welchen Nutzen es haben soll, die Greuel der Vichy-Zeit wieder aufzurollen, auch wenn sie persönlich keine Schuld daran treffen kann. In Österreich hat der Komplex Waldheim die Kluft zwischen den Generationen vertieft: In einer Umfrage vom März 1988 hielten sich bei der Frage, ob Österreich Opfer oder Mittäter des Anschlusses gewesen sei, bei den Personen unter dreißig die Meinungen pro und contra die Waage; bei den Personen über fünfzig hingegen optierten mehr als doppelt so viele für den Opfer- wie für den Mittäterstatus.

Zur Neubewertung der Vergangenheit hat ferner der stetige Niedergang des Kommunismus beigetragen. Nachdem die französischen und die italienischen Kommunisten die Macht über ihre Wähler verloren hatten und die politische Phantasie ihrer Länder nicht mehr beflügelten, wurde es leichter, unbequeme Fragen über die Rolle der Kommunisten im antifaschistischen Widerstand und deren wahre Dimension zu stellen. Heute, wo jeder auf diesen Zug aufgesprungen ist und sich die kritische Widerstandsforschung als neue Forschungsdisziplin etabliert hat, ist es manchmal schwer, sich daran zu erinnern, daß noch bis vor kurzem leidenschaftslose analytische Studien von Historikern wie Claudio Pavone oder Henry Rousso nicht denkbar – und in gewissen Kreisen nicht publizierbar – gewesen wären. Und die Tatsache, daß erst der Niedergang der antifaschistischen Linken das ganze Ausmaß von Faschismus und Kollaboration im eigenen Lande erkennbar werden ließ, entbehrt nicht der Ironie. Doch liegt hierin auch eine gewisse Logik: Nur die wenigsten Menschen in Frankreich wollten zugeben, daß es zwischen Vichy und der vorangegangenen bzw. der darauffolgenden Republik Elemente der Kontinuität gegeben hatte; denn dies hätte zum einen die Entwertung des »Bruches« von 1945 impliziert und zum anderen eine augenscheinliche »Normalisierung« und Relativierung der Vichy-Jahre bedeutet.²⁴ Ähnliche Zwänge behinderten das Aufspüren von Kontinuitäten in der modernen italienischen Geschichte, ganz zu schweigen von Studien zur wahren Stellung Mussolinis in der italienischen Phantasie, wie sie jüngst Luisa Passerini vorgelegt hat.²⁵

Da diese besorgte und beunruhigende Neuverhandlung der Geschichte sich zu einem guten Teil nicht an die Fachwelt, sondern an die Öffentlichkeit richtet (von den erwähnten Debatten haben nur wenige unsere Kenntnis der vergangenen Ereignisse wesentlich erweitert, wie ja auch der entscheidende Denkanstoß, der vom *Archipel Gulag* ausging, nicht auf dem Informationswert des Buches beruhte, der minimal war), hat sie ihre stärkste Wirkung nur in den unmittelbar betroffenen Ländern. Das Interesse des Auslandes, zumal der Engländer und Amerikaner, blieb sporadisch, selektiv und vielleicht eine Spur schadenfroh. Aber auch in Frankreich,

Italien und Westdeutschland war die Wirkung der schon halb verdaut geglaubten, aber nun wieder aufstoßenden und zu neuer Anerkennung gelangenden Vergangenheit auf Politiker und Journalisten, die sich im Grunde genommen für andere Dinge interessierten, verschwindend gering, verglichen mit den dramatischen Implikationen der Wiedergewinnung der Erinnerung in Mittel- und Osteuropa.

War das Problem in Westeuropa die Kürze der Erinnerung, so liegen die Dinge in der anderen Hälfte des Kontinents genau entgegengesetzt. Hier gibt es zu viel Erinnerung, zu viele Vergangenheiten, auf die man zurückgreifen kann – zumeist als Waffe gegen die Vergangenheit eines anderen. Beschränkte das westeuropäische Dilemma sich auf die unglücklicher Erinnerungen in den Jahren der Besatzung (1940-1944/45), so haben die Osteuropäer eine Vielzahl analoger Referenzpunkte: 1918-1921, 1938, 1939, 1941, 1944, 1945-1948, 1956, 1968 und jetzt 1989. Jeder dieser Momente bedeutet für die jeweilige Nation oder ethnische Gruppe sowie für verschiedene Generationen innerhalb dieser Gruppen etwas anderes, und fast immer etwas Strittiges und Tragisches. Für Osteuropäer ist die Vergangenheit nicht einfach ein anderes Land, sondern ein ganzer Archipel von verwundbaren historischen Territorien, die es vor den Attacken und Verdrehungen durch Bewohner der benachbarten Erinnerunginsel zu schützen gilt. Dieses Dilemma ist um so grausamer, als der Feind fast immer im Inneren steht: Die meisten der genannten Daten beziehen sich auf einen historischen Augenblick, in dem der eine Teil der Gemeinschaft (definiert durch Klasse, Religion oder Nationalität) sich das Pech des anderen zunutze machte, um zu Land, Besitz oder Macht zu kommen. Es sind also Erinnerungen an Bürgerkriege, und in einem Bürgerkrieg ist der Feind auch dann noch da, wenn die Kämpfe vorbei sind – sofern nicht eine äußere Macht so freundlich war, mit einer »Endlösung« nachzuhelfen.

Der Kommunismus schien all dem ein Ende zu bereiten. Die Sowjetmacht requirierte die nationalen Mythen für ihre eigenen Zwecke, verbot jeden Bezug auf unbequeme oder konfliktreiche Momente mit Ausnahme derer, die nachträglich ihr eigenes Auftreten vorwegnahmen, und zwang der östlichen Hälfte Europas eine neue »Brüderlichkeit« auf. Aber sie schaffte die Vergangenheit nicht einfach ab; sie erfand sie neu. Wir haben schon gesehen, wie und warum in kommunistisch regierten Ländern der Mythos vom antifaschistischen Widerstand eine derartige Inflation erlebte. Die Kommunisten spielten auch geschickt den revolutionären Charakter der nationalsozialistischen Besetzung herunter – die Tatsache, daß die soziale Revolution in Osteuropa, die nach 1947 unter sowjetischer Ägide vollendet wurde, in Wahrheit bereits unter den Deutschen begonnen hatte, die die alten Eliten hinwegfegten, einen wesentlichen Teil des (jüdischen) städtischen Bürgertums enteigneten und das Vertrauen in den Rechtsstaat

radikal unterminierten. Aber die historische Realität, daß die eigentliche revolutionäre Zäsur in der modernen osteuropäischen Geschichte nicht 1945, sondern 1939 kam, konnte man nicht zugeben. Die Kontinuitäten zwischen der nationalsozialistischen und der sowjetischen Herrschaft wurden zwangsläufig geleugnet, und an ihre Stelle rückte der Mythos von der revolutionären *Nachkriegs*-Veränderung.

Überall, von Bulgarien bis Polen, verlief dieser Prozeß ähnlich. In Ostdeutschland entwarf man eine nationale Sondergeschichte, deren Akzentsetzungen mit den Vorgaben der sowjetischen Außenpolitik variierten und deren Auswirkung auf die Bevölkerung verheerend war. Nach einer zunächst aggressiv betriebenen Entnazifizierung stellten die Kommunisten ihre Strategie um und verkündeten den Ostdeutschen, daß ihre eigene Geschichte unbefleckt sei. Unterdessen hatte eine nicht geringe Zahl kleinerer Nazi-Chargen ihre Karriere in Polizei und Bürokratie innerhalb des neuen Regimes fortgesetzt. Die Ostdeutschen, die ihre wahre Vergangenheit natürlich nur zu gut kannten und die brutale Rache der Russen erlebt hatten, sollten sich nun zurücklehnen und mit offiziell befohlener Billigung zusehen, wie vor ihren Augen die wesentlichen Charakteristika des nationalsozialistischen Staatsapparates aus den Ruinen auferstanden. Heute sind die Konsequenzen dessen, was Peter Schneider die »doppelte Zombifizierung« Ostdeutschlands genannt hat, für jedermann sichtbar.²⁶

Das Schweigen, das sich über Osteuropa legte, blieb vierzig Jahre lang ungebrochen. Weder die Aufstände von 1956 noch die Reformen von 1968 ließen diese zu Eis gefrorene Vergangenheit aufspringen; im Gegenteil, die Erinnerung an diese Ereignisse sowie der Umstand, daß man sich nur lügenhaft zu ihr verhalten konnte, vermehrte die Schichten öffentlicher Mythologisierung um eine weitere. Privat verachteten natürlich viele Menschen die offizielle Version der Vergangenheit; aber da sie nur ihre persönliche oder gruppeninterne Erinnerung an deren Stelle setzen und an ihre Kinder weitergeben konnten, trugen sie unbeabsichtigt zu jener doppelten Krise der Geschichte bei, die heute Osteuropa heimsucht. Auf der einen Seite ist jeder soziale, kulturelle und sogar persönliche Austausch vergiftet von Mißtrauen und Zynismus, so daß die Rekonstruktion einer Bürgergesellschaft, geschweige denn einer zivilen Erinnerung, sehr, sehr schwierig ist. Auf der anderen Seite gibt es eine Fülle von Erinnerungen und historischer Mythen, die sich jeweils einfach schon deshalb für legitim halten, weil sie privat und nicht offiziell sind. Wo diese privaten oder tribalen Versionen aufeinanderstoßen, erzeugen sie machtvolle Gegengeschichten, die einander wechselseitig ausschließen und polarisierend wirken.

Fehlerinnerungen in der neuen europäischen Ordnung

In der gegenwärtigen Situation gibt es einige chronisch ineinander verwickelte Themen, die das Bild der osteuropäischen Vergangenheit neuerlich gestalten und zusätzlich verzerren.

Kommunismus

Das erste Thema betrifft die Schuldgefühle in bezug auf die kommunistische Ära selbst. Mögen die Menschen auch noch so oft beteuern, daß der Kommunismus etwas war, was »uns« von »ihnen« angetan wurde: Tatsache bleibt, daß nur sehr wenige Menschen sich gegen die kommunistische Macht stellen konnten oder wollten (in manchen Ländern, namentlich in der Tschechoslowakei, wurde er zunächst sogar im Rahmen freier Wahlen von einer starken Minderheit der Wähler begrüßt). Es lag in der Natur des »real existierenden Sozialismus« in Osteuropa begründet, daß er die Menschen zu den beschämendsten und korruptesten Formen der Kollaboration zwang, wenn ihr tägliches Leben einigermaßen erträglich sein sollte. Und die meisten Menschen wurden früher oder später zu Kollaborateuren: Intellektuelle, Priester, Eltern, Manager, Käufer, Arbeiter, Ärzte usw. Wenn die Menschen heute eine gewisse Scham darüber empfinden, im Kommunismus und unter dem Kommunismus gelebt zu haben, dann nicht um irgendwelcher wirklichen oder vermeintlichen Verbrechen willen, sondern wegen der tagtäglichen Lügen und der ewigen kleinen Kompromisse. Bis zum Auftreten von *Solidarnosc* änderte sich an diesem Muster nichts, und sogar das gleichmäßig heroische Bild vom polnischen Widerstand in den achtziger Jahren ist mythologisch nicht ganz uneigennützig. In der Tschechoslowakei mit ihren 15 Millionen Einwohnern unterzeichneten nur 1 864 Personen die Charta 77. Noch im Juni 1989, als der Repressionsapparat weitgehend gelockert und die Ära Gorbatschow schon weit fortgeschritten war, unterzeichneten nur 39 000 die »Wenigen Sätze«, das erste Manifest des späteren Bürgerforums.²⁷

Dieses Gefühl, daß ganze Nationen Mitwisser eines kleinen, schmutzigen Geheimnisses sind, erklärt den Umstand, daß heute in Ostdeutschland, in der Tschechoslowakei und in geringerem Umfang auch in anderen Ländern Vergeltung, Säuberung und Reinigung zu einer wahren Obsession geworden sind. Die Analogie zu Frankreich 1944 ist frappierend. Die gegenseitigen Vorwürfe und Schuldzuweisungen grassieren, wobei jeder Standpunkt vertreten ist, angefangen bei denen, die Schuld, Verurteilung und Bestrafung auf ein paar repräsentative und krasse Fälle beschränken möchten, bis hin zu jenen, die am liebsten ganze Nationen für ihre Vergangenheit büßen lassen würden. Was bei all dem zu kurz kommt, ist eine leidenschaftslose Würdigung der kommunistischen Ära in Europa. Die Wenigsten wagen es, darauf hinzuweisen, daß die kommunistische Herr-

schaft sich von den Vorkriegsregimen in den meisten Ländern der Region hauptsächlich durch ihre zynische Ausbeutung nationaler Ressourcen für ein *fremdes* Interesse unterschied: das sowjetische. Und als Regierung, Regime oder Elite unterschieden sich die nachstalinistischen Kommunisten nicht immer sehr von dem, was vorher gewesen war. Jedenfalls ist von daher die kommunistische Ära in das Geschichtsverständnis dieser Länder einzubeziehen. Man kann diesen Teil der Vergangenheit nicht einfach ad acta legen.

Auch hier ist die Analogie zu Vichy oder dem italienischen Faschismus wahrscheinlich angebracht. Die von den Sowjets aufgezwungenen Regime Osteuropas sind Teil der jeweiligen nationalen Geschichte; sie knüpften an gewisse lokale Traditionen an, verfolgten bestehende Muster der Wirtschaftspolitik weiter, und sie prägten den Charakter auch der nachkommunistischen Gesellschaften. Was für Pétain und Mussolini galt, gilt auch für die Marionettenregierungen in den Volksdemokratien: So groß die Versuchung sein mag, man kann sie aus der Geschichte des Landes nicht als Fremdkörper, als vorübergehende Verirrung eliminieren oder ausklammern. Zudem hat die Ankunft der Roten Armee die spärlichen »Überreste« von Minderheiten (vor allem der Juden) gerettet. Das war ein wichtiges Argument bei einigen Protagonisten des Historikerstreits; aber in einer Region, in der der Antisemitismus bis heute endemisch ist, ist es kaum populär, damit Regime zu verteidigen, die oft (hinter vorgehaltener Hand) als das Werk von Juden hingestellt wurden. Meine Absicht ist es hier nicht, irgendeine Art von Bilanz der Sowjetherrschaft ziehen zu wollen; ich möchte nur festhalten, daß das kommunistische Experiment nicht vom Himmel gefallen und spurlos wieder verschwunden ist und daher nicht aus der Vergangenheit der betroffenen Länder verabschiedet werden kann – so wie die Kommunisten selbst früher versucht haben, aus der Vergangenheit alles auszuschneiden, was ihrem eigenen Projekt abträglich war.

Diese Fehlerinnerung an den Kommunismus trägt nun ihrerseits wieder zu einer Fehlerinnerung an den Antikommunismus bei. General Antonescu, der im Juni 1945 hingerichtete rumänische Kriegsführer, verteidigte sich in seinem Prozeß mit der Behauptung, er habe sein Land vor der Sowjetunion schützen wollen. Heute wird er in einer populären rumänischen Geschichtsschreibung zum Helden umstilisiert; daß er während des Krieges in Rumänien an Massakern an Juden und anderen beteiligt war, fällt gegenüber seinen antirussischen Referenzen kaum ins Gewicht. Antikommunistische Geistliche überall in der Region, Nationalisten, die in Estland, Litauen und Ungarn Seite an Seite mit den Nazis kämpften, rechte Partisanen, die im Zuge der mörderischen Abrechnungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, vor der Machtübernahme durch die Kommunisten, wahllos Juden, Kommunisten und Liberale ermordeten – sie alle können

jetzt damit rechnen, als Männer von gemäßiger und löblicher Gesinnung rehabilitiert zu werden; ihr stärkster Trumpf sind natürlich die Schmähungen, mit denen das frühere Regime sie überhäuft hat.²⁸

Auch in der Frage der Vergeltung und Rehabilitierung befindet sich das Zeugnis der Geschichte in der Geiselhaft einer zeitgenössischen Gefühlslage. Das »Lustrations«-Vorhaben in der Tschechoslowakei, durch das alle, die mit der vormals herrschenden Partei auch nur das Geringste zu tun gehabt hatten, ihre bürgerlichen Rechte verlieren sollten, ist die extremste Alternative – verderblich durch die Anwendung des Prinzips der Kollektivverantwortung und opportunistisch, insofern dieses Verfahren für die Parteien rechts von der Mitte ein Instrument darstellte, ihre linken und liberalen Widersacher bei den Wahlen in Bedrängnis zu bringen. In Bulgarien wurden »Bürgertribunale« eingerichtet, die eine Art öffentlicher »Degradierung« all jener Personen vornehmen sollen, die der aktiven Beteiligung an früheren Verbrechen für schuldig befunden wurden. Sogar die Ungarn haben ihren zornigen Disput: Es gibt eine Dauerdiskussion über die Frage, ob man Andras Hegedüs vor Gericht stellen soll, einen Mann, der 1956 auf das falsche Pferd gesetzt und die Entmachtung und Ermordung Imre Nagys betrieben hatte, der sich aber in den Augen mancher Menschen dadurch rehabilitiert hat, daß er später zum »Reformkommunismus« konvertierte.

Die aufschlußreichste Krise betrifft die Rückgabe von Eigentum. In den meisten Ländern Osteuropas sind Gesetze in Kraft oder in Vorbereitung, die die Rückgabe von Grundbesitz und Gebäuden an diejenigen Personen regeln, die sie 1948 verloren haben. Das warf jedoch harte Fragen auf. Warum 1948? Bloß weil es die Kommunisten waren, die damals mit der systematischen Enteignung begannen? Was war mit den Menschen, deren Häuser, Höfe und Geschäfte schon zwischen 1945 und 1948 enteignet worden waren? Oder mit den Millionen, denen ihr Besitz während des Krieges oder, wie im Fall der Tschechen und Slowaken, nach 1938 rechtswidrig weggenommen worden war? Wenn nur das kommunistische Regime auf diese Weise behandelt werden soll, was ist mit denen, die von der Vertreibung der Sudetendeutschen, von der Zwangsumsiedlung von Ungarn in die Slowakei, von der Deportation und Ermordung der Juden in vielen Ländern profitierten? Waren unrechtmäßige Enteignung, kollektive Bestrafung und der Verlust der materiellen Güter und der Lebensgrundlage an sich Unrecht oder nur dann, wenn sie von Kommunisten begangen worden waren?

Die Schwierigkeit liegt natürlich darin, daß es in allen diesen Ländern viele Menschen gibt, die in den Jahren 1938 bis 1948 vom Leiden anderer profitierten. Das ist etwas, das die Kommunisten nach 1948 nicht an die große Glocke hängen wollten – und etwas, das die Nutznießer selbst, ihre

Erben und ihre Landsleute heute nicht hören wollen. Es erklärt, warum so viele Tschechen und Slowaken empört waren, als Havel sich in einer seiner ersten Amtshandlungen als Staatspräsident bei Deutschland für die Vertreibung der Sudetendeutschen entschuldigte, und es gehört zu den tieferreichenden Komplexen und dem Schweigen im Zusammenhang mit Beteiligung und Schlimmerem bei der Behandlung von Minderheiten in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Das problematische Verhältnis von Polen und Juden in der polnischen Geschichte, einschließlich der traumatischen Erfahrungen von Juden im Nachkriegspolen, ist der dramatischste und bekannteste dieser Fälle, aber keineswegs der einzige.²⁹ Schließlich gibt es noch ein anderes, absolut unlösbares Dilemma: Was nützt es, Eigentum zurückzuerstatten, wenn man Abermillionen von Menschen den Verlust von Chancen und Freiheit, den sie nach 1948 erlitten haben, nicht ersetzen kann? Ist nicht irgend etwas falsch an einer Lösung, bei der die Familie Schwarzenberg ihre Schlösser zurückbekommt und längst verstorbene Emigranten für einen Verlust entschädigt werden, aus dem ihre Nachfahren Kapital schlagen, während jene, die nichts hatten, auch nichts bekommen und verbittert zusehen müssen, wie ihre eigenen verlorenen Chancen und die ihrer Kinder nicht zählen? Gerecht oder nicht gerecht – es scheint jedenfalls unfair und ist politisch höchst unklug.

Diese und andere Paradoxa bei den jüngsten Versuchen, unglückliche Erinnerungen aufzulösen, machen begrifflich, warum nach 1989 in Osteuropa ältere Gefühle und Bündnisse wieder zum Tragen kommen. Das war natürlich bis zu einem gewissen Grade zu erwarten. Die kommunistische Ära hat an der Art der Wahrnehmung und Bewertung lokaler und nationaler Interessen nichts geändert; sie war nur bestrebt, sie aus der öffentlichen Sprache zu tilgen. Da sie nichts an ihre Stelle gesetzt und die sozialistische Tradition, deren illegitimer Sproß sie selber war, endgültig in Mißkredit gebracht hat, hinterließ sie ein Vakuum, in das ethnischer Partikularismus, Nationalismus, Nostalgie, Fremdenfeindlichkeit und uralte Fehden einströmen konnten; diese älteren Formen des politischen Diskurses waren nicht nur dadurch schon legitimiert, daß der Kommunismus sie verleugnet hatte; sie waren auch die einzigen Begriffe der politischen Kommunikation, auf die jedermann zurückgreifen konnte, weil sie in der Geschichte der Region verwurzelt waren. Zusammen mit der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, die im Osteuropa vor 1939 oft als Kriterium für die Zugehörigkeit zur Nation fungierte, sind sie, samt der Vergangenheit, die sie repräsentieren und beschreiben, zurückgekehrt, um die postkommunistische Politik und Erinnerung heimzusuchen und zu verzerren.

Das muß man aus sich selbst heraus verstehen. Im Gegensatz etwa zu Frankreich oder Großbritannien leben die kleinen Nationen Osteuropas

seit Jahrhunderten in der Furcht vor ihrem Untergang. Es ist wirklich tragisch, daß immer dann, wenn ihnen ein gewisses Maß an Autonomie und Unabhängigkeit zugestanden wurde, dies auf Kosten anderer ging und unter dem Schutz eines autoritären fremden Interesses geschah. Viele Slowaken sprechen heute begeistert von Pater Tiso, dem slowakischen Führer, der im April 1947 wegen Kollaboration und Kriegsverbrechen in der Zeit der slowakischen Unabhängigkeit von 1939 bis 1944 gehängt wurde. Das erklärt teilweise die gegenwärtigen slowakischen Separationsbestrebungen und die jüngste Weigerung slowakischer Repräsentanten, die Ratifizierung von Vereinbarungen mit Deutschland vorzunehmen, in denen das Münchener Abkommen von 1938 für null und nichtig erklärt wird. Grausames Faktum ist, daß München für viele Slowaken, damals wie heute, *von Vorteil gewesen ist*.³⁰

Die Kroaten sind demgegenüber wenig begeistert von der brutalen Herrschaft des Ustascha-Regimes, das sich den von Deutschland garantierten unabhängigen kroatischen Staat zunutze machte, um in massivem Umfang Juden und Serben zu vernichten; aber man kann ihnen kaum eine gewisse Verwirrung verdenken, wenn man heute von ihnen verlangt, sich entschieden von dieser kurzen Erinnerung an eine autonome nationale Existenz zu distanzieren. Das polnische Nationalgefühl kann eine häßliche Sache sein, weil es in einem zweifelhaften Gefühl katholischer Besonderheit wurzelt, vor dem sich zu fürchten Juden und Ukrainer allen Grund haben (wie auch die Tschechen, wenn sie sich an die opportunistische polnische Landnahme nach »München« erinnern). Indessen hatten die Russen zwei Generationen lang versucht, der polnischen Erinnerung einen Internationalismus aufzuzwingen, der die Vorstellung, die die Polen von sich hatten, völlig ignorierte, und es wäre in der Tat erstaunlich, hätte die Nation sich vom »brüderlich sozialistischen Europa« unmittelbar der kosmopolitischen westlichen Idee Europas zugewandt, wie sie den Vorstellungen optimistischer Dissidenten entsprach, ohne eine nostalgische Phase der Verbundenheit mit einer rein polnischen Vergangenheit durchzumachen.

Antisemitismus

Von allen alten Sprachen, die die vom kommunistischen Diskurs zurückgelassene Lücke so rasch gefüllt haben, ist der Antisemitismus die augenfälligste. Daß es im zeitgenössischen Ost- und Mitteleuropa kaum noch Juden gibt, ist demgegenüber fast irrelevant.³¹ Der Antisemitismus in diesem Teil Europas hat lange eine zentrale politische und kulturelle Rolle gespielt; er ist ebenso sehr eine Methode, von »uns« und »ihnen« zu sprechen, wie er dazu dient, Juden zu isolieren. Frappierend ist jedoch das Unbehagen, das heute jede Andeutung weckt, die Osteuropäer müßten

erst einmal mit ihrer *früheren* Behandlung der Juden ins Reine kommen. Diese Vergangenheit ist, von Kommunisten wie von Nichtkommunisten, so gründlich begraben worden, daß Versuche, sie auszugraben, von jedermann, auch von den Juden selbst, mißbilligt werden. Die jüdische Intelligenz Budapests und Warschaws (zu der ein guter Teil der dissidenten Intellektuellen der vergangenen zwanzig Jahre gehört) wünscht denn auch nicht, daran erinnert zu werden, daß ihre eigene jüngste Vergangenheit und die ihrer Eltern aufs engste verknüpft war mit der der kommunistischen Bewegung und daß Juden in Osteuropa, die den Krieg überlebten und sich entschlossen, nicht zu emigrieren, oft alles daransetzten, ihr Jüdischsein zu verbergen – vor ihren Kollegen, vor den Nachbarn, vor ihren Kindern, vor sich selbst. Oft sind sie die ersten, die darauf bestehen, daß es mit dem Antisemitismus 1945 vorbei gewesen sei – ja, sie behaupten sogar manchmal, der frühere Antisemitismus in Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und sogar Rumänien sei stark übertrieben worden.³²

Die besondere Schwierigkeit bei der Einschätzung der Behandlung der Juden, zumal während des Krieges, liegt darin, daß sie hoffnungslos mit anderen begrabenen Geschichten verwoben ist, von denen schon die Rede war. Seit einiger Zeit schon läuft unter ungarischen Historikern eine interessante Debatte über die Frage, ob die Vernichtung der ungarischen Juden hätte verhindert werden können. Einige der in diese Debatte verwickelten Historiker waren Juden, aus unterschiedlichen Generationen. Die älteren Gelehrten (unter ihnen auch Juden) räumten oft nur sehr zögernd ein, daß die Ungarn mehr hätten tun können, um die Deportation ihrer jüdischen Gemeinde 1944 zu verhindern; es ging weniger um das Schicksal der ungarischen Juden als um die Verantwortung der Ungarn für ihr eigenes Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten in den letzten Phasen des Krieges.³³

Merkwürdigerweise hat dieses Syndrom seine genauen Äquivalente im Westen. Nachkriegsösterreicher – Juden wie Nichtjuden – stellten sich Hitlers österreichische Opfer gern als einheitliche, undifferenzierte Kategorie vor: Das Unrecht an den Juden, Sozialdemokraten (und jüdischen Sozialdemokraten), Christsoziale usw. verschwamm 1945 zu einer einzigen Erinnerung an die Unterdrückung der österreichischen Nation durch preußisch-deutsche Nazis. In Österreich wie in seinen östlichen Nachbarländern trug diese Fehlerinnerung (die 1945 wahrlich jung genug war) wenig dazu bei, die Juden in das Geflecht der österreichischen Gesellschaft zu reintegrieren. Es gibt heute ungefähr 10 000 Juden in Österreich, aber bei einer Meinungsumfrage im Oktober 1991 glaubten 50 Prozent der Befragten, daß die Juden selber schuld an ihrer früheren Verfolgung gewesen seien, 31 Prozent sagten, sie wünschten keinen Juden zum Nachbarn, und 20 Prozent sagten, sie wünschten keine Juden im Land.³⁴

Noch weiter westlich, in Frankreich, wurde den zurückkehrenden jüdischen Überlebenden der Lager stillschweigend zugemutet, sich in die allgemeine Kategorie der »Deportierten« einzureihen. Spezielle Anerkennung erhielten nur Männer und Frauen, die wegen Widerstandsakten deportiert worden waren – ja, bei einer Parlamentsdebatte im Jahre 1948 über ein Gesetz, das Status und Rechte ehemaliger Deportierter definieren sollte, nahm niemand Bezug auf die Juden. Es sollte an die vierzig Jahre dauern, bevor die spezielle Erfahrung von Juden im besetzten Frankreich und die Art, wie Vichy sie zur Bestrafung herausgriff, zum zentralen Bestandteil der Debatte über die Erinnerung an die Besetzung wurde. Auch in Frankreich war für diese Vernachlässigung bis zu einem gewissen Grade die jüdische Gemeinde verantwortlich, die für sich einen (unsichtbaren) Platz in der Republik zu reklamieren suchte und wenig Interesse daran hatte, durch das Wecken unangenehmer Erinnerungen (der eigenen wie der ihrer Verfolger) zu weiterer Diskriminierung einzuladen. Dieser Standpunkt begann sich erst mit der nächsten Generation französischer Juden zu ändern, deren Bewußtsein durch den Sechstagekrieg vom Juni 1967 und de Gaulles fatale Bemerkungen von der »selbstbewußt auftrumpfenden Nation« »erweckt« wurde. Aus diesem Grund sind die besonderen Verantwortlichkeiten der Vichy-Regierung für die Benachteiligung der Juden so lange von Ambiguität umgeben geblieben.³⁵ Wenn Helmut Kohl heute von der Vernichtung der Juden als einem Verbrechen sprechen kann, das »im Namen Deutschlands« (und also nicht von irgendwelchen einzelnen Deutschen) begangen worden sei, ist es nicht verwunderlich, daß mehr als ein halbes Jahrhundert lang französische Politiker wenig Grund sahen, bei den Franzosen irgendein Schuldgefühl für Verbrechen zu wecken, die »in ihrem Namen« begangen worden sein sollten.³⁶

Neue Mythen und neue Vergangenheiten

Und nun? »Goodbye to all that«? Die Revolutionen von 1989 haben die osteuropäische Vergangenheit aufgebrochen, so wie die historiographischen Veränderungen im Westen jahrzehntelange Tabus beseitigt haben, mit denen Teile der Erinnerung an die Kriegszeit belegt waren.³⁷ Es wird unendliche Revisionen und Neuinterpretationen geben, aber die jüngste Vergangenheit wird nie und nirgends mehr so aussehen wie früher. Indes enthüllt bereits der oberflächlichste Blick auf die gegenwärtige Szene, daß bereits neue Mythen und neue Vergangenheiten im Entstehen sind.

Zunächst einmal spricht, sozial gesehen, einiges für Tabus. In Westeuropa wäre es vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs keinem respektablen Gelehrten oder Mann der Öffentlichkeit eingefallen, Faschismus, Antisemitismus oder die übereifrigen Kollaborationsregime und ihre

Taten rehabilitieren zu wollen. Als Gegenleistung für den Mythos einer ethisch respektablen Vergangenheit und einer makellos unbefleckten Identifizierung mit einem wiedergeborenen Europa sind uns jene Sprechweisen und Einstellungen erspart geblieben, die in der Zwischenkriegszeit den öffentlichen Raum so herabgewürdigt und verschmutzt haben. In Osteuropa wurden die brutalen, intoleranten, autoritären und einander befehlenden Regime, die in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg fast die gesamte Region beherrschten, auf den Misthaufen der Geschichte geworfen. Die vielen unerfreulichen Wahrheiten über diesen Teil der Welt wurden durch eine einzige, schöne Lüge ersetzt. Man darf nicht vergessen, daß der Kommunismus durch sein eigenes Selbstverständnis gezwungen war, ständig ein Lippenbekenntnis zu Gleichheit, Freiheit, Rechten, kulturellen Werten, ethnischer Brüderlichkeit und internationaler Einheit abzulegen. Am Ende zweifelten nur die wenigsten an der Heuchelei des Ganzen; aber zumindest in der Öffentlichkeit wurden gewisse Dinge nicht mehr gesagt und getan, die einst in der ganzen Region die gängige Münze des Hasses gewesen waren.³⁸

Diese Zwänge sind jetzt gelockert oder überhaupt hinweggefegt worden. Wie Bruno Mégret, der Stellvertreter Le Pens im *Front National*, gesagt hat: »Wir erleben heute das Ende der Welt, wie sie in Jalta erbaut wurde. Alle Ideologien, alle Tabus [sic], die man errichtet hatte, werden beseitigt.«³⁹ Monsieur Mégret weiß, wovon er spricht: Seine Partei hat zu dieser Entwicklung nicht wenig beigetragen. Kann man sich ohne den Wegfall dieser Tabus wirklich vorstellen, daß im Oktober 1991 rund 38 Prozent der Anhänger Giscard d'Estaings und 50 Prozent der Anhänger Jacques Chiracs erklärt hätten, mit den Ansichten Le Pens »grundsätzlich einverstanden« zu sein? Noch zwei Jahre zuvor lauteten die entsprechenden Zahlen 20 bzw. 38 Prozent. Und wäre es jemandem eingefallen, die Frage zehn Jahre früher zu stellen, wären die Zahlen vernachlässigenswert gewesen. Tatsache ist, daß eben jene Mythen, die die Franzosen vor der Erinnerung an Mégrets Vichy-Ahnen bewahrten, auch als eine Art Prophylaxe gegen einen zeitgenössischen Nachhall dieser Vergangenheit wirkten. Es ist die grausame und paradoxe Wahrheit, daß die Arbeiten von Historikern wie Henry Rousso, Jean-Pierre Azéma und ihren Kollegen es möglich gemacht haben, die Wahrheit über die Vergangenheit zu sagen – und es damit Leuten aus dieser Vergangenheit erlaubt, in der Gegenwart ihre *eigene* Wahrheit zu erzählen.

Diese Situation ermöglicht auch, daß Benito Mussolinis Enkelin Alessandra heute nicht zuletzt *dank ihres Namens* Kandidatin für das italienische Parlament werden kann; denn der Duce war nicht so unpopulär, wie die Leute gerne glaubten, und sein institutionelles Erbe haftet den Italienern noch an. Nicht anders ist es in Osteuropa, wo die überstürzte De-

montage und Verleugnung des Kommunismus und aller seiner Werke bereits das frühere Treiben von Männern legitimiert, die ihren Kriegs- oder Vorkriegs-Antikommunismus mit Einstellungen und Taten verbanden, die noch bis vor kurzem buchstäblich unaussprechbar waren.

Heute, so scheint mir, werden wir Zeuge einer Art von Interregnum, eines Momentes zwischen den Mythen, wo die alten Versionen der Vergangenheit obsolet oder inakzeptabel geworden und neue noch nicht in Sicht sind. Doch zeichnen sich die Umriss neuer Mythen bereits ab. Während es für die Zwecke des moralischen Wiederaufbaus Europas notwendig war, eine stark stilisierte Geschichte über das Trauma der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit zu erzählen, werden für Europa heute die Jahre unmittelbar vor den Ereignissen von 1989 der entscheidende Bezugspunkt sein. Das soll nicht heißen, daß die früheren Fehlerinnerungen künftig in aller Ruhe in objektive und allgemein anerkannte Historie überführt würden. Wie ich schon angedeutet habe, haben die Osteuropäer noch nicht einmal mit dem Sichten und Verstehen jener vielschichtigen Vergangenheit begonnen, deren unglückliche Erben sie sind, einschließlich der Vergangenheit, der Epoche, die 1948 begann und kürzlich zu Ende ging. Der Krieg und vor allem die Nachkriegsjahre sind für die Historiographie dieser Region (in jeder Sprache) noch weithin *terra incognita*, und Leszek Kolakowski hat zweifellos recht, wenn er prophezeit, daß Osteuropa sein eigener, schmerzhafter Historikerstreit bevorsteht. Aber die entscheidenden neuen Mythen werden etwas anderes betreffen.

Westeuropa schwimmt schon jetzt in einem Meer von Fehlerinnerungen in bezug auf seine eigene Einstellung zum Kommunismus vor 1989. Was immer sie jetzt sagen, die Architekten und Advokaten eines geeinten Europa à la Maastricht wollten zu keiner Zeit eine ganze Gruppe von Habenichts-Nationen aus dem Osten dabei haben; sie hatten schon genug damit zu tun, das Sortiment der Mittelmeerländer zu verdauen und zu integrieren. Der sowjetische Würgegriff um Osteuropa hatte den doppelten Vorteil, diese Region vom wohlhabenden Westen fernzuhalten, während er diesem zugleich den Luxus erlaubte, eben jene Umstände zu beklagen, von denen er profitierte. Auf ähnliche Weise ist die nichtkommunistische europäische Linke schon dabei, zu vergessen, wie außerordentlich defensiv sie in den vergangenen zwanzig Jahren in Sachen sowjetischer Herrschaft gewesen ist. Zwischen Willy Brandts Ostpolitik und den Phantasien der extremen Abrüster hat die westliche Linke nicht nur jede Kritik an den kommunistischen Regimen entmutigt, sie hat diese Regime auch oft sehr energisch verteidigt, vor allem gegen Ende der Ära Breschnew. Noch heute sind Ansätze zu dem Versuch zu erkennen, aus der Perestroika die versäumte Gelegenheit zur Erneuerung und Wiedergeburt des kommunistischen Projekts zu machen, mit Gorbatschow als dem

Pseudo-Bucharin eines anderen Weges zum Sozialismus. Die Geschichte und Erinnerung der politischen und kulturellen Einstellungen des Westens zum Osten ist peinlich; wenn Václav Havel und andere heute nicht mehr so bissig darauf anspielen wie früher, dann deshalb, weil sie an ihre unmittelbaren Bedürfnisse denken müssen. Aber sie haben nicht vergessen, daß die westliche Linke keinen Anteil an der Befreiung Osteuropas hatte, und sie sind auch nicht unempfindlich für den offensichtlichen Mangel an Begeisterung französischer und anderer Staatsmänner über den Fall der Mauer und dessen Folgen. Mag der Westen seine eigene unmittelbare Vergangenheit vergessen – der Osten wird es nicht tun.⁴⁰

Aber auch Osteuropa steht im Bann frisch geprägter Versionen der eigenen jüngsten Vergangenheit. Die beunruhigendste ist, wie gesagt, vielleicht die Verleugnung der kommunistischen Erfahrung. Daß die Jahre 1948 bis 1989 eine häßliche Parenthese in der Geschichte Mittel- und Osteuropas waren, ist selbstverständlich richtig; ihr Vermächtnis ist größtenteils Asche, ihre Auswirkung größtenteils negativ. Aber sie kamen nicht aus dem Nichts, und auch Asche hinterläßt Spuren. Das ist der Grund, weshalb die Debatten um Kollaboration in Deutschland, der Tschechoslowakei und anderswo so entscheidend und so schwierig sind. Aber gerade bei diesen Debatten und den mit ihnen verbundenen Enthüllungen besteht die Gefahr, daß sie die Erfahrungen der französischen Nachkriegssäuberungen wiederholen: Sie waren derartig durchsetzt mit privaten Abrechnungen und Übelwollen, daß schon nach wenigen Monaten kein Mensch mehr an das Unternehmen glaubte und es schwierig (und zuletzt unzeitgemäß) wurde, in diesen Dingen zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Um dieses Resultat zu vermeiden – um der Gefahr zu begegnen, Sympathien für die kommunistischen »Opfer« der Rache zu wecken und öffentlichen Zynismus über die Motive der Rächer zu erzeugen –, geben einige politische Führer in jener Region bereits zu bedenken, daß es am besten sein könnte, über die ganze unerfreuliche kommunistische Episode einen Schleier zu breiten.

Aber dieser Schleier würde auch unser Verständnis für die Rolle des Kommunismus bei der Modernisierung Osteuropas erschweren. Das wäre ein Fehler: Der Kommunismus in Osteuropa hat einige Leistungen vorzuweisen, so paradox dies heute auch erscheinen mag; er hat gewisse rückständige Regionen industrialisiert (namentlich die Slowakei), und er hat alte Kasten und Strukturen zerstört, die frühere Kriege und Revolutionen überlebt hatten und jetzt nicht mehr wiederkehren werden. Ferner hat der Kommunismus Programme der Urbanisierung, Alphabetisierung und Bildung verfolgt und vorangetrieben, um welche es in diesem Teil Europas vor 1939 traurig bestellt war⁴¹; das Streben nach Verstaatlichung der Produktion und der Dienstleistungen war in der Form, wenn auch nicht in der

Sache, konsistent mit einem Prozeß, der in Polen und der Tschechoslowakei vor 1939 begonnen hatte, von den Nationalsozialisten weiterverfolgt und von den Koalitionsregierungen der Nachkriegszeit beibehalten und erweitert wurde, bevor der Kommunismus die Macht ergriff. Wenn viele heute darauf insistieren, der Kommunismus in Osteuropa sei ein fremdes und absolut dysfunktionales Oktroi sowjetischer Interessen gewesen, so ist das ebenso irreführend wie die Behauptung, der Marshall-Plan und die NATO seien einem unwilligen und wehrlosen Westeuropa aufgezwungen worden (einer der zählebigeren Mythen einer früheren Generation westlicher Kritiker).

Schließlich sind vielleicht auch die Ereignisse von 1989 schon im Begriff, ins Niemandsland mythischer und geschönter Vergangenheiten einzutreten. Man wird schwerlich behaupten können, daß irgendeine Befreiung in Osteuropa, nicht einmal in Polen und Ungarn, ohne zumindest das wohlwollende Wegsehen der Sowjetunion möglich gewesen wäre; es gibt sogar Grund zu der Vermutung, daß in der Tschechoslowakei und vielleicht auch in Berlin die Sowjets aktiv an der Beseitigung ihrer Marionettenregime beteiligt gewesen waren. Das ist keine besonders attraktive oder heroische Version einer doch entscheidenden historischen Wende; es ist, wie wenn Ludwig XVI. selbst den Fall der Bastille ins Werk gesetzt hätte, mit schlimmen Folgen für das Selbstverständnis des französischen Republikanismus. Hinzu kommt, daß dies einem Muster entspricht, das der Erinnerung Osteuropas beschämend vertraut ist: Nur zu oft wurde hier das Rad der Geschichte von außen gedreht. Die Versuchung, die Geschichte anders und tröstlicher zu erzählen, könnte übergroß werden.⁴²

So wird das neue Europa auf historischem Sand gebaut, der mindestens genauso nachgiebig ist wie der Sand, auf dem das Nachkriegsgebäude errichtet worden war. Insofern kollektive Identitäten – ethnische, nationale oder kontinentale – immer komplexe Gebilde aus Mythos, Erinnerung und politischer Konvenienz sind, braucht uns das nicht zu verwundern. Von Spanien bis Litauen wird der Übergang von der Vergangenheit zur Gegenwart im Namen einer »europäischen« Idee umgewertet, die selbst ein historisches und illusorisches Produkt ist, das an unterschiedlichen Orten unterschiedliche Bedeutungen hat. In den westlichen und mittleren Regionen des Kontinents (einschließlich Polens, der Tschechischen Republik, Ungarns und Sloweniens, aber ohne deren östliche Nachbarn) mag der Traum einer Wirtschaftseinheit zu gegebener Zeit erreicht werden, oder auch nicht.

Doch besteht keinerlei Notwendigkeit, daß der Kontinent auch nur entfernt politische Homogenität und supranationale Stabilität gewinnen wird – man sehe das einschlägige Gegenbeispiel der letzten Jahre der Habsburger Monarchie, in denen wirtschaftliche Modernisierung, ein ge-

meinsamer Markt und der freie Verkehr der Völker einhergingen mit einer stetigen Zunahme des gegenseitigen Mißtrauens und eines regionalen und ethnischen Partikularismus.⁴³ Was Osteuropa betrifft, das »dritte« Europa von Estland bis Bulgarien, so wird die Idee der europäischen Identität dort rasch für eine kämpferische Minderheit von Intellektuellen zum politischen Ersatzdiskurs, der jenen Raum besetzt, den unter anderen Umständen liberale und demokratische Projekte einnehmen würden, und der auf dieselben Widersacher und Antipathien stößt, die diese Projekte schon früher gelähmt haben. Zu einer Zeit, da das Euro-Palaver sich glücklich dem Thema der fallenden Zollschranken zuwendet, bleiben die Schranken der Erinnerung fest an ihrem Platz.

Aus dem Englischen von Holger Fließbach

Anmerkungen

- 1 Vgl. die Zahlenangaben bei Gerold Ambrosius und William H. Hubbard, *A Social and Economic History of Twentieth-Century Europe*, Cambridge (Massachusetts) 1989, passim; Kenneth Morgan, *The People's Peace*, Oxford 1990, S. 52.
- 2 Zu Camus' Sinneswandel in der Frage nach Rache und Vergeltung im Nachkriegsfrankreich siehe Tony Judt, *Past Imperfect: French Intellectuals 1944-1956*, Berkeley (California) 1992.
- 3 Außer dem Konzentrationslager, das die Nationalsozialisten im elsässischen Struthof errichtet hatten, gab es mehrere Internierungslager in Südfrankreich. Einige von ihnen waren in den letzten Monaten der Dritten Republik entstanden und waren für republikanische Flüchtlinge aus Spanien bestimmt; in der Vichy-Zeit dienten sie als Auffanglager für Juden, Flüchtlinge und andere unerwünschte Personen, bevor diese deportiert wurden – meistens in den Osten. Siehe Anne Grynberg, *Les camps de la honte. Les internés juifs des camps français, 1939-1944*, Paris 1991, und die eindringlichen Erinnerungen Arthur Koestlers: *The Scum of the Earth*, London 1955.
- 4 Eine Auffassung, die auch Charles de Gaulle geteilt hat, der aus diesem Grunde gelegentlich unfähig war, beim Thema Nachkriegsvergeltung den wesentlichen Unterschied zwischen preußischer »Barbarei« und nationalsozialistischem Völkermord zu begreifen.
- 5 Eine nicht ganz unparteiische, aber gut dokumentierte Schilderung der Vertreibung der Deutschen gibt Alfred M. de Zayas, *Nemesis at Potsdam: The Expulsion of the Germans from the East*, Lincoln (Nebraska) 1989.
- 6 Die unglückliche Geschichte der Behandlung von nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei vor der Machtergreifung des Kommunismus behandelt Radomir Luza, *The Transfer of the Sudeten Germans: A Study of Czech-German Relations, 1933-1962*, New York 1984, und Petr Pithart, *Let us be kind to our History*, in: *Kosmas*, Winter 1984; ferner Kalman Janics, *Czechoslovak Policy and the Hungarian Minority, 1945-1948*, New York 1982.
- 7 Siehe Paul Ginsborg, *A History of Contemporary Italy, 1943-1988*, London 1990, S. 53 ff.
- 8 Ich bin geneigt, Henry Rousso zuzustimmen, der der Ansicht ist, daß die Nachkriegssäuberungen in Frankreich zwar unzulänglich waren, ihr Scheitern unter den gegebenen Umständen aber wohl unvermeidlich war. Siehe Rousso, *L'épuration en France: une histoire inachevée*, in: *Vingtième Siècle* 33, Januar-März 1992, S. 78-106.
- 9 Vgl. Ginsborg, *A History of Contemporary Italy*, S. 64-70. Mit späteren Vorwürfen einer summarischen Justiz an die Adresse der Partisanen befassen sich Luca Alessandrini und Angla Maria Politi, *Nuove fonti sui processi contro i partigiani, 1948-1953*, in: *Italia Contemporanea* 178, 1990, S. 41-62.
- 10 So bei dem Massaker an Ungarn in der Wojwodina, begangen von Partisanen Titos aus Rache für Aktionen des ungarischen Militärs in dieser Gegend im Januar 1942.
- 11 Die Zahlen für Österreich verdanke ich Dr. Lonnie Johnson vom »Institut für die Wissen-

- schaften vom Menschen« in Wien. Zu Frankreich siehe Rousso, *L'épuration en France*, a.a.O., aber auch Marcel Baudot, *L'épuration: bilan chiffré*, in: *Bulletin de l'Institut d'Histoire du Temps Présent* 25, September 1986, S. 37-53.
- 12 Was den Franzosen zunächst bemerkenswert gut gelang. Im Juli 1951 schrieb eine Beobachterin, es sei »alarmierend«, wie rasch Vichy bei ihnen in Vergessenheit gerate. Siehe Janet Flanner, *Paris Journal 1944-1965*, New York 1977, S. 153.
 - 13 Die milde und eingeschränkte Säuberung bei den Wirtschaftskollaborateuren beschreibt Henry Rousso, *Les élites économiques dans les années quarante*, in: *Les élites in Francia e in Italia negli anni quaranta, Mélanges de l'école française de Rome*, Bd. 95, 1982/1983.
 - 14 Im Falle Italiens erhebt sich eine weitere Frage, die von der Gloriole, welche die Widerstandskoalition umgibt, verdunkelt wird: Besteht nicht Anlaß zu der Vermutung, daß Mussolinis Regime sich in die Nachkriegszeit hätte retten können, wenn der Duce sich nur entschlossen hätte, Hitlers Krieg fernzubleiben, und er am Ruder geblieben wäre? Der Vergleich mit Franco ist nicht so unplausibel, wie es scheint; die kurze Geschichte des italienischen Nationalstaats hatte wenig Gelegenheit zum Einüben demokratischer und konstitutioneller Gebräuche geboten.
 - 15 Enzensbergers Formulierung deutet ein stillschweigendes Einverständnis an, gewisse Dinge nicht öffentlich zu diskutieren, wodurch sie in der Erinnerung unscharf werden. Insofern Historiker zu dieser Lage beigetragen haben, geschah es meistens durch Unterlassen; die Kriegsjahre waren noch zu nahe, die primären oder offiziellen Quellen noch zu spärlich, als daß sie seriöse historische Darstellungen der Kollaboration oder des Widerstandes erlaubt hätten. Als der zeitliche Abstand größer wurde und die Archive sich öffneten, entstanden trotz des Problems des Zeitgenossentums in der Tat einige gute wissenschaftliche Untersuchungen. Allerdings wurden sie nicht unbedingt außerhalb eines kleinen Kreises von Fachleuten gelesen. Als ihr Einfluß endlich *doch* spürbar wurde, geschah es in der Regel aus Gründen, die wenig mit den formalen Bedingungen akademischen Forschens zu tun hatten.
 - 16 Siehe William B. Bader, *Austria between East and West, 1945-1955*, Stanford 1966, und Robert E. Clute, *The International Legal Status of Austria, 1938-1955*, Den Haag 1962.
 - 17 Siehe Rudolf Bindschedler, Hans Rudolf Kurz, Wilhelm Carlgren und Sten Carlsson, *Schwedische und Schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg*, Basel 1985, namentlich die Beiträge von Carlsson und Bindschedler und vor allem von Samuel Werenfels (Die Schweizerische Praxis in der Behandlung von Flüchtlingen, Internierten und entwichenen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg, S. 377-405). Ferner Sven-Olof Olsson, *German Coal and Swedish Fuel*, Göteborg 1975.
 - 18 Ein weiteres gemeinsames Charakteristikum der Gründungsväter der EWG, ihr Katholizismus, mag das anfängliche Mißtrauen und Zögern auf seiten skandinavischer und vor allem britischer Politiker in der Nachkriegszeit erklären. Für diese Beobachtung bin ich Stephen Graubard zu Dank verpflichtet. Die Briten hatten natürlich noch viele andere Gründe, sich von europäischen Projekten fernzuhalten – man vergleiche die Gespräche mit führenden britischen Politikern und Beamten in Michael Charlton, *The Price of Victory*, London 1983.
 - 19 Man muß jedoch festhalten, daß Frankreich die internationale und die europäische Konvention von 1968 bzw. 1974 nicht unterzeichnet hat, wonach auch *Kriegsverbrechen* nicht verjähren. Infolgedessen kann man nach französischem Recht einen Menschen für Handlungen während des Krieges nur belangen, wenn sein Tun unter den ebenso restriktiven wie nebulösen Begriff des »Verbrechens gegen die Menschlichkeit« fällt.
 - 20 Henry Rousso, *Le Syndrome de Vichy, de 1944 à nos jours*, 2. Aufl., Paris 1990. Weitere Beispiele für bahnbrechende Beiträge ausländischer Forscher sind: Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa*, Stuttgart 1966 (erst 1988 in französischer Übersetzung erschienen); Robert O. Paxton, *Vichy France: Old Guard and New Order*, New York 1972; Dennis Mack Smith, *Italy: A Modern History*, Ann Arbor 1959, und derselbe, *Mussolini*, New York 1982. Zu beachten auch das Werk von Gerhard Hirschfeld, *Nazi Rule and Dutch Collaboration: The Netherlands Under German Occupation, 1940-1945*, Oxford 1988. Die Übersetzung von Hirschfelds Arbeit, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945*, Stuttgart 1984, lieferte das notwendige Korrektiv selbst zu den besten holländischen Arbeiten über dieses Thema. Siehe auch Nanda van der Zee, *The recurrent myth of 'Dutch heroism' in the Second World War and Anne Frank as a Symbol*, in: *The Netherlands and Nazi Genozid*, Hg. G. Jan Colijn und Marcia S. Littell, Lewiston (New York) 1992, S. 1-14.
 - 21 Alle drei wurden auf ihre aktive Rolle an der Behandlung der Juden während der Vichy-Zeit »überprüft« – und in allen drei Fällen mahnten die Mühlen der Gerechtigkeit mit quälender

- und verdächtiger Langsamkeit. Der Grund für diese Abneigung gegen das Aufwerfen alter, unbequemer Fragen ist der gleiche wie 1946; der stellvertretende Justizminister einer sozialistisch geführten Regierung, M. George Kiejman, erklärte am 19. Oktober 1990: »Neben dem notwendigen Kampf gegen das Vergessen erscheint auch die Wahrung des inneren Friedens als wichtig.«
- 22 Die deutschen Argumente drehen sich weniger um Kollaboration und Widerstand, ein für Deutschland marginales Thema, als vielmehr um das Problem der Verantwortung (und der Grenzen dieser Verantwortung) für die Politik der Rassenvernichtung. Nach vierzig Jahren, in denen das Thema zwar anerkannt war, aber trotzdem merkwürdig undiskutiert blieb, hielten es einige konservative Historiker angesichts der inzwischen verflossenen Jahre und der sinkenden Legitimität des Sowjetkommunismus für an der Zeit, den Holocaust zu »historisieren«, die Vergleichbarkeit von Nationalsozialismus und Stalinismus zu konzedieren und sogar die These zu vertreten, die nationalsozialistische Politik des Genozids sei bis zu einem gewissen Grad eine zwar schreckliche, aber rationale und erklärliche Reaktion auf die Bedrohung Deutschlands durch seinen totalitären östlichen Nachbarn gewesen. Die moralischen und politischen Schockwellen dieses historischen Streits sind durch die unerwartete Vereinigung Deutschlands und die damit einhergehenden moralischen Dilemmata einigermaßen gebrochen worden, haben aber ihre Wirkung keineswegs verloren. Siehe Richard J. Evans, *In Hitler's Shadow*, New York 1989; Charles S. Maier, *The Unmasterable Past*, Cambridge (Massachusetts) 1988, und Peter Baldwin, Hg., *Reworking the Past: Hitler, the Holocaust and the Historians' Debate*, Boston 1990, namentlich die Beiträge von Saul Friedländer, Hans Mommsen und Hagen Schulze. Siehe auch den sarkastischen Kommentar eines der Streitenden, Hans-Ulrich Wehler, *Die Entsorgung der deutschen Vergangenheit. Ein polemischer Artikel zum 'Historikerstreit'*, München 1988.
 - 23 Zu Waldheims Präsidentschaft und ihren Folgen in Österreich siehe das neue Buch von Richard Mitten, *The Waldheim Phenomenon in Austria: The Politics of anti-semitic Prejudice*, Boulder (Colorado) 1992.
 - 24 Siehe die Überlegungen von Rousso, Daniel Lindenberg, Stanley Hoffmann und anderen, *Que faire de Vichy?* in: *Esprit*, Mai 1992, S. 5-87.
 - 25 Claudio Pavone, *Una guerra civile. Saggio storico sulla moralità nella Resistenza*, Turin 1991; Luisa Passerini, *Mussolini immaginario*, Bari 1991, und das Editorial *Il nuovo processo alla Resistenza*, in: *Italia Contemporanea* 181, Dezember 1990, S. 645-651. Siehe ferner Passerinis frühere Arbeit: *Fascism in Popular Memory*, Cambridge 1987, eine Übersetzung ihres: *Torino Operaia e Fascismo*, Bari 1984. Der kontinuierliche Zerfall der Widerstandskoalition im Nachkriegsitalien hat natürlich Status und Basis der Christdemokraten beeinflusst. Am meisten wurde die öffentliche Diskussion über die Erfahrung der Kriegszeit aber durch den Niedergang und Sturz des ehemaligen PCI erleichtert und sogar ermutigt. Ein klassisches Beispiel für den traditionellen kommunistischen Standpunkt zum Krieg und zu den Nachkriegsjahren bietet Luigi Longo, *Chi a tradito la Resistenza*, Rom 1975.
 - 26 Vgl. Peter Schneiders jüngste Arbeit, *The German Comedy: Scenes of Life After the Wall*, New York 1991. Zu der Frage, wie DDR-Historiker das Thema Antisemitismus behandelt haben, siehe K. Kwist, *Historians of the German Democratic Republic on anti-Semitism and Persecution*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook XX*, 1976, S. 173-198.
 - 27 Siehe Tony Judt, *Metamorphosis: The Democratic Revolution in Czechoslovakia*, in: *Eastern Europe in Revolution*, Hg. Ivo Banac, New York 1992.
 - 28 Noch problematischer ist der Fall von Männern wie dem rumänischen Autor Mircea Eliade, einem liberalen Intellektuellen, der für seine hellsichtige Kritik des Stalinismus in den fünfziger Jahren und danach heute sehr bewundert wird. Es wird nur zu leicht vergessen, daß Eliade, wie viele Intellektuelle Mittel- und Osteuropas, vor dem Zweiten Weltkrieg Anhänger der extremen nationalistischen Rechten war.
 - 29 Beim Pogrom in Kielce am 4. Juli 1946 starben 41 Juden. Ähnliche, kleinere Ausbrüche von Antisemitismus gab es im Nachkriegspolen viele. Es gibt jedoch Gründe für die Annahme, daß diese Greuel (wie auch der Mord an zwei Juden im ungarischen Kunmadaras am 21. Mai 1946) von der kommunistischen Polizei provoziert worden sind, die ein Interesse daran hatte, das bereits gespannte Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden weiter zuzuspitzen. Siehe Aleksander Smolar, *Jews as a Polish Problem*, in: *Daedalus* 116 (2), Frühjahr 1987, S. 31-73, sowie *Babylon* 2, Juli 1987, und Yosef Litvak, *Polish-Jewish Refugees Repatriated from the Soviet Union to Poland at the End of the Second World War and Afterwards*, in: *Jews in Eastern*

- Poland and the USSR, 1939-1946, Hg. Norman Davies und Antony Polonsky, New York 1991. Ich bin Prof. Istvan Deák für seine Beobachtungen zu diesem Punkt zu Dank verpflichtet.
- 30 Der »Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland wurde am 27. Februar 1992 unterzeichnet und in der tschechoslowakischen Föderalversammlung am 4. April 1992 mit 226 zu 144 Stimmen angenommen und ratifiziert. Gegen den Vertrag stimmten Abgeordnete der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokraten und der Slowakischen Nationalisten; die Slowaken stießen sich an der Formulierung von dem »kontinuierlichen Fortbestand des tschechoslowakischen Staates seit 1918«.
 - 31 Nur in Ungarn gibt es eine signifikante Zahl von Juden, und zwar rund 100 000, von denen die meisten in Budapest leben.
 - 32 Nach Joseph Rothschild war im Osteuropa der Zwischenkriegszeit »die einzige wirklich machtvolle internationale Ideologie ... ein auf Überzeugung und Erfahrung basierender Antisemitismus«, East-Central Europe Between the Two Wars, Seattle 1974, S. 9. Interessante Bemerkungen zur »Assimilierungswut« jener ungarischen Juden, die sich in der Nachkriegszeit entschlossen, im Lande zu bleiben, bietet Maria Kovacs, Jews and Communists: A View After Communism, unveröffentlicht.
 - 33 Siehe Istvan Deák, Could the Hungarian Jews Have Survived? in: New York Review of Books, 29 (1), 4. Februar 1982; Randolph L. Braham, The Politics of Genocide: The Holocaust in Hungary, New York 1981; György Ránki, The Germans and the Destruction of the Hungarian Jewry, in: The Holocaust in Hungary: Forty Years Later, Hg. Randolph L. Braham und Béla Vago, New York 1985; András Kovács, Could Genocide Have Been Averted? in: *Budapest Review of Books* 1 (1), 1991, S. 20-25.
 - 34 Zum Nachkriegsumgang der Österreicher mit dem einheimischen Antisemitismus und der Erinnerung an die österreichische Begeisterung für die Nationalsozialisten siehe Bruce F. Pauley, From Prejudice to Persecution: A History of Austrian anti-Semitism, Chapel Hill (North Carolina) 1991, S. 301-310.
 - 35 Siehe Annette Wieworka, Déportation et Génocide. Entre la mémoire et l'oubli, Paris 1992, vor allem S. 19-159 und 329-433; Serge Klarsfeld, Vichy-Auschwitz. Le rôle de Vichy dans la solution finale de la question juive en France, 2 Bde., Paris 1983.
 - 36 Bemerkenswert ist, daß François Mitterrand 1982 beim Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem jede offizielle Anerkennung der Rolle Vichys bei der Deportation der Juden vermied – ein Schweigen, das er trotz leidenschaftlicher Appelle aus vielen Teilen der französischen Gesellschaft bisher nicht gebrochen hat. Aber Frankreich ist kein Einzelfall – das historiographische und öffentliche Interesse an Judendeportationen in Belgien, Italien und anderswo ist jüngsten Datums. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, eine wie geringe Rolle in den unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnten die Vernichtung der Juden und das sensible Problem des latenten Antisemitismus im politischen Bewußtsein Europas gespielt hat.
 - 37 Zu den optimistischeren Zeichen in Osteuropa gehört die Organisation oder Reorganisation von Zentren der historischen Forschung, die in vielen Fällen darauf ausgerichtet sind, den Schaden wiedergutzumachen, den die historische Forschung in den letzten vierzig Jahren in dieser Region erlitten hat. In Prag hat das Památník odboje (Gedenkstätte für den Widerstand) – Teil des einstigen Militärgeschichtlichen Instituts der Tschechoslowakischen Armee – nunmehr eine von Dr. Frantisek Janacek geleitete Abteilung, die der historischen Untersuchung von Widerstand und Kollaboration in der Tschechoslowakei während und nach dem Zweiten Weltkrieg gewidmet ist.
 - 38 Die hervorsteckende Ausnahme war natürlich der üble Ausbruch eines von den offiziellen Stellen stillschweigend geduldeten Antisemitismus in Polen in den Jahren 1967 und 1968. Für viele Menschen ist dies jedoch bereits kosmetisch umfrisiert worden in das Werk einiger weniger Hitzköpfe im politischen Apparat, ohne Rückhalt oder Wurzeln in der Partei oder der Bevölkerung.
 - 39 Am 30. August 1991, zitiert in *Le Monde* vom 31. August 1991.
 - 40 Man sollte auch nicht vergessen, daß besonders die italienischen Sozialisten gemeinsam mit den Kommunisten den osteuropäischen Schauprozessen der vierziger und fünfziger Jahre begeistert applaudierten – ein Thema, über das sie heute vorziehen, diskret zu schweigen. Selbst Aneurin Bevan von der britischen Labour Party war nicht gegen die Versuchung geteilt; 1959 bekräftigte er seinen Glauben an die Zukunft der Sowjetunion und erklärte: »Die Herausforderung wird von jenen Nationen kommen, denen es, wie sehr sie sich auch irren mögen – und ich glaube, sie irren sich in vielen fundamentalen Aspekten –, doch langfristige

- gelingen wird, die materiellen Früchte der Wirtschaftsplanung und des öffentlichen Besitzes an den Produktionsmitteln zu ernten«, zitiert in Michael Foot, Aneurin Bevan: A Biography, Volume II: 1945-1960, New York 1974. Alles in allem ist es schwer, nicht der bitteren Schlußfolgerung zuzustimmen, die Paolo Flores d'Arcais formuliert: »Praktisch die gesamte europäische Linke war direkt oder indirekt am Kommunismus mitbeteiligt – durch Einseitigkeit, durch Berechnung, durch Unterlassung.« Siehe sein Editorial in *Micro Mega* 4, 1991, S. 17.
- 41 1939 gab es in Bulgarien noch 32 Prozent Analphabeten, in Jugoslawien 40 Prozent und in Rumänien fast 50 Prozent. Siehe Barbara Jelavich, *History of the Balkans: Twentieth Century*, Cambridge 1983, S. 242.
- 42 Man vergleiche die Ansprache, die der Historiker und ungarische Ministerpräsident Jozsef Antall am 11. Januar 1992 hielt; in ihr beschrieb er vor seinem ungarischen Publikum die Undankbarkeit des Westens für den heroischen Einsatz Ostmitteleuropas im Interesse des Westens. »Diese unerwiderte Liebe muß aufhören, weil wir auf unserem Posten gestanden, unsere eigenen Kämpfe ohne einen einzigen Schuß geführt und den Dritten Weltkrieg für den Westen gewonnen haben.« Diese beunruhigend revisionistische Interpretation der Kadar-Jahre findet sich auszugsweise in *East European Reporter* V (II), März-April 1992, S. 66-68.
- 43 Siehe David F. Good, *The Economic Rise of the Habsburg Empire, 1750-1914*, Berkeley (California) 1984.

Markus Meckel

Vergangenheit als gesamtdeutsche Aufgabe

I

Die Deutschen haben zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert eine Diktatur aufzuarbeiten. Die Bedeutung dieser Aufgabe steht uns hierzulande gerade deshalb so deutlich vor Augen, weil wir uns der Probleme bewußt sind, die die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in beiden Teilen Deutschlands auf ihre je eigene Weise gehabt hat. Für die Geschichte der alten Bundesrepublik war das Sich-Verhalten zu dieser Vergangenheit und ihren Folgen genauso konstitutiv wie für die Geschichte der DDR. In der alten Bundesrepublik hat der immer wieder neu entfachte öffentliche Streit über die Vergangenheit zu einer weitgehenden Aufarbeitung geführt und das gesellschaftliche Bewußtsein tiefgreifend verändert.

In der DDR wurde der Antifaschismus sehr schnell zu einer Legitimierungsideologie für die Herrschaft der SED. Anfangs wurde von den Kommunisten versucht, möglichst viele Gegner des Nationalsozialismus für die DDR zu gewinnen und ihre Aktivität in die eigenen politischen Strategien einzubinden. Viele sind dem mit Überzeugung und großem Enthusiasmus gefolgt. Sie wollten einen sozialistischen, gerechten und friedlichen Staat aufbauen und radikal mit allem brechen, was in Deutschland zum Nationalsozialismus geführt hatte. Immer mehr aber wurde der Antifaschismus der DDR dann zu einer hohlen Ideologie. Antisemitismus und Holocaust wurden kaum dargestellt, ebensowenig die inneren Strukturen der Diktatur. Die Darstellung des Widerstands gegen Hitler in Deutschland wurde weitgehend auf den kommunistischen reduziert. So stand die DDR plötzlich als Freund und Bruder der ruhmreichen Sowjetunion an der Seite der Sieger des Zweiten Weltkrieges, während in bezug auf den Westen Deutschlands – »der Schoß ist fruchtbar noch« – die ständige Gefahr von Militarismus und Faschismus beschworen wurde. Eine aus der deutschen Geschichte sich ergebende Verantwortung wurde für die DDR geleugnet, man stand eben per definitionem auf der Seite des Fortschritts.

Die Geschichte wurde nach festgefügttem ideologischen Schema zu einem Korsett, in dem die Menschen ihre eigene Biographie und Geschichte nicht wiederfanden. So wurde in der DDR, völlig anders als in West-

deutschland, auch über die eigene, d.h. persönlich belastete Vergangenheit nicht gesprochen, sie wurde verdrängt und verschwiegen. Für eine freie und differenzierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gab es keinen Ort. Bücher, die das versuchten, hatten Schwierigkeiten zu erscheinen, falls es überhaupt gelang.

Nur in den Kirchen, durch einzelne Intellektuelle und oppositionelle Gruppen wurde diese Verdrängung und Geschichtsklitterung durchbrochen. Dies war von großer, ja identitätsbildender Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit der eigenen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit in der DDR brachte die Defizite der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit immer wieder deutlich zutage.

Vor diesem Hintergrund schrieben Martin Gutzeit und ich 1985 ein Positionspapier zum Gedenken an den 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus mit dem Titel: »8.Mai 1945 – unsere Verantwortung für den Frieden«. Darin heißt es:

»Wir glauben, wir werden unsere Gegenwart nicht verstehen und wesentliche Hindernisse bei der Bewältigung unserer heutigen Probleme nicht überwinden können, wenn wir diese Vergangenheit nicht in den Blick bekommen. Wir glauben, daß die Weise, wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen – sie bewältigen oder verdrängen –, in einem inneren Zusammenhang damit steht, wie wir uns heutigen Problemen stellen. Der von uns so häufig erfahrenen Unfähigkeit, dem Frieden näherzukommen, entspricht eine Unfähigkeit, die uns fremd erscheinende Vergangenheit zu übernehmen und aufzuarbeiten. Der sich daraus ergebenden Aufgabe wollen wir uns stellen.«

Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte hat den Umgang mit der NS-Vergangenheit als ständige Folie bei sich. Immer wieder, und manchmal unvorhergesehen, scheint dieser Zusammenhang neu auf: Da findet sich auch bei solchen Gruppen, die im Hinblick auf die Funktionsträger des NS-Regimes nicht gerade übermäßige Initiative zur Bestrafung aufbrachten, plötzlich großes Interesse an den Schuldigen in der DDR-Geschichte. Da gibt es Streit über die Gestaltung von Gedenkstätten, wo ehemalige KZs auch nach 1945 wieder als Lager genutzt wurden. Da erhebt sich Protest, wenn von den zwei deutschen Diktaturen gesprochen wird, weil man glaubt, dies sei eine Nivellierung der großen, auch qualitativen Unterschiede von Nationalsozialismus und Kommunismus, eine Nivellierung, welche wiederum bei einigen durchaus Absicht zu sein scheint.

Wer eine Diktatur überwinden will, steht vor der gewichtigen Frage, wie er mit dieser Hinterlassenschaft umgehen will. Diese Frage hat viele Aspekte. Einmal geht es natürlich um die Personen in Politik und Verwaltung, die das bisherige System gestaltet und getragen haben, und um die Frage, wie mit ihnen umzugehen sei. In gewisser Weise damit verbunden

ist das Problem der Stasi-Akten. Wer soll Zugang zu ihnen haben? Wie durchsichtig soll werden, was früher geschah, wenn fast alle Akteure noch unter uns leben?

Und dann sind da die Opfer, die Unrecht erfahren haben. Ihr Schicksal ist zu achten und darf nicht vergessen werden. Das ihnen angetane Unrecht ist als solches öffentlich zu benennen. Oft genug schon sind sie die Vergesenen und Unbequemen.

Doch das ist nicht alles. In Zeiten von Diktaturen haben sich auch Strukturen verändert, z.B. in bezug auf das Eigentum. Was kann oder darf rückgängig gemacht werden, ohne neues Unrecht zu schaffen?

1990 habe ich lange mit dem damaligen spanischen Botschafter in der DDR gesprochen, der mir ausführlich von den Erfahrungen des Übergangs von der Franco-Diktatur zur Demokratie berichtete. Er erläuterte mir auch das »Versöhnungsgesetz«, das gleich nach der Machtübernahme alle mit dem Franco-Regime Kollaborierenden amnestierte. Damals schon war deutlich, daß ein solches Vorgehen bei uns in Deutschland nicht möglich sein würde. Er führte das auf unseren Protestantismus zurück.

Die Aufgabe und Notwendigkeit der Aufarbeitung und des Umgehens mit der kommunistischen Geschichte teilen wir in Deutschland mit unseren östlichen Nachbarn, welche die damit verbundenen Probleme in ihrer oft sehr unterschiedlichen Situation und Geschichte verschieden aufnehmen.

In Polen sprach der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Mazowiecki in seiner Antrittsrede im August 1990 vom dicken Schlußstrich unter die Vergangenheit. Der notwendige Wechsel in den Verwaltungen sollte nicht zuerst durch personelle Säuberung, sondern durch neue Berufungsverfahren und Wahlen sowie insbesondere durch die Veränderung der Strukturen vollzogen werden. Die Akten der politischen Polizei werden verschlossen gehalten, nur die Staatsanwaltschaft und Gerichte, der Präsident und der Ministerpräsident haben nach sehr restriktiven Regeln Zugang. Illegale Verwendung von Akten wird inzwischen mit fünf Jahren Gefängnis bestraft. Diese Regelung entspricht nicht zuletzt der Befürchtung, daß die politische Instrumentalisierung dieser Fragen, wie sie schon vor der Präsidentschaftswahl 1990 gegen Mazowiecki praktiziert wurde, die neue politische Elite zugunsten populistischer Kräfte schwächen und dem Reformprozeß einen schweren Schaden zufügen würde. Die Ereignisse und Diskussionen im Sommer 1992, in deren Gefolge die Regierung Olszewski abgetreten ist, und immer neue Versuche, einzelne Politiker durch Gerüchte in Verruf zu bringen, scheinen dem recht zu geben.

In Ungarn ist trotz verschiedener eher propagandistischer Äußerungen und stets neuer Diskussionen in der Gesellschaft die Zurückhaltung der konservativen Regierung, zu gesetzlichen Regelungen die Vergangenheit

und den Umgang mit den Akten betreffend zu kommen, recht groß. Die gesetzliche Klärung dieser Fragen kommt nur schleppend voran.

Die damals noch bestehende CSFR hat im Oktober 1991 das sogenannte Lustrationsgesetz (Durchleuchtungsgesetz) beschlossen, nach dem Kadermitarbeiter der Staatssicherheit und ihre informellen Mitarbeiter und Vertrauensleute ebenso für fünf Jahre von Staatsfunktionen suspendiert sind wie alle Funktionäre der kommunistischen Partei und des Staatsapparates, von den Bezirksausschüssen bis an die Spitze. Der Streit um dieses Gesetz war groß. Trotzdem haben die Tschechische und die Slowakische Republik es übernommen.

II

Die Aufarbeitung der Vergangenheit findet in Deutschland unter ganz anderen Bedingungen statt. Durch die deutsche Vereinigung in Gestalt des Anschlusses an die Bundesrepublik und ihre Rechtsordnung und durch die Regelungen des Einigungsvertrages haben wir mit einem Schlag einen völlig neuen Rechtsrahmen auf rechtsstaatlicher Grundlage, während unsere Nachbarländer erst nach und nach das bestehende Recht außer Kraft setzen bzw. ändern müssen. Natürlich ist dieser Rechtsrahmen unter ganz anderen gesellschaftlichen und historischen Bedingungen entstanden, so daß er für unsere Strukturen oft nicht paßt oder zu unerwünschten Folgen führt. Die Mehrheit der Politiker, die ja aus dem Westen stammt, kennt die historische Situation in der DDR kaum. Das betrifft Eigentums- und Rentenfragen genauso wie die Verjährung von Straftaten, die unter normalen Umständen längst verjährt wären, zu DDR-Zeiten aber nicht verfolgt wurden und erst jetzt durch Sichtung der Akten nach und nach zutage treten.

Ein anderer wichtiger Unterschied zu den östlichen Nachbarn ist, daß wir durch die Möglichkeit des Personaltransfers von West nach Ost in Ostdeutschland nicht im selben Maße auf die alten Eliten und Fachleute angewiesen sind. Natürlich ergeben sich durch diesen staatlich geförderten und hochbezahlten Transfer neue, das Zusammenwachsen der Deutschen belastende Probleme, da plötzlich die gleiche Arbeit im Osten Deutschlands sehr unterschiedlich vergütet wird, je nachdem, ob man aus dem Osten oder dem Westen stammt.

Nur sehr langsam verbreitet sich auch im Westen das Bewußtsein, daß durch die deutsche Vereinigung sich nicht nur für die Menschen im Osten fast alles geändert hat, sondern alle Deutschen betroffen sind. Es scheint erst einmal so, daß nur die Menschen im östlichen Teil ihre Geschichte aufarbeiten müssen. Dabei wird Aufarbeitung der Vergangenheit im öffentlichen Bewußtsein weitgehend reduziert auf die Frage nach der Mitar-

beit bei der Staatssicherheit und die Prozesse gegen Honecker und die ehemalige Parteispitze.

Das Problem der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist jedoch viel umfassender – es betrifft alle Deutschen! Wir sind alle durch die vier Jahrzehnte deutscher Teilung tief geprägt, auch da, wo das Bewußtsein der Einheit lebendig geblieben ist. Diese Prägungen sind auch heute noch wirksam, selbst da, wo wir sie verdrängen. Sie gehören zu unserem Leben, das wir ja nicht wegwerfen wollen. Doch ist es wichtig, sie sich selbst und dem anderen bewußt zu machen, sie zu erklären, an ihnen zu arbeiten.

Die große Mehrheit der Menschen im Westen blickt – wie ich denke, zu Recht – mit Stolz auf die demokratischen Prägungen der alten Bundesrepublik, mit einer bei aller möglichen Kritik starken Identifizierung mit der gesellschaftlichen und staatlichen Grundordnung. Insbesondere vielen Linken ist diese Identifizierung erst im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung richtig bewußt geworden, da sie ihr Selbstverständnis aus der Kritik an den staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen bezogen hatten.

Im Laufe der Jahre verloren viele, besonders aus der jüngeren und mittleren Generation, die Deutschen im Osten aus dem Blick. Auf Grund der belasteten Vergangenheit fühlte man sich lieber als Europäer. Der nationalen Identität begegnete man mit äußerster Skepsis. Man hielt sie auch nicht für nötig. Man war sich als Westdeutscher genug. Die Grenze prägte das Selbstbewußtsein derart, daß die im Osten darin im Grunde nicht mehr vorkamen. Daß wir Ostdeutschen uns als Deutsche fühlten, ja mit dieser nationalen Identität auch im Grunde mehr verbunden haben als viele Westdeutsche – was diesen die Ostdeutschen dann wiederum eher suspekt macht –, daß wir als DDR-Bürger vielleicht gar noch die gleichen demokratischen Rechte beanspruchen konnten wie sie den Westdeutschen gewährt worden waren, das geriet meist aus dem westlichen Bewußtseins-horizont.

Entsprechend schwer war und ist für viele bis heute die Tatsache, ohne gefragt worden zu sein, mit denen im Osten nun wirklich zusammenzugehören und manche damit verbundenen Lasten mittragen zu müssen. Dazu kommt die Fremdheit gegenüber den Prägungen, die durch die sehr anderen Erfahrungen in der DDR entstanden sind.

Die differenzierte Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte wird daher einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen und menschlichen Zusammenwachsen der Deutschen zu leisten haben.

Nach der Wende war in der DDR-Bevölkerung der Drang zur Einheit sehr groß, man wollte so schnell wie möglich sein wie die im Westen. Doch nach fast drei Jahren staatlicher deutscher Einheit haben viele im Osten den Eindruck, nicht wirklich anerkannt und gleichberechtigt zu sein. Das resultiert natürlich zum einen aus der Art, wie die deutsche Vereinigung

politisch gestaltet wurde. Zum anderen ist es aber auch eine Folge von vier Jahrzehnten unterschiedlicher Prägung durch verschiedene politische und gesellschaftliche Verhältnisse.

Während es die einen Verhältnisse eben nicht mehr gibt – zum Glück, gewiß –, viele Menschen im Osten aber noch keine neue geistige Heimat gefunden haben, glauben viele im Westen noch, einfach so weiterleben zu können wie bisher; sie haben die neue Situation noch nicht wirklich begriffen und sind oft nicht bereit, die Umwälzungen in Deutschland und Europa als Herausforderung anzunehmen – nicht zuletzt auch als Notwendigkeit, sich selbst zu ändern.

Ein wirkliches Zusammenwachsen der Deutschen und das Sich-Anerkann-Wissen der Ostdeutschen im geeinten Deutschland wird nur möglich sein, wenn die 40 Jahre DDR-Geschichte nicht verdrängt werden. Diese Geschichte – nicht nur ihr äußerer Ablauf, sondern auch das Alltagsleben in all seinen differenzierten und sich im Laufe der Jahrzehnte ja auch verändernden Bedingungen – müssen die meisten erst kennen- und wahrnehmen lernen. Natürlich in erster Linie diejenigen, die im Westen aufgewachsen sind, doch in gewisser Weise auch die Menschen im Osten selbst. Denn es gehörte zu den Wesensmerkmalen des Systems, daß es sich nicht durchschaubar gemacht und in seinen inneren Zusammenhängen und Entscheidungsmechanismen geheimgehalten hat, daß es eben keine Öffentlichkeit gab.

III

Mit dem Blick auf die Geschichte der DDR stellen sich viele Fragen, denen nicht auszuweichen sein wird und deren Beantwortung für das Miteinanderleben in Deutschland und überhaupt für die Gestaltung von Demokratie angesichts ihrer Gefährdungen wichtig sein wird. Zum Beispiel:

– Wie konnte dieses System sich so lange halten? Welche Strukturen, welche Repressions-, Legitimations- und Integrationsmechanismen und welche Verhaltensweisen von Menschen haben das möglich gemacht? Von Menschen, die ja nicht schlechter sind als die im Westen.

– Wie und nach welchen Maßstäben sind bestimmte Verhaltensweisen zu bewerten? Wie war der gesellschaftliche und geistige Zusammenhang, der das Handeln mitbestimmte?

– Wie groß war der persönliche Spielraum in den verschiedenen Situationen?

– Wie kamen Entscheidungen zustande und wer hatte eigentlich wem etwas zu sagen? Wer ist verantwortlich?

– Wie ist mit den Verantwortlichen von gestern umzugehen und wie kann das so differenziert geschehen, daß es den unterschiedlichen Bedin-

gungen gerecht wird? Wie ist es möglich, Menschen, die in dieses System stärker integriert waren und verantwortliche Positionen hatten, in die demokratische Entwicklung so einzubeziehen, daß sie wirklich dafür gewonnen werden, und wo muß verhindert werden, daß Verantwortliche von gestern auch heute hohe Positionen bekleiden und so für viele Menschen die Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen der Demokratie in Frage gestellt wird?

– Wie kann man denen gerecht werden, die durch das vergangene System einen über das in der DDR Normale hinausgehenden persönlichen Schaden erlitten haben? Wie können Opfer nicht nur rehabilitiert und entschädigt, sondern auch gezielt gefördert werden ?

Neben solchen Fragen, die für das öffentliche und gesellschaftliche Leben von Bedeutung sind, stehen solche, die für das persönliche Aufarbeiten wichtig sind – und es gibt nicht wenige Menschen, die sie sich stellen, wenn auch vielleicht noch mehr, die sie von sich weisen. Es ist eben auch eine Frage an einen selbst: Wann und wie hast du dich verblenden lassen? Wie konnte es dazu kommen, daß man vieles nicht gesehen hat? Warum hast du geschwiegen und nichts getan?

Für die Reaktion auf solche Fragen ist es wichtig, wie sie gestellt werden und wer sie stellt. Und für den öffentlichen Umgang damit wird es natürlich von Bedeutung sein, wie jemand, der sich mit seiner schwierigen und vielleicht belasteten Vergangenheit wirklich auseinandersetzt, bewertet wird. Das öffentliche Klima kann eine Verdrängung und Verleugnung der eigenen Geschichte durch vorschnelle Verurteilungen oder gar den Eindruck einer Hexenjagd stark fördern. Auf der anderen Seite gibt es auch das Interesse, vergangenes Verhalten pauschal durch ein »Man mußte ja ...« zu rechtfertigen, was dann die durchaus verschiedenen Verhaltensweisen der Menschen in diesem System nivelliert.

Die hier angedeuteten Probleme und Fragen im Umgang mit der Geschichte machen hinreichend deutlich, daß die Aufarbeitung von Vergangenheit ein langer gesellschaftlicher Prozeß ist, der nicht nur ein Subjekt hat und auf den es kein Monopol gibt.

Sie geschieht auf vielfältige Weise.

Literatur, Theater und Film beginnen sich mit dieser Vergangenheit und ihren Folgen auseinanderzusetzen. Wo Menschen aus West und Ost sich wirklich nahekommen, wird erzählt, von eigenen Erfahrungen und dem, was man weiß; und gemeinsam wird nach Verstehen gesucht. Die Geschichtsschreibung hat ein unermessliches Arbeitsfeld dazugewonnen, durch neue Fragestellungen ebenso wie durch die Fülle neuer und zugänglicher Quellen.

Im Bewußtsein vieler Menschen sind die Gerichte für die Aufarbeitung der Vergangenheit besonders wichtig. Doch sind ihnen enge Grenzen

gesetzt. Nach dem Einigungsvertrag ist strafrechtlich nur verfolgbar, was sowohl nach DDR-Recht als auch nach bundesdeutschem Recht verfolgbar ist, wobei dann das jeweils geringere Strafmaß angewandt wird. Hierzu gehört auch die heute heftig diskutierte Frage der Verjährbarkeit. Wenn gegenwärtig auch – trotz empfindlicher Personalnot angesichts der Quantität durchzuarbeitender Tatbestände – in einer großen Zahl von Fällen ermittelt wird, zeigt sich doch jetzt schon deutlich, daß es nur in begrenztem Maße möglich sein wird, die individuelle Schuld des einzelnen für begangenes Unrecht zu beweisen. Es scheint klar, daß eine juristische Aufarbeitung nicht das bringen kann und wird, was viele sich von ihr erwarten.

Doch kann sich, wo eine Verurteilung heute nicht (mehr) möglich ist, die Notwendigkeit einer Rechtsschöpfung ergeben. Die Erfahrung des Nationalsozialismus hat nach 1945 die Rechtsentwicklung vorangetrieben, national wie international. So stellt sich auch heute die Frage, was angesichts der DDR-Erfahrung im Rahmen der Gesetzgebung getan werden kann oder muß. Auch diese Frage hat verschiedene Hinsichten:

- Den Opfern muß ihre Ehre wiedergegeben werden, das ihnen widerfahrne Unrecht muß als solches qualifiziert werden; sie selbst müssen nicht nur rehabilitiert, sondern, wo es möglich ist, auch entschädigt bzw. spezifisch gefördert werden.

- Es muß entschieden werden, ob und, wenn ja, wem nach welchen Kriterien und nach welchem Verfahren künftig der Zugang zum öffentlichen Dienst aus Gründen früherer Tätigkeiten und Funktionen in der DDR verwehrt werden kann.

- Es gilt, Rechtsmittel zu schaffen, national wie auch international, um Diktatoren und ihre Helfershelfer strafrechtlich verfolgen zu können. Es darf nicht so bleiben, daß Diktatoren nur zu Beginn ihrer Herrschaft das bestehende Recht außer Kraft setzen müssen, um dann, nach ihrem Sturz, nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden zu können!

- Der Umgang mit den Akten mußte geregelt werden. Sollten sie, wie viele es wollten, für Jahrzehnte verschlossen bleiben oder gezielt zugänglich gemacht werden, für die Opfer, für die historische Forschung, für die Gerichte?

Alles dies waren und sind zentrale Aufgaben von Parlament und Regierung. Die Entscheidungsfindung dafür war und ist oft nicht leicht, zumal die Interessen und Haltungen sowohl zwischen Ost und West als auch innerhalb der verschiedenen Gruppen bis heute sehr unterschiedlich sind.

Die erste frei gewählte Volkskammer hat sich dieser Aufgabe mit großem Ernst gestellt, konnte jedoch in den wenigen Monaten ihrer Existenz nur wenig in Gang bringen. Davon wurde wiederum nur einiges in

den Einigungsvertrag aufgenommen. Die Aufgabe jedoch hat sie dem Deutschen Bundestag vererbt, der sie angenommen hat.

Es wurde in den letzten zwei Jahren viel gerungen um die Ausgestaltung der notwendigen Gesetze. Dieser Prozeß ist bis heute nicht abgeschlossen. Im Stasi-Unterlagen-Gesetz hat der Deutsche Bundestag nach langen Diskussionen den Umgang mit den Stasi-Akten geregelt. Er hat den Opfern die über sie gesammelten Akten zugänglich gemacht und die nicht personenbezogenen Akten der Forschung geöffnet. Ein wichtiges Argument dafür war, daß es zu vielen Denunziationen über eine Mitarbeit bei der Staatssicherheit gekommen war, es aber keine Regelung für die Überprüfung solcher Aussagen gab. Die Mitarbeiter der Staatssicherheit hätten ihr Wissen als Herrschaftswissen nutzen können, ohne daß man dem wirksam hätte entgetreten können, es sei denn durch eine allgemeine Amnestie, die die Mehrheit jedoch nicht wollte – wie ich denke, zu Recht. Entgegen manchen Befürchtungen ist es nach anderthalbjähriger Praxis mit diesem Gesetz noch nirgendwo zu Übergriffen gegen frühere Stasi-Mitarbeiter gekommen.

Eine solche Regelung ist nicht nur für Deutschland einmalig: Ein Volk kann anhand von Akten seine Geschichte erforschen und aufarbeiten, die der Sicherheitsdienst einer es beherrschenden Diktatur angelegt hat.

In einem anderen Gesetz mit dem schrecklichen und falschen Namen »Erstes Unrechtsbereinigungsgesetz« wurden erste und noch unzureichende Regelungen zur Entschädigung für politische Haftstrafen und anderes durch die Justiz zugefügtes Unrecht geschaffen. Ein weiteres Gesetz, welches das Verwaltungsunrecht betrifft, wird im Parlament verhandelt.

IV

Im Sommer 1991 begann in Deutschland eine öffentliche Debatte, wie die Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu fördern sei. Der Vorschlag, ein Tribunal zu gründen, wurde intensiv diskutiert. Unklar blieb dabei, wer da eigentlich in wessen Namen agieren sollte. Es erschien jedoch sinnvoll, eine Institution zu schaffen, die es sich unabhängig von der aktuellen Tagespolitik zur Aufgabe macht, das Thema gerade angesichts mancher Verengungen der öffentlichen Diskussion kontinuierlich zu bearbeiten.

In einer Presseerklärung vom November 1991 schlug ich die Bildung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte vor. Der Bundestag solle »selbst die Initiative ergreifen, sich bessere Voraussetzungen für seine Urteilsfähigkeit und sein Handeln zu schaffen und daran mitwirken, eine Anatomie des SED-Staates zu erstellen. (...) Eine solche Kommission und ihre Arbeit würden helfen, eine politische Aufarbeitung wachzuhalten und immer neu herauszufordern. Sie würde damit einem

Hang zum Verdrängen und Wegwischen wehren und das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stärken.«

Nach einigem Hin und Her wurde dann am 12. März 1992 die Enquete-Kommission gebildet. Der Bundestag richtet solche Kommissionen ein »zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe« (so die Geschäftsordnung). Bisherige Enquete-Kommissionen haben sich weitgehend mit Themen befaßt, deren Fragestellungen ganz wesentlich auf wissenschaftlich objektivierbare Probleme bezogen waren. Noch nie hat eine Enquete-Kommission sich mit einem auf die Zeitgeschichte bezogenen Thema befaßt. Wer eine Analogie in der Parliamentsgeschichte sucht, könnte sie höchstens in jenem Ausschuß des Deutschen Reichstages der Weimarer Republik finden, der zwölf Jahre lang über die Folgen des Ersten Weltkrieges arbeitete.

Eine Enquete-Kommission ist kein Untersuchungsausschuß.

Ein solcher untersucht einen konkreten Vorfall bzw. einen spezifischen Handlungsbereich und sucht entsprechend dann auch nach den jeweils konkreten, d.h. persönlichen Verantwortlichkeiten. Dafür kann er jeden Bürger bis zum Bundeskanzler zwingend vorladen. Die Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses können strafrechtliche Konsequenzen haben.

Eine Enquete-Kommission dagegen hat solche Befugnisse nicht, sie verfolgt aber auch ein anderes Ziel. Ihre Aufgabe ist in unserem Fall die Klärung allgemeiner Zusammenhänge: Wie kamen Entscheidungen zustande? Wer hatte wem etwas zu sagen? Durch welche Bedingungen war das Handeln des einzelnen beeinflußt etc.? Es soll deutlich werden, wodurch das Leben in der DDR bestimmt war und was es prägte. Der Einzelfall hat hier nur exemplarische, den Gesamtzusammenhang erhellende Bedeutung.

Bei eingeladenen Zeitzeugen ist die Enquete-Kommission auf freiwilliges und offenes Reden angewiesen, auf die Bereitschaft, das eigene Erleben und die entsprechenden Kenntnisse wahrheitsgemäß darzustellen.

Sechs große Themenfelder sollen von der Enquete-Kommission bis zum Frühjahr 1994 nacheinander behandelt werden:

1. Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung;
2. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR;
3. Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat;
4. innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen;
5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur;
6. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst

1989, die Vereinigung Deutschlands und das Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur.

Der Bericht der Kommission soll bis Mitte 1994 vorliegen. Von der Aufgabenstellung her ist es in der Kommission Konsens, daß es sich nur um einen Zwischenbericht handeln kann, zu dem dann eine umfangreiche Liste von Fragestellungen gehören wird, die in der relativ kurzen Arbeitszeit von zwei Jahren nicht behandelt werden konnten.

Von Anfang an gab es manche Skepsis, mit einer Parlamentskommission die DDR-Vergangenheit aufarbeiten zu wollen.

Zwei Argumente will ich benennen, die sich wohl auch nicht grundsätzlich widerlegen lassen. Sie betreffen dauerhafte Gefahren für die Tätigkeit der Kommission, die sie nur durch ihre konkrete Arbeit vermeiden kann – oder denen sie verfällt.

Der erste Einwand kommt von Historikern. Hier wird befürchtet, es solle mit dieser Kommission eine staatlich legitimierte Geschichtsschreibung inauguriert werden bzw. ihre Darstellungen und Bewertungen historischer Sachverhalte sollten gewissermaßen als Staatsweisheit künftig in Schulen gelehrt werden.

Liest man die ersten Anträge der verschiedenen Fraktionen und Gruppen, leuchtet einem dieser Einwand noch mehr ein: Sie lesen sich eher wie das Programm eines historischen Forschungsinstituts für die nächsten zwanzig Jahre denn als ein Arbeitsauftrag für eine Parlamentskommission.

Die von der Kommission in ihrer ersten Arbeitsphase selbst artikulierte Aufgabenstellung ist im Bewußtsein dieser Gefahr formuliert worden, und sie versucht, ihr zu entgehen. Angesichts der Fülle des Stoffes einerseits und der vielen, jetzt erst anhand der zugänglich gewordenen Akten bearbeitbar gewordenen Vorgänge wird es eine ständige Versuchung sein, sich mehr der Erforschung dieser Geschichte zu widmen, die spezifisch parlamentarische Aufgabe und die Pointierung der Fragestellungen dagegen zu kurz kommen zu lassen.

Der zweite Einwand befürchtet, daß die notwendige Aufarbeitung der Geschichte zur Schlammschlacht zwischen den Parteien wird, womit Auseinandersetzungen der Vergangenheit einfach nur wieder aufgewärmt würden bzw. die Beschäftigung mit dieser Geschichte nur dazu dienen würde, Material für gegenseitige Vorwürfe zu sammeln, und die eigentliche Aufgabe deshalb nicht angemessen angegangen werden könne. Natürlich gibt es auch deutliche Ängste bei beiden großen Parteien, daß empfindliche Themen von der anderen Seite entsprechend ausgeschlachtet werden.

Innerhalb der Kommission besteht indes erklärte Einigkeit darin, daß keine Fragen und Probleme ausgespart werden dürfen. Gerade bei den sensiblen Themen wie z.B. der Ost- und Deutschlandpolitik der SPD,

doch auch bei der Darstellung der Geschichte der Blockparteien wird es sich zeigen, ob diese erklärte Einigkeit durchgehalten wird.

Willy Brandt hat in seiner Rede zur Einsetzung der Enquete-Kommission, seiner letzten Rede im Bundestag, betont, daß es in der Kommissionsarbeit nicht um Nabelschau gehen könne, sondern um die Ausweitung des je eigenen Gesichtskreises. Genau dies haben wir Deutschen, die wir nun in einem Staat miteinander leben und uns gegenseitig so wenig kennen und verstehen, dringend nötig. Nur wenn es uns gelingt, die uns prägende Vergangenheit bewußt zu machen, sie aufzuarbeiten und mit ihren Folgen angemessen umzugehen, werden wir nicht zu Gefangenen unserer Geschichte, sondern werden den Blick freibekommen für die großen Aufgaben, die vor uns liegen.

Juni 1993

Dieter Simon

Verstellung und Waschzwang

Notizen zur Tugend der Herrschenden

I. Der Reinheitsfimmel

Den folgenden Bemerkungen liegt die Beobachtung zugrunde, daß es gegenwärtig und seit geraumer Zeit – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit – einen hitzigen Diskurs über die Moralität der Politiker, über die öffentliche und private Sittlichkeit der Herrschenden gibt.

1. In der Schweiz zum Beispiel, wo man Bürger- und Ratstugenden seit Jahrhunderten in ungebrochenem Einklang wäht, muß unversehens eine für ein Ministeramt nominierte Kandidatin vor der Presse die Erklärung abgeben, daß von ihr keine Nacktphotos existieren. Veranlaßt hat dies ein unfein anonymes Westschweizer »Komitee zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit der Institutionen«. Orientiert hat sich diese Reinigungsgruppe offenbar an einem im benachbarten Italien gleichsam aus dem Nichts aufgetauchten Bürgerkomitee mit dem interessanten Namen »Die reinen Hände« (Le mani pulite).

Zur gleichen Zeit sieht sich ein deutscher Ministerpräsident gezwungen, seinem Parlament einen ähnlichen Porno-Persilschein vorzulegen, Beteuerungen seiner Mäßigkeit zu liefern und sich langatmigen Erörterungen über das Vorleben seines Leibwächters auszusetzen.

In England läßt sich die Bevölkerung von den Medien erfolgreich auffordern, sich über ein öffentliches Telefon an den Schweingeleien des Thronfolgers zu ergötzen.

In Amerika hing das Schicksal begabter Leute vor kurzem von der Frage ab, ob sie als Jugendliche einmal Marihuana geraucht haben. Heute ist offenbar entscheidend, ob sie sich irgendwann in ihrem früheren Bürgerleben einmal ein puertorikanisches Dienstmädchen ohne Arbeitserlaubnis geleistet haben oder nicht.

2. Der angedeutete Sachverhalt ist offenbar nicht eindimensional interpretierbar. Man kann und muß, das zeigt schon die flüchtige Durchsicht der Vorgänge, differenzieren.

So ist die triumphale Verbreitung des Liebesröchelns von Prinz Charles wohl weniger einer immer noch viktorianisch fundierten Moral der Insulaner zuzuschreiben als dem rapiden Autoritätsschwund der englischen

Monarchie. Und das Schweizer Anstandskomitee hatte vermutlich nicht so sehr Angst um die eidgenössische Sittlichkeit, als Angst vor gewerkschaftsgepaarter Weiberherrschaft, Urbanität und, wie es hieß, »Stilbruch«. Neben solchen landes- und regionenspezifischen Sauberkeitswünschen gibt es auch allgemeinere, institutionell und politisch determinierte Ursachen des Verlangens nach öffentlicher Reinheit.

Zu dessen Erkundung und Darstellung möchte ich mich von drei Fragen leiten lassen:

Erstens, ob es sich bei dieser, auf den nüchternen Beobachter verwunderlich, wenn nicht abstoßend wirkenden Sucht nach Reinheit und politischer Reinigung lediglich um die alten Wünsche des Untertanen nach Makellosigkeit des Herrschers handelt – so daß danach nur noch zu erörtern wäre, warum sich dieser Wunsch zur Zeit häuft (III).

Oder deutet der Umstand, das wäre die zweite Frage, daß – mit von Woche zu Woche wachsender Beschleunigung – die Gehälter unserer Politiker, ihre Nebeneinnahmen und ihr Urlaub, ihre Verbindungen zu honorigen und weniger honorigen Kreisen verschiedenster Art, ihre Werbesprüche, ihr Konsumverhalten und ihr öffentliches und nichtöffentliches Triebleben in immer unerfreulicheren Details erforscht, beschrieben und beklagt werden, doch auf etwas anderes hin?

Z.B. auf neue Publikumsbedürfnisse als Folge einer generellen Moralisierung des Politischen? Oder auf den Verlust fundamentaler Werte bei den Regierenden, einen Fäulnisvorgang, den man mit Antikorrupsionsgesetzen für Abgeordnete oder wenigstens einem parlamentarischen Ehrenkodex samt angeschlossenem Parlamentarier-Ehrenrat bekämpfen sollte (IV)?

Schließlich – und das ist dann die letzte Frage – soll erwogen werden, ob der zur Zeit in Deutschland verbreitete Reinheitsfimmel durch die allgemeinen Erwägungen hinreichend erklärt wird oder ob er einer darüber hinausgehenden teutonischen Zusatzinterpretation bedarf (V).

Doch bevor ich mich diesen Fragen widme, will ich den Gegenstand noch von einem verwandten Komplex abgrenzen (II).

II. Erregung öffentlicher Sauberkeit

Bei diesem Komplex geht es um den Sachverhalt, daß nicht nur die Regierten, sondern auch die Regierenden mit Fleiß und Ausdauer über politischen Anstand und politische Kultur reden, also ihre eigene Moral und Sauberkeit zum Thema machen. Meistens geschieht dies in der Absicht, die in solcher Rede zur Sprache kommenden sittlichen Werte der eigenen Mannschaft zu- und dem politischen Gegner abzusprechen.

Je mehr es dem Politiker gelingt, sich als Lichtgestalt zu stilisieren,

seinen Charakter als makellos, seine Urteile als unbefangenen und treffsicher, seine Handlungen als zielgerichtet und altruistisch darzustellen, umso eher erscheint er als derjenige, der unsere Geschicke in sicherer Hand hält, uns verlässlich führt und daher unserer Zustimmung und Stimme würdig ist. Umgekehrt ist er gewiß umso ablösungsbedürftiger, verbrauchter und rückttrittsreifer, je dichter und größer die dunklen Flecken auf seinem Gewand sind.

Normalerweise handelt es sich hierbei um die üblichen Scharmützel des politischen Tageskampfes, die bestenfalls kurzfristig zu einem statistischen Anstieg der Moraldebatten, aber kaum zu dem nachhaltigen Wunsch nach Säuberung führen.

Von diesem Vorgang ist eine andere, vergleichbare, jedoch weniger häufige Erscheinung zu trennen, welche beim Publikum eben diese Konsequenz hat, nämlich einen allgemeinen verdrießlichen Ruf nach dem großen Kehraus hervorzulocken.

Dabei geht es um das Phänomen, daß einzelne Mandatsträger, parlamentarische Ausschüsse, endlich sogar ganze Parlamente mitsamt dem ihnen zuzuordnenden Medientroß sich stunden-, tage- und wochenlang intensiv, aufgeregt und lautstark mit den Bedingungen von Zahlungen und Überweisungen, mit Vergnügungsreisen, Barfreundschaften etc. befassen. Beteiligt sich schließlich sogar die Regierung mit einzelnen oder mehreren ihrer Mitglieder an solchen Aktionen, entsteht eine Situation, die man als Erregung öffentlicher Sauberkeit bezeichnen kann. Dieser Tatbestand hat zwei Ursachen.

1. Als ob

Es gibt in der politischen Geschichte eines Landes immer wieder Situationen, in denen die Überzeugung, daß »gehandelt« werden müsse, ziemlich verbreitet wenn nicht sogar allgemein ist.

In Deutschland haben wir eine solche Lage. Die Bundesrepublik hat gegenwärtig erhebliche innenpolitische Probleme, vor allem mit der Einwanderung, aber auch mit der Sanierung der neuen Bundesländer. Die Situation im sozial- und im bildungspolitischen Bereich ist schlecht. Es gibt sehr beachtliche ökonomische Schwierigkeiten, und auf der europäischen Ebene liegen Herausforderungen, für die man Konzepte erwartet.

Das heißt: die Stunde des handlungsfähigen und handlungsbereiten Politikers scheint gekommen.

Angesichts dieser Erwartung wäre es schlechthin niederschmetternd, wenn sich zeigen sollte, daß nur geringe oder überhaupt keine Handlungschancen bestehen. Wenn sich z.B. ergeben würde, daß von dem souveränen Entscheidungsverhalten der Politikerpersönlichkeit schon deswegen nichts zu erhoffen ist, weil, angesichts der vom Primat der Ökonomie

gesetzten Sachzwänge, angesichts multipler gesellschaftlicher Vorentscheidungen und angesichts einer bis in die äußerste Feinstruktur vorgedrungenen Beamtenherrschaft, derlei Entscheidungen nicht mehr entschlossen »gefällt«, sondern anlässlich der Selbstregulierung des Systems »ausgeworfen« werden.

Genau diese Aporie wird bezeichnet, wenn kritisierte Politiker, sei es auf die vorgefundenen finanzwirksamen Vorentscheidungen, sei es auf die Stagnation ihrer Haushalte oder die unkündbaren außenpolitischen Absprachen und die langfristigen vertraglichen Bindungen hinweisen.

Da die Politiker andererseits um die Handlungserwartungen wissen, flüchten sie in die Politik des »als ob«, in symbolische Aktionen, z.B. in einen monatelangen ambitionierten Diskurs über Ethik und Menschsein, um praktische Entscheidungen im Problemfeld der Abtreibung zu simulieren.

2. *Anstatt*

Neben der Simulation, der Vortäuschung von politischer Handlung, kommt als zweite mögliche Ursache für die Erregung öffentlicher Sauberkeit die Surrogation, die Ersetzung gebotener Politik durch Aktionismus in Betracht.

Wenn ich anstelle der dringend gebotenen Universitätsreform ein Sonderprogramm für die akademische Lehre entwickle oder Baupläne entwerfe, ersetze ich Bildungspolitik durch Aktionismus. Wenn ich statt der Reform über das Berufsethos von Professoren und die Arbeitsmoral von Studenten parliere, führe ich einen Moraldiskurs als Surrogat für Politik ein.

Politiker haben ihre Position häufig Umständen zu verdanken, die weniger in ihren Fähigkeiten als in den Beziehungsgeflechten, aus denen sie kommen, begründet liegen. Das ist weder ein Geheimnis noch ein Makel. Aber die Karrieregeschichte bewirkt häufig, daß selbst dort, wo Handlungschancen bestehen, wo sich z.B. die vielzitierten Sachzwänge (da starke ökonomische Interessen und gesellschaftliche Festlegungen fehlen) nur als Rahmenbedingungen präsentieren, die erwarteten Entscheidungen ausbleiben. Nicht mangels Möglichkeit, sondern mangels Kompetenz.

Statt dessen gibt es Ablenkungsmanöver. Die Zuschauer, welche auf die Aufführung des Dramas warten, werden mit einer Posse zerstreut. Es werden nicht politische Konzepte entworfen, sondern die sittlichen Qualitäten der Mitstreiter erörtert.

Für Befragungen darüber, wer mit wem zusammengetroffen ist und was bei dieser Gelegenheit gesprochen oder getan wurde, ist schließlich jeder mann kompetent. Also handelt man in der Hoffnung, die Beobachter möchten diese Vorgänge, wenn schon nicht für Politik, so doch, wegen

angeborener Neugierde und einem natürlichen Hang zum Voyeurismus folgend, für so wichtig halten, daß sie die Politik darüber vergessen könnten.

Ergebnis: Der Reinheitsdiskurs der Regierenden als Simulation von und Surrogat für Politik steigert die Dichte der Moraledebatten und ist geeignet, den Wunsch nach einem »Großreinemachen« zu erregen. Damit wendet er sich gegen seine Urheber, die sich unversehens in der Rolle des Zauberlehrlings wiederfinden.

III. Alte Tugenden in neuem Kostüm

Anders als bei dem von Herrschenden angezettelten und zielgerecht eingesetzten Anstandsdiskurs geht es bei den Moralerwartungen der Untertanen nicht um Machtsicherungsstrategien, sondern um soziale Techniken, um Macht erträglich und ihre Ausübung zustimmungsfähig zu machen. Die meisten der hier auftretenden Erwartungen sind demgemäß uralt. Sie finden sich bereits in den Tugendkatalogen des Humanismus, die ihrerseits auf antike Vorbilder rekurren.

1. Tempora mutantur?

Hie und da ist dies allerdings in Vergessenheit geraten. So hat der unter Korruptionsverdacht geratene bayerische Innenminister Stoiber sein inkriminiertes Verhalten unter anderem damit gerechtfertigt, daß er – in rhetorischer Analogie zum Grundsatz *nulla poena sine lege* – behauptete, in der Bundesrepublik sei mittlerweile eine »neue Bewußtseinslage« entstanden. Die Bürger seien moralisch anspruchsvoller geworden. So würden etwa die privaten Leistungen und Vergünstigungen, die den amtierenden Politikern dargebracht werden, nicht mehr mit der Großmut der früheren Jahre betrachtet.

Auch nichtbetroffene Zeitgenossen teilen diese Meinung. Es wird sogar affirmativ von einem »geschärften Ehrlichkeitsideal« (Macho) oder von einer »neuen moralischen Dimension« (Negt), die der Politik abverlangt werde, gesprochen.¹

Das trifft aber sicher nicht in dem Sinne zu, daß der Bürger über Nacht sensibler gegen Korruption geworden wäre. Die Untertanen waren noch niemals unempfindlich gegen Bestechlichkeit, Habgier und sämtliche Formen des Nepotismus bei ihrer Obrigkeit. Im Gegenteil: Von der antiken Kaiserkritik über den mittelalterlichen Fürstenspiegel bis zum Tugendkatalog für aufgeklärte Herrscher zieht sich durch die Geschichte ein ununterbrochener Strom von Mahnungen, Bitten und Forderungen an die Regenten, daß sie ihre Macht uneigennützig einsetzen sollen.

Das hat überall gegolten und gilt noch. Auch in Deutschland. Von der

»Leihwagen-Affäre« des Adenauerreferenten Kilb in den 50er Jahren über die Aufregungen um die »Neue Heimat« in den 80er Jahren bis zu den bayerischen Amigo- und Fleischereigeschichten der letzten Monate, zeigt die lange Reihe von nur selten folgenlos gebliebenen Skandalen, daß das Gespür des Bürgers für Bestechung und Korruption keiner Schärfung bedurfte und daß von einem Wandel der Erwartungen an die Ehrbarkeit seiner Politiker insoweit keine Rede sein kann.

Diese Feststellung ist durch Gegenbeispiele nicht zu erschüttern. Daß der vielberufene bayerische Ministerpräsident Strauß alle Skandale letztlich überstanden hat, ist zwar richtig. Aber daß er immerhin einmal zurücktreten mußte, daß er sein Lebensziel, Kanzler zu werden, nicht erreicht hat und daß er in unserem Gedächtnis als jemand weiterlebt, der »trotz (!) allem« die Macht behielt, ist nicht weniger zutreffend. Hier war einer offenbar gegen die »Bewußtseinslage« erfolgreich, was seinerseits erklärt werden muß. Vermutlich geht es eher um die Frage nach dem jeweiligen politischen Gewicht von Bewußtseinslagen in einer repräsentativen Demokratie als darum, daß sie sich geändert hätten.

Bei der Bewertung der klassischen Korruptionsfälle, also vor allem bei persönlicher Bereicherung und Vetternwirtschaft hat sich gewiß nichts geändert. Hier ist Stoibers Einschätzung falsch. Aber er ist selbst dort nicht im Recht, wo er die gegen ihn gerichteten Vorwürfe mit der Behauptung zu relativieren sucht, daß die Gesellschaft mittlerweile Ansprüche an die Politik stelle, die zu erfüllen sie selbst nicht bereit sei. Das ist zwar richtig beobachtet, aber das beobachtete Phänomen ist anders zu deuten.

2. *So reinlich und so zweifelsohne*

Ein tugendhaftes Leben ist ein anstrengendes Leben. Jeder, der es einmal versucht hat, weiß es, und die meisten haben es wenigstens einmal versucht. Wer tugendhaft lebt, darf sich daher über andere erheben, und er tut dies in der Regel auch. Herrschaft und Askese sind Geschwister.

a. In der Askese seines Herrschers sieht der Untertan die angemessene Kompensation für den von ihm zu leistenden Gehorsam. Sein Neid auf die Macht des Regenten wird gemildert, wenn er sich die Genüsse vorstellt, die jenem entgehen. Um so mehr ist er allerdings daran interessiert, daß die Entbehrungen des Machthabers echt und nicht bloß vorgetäuscht sind. Daß der Führer sich tatsächlich nicht mit Frauen umgibt, nicht raucht noch trinkt, mäßig isst und sich in Sorgen um sein Volk verzehrt.

Das Mißtrauen des schlichten Volksgenossen, es möchte sich in Wahrheit doch nicht so verhalten, ist groß. Ständig belauert er die Regentschaft, um sie, wenn schon nicht bei neronischem Verhalten, so doch bei einem Bruch der Askese zu ertappen. Der Untertan neigt zum Blick durch das Schlüsselloch.

Je genauer er über die Mächtigen Bescheid weiß, um so sicherer dünkt er sich in seinem Urteil über die Frage, ob sie es verdienen, daß er ihretwegen seine Mißgunst beschwichtigt.

Je weniger Last und je mehr Lust er entdeckt, um so relativer, da dem seinen angenähert, wird der Wert des Herrschers. Deshalb liebt er insgeheim den korrupten Politiker, delectiert sich an den Blößen, von denen ihm die Medien täglich ein paar mehr zeigen und genießt endlich die Bestrafung des Würdelosen, dem er solange applaudiert hat. Begleitet wird dieser Spielverlauf von langsam wachsender Kritikfreude und einer immer engeren Kausalitätsfiktion zwischen den Mißerfolgen der Führer und ihren moralischen Mängeln. Am Ende gehen dann der Mißmut über Fehlschläge und die Enttäuschung über unerfüllte Hoffnungen ungefiltert in die Zufriedenheit über den Fall des Mächtigen und in die Erwartungen an seinen Nachfolger ein.

b. Umgekehrt weiß der Mächtige, daß ihm eine tadellose Moralität nicht nur freudlichen Beifall sichert, sondern Anhänglichkeit und die Bereitschaft zur Unterwerfung. Sittliche Makellosigkeit gehört zu den Fundamenten der Herrschaft und wiegt fast soviel wie eine Armee.

Da dem Herrscher naturgemäß die erwünschte Sauberkeit fehlt, öffentliche Tugend und private Moral auseinanderfallen, ist er versucht, die Lücke durch Rhetorik und Propaganda zu schließen.

Die private Sphäre des Machthabers als der Bereich, in dem seine Tugend ihrer eigentlichen Bewährungsprobe ausgesetzt ist, wird dadurch zum öffentlich umkämpften Areal. Dem Interesse des Herrschers, diesen Bereich auszugrenzen, ihn zum politisch irrelevanten Arkanum zu stilisieren, steht das prononcierte Interesse des Untertanen entgegen, eben dies nicht zuzulassen.

Die Moderne hat dieses alte Modell kaum nuancieren können. Überall finden wir den Herrscher, den der Gehorsam der Begünstigten für seine Aufopferung entschädigt, was ihn zum Dauerbeweis seines Opfers zwingt.

– Totalitäre Führer gaben und geben sich alle Mühe, sich öffentlich und privat als Asketen und als patriarchalisch ruhelos um Volk und Frieden Besorgte darzustellen.

– In der repräsentativen Demokratie ist es der die Idee der Stellvertretung ergänzende Gedanke, daß das durchschnittliche Moralniveau eines Gewählten höher sei als beim Durchschnitt seiner Wähler, welcher dem Modell zur Wirksamkeit verhilft. Der Wähler aber macht von seinem daraus abgeleiteten Recht, sittliche Ansprüche an die Politik zu stellen, die zu erfüllen er selbst nicht bereit ist, ausgiebig Gebrauch.

Zusätzlich angefeuert durch einen gierigen Medienmarkt, der den von ihm ersonnenen, umsatzsteigernden Voyeurismus gern als Machtkontrolle

an die Zuhörer, Zuschauer und Leser verkauft, sucht er zugleich möglichst tief in die private Welt des Politikers einzudringen.

In Europa haben – im Gegensatz zu Amerika – die Kontrollschranken an der Grenze zum Intimbereich dem Ansturm bisher standgehalten. Daß das so bleiben wird, ist keineswegs sicher. Vielleicht wird bald auch in kontinentalen Wahlkämpfen vom frühen College-Petting bis zur späten Hotelzimmerliebschaft alles ausgegraben, was dem Kandidaten in den Augen seiner Öffentlichkeit schaden könnte.

3. Wer einmal lügt ...

Daß der Herrscher wahrhaftig sein solle, ist ebenfalls eine alte und beständige Untertanenforderung. In allen Tugendkatalogen hat die Wahrheitsliebe der Fürsten ihren festen Platz.

a. Allerdings ist diese Ehrlichkeit eine für die Welt von Befehl und Gehorsam ersonnene Tugend und damit in der Moderne dysfunktional geworden. Wer diente, wollte nicht auch noch belogen werden. Umgekehrt: Wer befehlen durfte und trotzdem ehrlich war, gewann Dankbarkeit, denn der Befehl des Monarchen erübrigte die Bemühung um Überzeugung.

Die agonal angelegte Demokratie, der eine permanent identische Herrschaft nicht wesensgemäß ist, kann mit Ehrlichkeit als Tugend nicht operieren. Wer die Macht erst erwerben will, ist mit Ehrlichkeit nicht gut bedient. Er gleicht einem, der, um schneller zu gewinnen, mit aufgedeckten Karten spielt. Er ist obendrein ein Störenfried. Er stört das Spiel, da er die Regeln verletzt und die Karten der Konkurrenten berechenbar macht.

In demokratischen Systemen, bei denen das politische Handeln – und das heißt: politische Rede und Debatte – neben der strategischen Durchsetzung konfligierender Interessen stets auch der Erhaltung der Macht seitens der Regierung beziehungsweise dem Machterwerb seitens der Opposition dient, ist Ehrlichkeit eine veraltete und systemwidrige Tugend.

Nicht zufällig kleidet sich die Feststellung, daß jemand ein unfähiger Politiker sei, gern in das Lob, er sei ein überaus redlicher Mensch.

Dementsprechend wird Unwahrheit von den Beteiligten auch in großem Maße toleriert. Wenn die Tatsachen unübersehbar geschminkt, die Wahrheit geschickt verschwiegen oder auch nur partiell ausgelassen wird, dann entspricht dies den Erwartungen des Publikums gegenüber seinen Politikern.

Wenn Bill Clinton behauptet, den wahren Umfang der amerikanischen Verschuldung erst jetzt in den Akten seines Vorgängers entdeckt zu haben, dann wird das wohl kaum jemand glauben. Aber dennoch hat niemand gesagt, der Präsident beginne seine Sparkampagne mit einer Lüge.

Nur ganz besonders grobe Fälle – z.B. hinter wirksam inszenierten

falschen Ehrenworten und dramatischen Schwüren verborgene Täuschungen – gelten im allgemeinen als verwerflich. Man spricht von »Irreführung der Öffentlichkeit«. Da die Öffentlichkeit sich aber keinerlei Illusionen hingibt und obendrein daran gewöhnt ist, daß solche »Enthüllungen« im politischen Tagesgeschehen auch bei kleineren Unwahrhaftigkeiten gern strategisch inszeniert werden, reagiert sie gelassen. Man sieht das an den geringen Wirkungen, die in der Vergangenheit mit der Aufdeckung der verschiedenen »Steuer-« und »Rentenlügen« erzielt werden konnten.

Bezeichnenderweise gilt Kanzler Kohls Versicherung, nach der Vereinigung werde es allen besser und keinem schlechter gehen, nicht deswegen als Mißgriff, weil sie evident unwahr war, sondern weil die Wahrheit politisch effektvoller gewesen wäre. Weil er Routine einsetzte, statt das Ungewöhnliche zu tun – nämlich die Wahrheit zu sagen.

b. Angesichts dieses Sachverhaltes fragt man sich, wieso die gute alte, aber veraltete Ehrlichkeit überhaupt so lange überleben konnte.

Der Grund liegt offenbar in der ebenso stabilen wie romantischen Verknüpfung von Ehrlichkeit und Vertrauen. Vertrauen ist eine Grundkategorie des privaten Alltags und des politischen Geschäfts. Ohne Vertrauen kann weder eine menschliche Beziehung noch eine (gewählte) Regierung bestehen.

Aber was heißt es, einer demokratischen Regierung zu vertrauen? Heißt es, darauf zu bauen, daß sie ehrlich ist, oder heißt es nicht viel eher: darauf vertrauen, daß sie die Spielregeln professionell beherrscht und die angegebenen Ziele auch tatsächlich verfolgt? Allgemeine Ehrlichkeit liefert nicht nur keine Garantie, daß dieses Vertrauen gerechtfertigt ist, sondern sollte Anlaß zur Skepsis geben. Wem ich keinen Gebrauchtwagen abkaufen würde, der verwaltet meine Geschäfte vermutlich wesentlich besser als der, der mir als Gebrauchtwagenverkäufer ideal erschiene.

Daß der Fürst oder der *pater familias* ein ehrliches Leben führte, war mit eine Bedingung dafür, daß man seinen Befehlen kritiklos folgte. Der moderne Politiker erteilt aber keine Befehle, und sein Handeln legitimiert sich auch nicht durch Vertrauen, sondern durch kritische Partizipation des Bürgers.

Damit haben wir auch einen Hinweis darauf, warum an vielen Orten plötzlich ein massives Ehrlichkeitsverlangen ausbricht und die Wahrhaftigkeit plötzlich so häufig zitiert wird, warum der kompetente Umgang mit den Techniken der Macht unversehens nur noch als notwendige und nicht mehr als ausreichende Bedingung für die Befähigung eines Politikers gelten soll, warum Bücher, Aufsätze und Sendungen zu der Frage erscheinen, ob Politiker ehrlich sein müssen.

Der irrationale Vorgang hat seinen guten Grund: Wer nach mehr Ehrlichkeit ruft, artikuliert seine Sehnsucht nach Vertrauen. Im Verlangen

nach »Glaubwürdigkeit« enthüllt sich ein Wunsch, der im Demokratie-Modell nicht eigentlich vorgesehen ist, nämlich auf den kritikbereiten Argwohn verzichten und seine Ruhe haben zu dürfen.

Solange – und das ist bisher nicht der Fall – in der Ehrlichkeitsforderung des Bürgers nichts vom Habitus des Arbeitgebers zu spüren ist, der von seinem Dienstmann für gute Entlohnung ehrliche Dienste fordert, solange ist der Appetit auf ehrliche Politiker ein Indiz für eine Regression. Der mündige Bürger ist seiner Verpflichtung zur Wachsamkeit müde. Er zeigt sich bereit, den Mund zu halten.

IV. Neue Konstellationen

Hier und da taucht in dem diffusen Material aber auch etwas Neues auf, etwas, das in den alten Tugendschriften so nicht vorhanden war und nicht vorhanden sein konnte.

Nicht, daß die Bürger allgemein moralischer geworden wären oder daß die Politiker ebenso allgemein jeder Moralität abgeschworen hätten.

Zwar könnte gegenwärtig in Westeuropa vielerorts dieser Eindruck entstehen, da offenbar bereits das Versprechen »reiner Hände« den politischen Erfolg garantiert. Das ist nicht nur in Italien so, wo man den Sachverhalt als einen Versuch kollektiver Notwehr durch die Einwohner eines von Korruption und organisiertem Verbrechen geplagten Landes begreifen möchte: Auch die französische Rechte hat mit der Losung »Mains propres« bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhebliche Gewinne erzielt. Aber hier handelt es sich um die durch den Wegfall des Ost-West-Konflikts ermöglichte kritische Innenschau der demokratischen Industrienationen, die nach der Befreiung vom Außendruck Gelegenheit nehmen, die moralischen Schäden des jahrelangen Zusammenrückens gegen die Drohung aus dem Osten zu inspizieren.

Es geht auch nicht um die Entdeckung oder Formulierung neuer, noch nie gehörter ethischer Maximen. Wir stoßen vielmehr auf eine Zuspitzung alter Ideale, die Radikalisierung sittlicher Forderungen, die nicht in einer Schärfung unserer Moral, sondern wie die Beispiele zeigen, im Wandel unserer Daseinsbedingungen begründet sind.

1. Verstellung

1988 mußte Bundestagspräsident Jenninger zurücktreten. Bei einer Rede, die er aus Anlaß des Novemberpogroms von 1938 hielt, ließ er die von ihm erwartete Empfindsamkeit vermissen und zwang die betretenen Zuhörer, sich statt dessen eine plumpe Vorlesung anzuhören. Selbst äußerst kritische Leser des vorgetragenen Textes waren der Meinung, daß der sachliche Gehalt der Ausführungen kaum zu beanstanden gewesen sei. Ungenügend

war die sittliche Selbstdarstellung des Redners. Genaugenommen fehlte die sprachliche oder wenigstens mimische Verkörperung der Anführungszeichen. Hätte der Redner geweint, hätte wahrscheinlich sogar das als besonders anstößig bewertete »Faszinosum Hitler« unbeanstandet passieren dürfen.

Hier haben sich die Anforderungen an den Politiker in der Tat verändert. Aber nicht die Ansprüche an Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit sind gewachsen, sondern die Ansprüche an die überzeugende Darstellung der Glaubwürdigkeit. Das hat uns der Umstand eingebracht, daß die Medien in unsere Welt getreten sind und uns zu informierten Zuschauern degradiert haben.

Hätte der Redner sich besser *verstellt*, hätte man ihm zwar gleichwohl nicht geglaubt. Aber er hätte sein Amt behalten – in dem er nicht mehr tragbar war, als durch ihn selbst offenbar wurde, daß ihm das, was er vortrug, zu wenig bedeutete.

»Verstellung« ist eine alte Kategorie. Verstellung heißt, daß sich einer anders gibt, als er ist. Sagt, was er nicht meint. Meint, was er nicht sagt. Eine Fähigkeit, die jeder haben muß, der mit der Macht umgehen und in der politischen Arena bestehen will. Eine Fähigkeit, die man bei einem Fehlschlag als »Heuchelei« brandmarkt und im Erfolgsfalle als »Diplomatie« feiert. Eine Haltung, die man nicht mehr (ergebnislos, trotz Kant) anhand der Begriffe »Lüge und Wahrheit« diskutieren sollte, sondern unter den Etiketten »Schauspiel und Wirklichkeit«.

Redlichkeit wurde stets erwartet. Man erwartet sie immer noch, aber man weiß, daß man sie selten bekommt. Wenn dem aber schon so ist, dann erwartet man im Gefolge der allgemeinen Verdichtung unserer Bilderwelt wenigstens perfekte Redlichkeitsdarstellungen.

Das ist resignativ, aber nicht zynisch. Vielleicht darf man sagen: Die mediale Verstetigung der Politikbeobachtung hat deren Ironisierung zur Folge gehabt. Ironie ist im Tugendspiel ein neuer Faktor. Sie duldet keine mißglückte Verstellung.

2. Erstarrung

Ein anderes anschauliches Beispiel für Novitäten in der Tugendwelt liefert der Rücktritt des deutschen Wirtschaftsministers Möllemann. Nahezu alle Beobachter waren sich darüber einig, daß der Vorwurf, der Minister habe einen Werbebrief für eine ihm nahestehende Firma unterschrieben, trotz des – eher schwachen – Verdachts von Nepotismus und trotz der – eher kläglichen – Lügengeschichten, mit denen der Politiker der Unbill zu entkommen trachtete, keinen hinreichenden Grund für seinen Sturz abgegeben haben könne. In der Tat war der Vorgang viel komplexer.

– Zunächst hatte der Minister in seinem Amt nur wenig Fortune. Die

äußeren Bedingungen für seine Tätigkeit waren schlecht und seine Partner gaben ihm nicht viel Kredit. Die nicht geringe Zahl von Kritikern, welche seine Eignung von Anfang an in Zweifel gezogen hatten, schien recht zu behalten.

– Seine Partei, in der er viele Feinde, aber auch mächtige Gönner hatte, teilte diese Zweifel. Im Ringen der parteiinternen Gruppen auf der einen Seite und in der Auseinandersetzung mit den Machtgeflechten des Regierungspartners auf der anderen war es aber unmöglich gewesen, ihm den kompetenzgemäßen Platz anzuweisen.

– Die Medien handelten ihn als Star. Als solcher lebte er in der gefährlichen Ambivalenz einer selbstsüchtigen öffentlichen Gunst, welche ihre Helden heute weit über ihren Wert erhebt, um sie morgen tief unter diesem abzulegen.

Bei dieser Konstellation erlaubte die mißgünstige Veröffentlichung eines Fehlers etwas, das sonst kaum noch möglich ist: ein fachliches Revirement. Was intern nach Zufall, Verrat und Intrige aussah (und dies natürlich auch war), enthüllte sich extern als die rational begründbare Entlassung des ungeeigneten Funktionärs² durch ein politisches System, das zwischen Parteihierarchien und Koalitionsraison plötzlich einen Handlungsspielraum entdeckt hatte.

Daran zeigt sich etwas Allgemeines. Luhmanns Vermutung³: »Es scheint, daß das politische System selbst regelt, in welchen Hinsichten und in welchen Formen Moral relevant wird« erweist sich zumindest tendenziell als zutreffend. Im Zusammenwirken der drei eigennütigen Größen: öffentliche Meinung, Medien, Parteien erwächst der Politik unversehens die Chance, einen Funktionsträger mittels des Gebots moralischer Reinheit auszuwechseln.

Instrumentelle Ethik ist zwar nichts Neues. Aber ihr Erscheinen in dieser Form ist ein Alarmzeichen. Sie signalisiert eine Verholzung und Erstarrung des Systems, welches sich nicht mehr über die in ihm vorgesehenen Regulatorien, sondern über externe Kunstgriffe zu steuern beginnt.

V. Deutscher Waschzwang

Für das gegenwärtig beobachtbare epidemische Aufwallen des deutschen Sauberkeitsverlangens sind zweifellos alle bisher erörterten Motive und Topoi in jeweils spezifischer Weise verantwortlich zu machen.

Es gibt und gab als Anlaß für Reinigungskampagnen systemische Entladungen, aber auch romantische Sehnsucht nach Autorität, urtümlichen Machtneid und modernen Voyeurismus, enttäuschende Moralinszenierungen und frustrierte Handlungsillusionen.

Die meisten Motive sind latent und treten in Umbruchzeiten oder

anlässlich politischer Krisen in dieser oder jener Fassung überall in der Welt zutage.

Sie reichen aber offenbar nicht aus, um den derzeitigen teutonischen Sauberkeitsfimmel vollständig zu erklären. Denn die Hoffnung mancher, es handle sich um eine zufällige und flüchtige Medienmode, die von einem kurzfristig animierten Publikum nach exzessivem Gebrauch wieder abgelegt werden wird, will nicht in Erfüllung gehen.

1. Es scheint, daß noch etwas original Deutsches – etwas, das nur uns gehört – hinzugekommen ist. Dieses etwas muß, da andere Phänomene nicht sichtbar sind, die staatliche Vereinigung der beiden Deutschländer sein. Und in der Tat gibt es außer den evidenten Folgen, die dieser Vorgang hatte, auch Hinweise auf komplizierte sozialpsychologische Syndrome, die noch der genaueren Untersuchung harren. Dazu gehört der als »Selbstreinigung« apostrophierte Prozeß der Historisierung der unmittelbaren Vergangenheit der DDR.

2. Als das Ostvolk seine Vereinigung mit dem Westvolk vorbereitete, bediente es sich hierfür im wesentlichen der Worte. Die Parole »Wir sind ein Volk« ist vielleicht am bekanntesten geworden. Jedenfalls bekannter als die Losungen »Schluß mit den Lügen« oder »Nicht länger mit der Lüge leben«.

Auf der goldenen Seite der Mauer war man davon nicht so sehr beeindruckt. Zwar fand man die Lügen-und-Lügner-weg-Postulate für den Osten einleuchtend, für den Westen schienen sie aber eher altbacken und jedenfalls unpassend zu sein. Wir hatten deshalb keine grundsätzlichen Einwände gegen die leicht trotzig und zweifellos wackere Vision von der »Selbstreinigung« und sahen mit einem gewissen Wohlwollen der raschen Umsetzung der primären Unterscheidung zwischen Verfolgern und Verfolgten zu. Bedauerlicherweise, aber historisch konsequent, begannen die ehemals Verfolgten, alsbald aber auch die ehemals »Beinahe-Verfolgten« und die ehemals »Fast-Von-Verfolgung-Bedrohten«, sich als Neu-Verfolger zu installieren.

Die pfäffische Reinigungsmentalität der Neuverfolger, denen man fatalerweise sogar eine eigene Behörde zubilligte, damit sie ihre Sendschreiben über die bald ängstlich sich duckenden, bald frech grinsenden Alt-Verfolger austreuen können, ist nicht ohne Konsequenzen geblieben. Der Putzteufel ist ein Animateur und sein Erfolg ist umso größer, wenn er auf Seelen mit schlechtem Gewissen trifft.

Das Westgewissen war außerordentlich schlecht. Denn man erinnerte sich gut, daß man vor fast 50 Jahren nicht nur jeglicher Säuberung auswich, sondern sich sogar den Gedanken an eine »Selbstreinigung« untersagte, mit äußerst unangenehmen, Dezennien später auftretenden und heute noch fortwirkenden Folgen. Was der Westen nicht tat, sollte deshalb der

Osten, der grundsätzlich vom Westen zu lernen hat, gründlich und perfekt nachholen. Man ist westlicherseits auch gern bereit, dabei zu helfen und besonders hohe Anforderungen an die Moralität der Nichtbeteiligung und das Ethos des Widerstandes zu stellen.

Es ist kein Zufall, daß im Gehirn der Beobachter sich der Begriff »Entstasifizierung« geformt hat. Aber sobald der Begriff artikuliert wird, sieht er sich mit dem Wunsch der Hörer konfrontiert, es möchte sich die Analogie zur Entnazifizierung auf Äußerlichkeiten, wie den Umfang oder die bürokratische Erledigungsform beschränken, inhaltlich aber ganz unberechtigt sein. Denn dieses Mal soll doch eine porentiefe Aktion stattfinden, eine protestantisch-preußische, nicht eine rheinisch-katholische, eine, die mit den Lügen wirklich aufräumt und auf der Bühne, wie es überzeugend heißt, nur die »politische Integrität« übrigläßt.

3. Daß solcher Säuberungseifer reflexiv wird, ist kein Wunder. Aus der Absicht, den Brüdern und Schwestern bei ihren Waschungen zu helfen und damit zugleich den eigenen alten Schmutz gründlich wegzuspülen, erwächst der radikale Wunsch nach totaler Sauberkeit: ein gesamtdeutscher Waschwang.

»Waschwang« ist ein Ausdruck aus dem Wörterbuch der Psychoanalyse. Er besagt, daß der vom Waschwang Befallene, trotz klarer Einsicht in die Unsinnigkeit seines Tuns, unwiderstehliche Impulse zu seiner fortgesetzten Reinigung verspürt. Das Syndrom kommt auch in transitiver Form vor; d.h., der Neurotiker säubert nicht nur ständig sich selbst, sondern auch seine Umgebung, seine Wohnung, seine Kleidung usw.

In der Politikwissenschaft ist diese Terminologie zwar bisher noch nicht heimisch geworden. Aber nachdem Günter de Bruyn kürzlich auch noch die Verstrickung der Unverstrickten durch Duldung und unterlassenen Aufschrei entdeckt hat, gerät die Dauerreinigung unübersehbar zu einem ostwestlichen Waschwang, der nun in den Lieferscheinen, Wäschezetteln und Hotelrechnungen amtierender Politiker nach Anhaltspunkten für Schmutzspuren jeglicher Couleur sucht.

Gewiß ist vieles davon dem Medienmarkt zuzuschreiben. Wie Informationen plaziert werden, wen sie wo zuerst in welcher Fassung erreichen, das schafft häufig erst die Atmosphäre, in der aus Gegenständen Themen werden.

Andererseits können Aktualität und Aufmerksamkeit nur begrenzt erzwungen werden. Wenn der Funke zum Knall emergieren soll, muß ein explosives Gemisch schon vorhanden sein. Wann dies aber der Fall ist, ist schwer vorhersehbar und hängt anscheinend mit kollektiven Affektverschiebungen zusammen.

Welche Texte der Journalist und Fernsehmoderator Werner Höfer vor 1945 verfaßt hatte, war nicht unbekannt. Daß sie plötzlich mit anderen

Augen gelesen wurden, daß unerträglich schien, was Jahre zuvor offenbar nur Achselzucken auslöste, daß einmalige, schlichte Mitteilung bewirkte, was hartnäckige und angestrengte Verlautbarung nicht vermocht hätte – das folgt aus größeren gesellschaftlichen Stimmungslagen.

Eine solche Lage wird auch durch den Waschwang konstituiert. Genauer: Er ist eine solche Lage.

Im Interesse eines universellen Wohlbefindens wollen wir hoffen, daß er nicht ansteckend ist und daß sich die Wäscher mit ihrer Tätigkeit auf deutsches Territorium beschränken.

Anmerkungen

- 1 Diese und weitere Beiträge in: P. Kemper (Hg.), Opfer der Macht. Müssen Politiker ehrlich sein? Mainz/Leipzig 1993.
- 2 Anm. 1 (Anfang Mai 1993): Nahezu vollständig dieselben Strukturen weist der Rücktritt des Parteivorsitzenden der SPD, Björn Engholm, auf. Dem als Zauderer in seiner Partei negativ Beleumdeten, dessen schon lustlose Übernahme der Kanzlerkandidatur bereits Erfolglosigkeit signalisierte, gelang es nicht, sich als Führerfigur überzeugend zu präsentieren. Er scheiterte aber in der Außendarstellung nicht daran, sondern an einem von ihm erhobenen und dann (von seiner Partei und den Medien) gegen ihn gekehrten Moralanspruch, den Kanzler Kohl bei gleichem Tatbestand (Lüge vor parlamentarischem Untersuchungsausschuß) mit einer Blackout-Bemerkung beseite gewischt hatte.
Anm. 2 (Mitte Mai 1993): In diesen Zusammenhang gehören auch die anscheinend epidemisch werdenden Rücktritte wegen unberechtigten Kassierens von Umzugskosten (wer anders als der Dienstherr soll die wohl künftig bezahlen?). Sowohl beim Bundesverkehrsminister als auch bei der Hessischen Sozialministerin war offenkundig das Maß aus anderen Gründen voll gewesen. Hier zeichnet sich ein allgemeines politisches Handlungsmuster ab: Hinweise auf Umzugskostenabrechnung als Äquivalent zur Übersendung einer Seidenschnur.
- 3 Text bei P. Kemper, a.a.O., S. 27 ff.

Stefan Chwin

Die Furcht

Ich ließ mich unterdessen von der wunderbaren Behaglichkeit des »hübischen Lebens« bezaubern, das diese mit schwarzen Ziegeln gedeckten Häuser verheißen, diese Villen und Sommerresidenzen der Honoratioren der freien Hansestadt, ihre mit durchbrochenen Balustraden verzierten Gartenlauben, die zu Terrassen ansteigenden Rasenflächen, die mit Efeu und wildem Wein bewachsen waren, die runden Fensterchen, hinter denen große Badezimmer mit Marmorwannen lagen, die Gartenteiche auf dem Rasen in der Tiefe des Gartens hinter dem Haus, diese ganze Villengartenwelt, die sich die Piastowska¹ und in einem schmalen Streifen zwischen den Polanki und der Straßenbahnlinie auf der Wita Stwosza entlangzog, wo es still und friedlich, träge und verschlafen war.

Es waren herrliche Häuser, ähnlich prächtigen Truhen mit Hunderten von Zierbeschlägen, dunkel, mit einem schwer zu entschlüsselnden Innenleben (manche erinnerten sogar an die Arche Noah, die ich einmal auf Fotografien von Gobelins gesehen hatte), und ich spürte in ihnen einen Hochmut, der der Verachtung alles Kurzlebigen entsprang – es mußte sich wunderbar darin leben lassen. Sie waren wahrhaft geheimnisvoll – tief in den Gärten gelegen, immer etwas von der Straße abgewandt, mit schmiedeeisernen Zäunen von der Welt getrennt, von Fichten, Thuja und gelegentlich auch Eiben umgeben. In unseren Häusern auf der Poznanska, die für die Arbeiter von Schichau² errichtet worden waren, zog sich der gleiche Grundriß der Wohnungen durch alle Stockwerke. Hier aber wartete eine Überraschung auf jeder Etage, die Aufteilung der Ecken und Winkel sah in jedem Stockwerk anders aus, der Grundriß im Parterre deckte sich nicht mit dem der ersten Etage, deren Grundriß wiederum nicht mit dem von Mansarde und Dachboden, Anbauten, Portiersloge, Badezimmer, Küche ... Aus den gebrochenen Schrägen der Dächer ragten unvermittelt Spitztürmchen empor, die mit Ziegeln oder grünlich verfärbtem Kupferblech gedeckt waren, aus den Wänden traten vieleckige Erker mit schmalen Bogenfenstern hervor, verglaste Veranden gingen auf die Gärten hinaus, schmiedeeiserne Blumenornamente schmückten die Geländer kleiner Treppchen, die auf den Rasen hinabführten; inmitten alpiner Bepflanzung tat sich ein kleiner, mit Steinen eingefasster Teich auf, und ringsherum,

zwischen leuchtendblauen Iris, standen Gipszwerge mit roten Zipfelmütchen und Zementfliegenpilze mit pupurfarbenen Hauben.

»Wieso haben sie sich so viel Mühe gegeben? ...« Am meisten nämlich verblüffte das Beiwerk. Man hob den Kopf – und hoch oben auf dem Kamin drehte sich ein eiserner Hahn nach dem aufsteigenden Rauch. Eisenfähnchen, die das Datum der Vollendung des Baus trugen, staken im spitzen Giebel der Fassade, dunkelgrüne, glänzende Ziegel bildeten auf dem Hintergrund mattroter Dachziegel große Ziffern, die das Jahr der Errichtung von Dach und Türmchen angaben ... Und am Treppenhaus wand sich weißes Pflanzwerk aus Stuck um das schöne Monogramm des Erbauers ... Und dann die steinernen Schmetterlinge über der Eingangstür ... und die emaillierten Täfelchen, die in Schwabacher Schrift oder Fraktur die Nummer des Hauses trugen. (Unter der Zahl befand sich ein kalligraphisch gezeichneter Pfeil mit gefiedertem Schwänzchen, der in die Richtung der ansteigenden Hausnummern wies.) ... Und die farbigen Glascheiben – dunkelblau oder purpurrot – in dem rautenförmigen Türfensterchen über der Klappe mit der Aufschrift »Briefe«...

Es lag ein gewisser Überfluß an unnötigem Beiwerk darin, die Sinnlosigkeit überflüssiger Mühe, eine vage Scheußlichkeit der Form, aber auch Schönes, Wärme, ein Sinn für Gleichgewicht, eine Gelassenheit, eine Beharrlichkeit ... Anmut? Einerseits die Dummheit, die auf den Gesichtern der Gartenzwerge lag, das Alberne der Fliegenpilze aus Zement, das Kindische an diesem ganzen häuslichen Schmuckwerk – andererseits der aufrichtige Ernst handwerklicher Meisterschaft von Zimmerleuten und Mauern. Einerseits die Lust am Ausfeilen der Spitzenmuster, die die Veranden verzierten, andererseits das gehetzte Bedürfnis, alles bis aufs i-Tüpfelchen zu perfektionieren. ... Einerseits die Lächerlichkeit der Zeitverschwendung, andererseits die Freude, den Dingen Form zu geben ... und dabei – diese sonderbare Verbindung des Schönen mit dem Gefühl der Geborgenheit ...

Danzig war ein Trümmerhaufen, hoch oben im Kuppelskelett des Theaters am Kohlenmarkt grüntes Birken, Gras wuchs auf den Fensterbänken der ausgebrannten Mietshäuser an der Szeroka, und hier in Alt Oliva war wie durch ein Wunder keinem dieser Häuser etwas geschehen. Der Krieg hatte nur hier und da den Verputz abgekratzt, sogar das Buntglas in den Treppenhäusern an der Straße der Helden von der Westerplatte war unversehrt geblieben. Es waren zwei Welten – man brauchte sich nur in die Linie 2 zu setzen und die Grenze dazwischen tat sich auf – wie ein Abgrund.

Dieser Stadtteil, der sich, in Gärten verborgen, träge die Moränenabhängige hinaufzog und Feuersbrünsten und Explosionen gegenüber gleichgültig war, sah aus, als sei die Geschichte an ihm vorbeigegangen, während sie sich auf Panzerketten durch die Grunwaldzka von Langfuhr bis nach

Gdingen gewälzt hatte. Dieser Stadtteil lud ein zu einem Leben ohne Hast, er lag jenseits des Kraters gewaltiger Trümmer, ausgebrannter Ruinen, der Haufen geborstener Hafenkranne, mit denen die Ufer übersät waren. Aber war das ein Zufall? Es stand doch schon in seinem Straßennetz geschrieben, in der Gestalt der Häuser, im Grundriß der Wälder, die ihn im Süden halbkreisförmig umgaben. Das Feuer war darüber hinweggeflogen und hatte die beiden Spitztürme des Doms abgefegt, denn die jetzige Kirche, in die wir jeden Sonntag gingen, sah anders aus als diejenige, die ich auf Fotografien aus der Vorkriegszeit gesehen hatte. Der Palast der Äbte, verkohlt, ohne Dach und innen völlig leer, ragte zwischen den Bäumen des Parks empor, aber der Rest? Die Häuser zwischen der Kathedrale und der Zisterzienserkirche waren angekratzt, doch nicht verstümmelt; irgendwo in Oliva, hinter den Eisenbahngleisen gab es wohl ein paar Ruinen, aber hier in der Nähe des Parks hatten höchstens einmal ein paar Schmeisser- oder Maschinenpistolensalven den Putz grau oder gelblich verfärbt. Und das nur ein paar Kilometer von der brennenden »Festung Danzig« entfernt.

So offenbarte sich hier der Zufall in einer merkwürdigen Verknüpfung mit dem Schönen, als etwas, das mit der Gestalt der Häuser, dem Grundriß der Straßen, der Dunkelheit der Gärten, mit den Veranden und Gartenteichen in Verbindung stand. Diese Form, anziehend und gemütlich, die »sie« erschaffen hatten, barg einen Wunsch nach Unauffälligkeit, nach Unbeteiligtheit und hatte nichts von Eroberungsgier an sich. Die Gärten von Alt Oliva brachten zum Ausdruck, daß sie in Ruhe gelassen werden wollten – das war die eindeutige Botschaft ihrer Form an die Geschichte – und, was nur in wenigen Städten geschah, sie wurden erhört. Mit Oliva war die Geschichte so umgegangen, wie es sich gehörte, das heißt, sie hatte es fast völlig ignoriert. Deshalb standen die Häuser-Truhen weiter so da, und ich konnte sie betrachten, wenn ich mit meinem Vater und meinem Bruder über die Piastowska zum Bahnhof ging.

Auf der linken Seite waren mehr Häuser als auf der rechten; um die Nummer zwanzig gruppiert standen sie, mal näher, mal weiter, von der Straße entfernt. Große ausladende Dächer mit unterschiedlicher Neigung zu den einzelnen Seiten, niedrige Wände mit Fenstern in den verschiedensten Formen, Veranden, die man über Treppchen erreichte, Ziegelkamine, braunes Gebälk, das die Vordächer über dem Eingang trug. Zuweilen rankte wilder Wein über ein hölzernes Gitter an einer Seitenwand empor; hier und da schimmerte zwischen den Hecken, Stachelbeersträuchern und Fichten schwarz-weißes Fachwerk auf; an anderen Stellen tauchten rote, mit schmalen, glänzenden Ziegelchen besetzte Wände auf, und wenn wir dann die Nummer achtundzwanzig erreichten, wurde unter einer riesigen Buche ein Häuschen mit einem Turm sichtbar, den oben eine Galerie umgab, von der aus man die Gegend betrachten konnte. Schön war auch

ein kleines, weißes Schloßchen direkt an der Grunwaldzka, gegenüber der Gärtnerei, das hinten an eine Bäckerei angebaut war. Hier hatte das Türmchen einen eisernen Geländerumlauf, von dort aus konnte man den Park und die Kathedrale sehen. Und dann die Häuser auf der Holdu Pruskiego, zwischen den Strecken der Straßenbahnlinien drei und sechs! Riesig groß, teils aus Holz, mit schindelartigen, flachen Platten gedeckt, die kleine Fenster hatten – wahrhaftige, kastanienbraune Truhen, geräumig, geheimnisvoll und allein schon durch ihr Äußeres wie nicht von dieser Welt. Und dann diese Fensterläden – mit ihren kleinen, karoförmigen Öffnungen!

Die Gärten aber waren eine Sache für sich. Es wuchsen Pflanzen darin, die keinerlei Ähnlichkeit mit denen hatten, die in den neu angelegten Gärten in Oliva jenseits der Eisenbahngleise standen. Solche Gewächse hatten weder Herr Litewka noch Frau Dluzniewska oder Frau Jasniewicz, weder die Misiewiczz noch die Pawlikowskis noch überhaupt jemand auf der Poznanska. Dort, an der Poznanska, pflanzte man Dahlien, Iris, Tulpen, Astern, Georginen und zuweilen Rosen, aber hier, an der Piastowska, brauchte man überhaupt nichts zu pflanzen, denn alles wuchs unentwegt. Hinter den Staketenzäunen erblickte man alteingesessene, dauerhafte Gewächse, die Zeit und Wetter ungerührt über sich ergehen ließen. Rings um die Häuser wuchsen schwärzliche Thujen, die Friedhofsernst verbreiteten, Silberfichten mit fast hellblauen Nadeln, die aussahen, als seien sie ständig von Reif überzogen, sowie merkwürdige Büsche, die im Frühjahr ganz und gar in hellrosa Blüten aufgingen und deren grelle Farbe in den Augen schmerzte. Es gab auch Alpengärten, in denen graue Granitbrocken die Beete schmückten; an nordwärts gelegenen Mauern zogen sich dort ganze Felder dichter Maiglöckchenbüschel entlang, es gab stachelige, gestutzte Hecken und prächtige Rotbuchen, die die Häuser vor Wind und Sonne schützten. Besonders schön war die Buche neben dem Haus mit dem Türmchen, sie war riesig, doppelt so hoch wie das Türmchen, dunkel und ausladend. Der Stamm, gewunden und leicht gefurcht, hatte die fast weiße Farbe ganz heller Asche, und die Blätter, aus der Entfernung dunkelbraun, nahmen bei näherem Hinsehen unter der Sonne eine tiefrote Färbung an und raschelten laut im Luftzug, als rieselten Streifen von rotem Zellophan durch die Zweige.

Die alten Gärten verbreiteten den Eindruck unerschütterlicher Dauerhaftigkeit des hübschen Lebens, sie erzählten von einer fremden, unbekanntenen Selbstsicherheit, jener Selbstsicherheit, von der in den neuen Gärten voll großer Dahlienbüsche mit ihren rasch verwelkenden dunkelroten Blüten nichts zu spüren war, wo allein die Art, wie die Blumen gesetzt waren, die Ruhelosigkeit der Menschen verriet, die, ähnlich meiner Mutter und meinem Vater, von weit herkommend, ein Gefühl des Vorbehalts gegenüber der Zeit, Trauer über die Unbeständigkeit des Lebens und die

heimliche Verbitterung der Vertriebenen in sich trugen. Die alten Gärten weckten Neid – aber auch Verachtung, denn jene, die sie angelegt hatten, waren ja verschwunden, und alle in diese Formen eingewebten Beschwörungsformeln waren vergebens gewesen. Die neuen Gärten waren in der Regel einjährig, voll von einem üppigen, aber schnell welkenden Grün, von dem Ende November nur noch verfaulte Stümpfe übrigblieben, die der Rauhreif überzog, und im folgenden Jahr mußte man alles von vorne anfangen.

Was aber hatten diese schönen, zeitlosen Gärten gemein mit dem Glanz hoher Schafstiefel, mit Parabellumpistolen, Peitschen und Stacheldraht? ... Schließlich hatten »jene« sie ja gebaut, die in Reithosen und Mützen mit Kokarden, oder ihre Väter – das war das gleiche.

Ich erinnere mich noch gut an das Badezimmer bei der Familie Polak, das ich einmal während einer Geburtstagfeier von Julek betrat, um mir die Hände zu waschen, die von Erdbeeren mit Sahne klebrig waren. Man stieg aus einem hellen Flur über eine kleine Stufe auf einen von weißen achteckigen Fliesen bedeckten Fußboden hinab, und was zuerst in die Augen fiel, war das Fenster. Es hatte die Form eines schlanken senkrechten Ovals, das ein schmaler, weiß lackierter Fensterrahmen durchkreuzte, und ging auf den Garten hinaus, von dem ein sanftes Halbdunkel durch das Laub hereindrang, denn unmittelbar hinter der Scheibe schimmerten schon die grünen Blätter der Johannisbeer- und Stachelbeersträucher. Erst nach einer Weile wurde mir klar, daß ich unter die Ebene der Rasenflächen und Beete hinabgestiegen war. Das Fenster war so niedrig angebracht, daß die Grashalme über das halbkreisförmige Fensterbrett ragten, und es waren keine Milchglasscheiben eingesetzt wie bei den schmalen Fenstern in der Poczty Polskiej, wo man die Blöße der Badenden vor den Blicken aus den gegenüberliegenden Häusern verbergen wollte. Ein weißer Vorhang, der unter der Decke an einer Messingstange mit Klammern befestigt war (und den Frau Polak mit einem Band oben festgebunden hatte) wartete darauf, herabgelassen zu werden. Meine Augen gewöhnten sich langsam an die flirrenden Schatten, ich hörte die gedämpften Stimmen, die aus dem Zimmer auf der anderen Seite des Flurs herüberdrangen, wo das Spiel fortgeführt wurde. Einen Augenblick stand ich regungslos, dann drückte ich den Ebonitschalter neben der Tür, und als ein rosafarbenes Licht das Zimmer plötzlich erhellte, mußte ich die Augen zukneifen.

Unter dem Fenster, an einer Stelle, die zuvor völlig im Dunkel gelegen hatte, erblickte ich eine große Wanne, die ich im ersten Augenblick für einen Marmorteich hielt, weil sie nicht wie unsere Wanne zu Hause auf gußeisernen Löwenpfoten stand, sondern in den Fußboden eingelassen war. In diese Wanne mußte man ganz mühelos steigen können. Man mußte sich nur auf den Rand stützen und ein Bein auf den emaillierten Boden der

Wanne stellen, dann griff die linke Hand schon ganz von selbst nach dem vernickelten Griff, der vorsorglich an der Wand neben dem großen Wasserhahn angebracht war, damit man nicht zu befürchten brauchte, auf der glatten Emailfläche auszugleiten. Neben der Wanne befand sich ein Waschbecken, dessen Form an eine weit geöffnete Lilienblüte erinnerte und das im Schein der kelchförmigen rosafarbenen Porzellanlampe, die an einem gebogenen Messingrohr über dem Becken angebracht war, in Rosatönen schimmerte. Der Spiegel unter der Lampe war nicht rechteckig, sondern oval; mit seinem ornamental geschliffenen Rand und den aufgesetzten vernickelten Rosen, mit denen er an der Wand befestigt war, erinnerte er an einen auf Hochglanz polierten Schild aus Stahl. Noch imposanter war das Klosett. Muschelförmig gerundet thronte es auf einem runden Podest, das mit einem Kranz aus weißen glasierten Blättchen eingefasst war, und spiegelte sich in einem sanften Schneeweiß in den Kacheln. Ich wollte mir die Hände unter dem schmetterlingsförmigen Messingkran des Waschbeckens waschen, konnte mich aber doch der Versuchung nicht erwehren, die Wanne und die Duscharmaturen aus der Nähe zu betrachten, und trat deshalb ans Fenster. Über die emaillierte Nische gebeugt hielt ich den großen Hörer der Brause in der Hand und ließ das Wasser über meine von Zucker und Sahne klebrigen Finger laufen, während meine Augen an dem dunkelblauen Streifen entlangwanderten, der, aus kleinen zu Blumenmustern gewölbten Kacheln zusammengesetzt, den Emailrand der Badewanne einfaßte. Dabei stieß ich auf eine kleine Vertiefung, den Platz für die rosafarbene Seife, die auf die nassen Hände wartete. Und welch ein Genuß war es dann, ohne irgendwelche Notwendigkeit, den Porzellangriff der Messingkette zu betätigen, auf der ein kleines hellblaues Schild mit der Fraktur-Aufschrift »Langfuhr« zu sehen war.

Furcht? Sogleich kam der Gedanke: »Sie« hatten sich doch hier gewaschen, bevor sie sich zum Versammlungsort am Olivaer Tor aufmachten – wo, wie ich von alten Aufnahmen wußte, Forster³ seine Ansprachen hielt –, und hatten dabei diese Wasserhähne, die Dusche, den Porzellangriff an der Kette berührt; hier in dieser tiefen Wanne hatten sie sich doch geschrubbt, bevor sie ihre schwarzen Uniformen mit den aufgestickten silbernen Emblemen anlegten, hier, auf diesem Bügelbrett, das jetzt (leicht verschlissen und geschwärzt) neben der Türe stand, ihre schwarzen Hosen gebügelt, hier auf dieser speziellen Stufe hatten sie ihre Schaftstiefel auf die vernickelte Leiste gesetzt und auf Hochglanz poliert, und über das Waschbecken gebeugt hatten sie sorgfältig und gefühlvoll jeden einzelnen Finger gebürstet, damit die Haut nach Lavendelseife roch und rosig sauber wurde.

Sie hatten doch Europa und Afrika mit ihren Panzern plattgefahren, sie piffen auf alle und hatten vor nichts Angst. Und hier? Hier hatten sie

achteckige Kachelchen verlegt, kelchförmige, gemusterte Klosetts errichtet, vernickelte Griffe blankpoliert und Messingketten angebracht – nur um ein solches Badezimmer zu haben? »Denn was werden Johannes oder Hans sonst denken?« – »Was werden Helga oder Gretchen dazu sagen?« Hatten sie deshalb alles so gehegt? Gar nicht aus Herzensbedürfnis? Überhaupt nicht aus Schaffensfreude?

Mir war zum Lachen – waren sie verrückt gewesen oder was? Die Schönheit der Veranden, Stukkaturen, Erker und Türmchen hatte plötzlich allen Zauber verloren – unter der Oberfläche kroch die Mühsal von tausend Stunden schwäbischer⁴ Furcht hervor, die Sorgfalt der Bauweise wurde zu einer besserwisserischen Pedanterie, genährt von dem Wunsch, alles und alle, einschließlich der eignen Person, durch und durch zu desinfizieren – als wären sie nicht imstande, anders zu leben.

Aber augenblicklich tauchten unangenehme Fragen auf.

War denn mein BERLINER KARTOGRAPH⁵ in Wirklichkeit einer von diesen Feiglingen gewesen, die ihre gekachelten Innenräume ausschmückten und die Geländer polierten – aus Angst vor dem gewöhnlichen Leben? Hatte er nur so getan, als ob ihm die KARTE wirklich etwas bedeutete? Hatte er diese wunderbaren Abbildungen von der Schweiz und Madagaskar nicht aus Freude gezeichnet, sondern aus Angst, weil er nicht anders konnte – denn die Deutschen mußten ja die besten sein? Dann war dieses Streben nach einer gelungenen Form, das er hatte, nur eine Maske, unter der sich die Angst vor dem Nachbarn verbarg? Was gab es denn dann zu bewundern?

Und vielleicht log die Zeitung auch gar nicht, vielleicht war Hitler wirklich so wie auf diesen entsetzlichen Zeichnungen? Ein schreckenerregender Wüstling mit zerzausten Haaren, der aus Angst vor den Deutschen in seine Porzellanbadewanne kroch, um auch kein Fitzelchen weniger sauber zu sein als sein Nachbar? All die Schönheit, die sie hervorgebracht hatten, war Vortäuschung und Maske, ein Maulkorb, des Sinnes beraubt, den sie sich zurechtgelegt hatten – denn im Grunde waren sie genauso wie alle anderen, nur war es ihnen irgendwie in den Kopf gefahren, sich selbst zu erhöhen und so zu tun, als seien sie etwas Anderes.

Mein Traum, zum Nachfolger des KARTOGRAPHEN zu werden, verlor also eigentlich seinen Sinn. Denn das wirkliche Leben war wohl doch gescheiter ... Und anscheinend hatten jene doch recht, die da sagten: »Jetzt sei still, was willst du denn ...?« Aber so ganz hatten sie doch nicht recht – das lehrten die Häuser in Alt Oliva auch. Furcht hin, Furcht her – gut sahen sie trotzdem aus. Selbst wenn das deutsche Schöne aus der Furcht entstanden war, hörte es dann auf, schön zu sein?

Aus dem Polnischen von Esther Kinsky

Anmerkungen der Redaktion

Der Text gibt eine Episode aus dem Kapitel »Ich und Hitler. Kurzer Lehrgang in der Archäologie des Erinnerns« in Chwins Buch »Kurze Geschichte eines gewissen Scherzes. Szenen aus Ostmitteleuropa« (Krakau 1991) wieder.

- 1 Die ehemaligen deutschen Straßennamen der Vorkriegszeit lauten in der Reihenfolge des Textes:
Piaستowska: Kaisersteg
Polanki: Pelonker Straße
Wita Stwosza (Veit-Stoß-Straße): Kronprinzallee
Poznanska: Lützowstraße
Szeroka: Breitgasse
Bohaterów Westerplatte (Straße der Helden von der Westerplatte): Georgstraße
Grunwaldzka: Hindenburgallee
Holdu Pruskiego (Straße des Preußischen Lehnseids): Schefflerstraße
Poczty Polskiej (Straße der Polnischen Post): Bahnstraße.
- 2 Danziger Schiffswerft.
- 3 Albert Forster (geb. 1902, hingerichtet 1948), Gauleiter von Danzig, ab 1939 von Danzig-Westpreußen und Reichsstatthalter von Danzig, Mitglied der SS, 1947 in Warschau zum Tode verurteilt.
- 4 »Schwäbisch« (poln. szwabka) steht pejorativ für das Deutsche schlechthin, wie »boche« in Frankreich.
- 5 Der KARTOGRAPH ist der imaginierte Schöpfer des im Berliner Verlag Georg Westermann erschienenen Weltatlas, dessen Pracht und Präzision das Kind begeistert.

Elemer Hankiss

Der ungarische Medienkrieg

Glauben Sie mir nicht. Dies ist ein sehr persönlicher und einseitiger Bericht. Über einen unblutigen Krieg, der allen eine Lehre sein kann, die sich für die Nöte einer jungen Demokratie interessieren. Und für den Spaß, den man beim Aufbau einer Demokratie haben kann.

I

An einem schönen Augustmorgen des Jahres 1990 erwachte ich leicht angeekelt mit dem merkwürdigen Gefühl, der Intendant des Ungarischen Fernsehens zu sein. Intendant gegen meinen Willen. Nach dreißig Jahren zwischen Schreibtisch und Lehrtätigkeit an verschiedenen Universitäten war dies eine absurde und zugleich traditionell ostmitteleuropäische Situation. In Ermangelung eines qualifizierteren Kandidaten werden Leute in Positionen berufen, die außerhalb ihres Berufsfeldes liegen. Der falsche Mann an der richtigen Stelle? Der richtige Mann an der falschen Stelle?

Ehrlich gesagt, ich machte mir an jenem schönen Morgen kaum Gedanken über diesen Aspekt der osteuropäischen Sozialgeschichte. Viel mehr Kopfzerbrechen bereitete mir ein kleines, aber nicht unbedeutendes Detail. Von Schauspielern wußte ich, daß es entscheidend ist, wie man die Bühne betritt. Das Problem bestand darin, von meinem häuslichen Schreibtisch an den Schreibtisch des Intendanten des Ungarischen Fernsehens zu gelangen. Die Entfernung betrug nicht mehr als drei Kilometer. Wie aber war ein nicht allzu lächerlicher und möglichst unzeremonieller Antritt zu inszenieren?

(a) Wurde erwartet, daß ich mir einen Dienstwagen schicken lasse? Einen dieser schwarzen russischen Wagen, wie ihn die kommunistischen Apparatschiks vierzig schmachvolle Jahre hindurch benutzt hatten? Ausgeschlossen.

(b) Sollte ich mein eigenes Auto nehmen? Damit war schon meine Frau unterwegs.

(c) Die Straßenbahn und die Untergrundbahn, wie ich das jahrzehntelang getan hatte? Natürlich.

(d) Wie sollte ich mich kleiden? Das stellte kein echtes Problem dar, hatte ich doch keinen von diesen Anzügen, wie ihn echte, seriöse Manager zu derlei Anlässen tragen. Die einzige verfügbare Alternative war die Uniform der notorisch lässigen Intellektuellen: Jeans und Pullover. (In den ersten zwei Jahren ihres Bestehens wimmelte es in den neuen demokratischen Parlamenten Ostmitteleuropas von diesen krampfhaft nonchalanten Jeans-und-Hemd- oder Jeans-und-Pullover-Intellektuellen; später überzeugte man sie, daß sie nicht wiedergewählt würden, wenn sie sich nicht in einen schwarzen Anzug mit passender Krawatte zwängten. Die Krawattenfarbe hatte schon in den letzten Jahren oder Monaten des *Ancien régime* sich zu ändern begonnen; erst von flammend- zu bordeauxrot, dann zu blau und grau; neuerdings tragen jüngere Parlamentarier auch schon Krawatten mit bunten postmodernen Arabesken.)

(e) Wie soll ich ernst bleiben, wenn ich auf die ersten Menschen im Gebäude stoße und die Rolle des Intendanten dieser großen Institution mit mehr als 3000 Angestellten spielen muß? (In meiner Forschungsgruppe waren wir nie mehr als zehn Wissenschaftler.) Ich beschloß, nicht ernst zu bleiben.

Nach Straßen- und U-Bahnfahrt ein kurzes Stück zu Fuß zu dem aus dem späten 19. Jahrhundert stammenden Fernsehgebäude (das bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die Börse war), die grandiose Treppe hinauf zum Haupteingang, und da stehen sie schon, der Chor derer, die unbewegt, in formellem Schwarz, die nächsten zwei Jahre mein hektisches Kommen und Gehen verfolgen werden. Ich spreche von der Sicherheitskontrolle, wohlwollende, pensionierte Polizeibeamte mit Bauch, die erst in der letzten Episode des bald ausbrechenden Medienkrieges aus ihrer feierlichen Passivität aufgeschreckt werden sollten.

Jetzt, an diesem ersten Morgen, fragen sie nach meinem Ausweis. Ich habe keinen, erwidere ich, zufällig bin ich aber der Intendant dieser Institution. Nach kurzer Verlegenheit geben sie den Weg frei. Ich begeben mich in den dritten Stock.

Die Intendantensuite. Roter Teppich, Grünpflanzen, Sonnenschein. Ich klopfe an einer großen weißen Türe. Eine magere, ältere Dame mit funkelnden Augen und frostigen Umgangsformen. Sie war die Sekretärin von mehreren meiner Apparatschik-Vorgänger und ist überzeugt, daß ich sie auf der Stelle feuern werde. Sie begleitet mich zu meinem Büro, eingerichtet in einer für die achtziger Jahre typischen Mischung aus bolschewistischem Puritanismus und Kadaristischem Pomp, auf den Bücherregalen die *Große Enzyklopädie* und Lenins Werke (*Stalins opera omnia* waren bereits entfernt worden).

Ich sage zur Sekretärin, daß ich nichts gegen sie habe. Sie könne bleiben, falls sie möchte, und ich mit ihrer Arbeit zufrieden bin. Das erste Zeichen von Schwäche? Der erste Fehltritt? Sollte ich die alte Garde augenblicklich entlassen? Oder sollte ich die besten Experten behalten, um den Laden zu führen? (Zu diesem Zeitpunkt nahm ich diese Fragen nicht allzu ernst. Zum Glück. Andernfalls wäre ich in eine endlose und unglückliche Kontroverse verwickelt worden, die inzwischen ganz Ostmitteleuropa erfaßt hat. Nach ein paar Wochen beschloß ich, jedermanns Vergangenheit zu ignorieren und mich bei der Personalpolitik auf Fähigkeiten und Leistungen zu beschränken. Ich baute die gesamte bürokratische Struktur der Institution ab, entließ die Leiter aller Redaktions- und Produktionsabteilungen und ließ die wichtigen Posten neu ausschreiben).

Nach ein paar Minuten bleibe ich alleine in diesem großen, gespenstischen Büro. Den einzigen Trost bietet eine kleine Terrasse mit der Aussicht auf einen der schönen Plätze des Zentrums von Budapest mit den Neorenaissance- und Fin-de-siècle-Gebäuden der Nationalbank und daneben dem weißen Palast der amerikanischen Botschaft. In den kommenden zwei Jahren werde ich meinen distinguierten Besuchern oder denen, die mir sympathisch sind, den legendären Spazierweg auf dem Dach des Botschaftsgebäudes zeigen, wo dem Volksglauben zufolge Kardinal Mindszenty in den Jahren, in denen er die Gastfreundschaft und den Schutz der Botschaft genoß, seinen Morgen- und Abendspaziergang absolvierte.

Da sitze ich nun und starre auf ein häßliches, cremefarbenes Telefon mit unzähligen Knöpfen. Warum bin ich hier drinnen und nicht draußen, auf dem Platz oder in meiner Lieblingsbibliothek zwei Ecken weiter, am Ufer der Donau? Was zum Teufel soll ich tun? Wie bin bloß in diese absurde und lächerliche Lage geraten? Ich fühle mich elend. Ich rufe meine Frau an. Sie lacht aus vollem Hals und legt auf.

II

Wie war ich in diese Lage geraten? Es war mein Fehler, auch wenn wir nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Jahr 1989, als die Mühlen der Demokratie zu mahlen begannen, kaum eine Wahl hatten. Mit »wir« meine ich Leute, die irgendwie zur Opposition gegen das kommunistische Regime gehört hatten, und im besonderen meinen Freund, der Intendant des Ungarischen Rundfunks wurde, und mich.

Die ersten freien Wahlen in Ungarn seit 1947 fanden im März und April 1990 statt. Da das *Demokratische Forum*, die größte Regierungspartei nach den Wahlen, nur eine schwache Mehrheit besaß, mußte es mit der stärksten Oppositionspartei einen Pakt schließen. Einer der ersten Punkte dieses Arrangements war die Bestellung von zwei unabhängigen Personen für die

Position der Intendanten des ungarischen Fernsehens und Radios. Keine leichte Aufgabe, da in den tollen Jahren 1988/89 und in der Hitze der Wahlkampagne von 1990 wenige Leute der Versuchung widerstehen konnten, sich kopfüber in die Parteipolitik zu stürzen. Nach vierzig Jahren verordneter Passivität waren die Menschen begierig, endlich etwas für ihr Land zu tun. Abgesehen davon war der Aufstieg in eine politische Position fast über Nacht zur attraktivsten und glanzvollsten sozialen Rolle geworden, die nicht nur Macht, sondern auch Berühmtheit, Prestige und eine neue Identität nach so vielen Jahren der Anonymität und Anomie einbringen konnte.

In dieser Situation kamen nun im Juni 1990 nach den Wahlen der Premierminister und der Führer der größten Oppositionspartei zu uns (wir beide, mein Freund Csaba Gombár und ich, waren Politikwissenschaftler und lehrten an der Budapester Universität) und boten uns diese Jobs an. Sie sagten, wir seien als unabhängige Kandidaten vorgeschlagen worden, denen man zutraute, einen Mittelweg zwischen den regierenden Parteien und der Opposition zu halten und die Unparteilichkeit der beiden Anstalten zu gewährleisten. Damals, in der postrevolutionären Euphorie, glaubten alle Parteien ernsthaft an die Unantastbarkeit des Prinzips der Pressefreiheit. Sie ahnten noch nicht, wie lästig diese Freiheit bald vielen von ihnen in der Praxis werden sollte.

Mehrere Wochen lang sagten wir nein, nein und abermals nein. Schließlich gaben wir nach und teilten ihnen mit, wir würden die Ernennung unter der Bedingung akzeptieren, daß das Gesetz über die Bestellung der Intendanten geändert wird. Im kommunistischen Regime hatte nämlich der Ministerrat das Recht, die Intendanten von Rundfunk und Fernsehen zu ernennen (unter der kaum verhohlenen Kontrolle des Politbüros). Wir erklärten, daß wir eine Ernennung durch den Premier nicht annehmen würden, da wir von ihm oder der Regierung in keiner Hinsicht abhängig sein wollten. Unsere Bedingung wurde akzeptiert und das Gesetz über Nacht geändert. Nach diesem neuen Gesetz, auf das sich die Unabhängigkeit der beiden Institutionen in den kommenden zwei Jahren gründete, hat der Premier nur das Recht, seine Kandidaten zu nennen, die – nach einer Anhörung in einem Parlamentsausschuß – vom Präsidenten der Republik bestellt oder nicht bestellt werden.

Selbst mit dieser Änderung nahmen wir unsere Posten nur für sechs Monate an, oder genauer gesagt, bis ein neues Mediengesetz verabschiedet und unsere Nachfolger gefunden sein würden. Das war im Juli 1990. Seit damals sind fast drei Jahre vergangen, und noch immer gibt es kein neues Mediengesetz, unsere Nachfolger wurden auch noch nicht gefunden. Statt dessen kam es zu einem Medienkrieg.

III

Wir übernahmen unsere Posten im August 1990. Die Flitterwochen (falls es denn solche gab) mit den regierenden Parteien waren nur von kurzer Dauer. Sie begriffen bald, daß sie auf die Falschen gesetzt hatten.

Mein Freund vom Rundfunk, ein leiser, freundlicher Mann mit einem scheuen Lächeln und übergroßer Bescheidenheit, ist einer der besten Politikwissenschaftler Ungarns; er benimmt sich aber, als sei er ein Neuling. Sein Lächeln kann als Ausdruck von Schüchternheit oder Schwäche mißverstanden werden. Doch falls die regierenden Politiker nach jemandem gesucht hatten, der benützt, beeinflusst und eingeschüchtert hätte werden können, so hat er sie mit seinem Lächeln unabsichtlich irreführt, denn hinter dieser jungenhaften Erscheinung verbirgt sich ein starker und mutiger Charakter. Was mich betrifft, so mag ich weniger leise und bescheiden sein, bin aber empfindlich, was meine Unabhängigkeit betrifft, und allergisch gegen Leute, die mir sagen wollen, was ich zu tun habe.

Ihr größter Fehler lag allerdings woanders. Sie vergaßen oder ignorierten, daß auch wir an einer Krankheit litten, die in den vier Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft unter osteuropäischen Intellektuellen weit verbreitet war. Es war ein unbehagliches Schwindelgefühl, ein Gefühl von Leichtigkeit, Schwerelosigkeit, von Selbstzweifel. Es war die Furcht, wir müßten eines Tages für das einstehen, was wir vierzig Jahre lang gesagt oder geschrieben hatten. Bezeugen, daß das, was wir dem Kommunismus in unseren Schriften, Diskussionen, Büchern mehr als vier Jahrzehnte lang entgegengesetzt hatten – die Ideen von Gerechtigkeit und Demokratie, von Zivilcourage und Toleranz, von Wahrheit und Freiheit –, mehr als bloße Worte und intellektuelle Frivolitäten gewesen waren. Zeigen, daß wir, statt bloß darüber zu sprechen, nach diesen Ideen leben konnten. 1989 kam schließlich der Augenblick der Wahrheit. Es war eine glückliche und ein wenig alarmierende Überraschung. Wir hatten Lampenfieber angesichts dieser Situation des *Hic Rhodus, hic salta*. Wir mußten die Integrität und Gültigkeit unserer Ideen und Handlungen beweisen.

Einerseits eine leichte Aufgabe, waren wir doch überzeugt, daß die Pressefreiheit und die politische Unabhängigkeit der öffentlichen Medien zu den Hauptgeboten einer demokratischen Politik gehörten, und dementsprechend handelten wir. Andererseits mochten wir zu schnell vorgegangen und in ein quijotisches Abenteuer geraten sein. Wir schufen zwei völlig unabhängige öffentliche Medien westlicher Prägung in einer Region, die sich gerade erst aus vierzig Jahren Diktatur und mehreren Jahrhunderten autoritärer Herrschaft erhob. Unser überstürztes Experiment, eine ungarische Version der BBC zu schaffen, zumindest was die Autonomie betraf, mag eine der Ursachen gewesen sein, die das auslösten, was in Ungarn dann unter dem Begriff Medienkrieg bekannt wurde.

IV

Natürlich ist es besser, einen Krieg mit Worten und politischen Strategien auszutragen als mit Panzern und Gewehren. Und es ist auch besser, wenn eine öffentliche Fernsehanstalt um ihre Unabhängigkeit kämpft, statt sich resigniert mit ihrer Abhängigkeit abzufinden. In diesem Lichte kann der mehr als zwei Jahre heftig geführte ungarische Medienkrieg als ein Zeichen relativen Friedens und einer gewissen Reife angesehen werden. Zugleich ist er die Ausnahme, zu der es bisher keine Regel gibt.

Die sanften oder weniger sanften Revolutionen brachten Ostmitteleuropa die lang ersehnte Pressefreiheit, sie haben aber nicht die elektronischen Medien von der Kontrolle durch die Regierenden befreit. Natürlich änderten sich Charakter und Intensität dieser Kontrolle wesentlich. Es blieb aber dabei, daß in den meisten postkommunistischen Ländern das öffentliche Fernsehen (das vor der Revolution der strengen Kontrolle durch die kommunistische Partei unterstand) nach den ersten freien Wahlen zum Regierungs-Fernsehen wurde. Veränderungen in der Regierung zogen daher regelmäßig jähe Veränderungen in der Führung des öffentlichen Fernsehens nach sich. In den meisten Fällen ersetzten die neuen Premierminister oder Präsidenten umgehend die alte Fernsehführung durch eine loyale neue.

Es gibt gute und schlechte Gründe für eine Kontrolle der Medien. Zu den guten, oder zumindest nicht gänzlich abzuweisenden zählt das Argument, daß der extrem schwierige Übergangsprozeß zu Demokratie und Marktwirtschaft gemeinsamer Ziele und nationaler Einheit bedarf und die Pläne und Entscheidungen der Regierung eine breite Unterstützung brauchen. Da Fernsehen und Rundfunk am Gelingen dieser Mobilisierungsstrategien wesentlich beteiligt sind, hält es die neue Regierung für unvermeidlich und legitim, ihre moralische Verpflichtung zugunsten einer Kontrolle über die Massenmedien zurückzustellen.

Zweieinhalb Jahre lang stellte Ungarn in vieler Hinsicht eine glückliche und unglückliche Ausnahme von dieser Regel dar. Das ungarische Radio und Fernsehen waren die einzigen unabhängigen öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten in dieser Zeit in Ostmitteleuropa, mehr noch, sie waren die unabhängigsten öffentlichen Medien in Europa. Ihre Unabhängigkeit war geradezu absurd. Die neuen Bestimmungen zur Wahl der Intendanten sowie das Fehlen eines Mediengesetzes, welches ein gesundes Gleichgewicht zwischen der Unabhängigkeit dieser Institutionen und ihrer sozialen Kontrolle hätte schaffen sollen, verliehen den neu gewählten Intendanten praktisch die absolute Kontrolle über ihre Institutionen. Hätten sie beschlossen, aus ihren Institutionen beispielsweise Schuhfabriken zu machen, wäre es, juristisch gesehen, sehr schwierig gewesen, sie davon abzuhalten.

Tatsächlich schlugen sie eine weniger absurde (oder absurdere?) Richtung ein. Sie versuchten, ihre vormalig von der Partei kontrollierten Institutionen in öffentliche Rundfunk- und Fernsehanstalten westlichen Typs umzugestalten, mit überparteilichen Nachrichten, aktuellen Programmen und einem breit gefächerten Bildungs-, Kultur- und Unterhaltungsprogramm. Sie waren erfolgreich und doch wieder nicht. Erfolgreich, weil ihr Programm bereits 1992 trotz viel schwächerer finanzieller Ausstattung mit den besten europäischen öffentlichen Fernsehanstalten konkurrieren konnte. Andererseits scheiterten sie, weil sie nach mehr als zwei Jahren erfolgreichen Widerstandes schließlich doch von der Parteipolitik geschlagen wurden.

Das kam nicht unerwartet, war doch während des ganzen Medienkrieges fast alle Macht auf der anderen Seite, bei den Regierungsparteien und der Regierung mit ihrem ganzen Instrumentarium von Legislative und Exekutive konzentriert. Aber auch wir konnten auf manchen Schutz und manch einflußreichen Partner zählen. Wir konnten uns erstens auf die Buchstaben und den Geist des Gesetzes verlassen. Zweitens erhielten wir im Laufe des Medienkrieges zunehmend Unterstützung von den Oppositionsparteien und vom größeren, in meinen Augen besseren Teil der Presse. Und nicht zuletzt besaßen wir die Macht der Unabhängigkeit. Unsere Gegner wußten ebensogut wie unsere Freunde, daß wir überhaupt nicht an unseren Intendantensesseln klebten, daß wir keine Macht anhäufen und nur allzubald wieder in unsere früheren Berufe zurückkehren wollten. Man konnte uns weder erpressen noch einschüchtern.

V

Ich war an dem hier dargestellten Konflikt aktiv beteiligt, daher ist mein Bericht notwendig subjektiv. Selbst die im nächsten Kapitel angeführten Fakten, die die Schritte und die Entwicklung der Auseinandersetzungen chronologisch wiedergeben, würden wohl von jenen, die auf der anderen Seite standen – also von der Regierung, den regierenden Parteien und vor allem von deren populistisch-nationalistischen rechten Flügeln – anders interpretiert werden.

Sicherlich würden sie betonen, daß sie ebenso für die Pressefreiheit waren und sind wie wir und daß die Regierung aus verschiedenen äußeren Gründen, darunter unser Fehlverhalten, gezwungen war, die Autonomie des Ungarischen Fernsehens und Rundfunks zu beschneiden.

Ich habe keinen Anlaß, die Aufrichtigkeit der Regierung im Hinblick auf ihren Respekt vor der Pressefreiheit in Zweifel zu ziehen, zumindest nicht die des Premierministers Antall. Vierzig Jahre lang war diese Freiheit der Heilige Gral, nach dem alle strebten, die zur Opposition gegen das

kommunistische Regime gehörten. Ebenso steht außer Zweifel, daß in der euphorischen Zeit der ersten freien Wahlen die Mehrzahl der neuen Politiker für die Freiheit der Medien war. Damals wäre es für jede Partei absurd gewesen, eine Medienkontrolle durch die Regierung vorzuschlagen.

Die Frage, wer den Medienkrieg angefangen hat, wird immer noch kontrovers beantwortet. Die Regierung behauptet, die Hauptverantwortung liege bei der Presse, die, mit der Opposition sympathisierend, auf breiter Front angriff und bereits in den ersten Tagen der Regierung alles attackierte, was sie tat oder unterließ. Unter diesem Druck mußte sie handeln. Zuerst versuchte man, eine regierungsfreundliche Presse auf die Beine zu stellen. Nachdem dies mißlungen war, wandte sich die Regierung den beiden großen Medien, Fernsehen und Hörfunk, zu und versuchte, Einfluß zu gewinnen und später auch Druck zu machen, um mehr Unterstützung zu bekommen. Da diese Medien in den Augen der Regierung von ehemaligen Sozialisten kontrolliert wurden, die sich jetzt als Liberale gaben, war es gerechtfertigt, ja im Namen von Pressefreiheit und -neutralität *geboten*, eine gewisse Kontrolle auszuüben und die Verantwortlichen dazu zu zwingen, eine bessere Ausgewogenheit zu garantieren.

Aus der Sicht der Opposition waren dies ungerechtfertigte Anschuldigungen und leere Rhetorik, die den Ehrgeiz der Regierung und ihrer Parteien bemänteln sollten, alle Macht in ihren Händen zu konzentrieren und eine direkte politische Kontrolle über die beiden Medien zu gewinnen. Dies alles mit dem Ziel, eine autoritäre Demokratie zu installieren, die nächsten Wahlen zu gewinnen und so ihre Herrschaft ein für alle Mal zu etablieren.

Im übrigen ist mir durchaus bewußt, daß die ungarische Regierung keineswegs die einzige in Europa ist – den Westen eingeschlossen –, die versucht hätte, Kontrolle über die öffentlichen Medien zu gewinnen. Ich muß auch einräumen, daß ihre Strategie in den ersten beiden Jahren des Konflikts zivilisierter und akzeptabler war als die Mittel, die so manche Regierung im Westen eingesetzt hat. Sie hat ihren Kampf in dieser Zeit im vorgegebenen gesetzlichen Rahmen geführt.

Die Tatsache, daß die Regierung in den letzten Monaten des Medienkriegs ihre Geduld verloren und Fernsehen und Rundfunk im Handstreich zu nehmen versucht hatte, statt das Urteil eines ordentlichen Gerichtes abzuwarten, war indes nicht ihr schlimmster Verstoß. Der wirkliche Schaden lag darin, daß sie in einem Land, das jahrhundertlang mittels autoritärer Herrschaft, Bürokratie und Überzentralisierung in einem rückständigen, halbkolonialen Zustand gehalten worden war, die Unabhängigkeit zweier wichtiger öffentlicher Institutionen zerstört hat. Indem die regierenden Kräfte diese destruktive osteuropäische Tradition wiederaufnahmen, statt die Entwicklung einer pluralistischen Demokratie interagieren-

der unabhängiger Institutionen zu unterstützen, haben sie – meiner Meinung nach – den 1989 einsetzenden Prozeß der Demokratisierung in Ungarn gefährlich verlangsamt.

Mag sein, daß ich mich täusche, jedenfalls interpretiere ich die Fakten in diesem Lichte. Was waren die Fakten?

VI

Juli 1990: Der Premierminister schlägt die beiden Kandidaten für die Intendantenposten des Ungarischen Fernsehens und Rundfunks vor. Nach einer Anhörung vor dem Kulturausschuß des Parlaments und ihrer anschließenden einstimmigen Annahme werden sie vom Präsidenten der Republik in ihrem Amt bestätigt.

Dezember 1990: Beginn der Konflikte mit der Regierung bzw. den regierenden Parteien. Regierungspolitiker melden Zweifel an den Mitarbeitern an, mit denen ich die leitenden Positionen des Fernsehens besetzt hatte. Unser Budget wird um die Hälfte gekürzt.

Januar 1991: Beginn der radikalen Reorganisation der Institution mit dem Ziel, aus einer bürokratischen Staatseinrichtung eine moderne und flexible Fernsehgesellschaft zu machen: Organisation und Management wie beim kommerziellen Fernsehen, aber unter Wahrung der Vorzüge und besonderen Verpflichtungen eines öffentlichen Mediums. Rechte Gruppen und Parteien greifen uns daraufhin mit verschiedenen Vorwürfen an:

- Wir kommerzialisierten das nationale Fernsehen.
- Wir amerikanisierten es.
- Wir bezahlten unseren Stars Tantiemen, die das Gehalt des Premierministers weit überstiegen.
- Unsere Journalisten und Programme seien in bezug auf die Regierung voreingenommen und zu kritisch.
- Durch unsere Reorganisation hätten wir die alten Arbeitszusammenhänge zerstört, woraufhin die nationalen kulturellen Werte im Programm ins Hintertreffen geraten seien.

April 1991: Der Premierminister beginnt, offensichtlich unter dem Druck des rechten Flügels seiner Partei, verschiedene Kandidaten für die Posten der stellvertretenden Intendanten von Fernsehen und Rundfunk vorzuschlagen (mit der immer weniger verhüllten Absicht, jemanden einzusetzen, über den die Regierung ihren Einfluß auf diese Institutionen ausüben kann). Seine Versuche bleiben fast ein Jahr lang ohne Erfolg.

November 1991: Ich initiiere ein neues Abendnachrichtenprogramm, um ein Gegengewicht zu den sich immer mehr durchsetzenden Rechtstendenzen im bestehenden Nachrichtenprogramm zu schaffen. Die Strafe

folgt auf dem Fuße: In der Budgetdebatte im Dezember wird uns praktisch die gesamte Finanzierung gestrichen.

1. März 1992: Endlich gelingt es dem Premierminister, den beiden Institutionen stellvertretende Intendanten aufzuzwingen.

3. März 1992: Ich entlasse meinen Stellvertreter, was zu einem langen und heftigen Rechtsstreit mit dem Premier führt.

Mai und Juni 1992: Da er den Streit nicht für sich entscheiden kann und zugleich wachsendem Druck vom rechten Flügel seiner Partei ausgesetzt ist, schlägt der Premier dem Präsidenten der Republik vor, meinen Kollegen und mich des Amtes zu entheben. Nachdem ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß zu keinem Ergebnis kommt, lehnt der Präsident den Vorschlag ab.

August 1992: Der Vizepräsident des *Demokratischen Forums*, Csurka, veröffentlicht sein berüchtigtes Manifest, in welchem er ein diffuses populistisch-nationalistisches Programm mit fremdenfeindlichen und antimodernen Untertönen propagiert. In Csurkas Mythologie gibt es eine jüdisch-bolschewistisch-liberal-kosmopolitische Verschwörung gegen die ungarische Nation, als deren Hauptagenten Gombar und ich demaskiert werden.

September und Oktober 1992: Ich entlasse den Chefredakteur der Hauptabendnachrichten (ein ehemaliger Parteisekretär, der zum Sprachrohr der nationalistischen Kräfte geworden war) und den Chefredakteur des wichtigsten politischen Auslandsmagazins (ein ehemaliges Mitglied des Parteipräsidiums im Ungarischen Fernsehen, nach 1989 ebenfalls zum Herold der ungarischen Rechten geworden – kein schlechter Journalist im übrigen). Gombar hatte kurz vorher im Rundfunk ähnliche Schritte unternommen.

November und Dezember 1992: Im Gegenzug eröffnet der Premierminister ein Disziplinarverfahren gegen mich, um mich schließlich zu entlassen. Dagegen protestiere ich und lege Klage ein. Nach meiner Auffassung war er nie mein Dienstherr (er konnte es schon deshalb nicht sein, weil ein solches Abhängigkeitsverhältnis gegen die Pressefreiheit verstoßen hätte und daher gegen das Gesetz gewesen wäre).

Dezember 1992: Während der Debatte über das Budget 1993 verabschiedet die Mehrheit des Parlaments eine Verordnung, nach der das Budget des Ungarischen Fernsehens und Rundfunks mit 1. Januar 1993 Bestandteil des Budgets des Premierministers wird.

27. Dezember 1992: Die Vorlage zum neuen Mediengesetz scheitert im Parlament.

6. Januar 1993: Gombar und ich übermitteln dem Präsidenten der Republik ein Schreiben, in dem wir ihn darum bitten, uns von unseren

Amtspflichten zu entbinden. Bis heute hat er dieser Bitte nicht entsprochen.

VII

Auch ohne Kafka, Broch, Capek und Mrozek kann Osteuropa auf eine lange und beeindruckende Geschichte der Absurditäten blicken. Auf jene der k.u.k.-Zeit folgten in den zwanziger und dreißiger Jahren ungarische, tschechoslowakische und polnische und später die mörderischen Absurditäten des Bolschewismus. Der ungarische Medienkrieg hat sein bescheidenes Scherflein zum Repertoire der nachrevolutionären Absurditäten beigetragen.

Man denke etwa an die Hungerstreiks. Im Juni 1992 inszenierte Bischof Tökes, der beim Ausbruch der Revolution in Rumänien – falls es überhaupt eine solche war – eine wesentliche Rolle gespielt hatte, einen kurzen Hungerstreik als Protest gegen ein rumänisches Gerichtsurteil, welches die für ein Blutbad in Siebenbürgen Verantwortlichen freigesprochen hatte. Er setzte ein Beispiel, das Schule machen sollte. Ein paar Wochen später begann ein Abgeordneter der ungarischen Regierungspartei einen Hungerstreik mit einem weitaus weniger edlen Ziel. Er verlangte unseren (meinen und Gombars) sofortigen Rücktritt. Als bald ging ein Rundfunkredakteur in Hungerstreik mit der Forderung, daß Gombar auf der Stelle seinen Hut nehmen solle. Daraufhin wieder verkündeten zwei weibliche Popsänger, sie würden einen Hungerstreik zu unserer Unterstützung beginnen; sie hatten ein bißchen Übergewicht und ohnedies eine Schlankeitskur geplant. Glücklicherweise stellten die Streikenden ihre Protesthandlungen ein, bevor die Hungerstreikepidemie sich zu einer Tragikomödie und einer verheerenden politischen Kettenreaktion ausweiten konnte.

Damals glaubte ich, das Privileg zu genießen, der erste Fernsehintendant zu sein, gegen den ein Parlamentsabgeordneter Hungerstreik führte. Ich war im Irrtum. Wenige Wochen später erzählten mir englische Kollegen von einem walisischen Abgeordneten des britischen Parlaments, der vor ein paar Jahren mit der Forderung in Hungerstreik getreten war, daß die BBC auch Programme in walisischer Sprache senden solle. Er bekam sie. Sein ungarischer Kollege hatte weniger Erfolg. Er bekam lediglich einen warmen Händedruck von Herrn Csurka.

September 1992 gab es Demonstrationen von rechts, unter anderem gegen den Präsidenten der Republik, Arpad Göncz, meinen Amtskollegen und mich. Etwa 15 000 Demonstranten forderten meinen Rücktritt. Eine Woche später demonstrierten etwa 60 000 Menschen gegen diese Angriffe im Namen demokratischer Grundrechte und -werte.

Auch diese Demonstrationen war mit einer Aura des Absurden umge-

ben. Ich liebe farbenfrohe Demonstrationen und habe keine Abneigung gegen die ungarische Fahne wie manche meiner liberaleren Freunde. Mein Problem bei der gegen uns gerichteten Demonstration lag in ihrer merkwürdigen Widersprüchlichkeit: (a) Die Demonstration wurde von der Vereinigung jener organisiert, die nach 1956 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. (b) Sie demonstrierten gegen die Kommunisten und gegen mich. (c) Auch ich war nach 1956 im Gefängnis gelandet, zusammen mit denen, die nun gegen mich protestierten. (d) Ich hatte nie mit der kommunistischen Partei zu tun gehabt, außer daß sie mich nach 1956 ins Gefängnis gesteckt und mich in den darauffolgenden Jahrzehnten schikaniert hatte, wo sie nur konnte. (e) Die Demonstranten unterstützten und applaudierten zwei meiner Kollegen, von denen einer Parteisekretär und der andere Mitglied des kommunistischen Parteipräsidiums im Fernsehen gewesen war.

Vielleicht kann man all dies besser verstehen, wenn man die frivole, wenn nicht zynische Bemerkung des Staatssekretärs Tamas Katona akzeptiert, mit der er die Präsenz einer großen Zahl von ehemaligen ergebenden Kommunisten in den Regierungssämtern begründete. Wenn ich mich nicht irre, sagte er, daß selbst eine demokratische Regierung gute Söldner bräuchte, und lächelte dabei listig unter seinem majestätischen ungarischen Schnurrbart. Angeblich hat Herr Csurka diese Aussage lapidar um das Verdikt »Wer ein guter Exkommunist ist, entscheide ich!« bereichert.

Als ich am nächsten Tag diese merkwürdigen Widersprüche in einem offenen Brief aufzugreifen wagte, drohten mir die beiden Fernsehmänner mit einem Gerichtsverfahren, weil ich gewagt hatte, etwas aus ihrer Vergangenheit zu erwähnen, was offenbar ihr persönliches Eigentum war und dem Schutz ihres Persönlichkeitsrechts unterlag.

Nach diesem Ausflug ins Absurde möchte ich auf die Schizophrenie meiner gegenwärtigen Lage zurückkommen. Während ich diese Zeilen schreibe, fliege ich gerade über den Atlantik und weiß absolut nicht, wer und was ich bin. Ich hoffe es zwar nicht, aber ich könnte immer noch der Intendant des Ungarischen Fernsehens sein. Aber vielleicht bin ich's nicht mehr. Man könnte sagen, daß ich es *de jure* zwar bin, *de facto* aber nicht mehr. Oder wäre es richtiger, daß ich es einem ungarischen Gesetz nach noch bin, einem anderen nach jedoch nicht mehr? Um diese Zwei- oder Vieldeutigkeit erklären zu können, muß ich über den letzten Akt des Medienkrieges oder der Medienkomödie berichten.

Am 6. Januar 1993 schrieben Gombár und ich einen Brief an den Präsidenten der Republik mit der Bitte um Entlassung aus unseren Ämtern. Wir führten folgende Gründe an: Erstens fühlten wir uns nach dem Scheitern des Mediengesetzentwurfs im Dezember 1992 im Parlament und mangels Aussicht auf die Verabschiedung eines neuen Entwurfs vor der allgemeinen Wahl 1994 von unserem Versprechen entbunden, bis zum

Erlaß eines Mediengesetzes im Amt zu bleiben. Zweitens hätten unsere Institutionen durch den Verlust ihrer finanziellen Unabhängigkeit aufgrund des neuen Budgetgesetzes ihre hart erkämpfte Autonomie eingebüßt. Ihre Rückverwandlung in das, was sie vor 1989, in den schlechten alten Zeiten gewesen waren, werde vorangetrieben. Drittens wollten wir keine Beihilfe zur Zerstörung von zwei der bedeutendsten autonomen Institutionen unserer neuen Demokratie leisten.

Der Premierminister nutzte hastig diese Gelegenheit. In seinem Brief vom 20. Januar schrieb er uns, daß *er* unseren »Rücktritt« annehme und beauftragte die beiden Vizeintendanten mit der Führung der beiden Institutionen. Am nächsten Tag ließ der Präsident der Republik verlautbaren, daß wir nicht zurückgetreten seien, daß es ausschließlich sein Recht sei, unser Ansuchen anzunehmen oder auch nicht, und daß, falls der Premier unsere Entlassung vorschlägt, und dies sei sein einziges Recht, er, der Präsident, den Antrag prüfen und seine Entscheidung innerhalb einer angemessenen Frist treffen werde.

Es ist weder tragisch noch außergewöhnlich, daß in einem Land wie Ungarn oder auch anderswo Präsident und Premierminister in einer wichtigen Angelegenheit nicht übereinstimmen und sogar öffentlich darüber streiten. Von Frankreich bis zur ehemaligen Tschechoslowakei und Polen gibt es zahlreiche Beispiele für solche Konflikte. Natürlich sind sie bei der Geburt und Entwicklung zerbrechlicher neuer Demokratien gefährlicher. Die Situation, in der Gombár und ich gezwungen wurden zu entscheiden, ob der Präsident oder der Premier recht hatten, war nicht tragisch, wohl aber absurd. Und es wäre sinnlos und grausam gewesen, jeden Tag den tausenden Kollegen, Managern, Produzenten, Kameramännern, Redakteuren, Sicherheitsbeamten, Putzfrauen etc. die Entscheidung aufzuerlegen, wem gegenüber sie nun loyal wären: uns oder den neuen von der Regierung eingesetzten Männern.

Wir wollten unsere unschuldigen Kollegen nicht in diese Tortur hineinziehen, und wir wollten auch nicht in eine gemeine und erniedrigende Streiterei mit den Regierenden verwickelt werden, die alle Mittel und Macht in ihren Händen hielten. Nach langem Abwägen verfaßten wir am 20. Januar einen offenen Brief, in dem wir unser Dilemma erläuterten. Wir stellten fest, daß wir uns als die rechtmäßigen Intendanten dieser Institutionen sahen, unsere Ämter aber nicht ausüben würden, solange nicht der Präsident der Republik, der Premier, das Parlament, der Verfassungsgerichtshof oder ein Gericht diesen Wirrwarr geklärt haben. Das war unser jüngster und ich hoffe letzter Streich im Medienkrieg.

Und jetzt fliege ich in der Touristenklasse (für Nichtintendanten) über den Atlantik und kommentiere einen Bericht des Rechnungshofes über das Ungarische Fernsehen (eine öde Intendantenpflicht).

VIII

Als die Regierung alle rechtlichen Möglichkeiten erfolglos ausgeschöpft hatte, suchte sie nach Möglichkeiten, mich und meinen Kollegen vom Rundfunk mit politischen Mitteln in die Knie zu zwingen. Im Mai 1992 ersuchte der Premier den Kulturausschuß des Parlaments, unsere »Kompetenz« zur Leitung der beiden Institutionen zu untersuchen. Da er sich in diesem Ausschuß auf eine Regierungsmehrheit stützen konnte, riskierte er nicht sehr viel.

Gombar und ich wählten unterschiedliche Strategien. Er ging zur Verhandlung und verlas eine kurze Stellungnahme: Er erkenne die Autorität des Ausschusses nicht an, weil dieser kein neutrales Organ sei – und ging hinaus. Skandal. In der nächsten Woche erschien ich mit fünf Experten und Tausenden von Dokumenten und verkündete, daß ich glücklich sei, hier zu sein und wichtige Angelegenheiten mit solch hervorragenden Politikern diskutieren zu können. Allgemeine Heiterkeit. »Aber«, fügte ich hinzu, »ich werde Sie zwingen, diese Untersuchung sehr ernst zu nehmen, wie es sich für eine anständige Demokratie gehört. Ich werde Ihnen in den nächsten Tagen das Leben schwer machen. Ich werde es Ihnen sehr schwer machen, ein Urteil zu fällen, ohne die Fakten, Zahlen und Belege zu berücksichtigen, die ich Ihnen vorlegen werde.« Und die Verhandlungen dauerten drei lange Tage.

Zunächst argumentierten Abgeordnete der Regierungsparteien, daß ich bei Umgestaltung und Management des Ungarischen Fernsehens einige Verordnungen und Gesetze mißachtet hätte. Nachdem wir dies widerlegen konnten, versuchten sie das Publikum und sich selbst zu überzeugen, daß das Ungarische Fernsehen den Interessen der ungarischen Nation nicht im notwendigen Maße diene, daß es zu international, zu amerikanisiert, kommerzialisiert, »antimagyarisch« geworden sei. Als wir mit Zahlen, Statistiken und Analysen das Gegenteil bewiesen, verloren sie die Beherrschung, fegten alle Unterlagen, Zahlen und Beweisstücke vom Tisch und griffen zur *ultima ratio* der Parteipolitiker: »Wir, die Regierungsparteien, haben das Vertrauen in Sie verloren, und das ist ein hinreichender Grund, Ihre Entlassung auch ohne weitere Fakten, Beweise und Argumente zu beantragen.«

Das war ein interessanter Anschauungsunterricht in Sachen Demokratie. Ein geradezu ergreifender Anblick, wie Abgeordnete der Regierungsparteien, oder zumindest einige von ihnen, mit ihrem Gewissen kämpften. Wie sie versuchten, ihre Parteiinteressen (und Antipathien gegen diesen streitlustigen Intendanten) in das Korsett gesetzlicher Vorschriften einzu-zwängen. Zu diesem Zeitpunkt schaute fast das ganze Land diesem Schauspiel zu. Und viele Zuschauer mochten zum ersten Mal im Leben verstanden haben, daß Demokratie keine abstrakte Idee ist, sondern, ganz

prosaisch, aus einer wohlbestimmten Anzahl von Regeln besteht. Sie konnten begreifen, daß eine demokratische Politik klarer, von allen Beteiligten akzeptierter Spielregeln bedarf und ebenso der Bereitschaft ihrer Bürger, sich an diese Regeln zu halten, selbst wenn ihren augenblicklichen Interessen besser gedient wäre, wenn sie sie brächen.

Ein halbes Jahr später, im Januar 1993, erfuhr diese Zeremonie ihre Wiederholung, diesmal ohne das respektable persönliche Drama mancher Beteiligten. Nach mehr als zweijähriger Amtszeit schienen die Regierungspolitiker nun ihre frühere Scheu und Keuschheit eingebüßt zu haben. Anscheinend hatten sie allmählich begriffen, daß sie an der Macht waren. Angesichts des bevorstehenden Nationalkongresses des *Demokratischen Forums* verloren sie zunehmend ihre Beherrschung, und einige von ihnen preschten vor, um den rechten Kräften ihren aufrechten Patriotismus zu beweisen. In dem gegen mich eingeleiteten Disziplinarverfahren setzte der Premierminister den Justizminister als Vorsitzenden und drei weitere Minister als Mitglieder des Disziplinarausschusses ein. Sie begingen mit Nonchalance einen rechtlichen Formfehler nach dem anderen und spielten die zynische Komödie eines formalen Prozesses bis zu Ende.

Das war ein echter Skandal, der im ganzen Land Widerhall fand. Die Prozeßprotokolle wurden publiziert (in einer Form und unter Umständen, die an die guten alten Zeiten des *Samisdát* erinnerten) und über Nacht zu einem Bestseller. In einem Budapester Theater rezitierten Schauspieler Passagen vor einem zwischen Lachen und Empörung hin- und hergerissenen Publikum. Der Medienkrieg verwandelte sich in eine Tragikomödie.

Einige Journalisten gingen so weit, den Prozeß als den »ersten Schauprozeß« nach den freien Wahlen in Ungarn von 1990 zu bezeichnen. Dies war natürlich eine stark überzogene Metapher. Wahr ist, daß das ganze Verfahren vom politischen Willen motiviert war, sich der Intendanten von Fernsehen und Radio zu entledigen. Wahr ist auch, daß der ganze Fall vorfabriziert worden war und das Urteil schon vor dem Prozeßende feststand. Wahr ist, daß der Disziplinarausschuß das Urteil fällte, ohne die zahllosen Fakten und Beweisstücke zu berücksichtigen, die für den Angeklagten sprachen. In allen anderen Punkten aber gab es wesentliche Unterschiede. All dies ereignete sich 1993 in einer Demokratie und nicht 1953 in einer Diktatur. Die Einsätze waren viel niedriger. Statt des Henkers begrüßten eine jubelnde Menge und sympathisierende Journalisten den Verurteilten. Dieser legte Berufung ein und erklärte, er würde an den Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gehen, falls sich kein wirklich unabhängiges Berufungsgericht in Ungarn fände.

IX

Der Medienkrieg hat dem Land manchen Schaden zugefügt. Er hat aber auch mindestens ebensoviel Gewinn gebracht.

Nach mehreren Jahrzehnten des künstlichen Friedens und des universellen Kompromisses, die uns der Kadarismus beschert hatte, der Konflikte paranoisch und hermetisch ausschloß, war der Medienkrieg ein Ereignis, aus dem wir lernten, daß begrenzte Konflikte in demokratischen Gesellschaften nützlich und unverzichtbar sind.

Nach vierzig Jahren verschiedenster Formen von Sklaverei half der Medienkrieg den Menschen zu begreifen, daß in einer Demokratie sogar der Mächtigste nicht allmächtig ist. Die Leute konnten auch erfahren, die meisten zum ersten Mal, wie mächtig das Gesetz in einer demokratischen Gesellschaft sein kann. Sie konnten sehen, daß zwei fragile öffentliche Institutionen, die sich nur auf die Buchstaben und den Geist des Gesetzes stützen können, ihre neu begründete Autonomie gegen extrem starken Druck und gegen Attacken von Regierungsseite und von den Regierungsparteien beinahe zwei Jahre behaupten konnten.

Nach 1989 mußten wir lernen, daß eine Demokratie weder importiert, noch von der Stange gekauft, noch über Nacht aus dem Boden gestampft werden kann. Sie muß erst geschaffen werden im Laufe eines langen und mühseligen Lernprozesses, an dem sich alle beteiligen und ihre Verantwortung übernehmen. Daß wir eine Regierung haben, die dem Parlament verantwortlich ist, bedeutet nicht, daß alle anderen weiterleben können in den Höhen und Tiefen einer kindlichen Unverantwortlichkeit, die wir in den vier Jahrzehnten des Kommunismus genossen und an der wir zugleich gelitten hatten: als es leicht und legitim war, den Kommunisten für alles Elend in unserem Leben die Schuld zu geben.

Die Leute mögen auch begriffen haben, warum die Existenz autonomer Institutionen eine *conditio sine qua non* der modernen Demokratien ist. Die Interessen einer komplexen zeitgenössischen Gesellschaft können am besten durch die Interaktion eines breiten Spektrums autonomer Institutionen vermittelt und integriert werden, unter denen die Regierung lediglich eine der wichtigsten darstellt.

Dieses dezentralisierte, auf Wechselwirkung abgestellte Modell kann für ein Land wie Ungarn besonders bedeutend sein, wo die soziale und politische Entwicklung über Jahrhunderte durch zentralistische, autoritäre Regime verzögert und verzerrt wurde.

1992 wurden das Ungarische Fernsehen und der Ungarische Rundfunk in ihrem hartnäckigen Kampf um Autonomie zu Hauptakteuren in einer Gesellschaft, die gegen die Zentralisierungsbestrebungen der Regierung protestierte. Diese Dimension erhob den Medienkrieg für einige Monate in den Rang einer exemplarischen politischen Auseinandersetzung.

Wir konnten zu unserem Erstaunen auch lernen, daß selbst Skandale eine positive Rolle im öffentlichen Leben einer Demokratie spielen können. Falls sie nicht zu häufig, zu groß, zu sehr *à l'italienne* sind und ein gutes Schauspiel liefern, können sie dem Kampf der politischen Akteure Publicity und das nötige Rampenlicht verschaffen und eine Art Katharsis des öffentlichen Lebens bewirken.

In den ersten Monaten des Jahres 1992 nahm ich eine Art Forschungsurlaub und lehrte als Gastprofessor an der Stanford University. An einem schönen Morgen, Anfang März, rief man mich aus Budapest an. Meine Kollegen berichteten mir, daß der neue Vizeintendant (der als »politisch unabhängige« Person ernannt worden war) sich als Mann der Regierung entpuppt hatte (besser gesagt, des populistischen rechten Flügels der Regierungspartei). In den ersten Stunden seiner Amtszeit hatte er fünf Leute auserkoren, von denen einer Sekretär der KP gewesen war, einer Mitglied des Präsidiums derselben Partei und ein weiterer Mitglied der kommunistischen Miliz nach der Revolution von 1956 und darüber hinaus für zwei Jahrzehnte allmächtiger Leiter der Personalabteilung des Ungarischen Fernsehens. Neben ihrer makellosen kommunistischen Vergangenheit hatten sie noch etwas gemein: Sie hatten ihr Mäntelchen rechtzeitig gewendet und waren überloyale Bekenner des neuen populistisch-nationalistischen Glaubens.

Sie begingen allerdings den Fehler, in ihrem Übereifer zu schnell mit der Umstrukturierung der Institution zu beginnen. So gaben sie mir die Gelegenheit zu intervenieren. Ich sandte auf der Stelle ein Fax an den neuen Vizeintendanten, mit Kopien an den Premier und den Präsidenten der Republik, in dem ich ihn in der dritten Stunde seiner Amtszeit vom Dienst suspendierte. Ich nahm das erste Flugzeug nach Budapest.

Als ich ankam, forderte der Premier mich auf, die Suspendierung zurückzunehmen, weil ich, seiner Interpretation zufolge, nicht das Recht hätte, jemanden zu entlassen, den er ernannt hatte. Nach einem Gespräch mit meinen Anwälten antwortete ich, daß ich nach Auslegung der geltenden Gesetze und Vorschriften das Recht dazu hätte. Ein bitterer Rechtsstreit folgte, der schließlich beim Verfassungsgericht landete. Dieses ließ eine Erklärung von solch virtuoser Komplexität und Mehrdeutigkeit verlautbaren, daß beide Seiten sie zu ihren Gunsten auslegen konnten. Der Premier beantragte beim Staatspräsidenten aufgrund dieser Erklärung meine Entlassung. Und der Präsident weigerte sich aufgrund derselben Erklärung, den Antrag zu unterzeichnen.

Die Bühne für die nächste Aufführung arrangierte die Regierung selbst. Als sie mich am 6. Dezember 1992 entließ, fügte sie die Order hinzu, daß ich das Gebäude nicht betreten dürfte, bis der Disziplinarausschuß sein

Urteil gefällt hätte. Das war ein Fehler, ja mehr als einer. Erstens war die Entlassung unrechtmäßig oder zumindest rechtlich umstritten. Zweitens gab es keine solide rechtliche Grundlage, mir den Zutritt zum Gebäude zu verwehren. Dies war ein unkluger und aussichtsloser Racheakt meiner Verfolger, die fühlten, daß sie nach zwei erfolglosen Jahren ihrem Ziel nahe waren. Sie machten es mir einfach. Da ich das Disziplinarverfahren und die Suspendierung als ungesetzlich oder zumindest als anfechtbar betrachtete, erklärte ich, daß ich sie bis zur gerichtlichen Entscheidung ignorieren würde. Und verkündete, daß ich am nächsten Morgen wie immer in mein Büro gehen würde.

Dies war mein zweiter, nun aber zeremonieller Antritt. Wieder nahm ich die Straßenbahn und die Untergrundbahn, da ich nicht wollte, daß mich die Schar der Sicherheitsbeamten in schwarz zu früh erblickte. Aus der Ferne sah ich schon, daß – wie im dritten Akt einer Lehár-Operette – die Treppe zum Haupteingang von Menschen wimmelte. Ich rannte die Stufen hinauf und stieß gegen die Linie der Wachbeamten, die mir nach einem Moment des Zögerns und der Verlegenheit – wie mehr als zwei Jahre zuvor – Platz machte und mich hineinließ, durch die Menge der Journalisten, der Fernsehkameras, der Kollegen, die die große Eingangshalle und die Galerien füllten, lachten und weinten, jubelten und klatschten. Nicht mich feierten sie, sondern sich selbst, uns alle und diesen flüchtigen Augenblick des moralischen Sieges, den letzten süßen Augenblick unserer Unabhängigkeit, für die wir zwei Jahre gemeinsam gekämpft hatten. Selbst wenn ich versuche, kühl und zynisch zu bleiben, muß ich gestehen, daß dies ein großer Augenblick in unserem Leben war. Und gutes Theater.

Budapest/Wien im Juni 1993

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Leszek Kolakowski

Vorwitzige Bemerkungen eines Laien zum neuen Katechismus

Der neue Katechismus der Katholischen Kirche, in sechsjähriger Arbeit von einer eigens dafür eingerichteten Kommission erstellt, enthält 2865 nummerierte Paragraphen und umfaßt einschließlich der Register über 800 Seiten.¹ Es wäre unmöglich, in einem kurzen Kommentar alle seine beachtungswürdigen Lehren zu erörtern.

Wie vorauszusehen und auch intendiert war, bringt der Katechismus in bezug auf die Lehre nichts Neues – weder im Bereich der theologischen Fragen noch dem der kirchlichen Soziallehre. Doch er enthält eine Kodifizierung zahlreicher kirchlicher Dokumente, Botschaften, Enzykliken und Pontifikalbriefe, die in den letzten Jahrzehnten herausgekommen sind. Nicht um Neuigkeiten geht es also, sondern um den Geist, in dem das Ganze gehalten ist.

Die Journalisten, die erste Informationen über den Katechismus verbreiteten – mit Sicherheit ohne ihn gelesen zu haben –, berichteten von folgenden Sensationen: Dem Katechismus zufolge sollte man nicht in trunkenem Zustand Auto fahren – ein Hinweis, den wir in der Tat in der Version aus dem 16. Jahrhundert nicht finden werden –, noch sollte man Steuern hinterziehen oder Horoskope konsultieren (dabei hat die Kirche unabänderlich seit der Antike die Astrologie verurteilt). Dies ist typisch für die Art, wie Ignoranten wichtige Texte überfliegen. Es gibt natürlich im Katechismus einige geringfügige Modernisierungen, die nur als offensichtliche Beispiele aus den traditionellen Geboten und Vorschriften abgeleitet werden. Es lohnt nicht, darüber zu schreiben; wenn man zum Beispiel nicht lügen soll, sollte man auch im Fernsehen nicht lügen; keine allzu komplizierte Deduktion und kein allzu sensationelles Gebot.

Es war auch vorauszusehen, daß der Katechismus Angriffe und Kritik seitens der katholischen Progressisten auf sich ziehen würde, vor allem die Anschuldigung, er verrate den Geist des letzten Konzils. Die Lektüre des Textes rechtfertigt jedoch solche Vorwürfe nicht. Auf jeden Fall sollten die Kritiker, so sie solche Anwürfe erheben wollen, sie mit Zitaten aus beiden Texten belegen. Der Katechismus scheint mir im Gegenteil ganz in Übereinstimmung mit den Lehren des letzten Vatikanischen Konzils zu stehen,

dessen Dokumente unzählige Male angeführt werden, vor allem aus *Gaudium et Spes* und *Lumen Gentium*; oder haben die Progressisten etwa erwartet, daß der Katechismus das priesterliche Zölibat abschafft, das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit aufhebt, die Praxis der homoerotischen Liebe erlaubt, eine demokratisch-liberale Ordnung in der Kirchenverfassung einführt und darüber hinaus auch noch die sofortige Enteignung der brasilianischen Bourgeoisie fordert?

Ökumenische Lücken

Neu ist nicht so sehr, was der Katechismus enthält, neu ist vielmehr, was er ausläßt. In ihm findet sich keine Verurteilung anderer Formen des Christentums oder der nichtchristlichen Religionen mehr. Es gibt zwar eine kanonische Definition der Häresie (2089), auf die unbegreiflicherweise im Index nicht verwiesen wird; es gibt aber keine Definition des Häretikers (die, entsprechend dem kanonischen Recht, nicht bis ins letzte aus dem Begriff der Häresie deduzierbar ist); das Schlagwort im Register verweist lediglich auf ein Fragment (465), in dem die christologischen Häresien der ersten Jahrhunderte erwähnt werden, also rein historische Angelegenheiten. An einer Stelle (406) werden die »ersten Reformatoren« erwähnt, die behauptet haben, daß die menschliche Freiheit durch die Erbsünde vollständig zunichte gemacht worden sei.

In dem Teil, in dem die traditionelle Lehre von der Dreifaltigkeit bekräftigt wird, finden wir ein recht langes Kapitel, das der geheimnisvollsten Person der Dreifaltigkeit gewidmet ist – dem Heiligen Geist, dessen Verehrung im östlichen Christentum einen größeren Raum einnimmt als in der römisch-katholischen Tradition. Doch die dogmatische Differenz – die einzige im übrigen – zwischen der römischen Kirche und der Orthodoxie, die sogenannte *filioque*-Frage (ob der Heilige Geist, wie das Ostchristentum behauptet, nur von Gottvater abstamme oder von Vater und Sohn) wird nicht erwähnt.² Hingegen gibt es häufige Hinweise auf die byzantinische Liturgie. An die *Comma Johanneum*, den deutlichsten Text, der die Lehre von der Dreifaltigkeit begründet, wird nicht erinnert. Damit wird indirekt bestätigt, was schon Erasmus von Rotterdam behauptet hat: daß es sich dabei um eine spätere Interpolation handelt.

Es ist auch bemerkenswert, daß es in der Bezugnahme auf päpstliche Dokumente eine Lücke gibt, die sich von der Mitte des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts erstreckt (als Autor von *Cum quorundum* wird irrtümlicherweise Pius IV. angegeben; in Wirklichkeit war es Paul IV., ein Reformator und Asket zwar, aber wohl der schlimmste Tyrann und Verfolger in der Geschichte des modernen Papsttums; keine allzu wichtige Anmerkung im übrigen). Ich weiß nicht, wie diese Auslassungen zu erklären

sind. Doch mit Sicherheit beinhalten die wichtigsten posttridentinischen³ Dokumente im gesamten 17. Jahrhundert und danach eine Verurteilung der aufeinander folgenden Häresien, Fehler und Abweichungen: derer des Baius, der Jansenisten, der jesuitischen Moralisten, der Quietisten, der Gallikaner, von Fenelon, von Eybel etc. Es geht also vermutlich darum, aus der Darstellung der Lehre den anathematischen Kontext zu entfernen (ich glaube, das ist kein allzu geschickter Neologismus).

Obwohl also Fragen der die Lehre betreffenden Konflikte mit dem nichtkatholischen Christentum im Katechismus nicht vorkommen, hat die Frage der gegenseitigen Beziehungen und des Respekts ihren Platz und wird im Geiste des Konzildokuments *Unitatis Redintegratio* behandelt, das an entsprechenden Stellen zitiert wird.⁴ Denjenigen, die in nichtkatholischen Kirchen geboren werden und »mit dem Glauben an Christus erfüllt werden, können keine Vorwürfe wegen der Sünde der Trennung gemacht werden und die katholische Kirche begegnet ihnen in brüderlicher Achtung und Liebe ...«; darüber hinaus werden sie »aufgrund des Glaubens in der Taufe gerechtfertigt, Christus einverleibt, und darum gebührt ihnen der Ehrenname des Christen« (818). (Es kann einem bange werden, wenn man daran denkt, was die tridentinischen Konzilsväter dazu gesagt hätten.) Was die orthodoxe Kirche anbetrifft, so ist »die Gemeinschaft mit ihr so tief, daß ihr nur wenig fehlt, um zu der Fülle zu gelangen, die zu einer gemeinsamen Feier der Eucharistie des Herrn berechtigt« (838).

An verschiedenen Stellen (781, 839) wird das Volk Israel als Gottes Volk erwähnt, das als erstes der Offenbarung im Alten Bund teilhaftig wurde und in dem Jesus, der Messias von Israel geboren wurde; die Verbundenheit mit dem jüdischen Volk wird betont, obwohl natürlich erwähnt wird, daß die Juden die messianische Botschaft Christi zurückgewiesen haben, der zwar tiefe Achtung für den Jerusalemer Tempel empfand, aber sein Verhältnis zum alttestamentarischen Recht veränderte und selber Sünden vergab (574-591). Die Moslems werden nur einmal kurz erwähnt (841), als Bekenner des Glaubens von Abraham, die ebenfalls von der göttlichen Heilsabsicht umfaßt sind. Was die Heiden anbetrifft (das Wort wird nicht benutzt, außer in einem Zitat des heiligen Paulus), erkennt der Katechismus an, daß auch sie einen unbekanntem Gott suchen und daß Gott ihre Erlösung wünsche.

Der Grundsatz, daß es »außerhalb der Kirche kein Heil gebe«, bedeute nicht, daß diejenigen, die ohne eigenes Verschulden das Evangelium Christi und die Kirche nicht kennen, aber bestrebt sind, Gottes Willen zu tun, so wie das Gewissen es ihnen eingibt, nicht erlöst werden könnten (847 und 848). Es wird auch empfohlen, »mit aufrichtigem Ernst die verschiedenen Religionen zu achten, die nicht selten einen Strahl jener Wahrheit wiedergeben, die alle Menschen erleuchtet« (2104).

Zweideutige Freiheit des Christenmenschen

Alle diese Themen sind aus den Texten des Zweiten Vatikanischen Konzils und aus anderen päpstlichen Dokumenten der letzten Jahrzehnte bereits bekannt. Dazu gehört auch der Grundsatz der Religionsfreiheit, die so verstanden wird, daß niemand gezwungen werden kann, gegen sein Gewissen zu handeln (160), und niemand gehindert werden sollte, seine Religion im Rahmen des Gesetzes auszuüben. Doch »das Recht auf Religionsfreiheit bedeutet weder die moralische Erlaubnis, einem Irrtum anzuhängen, noch ein angebliches Recht auf Irrtum, sondern es ist ein natürliches Recht des Menschen auf die bürgerliche Freiheit, das heißt darauf, daß im religiösen Bereich – innerhalb der gebührenden Grenzen – von der politischen Gewalt kein äußerer Zwang ausgeübt wird«. Dabei darf das Recht auf Religionsfreiheit »weder unbeschränkt noch bloß durch eine positivistisch oder naturalistisch verstandene öffentliche Ordnung beschränkt sein« (2106-2109).

An dieser Stelle gibt es jedoch im Katechismus eine unangenehme Zweideutigkeit. Wenn die so allgemein gehaltenen Begrenzungen der Religionsfreiheit nur bedeuten würden, daß niemand das Recht hat, unter Berufung auf seine Konfession gegen das Gesetz zu verstoßen, hätte kein vernünftiger Mensch dagegen etwas einzuwenden. Aber der Katechismus beruft sich an dieser Stelle auf zwei wichtige, wenig erbauliche Dokumente (allerdings ohne sie zu zitieren): Die Enzyklika *Quanta cura* von Pius IX. aus dem Jahr 1864 (zu der der berühmte *Syllabus* eine Art Appendix bildete⁵), sowie die Enzyklika *Libertas praestantissimum* von Leo XIII. aus dem Jahr 1888. Beide Dokumente beinhalten aber eine klare und eindeutige Verurteilung von Religionsfreiheit: In beiden Enzykliken lehnen nämlich die Päpste ein staatlich garantiertes Recht, *jedweden* Religionskult öffentlich auszuüben – also das Recht jeden Bürgers, Gott zu ehren *oder auch nicht* – explizit ab. Pius und Leo widersetzen sich gerade der liberalen Ablehnung des Katholizismus als einziger verbindlicher Staatsreligion. In ihrem Verständnis bedeutet die Religionsfreiheit vielmehr, daß es jedem im Staate aufgegeben sei, den Willen Gottes zu erfüllen und zu tun, was Er gebietet. Kurz gesagt bedeutet eine so begriffene Religionsfreiheit so viel wie keine Freiheit. Wenn auch, wie gesagt, diese Dokumente, die aus einer Zeit stammen, in der der Liberalismus als Hauptfeind des Christentums galt, nicht direkt zitiert werden, sondern nur in den Fußnoten zu jenen Paragraphen des Katechismus vorkommen, die von der Religionsfreiheit handeln, so wird doch mit der Berufung auf sie zweifelsohne latent suggeriert, die zwangsweise Eliminierung nichtkatholischer Religionsformen (sowie des Atheismus) und die Anerkennung des Katholizismus nicht nur als Staats-, sondern als einzig zulässige Religion, mit anderen Worten die

völlige Abschaffung der religiösen Toleranz und Freiheit, seien lobenswert und erstrebenswert.

Dies alles steht im Widerspruch zu den im Katechismus gleichzeitig angeführten eindeutigen ökumenischen Erklärungen sowie der Ablehnung »jeder Form einer Diskriminierung in den gesellschaftlichen und kulturellen Grundrechten einer Person, sei es wegen des Geschlechts oder der Rasse, der Farbe, der gesellschaftlichen Stellung, der Sprache oder der Religion« (1935). Auf diese Weise leistet der neue Katechismus einer bedauernswerten Zweideutigkeit Vorschub, die leicht von der Propaganda eines konfessionellen Staates, selbst in seiner extremsten Form, ausgenutzt werden könnte. *Dixi.*

Es bietet sich an, diese Zweideutigkeit mit den im Katechismus ebenfalls, wenn auch nicht allzu aufdringlich vorhandenen Elementen des augustini-schen »positiven« Freiheitsbegriffs in Verbindung zu bringen, demzufolge ich nicht etwa dadurch frei bin, daß ich zwischen Gut und Böse wählen kann, sondern erst frei werde, wenn ich tatsächlich das Gute wähle. Auf der einen Seite wird Freiheit definiert als das Vermögen, etwas zu tun oder zu lassen, über die eigenen Taten zu entscheiden. Das setzt die Freiheit der Wahl zwischen Gut und Böse voraus (1731-1732); »die Todsünde ist wie auch die Liebe eine radikale Möglichkeit, die der Mensch in Freiheit wählen kann« (1861). Andererseits erfahren wir, daß man »desto freier wird, je mehr man das Gute tut. Wahre Freiheit gibt es nur im Dienst des Guten und der Gerechtigkeit. Die Entscheidung zum Ungehorsam und zum Bösen ist ein Mißbrauch der Freiheit und macht zum Sklaven der Sünde.« (1733) »Unsere innere Freiheit und unsere Standhaftigkeit in Prüfungen sowie gegenüber dem Druck und den Zwängen der äußeren Welt nehmen in dem Maß zu, in dem wir den Anregungen der Gnade folgen.« (1742)

Dies ist eine riskante Zweideutigkeit. Entsprechend dem normalen Gebrauch des Wortes »Freiheit« bin ich frei aufgrund der Möglichkeit zu wählen, das heißt, ich bin frei, sowohl wenn ich das Gute als auch wenn ich das Böse wähle. Im letzteren Fall werde ich böse, aber ich höre nicht auf, frei zu sein, weshalb ich auch für meine böse Tat verantwortlich bin. Demgegenüber setzt die »positive«, augustini-sche Vorstellung von Freiheit diese mit der Freiheit von der Sünde gleich, unterstellt also, daß meine Freiheit umso mehr erblühen werde, je weniger die Welt mir Gelegenheit zur Sünde bietet. Diese Auffassung legt demnach die Schlußfolgerung nahe, jede Form des Zwangs, die meine Möglichkeiten zu sündigen *ein-schränkt*, befördere nicht allein mein Wohl, sondern *vermehrte* auch meine Freiheit. Und damit bietet die augustini-sche Lehre an diesem Punkt eine gute Rechtfertigung für ein repressives Regime.

Die »wirkliche Freiheit« im Unterschied zur gewöhnlichen Freiheit, der

Freiheit *tout court*, ist ein unguter Begriff, wie uns die jüngste Geschichte gelehrt hat. In dieser Hinsicht weckt die Zweideutigkeit des Katechismus die natürliche Wachsamkeit all jener, für die die Freiheit (nicht die »wirkliche«, sondern die gewöhnliche) von unschätzbarem Wert für die Menschheit ist.

Sozial-liberaler Katholizismus?

Außer Bibeltexten, Konzil- und Pontifikalbeschlüssen, zitiert der Katechismus auch viele Kirchenväter – lateinische ebenso wie griechische – sowie spätere Doktrinen und kirchliche Schriftsteller, nicht unbedingt nur die kanonisierten; der chronologisch letzte in der Reihe ist, wenn ich mich nicht irre, Kardinal Newman. Mit einiger Verblüffung stellt aber der Leser fest, daß unter der Überschrift »kirchliche Schriftsteller« auch Cicero geführt wird, von dem es ein Zitat gibt. Diese übertriebene Ökumene ist wohl eher die Folge von Schlamperei.

Die Soziallehre der Kirche wird im zweiten und dritten Abschnitt des dritten Teils vorgetragen, der von der Berufung des Menschen und den zehn Geboten handelt. Die moralischen Prämissen bleiben natürlich unverändert, doch die Auslassungen und Verschiebungen der Akzente sind bedeutsam. Der Katechismus betont, daß die menschliche Person das Ziel und die Grundlage aller sozialen Institutionen darstellt. Die Staatsgewalt ist insoweit legitim, als sie für das Gemeinwohl wirkt und sich sittlich erlaubter Mittel bedient. In diesen Grenzen sind verschiedene politische Systeme zulässig. Despotische Macht ist illegal. Die Bürger werden ermutigt, am öffentlichen Leben teilzunehmen und von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Der Katechismus betrachtet die »übermäßigen Ungleichheiten« zwischen den Menschen und den Völkern als Skandal und rühmt die Tugend der Solidarität sowie die Notwendigkeit, die Würde aller Menschen ohne Ausnahme zu achten. Die kirchliche Lehre setzt sich für das Recht auf Eigentum und freies Unternehmertum ein, wie auch für das Recht auf Emigration; sie fordert aber auch das Recht auf Gesundheitsfürsorge, soziale Unterstützung für Familien und andere Einrichtungen des Sozialstaates.

Wie früher verurteilt die Kirche Theorien, die den Profit zum höchsten Ziel des ökonomischen Strebens erklären, sowie auch totalitäre Ideologien (»die in neuerer Zeit mit dem ›Kommunismus‹ oder ›Sozialismus‹ einhergingen« (2425) – die einzige Gelegenheit, bei der diese Worte auftauchen; im Register findet man sie nicht). Nach weltlichen Maßstäben also, wenn man die theologischen Begründungen wegläßt, steht die Kirche der Sozialdemokratie nahe: weder völliger Liberalismus noch zentral gelenkte Planwirtschaft. Streiks sind im Notfall zulässig, doch Gewaltanwendung

durch Streikende wird verurteilt. Den Priestern geziemt es nicht, direkt am politischen Leben teilzunehmen. Diese Aufgabe ist den katholischen Laien vorbehalten. Im Vergleich zu den klassischen Sozialzyklen⁶ verkündet der Katechismus keinen korporatistischen Staat mehr, obwohl natürlich die allgemeinmenschliche Solidarität betont wird.

Die Soziallehre, die im Katechismus vorgetragen wird, muß sehr allgemein bleiben, um ihre universelle Gültigkeit behalten zu können. Sie konstruiert nur ein Begriffsskelett, und es wäre schwer, außer im Extremfall, detaillierte Schlüsse in kontroversen Fragen aus ihr abzuleiten. Das kann man den Autoren nicht verübeln. Man wird aber ganz allgemein feststellen können, daß die Kirche mit der demokratisch-liberalen Ordnung versöhnter ist als jemals zuvor. So läßt sich schwerlich übersehen, daß das wichtigste Dokument in der Geschichte der Soziallehre, *Rerum Novarum*, überhaupt nicht mehr erwähnt wird, und das zweitwichtigste, *Quadragesimo Anno*, nur einmal in einer relativ zweitrangigen Angelegenheit Erwähnung findet. Die Sozialzyklen von Johannes Paul II. werden hingegen mehrfach zitiert.

In Zusammenhang mit dem fünften Gebot meint der Katechismus, daß man in Extremfällen von der Todesstrafe nicht absehen sollte; die direkte Euthanasie hingegen (und natürlich auch die Abtreibung) wird verurteilt. Zulässig jedoch ist der Verzicht auf außerordentliche medizinische Schritte bei Sterbenden, wenn sie in keinem Verhältnis zum erwarteten Erfolg stehen, sowie die Anwendung von Schmerzmitteln, auch wenn sie den Tod beschleunigen könnten. Der Selbstmord gilt nach wie vor als »schwere Verfehlung« (2281), doch führt er nicht automatisch zum Verlust der Erlösung; Gott kann den Selbstmörder erlösen, die Kirche sollte für ihn beten. Die Folter wird ohne Einschränkungen verdammt. Dabei können wir an einer Stelle so etwas wie Selbstkritik bemerken: Die Folter sei in der Vergangenheit ohne Mißbilligung der Hirten der Kirche zur Anwendung gekommen, die in ihren eigenen Gerichten die Vorschriften des römischen Rechts in bezug auf die Folter übernahmen. »Von diesen bedauerlichen Vorkommnissen abgesehen, trat die Kirche stets für Milde und Barmherzigkeit ein« (2298). Wie man dieses »abgesehen von« und »stets« gegeneinander zu gewichten hat, darüber müssen sich die Historiker den Kopf zerbrechen.

Der Kodex der Sexuelsitten bleibt unverändert, einschließlich des Verbots künstlicher Empfängnisverhütung, der künstlichen Befruchtung außerhalb der Ehe und des vorehelichen Geschlechtsverkehrs.

Der Katechismus, wie ich ihn verstehe, ist keine Sammlung absolut bindender Dogmen wie das nizäische Credo, sondern eine Darlegung derjenigen Interpretationen des Glaubensbekenntnisses, die im gegebenen Augenblick von der Kirche als die besten anerkannt werden. Da es sich um

Interpretationen handelt, müssen nicht alle Bestandteile des Katechismus als rechtmäßig *de iure divino* gelten, und man kann sich vorstellen, daß manches in der Zukunft geändert werden könnte; der Verzicht auf das Priesterzölibat, die ausnahmslose Ablehnung der Todesstrafe oder gewisse Lockerungen im Kodex der Sexualverbote bräuchten vermutlich keine Revision von Dogmen nach sich zu ziehen.

Der Katechismus ist kein Lehrbuch der Theologie, wenn er auch das offenbarte Wort auslegt und in diesem Sinne ein theologischer Text ist; doch die Auslegung wird einfach und kurz vorgelegt, ohne sich in Diskussionen und historische Details zu vertiefen.

Die theologisch komplexesten und kontroversesten Fragen, die in der Neuzeit zu den heftigsten Entzweigungen geführt haben, betreffen die Probleme der Prädestination, der Gnade und des freien Willens. Das ist ein Bereich voller Irrungen und Wirrungen, voller widersprüchlicher, häufig ausweichender Erklärungen. Man kann jedoch den Kern der Auseinandersetzung in Erinnerung rufen. Die Gnade Gottes ist schon von ihrer Definition her unverdient. Doch der hl. Augustinus und seine Anhänger, einschließlich der Theologen der frühen Reformation, verkündeten u.a. zwei Lehren, die zu den heftigsten Auseinandersetzungen geführt haben. Erstens wirke die Gnade, durch die wir gerechtfertigt, also der Erlösung würdig sind, unumstößlich, das heißt, diejenigen, denen sie gegeben ist, seien nicht in der Lage, sie zu verwirken, weil man sonst annehmen müßte, daß der Mensch den Willen Gottes durchkreuzen könnte. Zweitens sei die Gnade nicht nur unverdient: Sie sei nur manchen gegeben (tatsächlich nur wenigen), und zwar ganz unabhängig von ihrem Verhalten; denn nach der Katastrophe der Erbsünde könne niemand von sich aus Verdienste haben: Ohne Gottes Hilfe wähle vielmehr der menschliche Wille mit Gewißheit das Böse; wähle er das Gute, so tue er das nur aufgrund der Gnade – die unverdient und unverwirkbar sei.

Den christlichen Humanisten zufolge, einschließlich der Jesuiten, mache diese Lehre zum einen aus Gott einen launischen Tyrannen, der über die ewige Erlösung oder Verdammnis der Menschen nach unbegreiflichen Prinzipien entscheidet, die mit unseren Anstrengungen nichts zu tun haben. Zum anderen mache sie die Rolle des freien Willens völlig zunichte, was nicht nur theologisch, sondern auch moralisch gefährlich sei, weil es unterstellt, daß es keinen Sinn mache, sich anzustrengen, wenn nichts, aber auch gar nichts in Sachen Erlösung von uns selbst abhängt. Die jesuitische Theologie, die von ihren Gegnern »semi-pelagianisch« genannt wurde (dieser Begriff war in der Antike unbekannt, und man wird ihn in den Verurteilungen des Pelagianismus nicht finden⁷), setzte voraus, daß die Gnade, die uns zu guten Taten befähigt, für die Erlösung natürlich unerläßlich sei, doch sei sie gleichermaßen allen Menschen gegeben, und sie

werde durch unseren Willen wirksam. Im Ergebnis ist also die Erlösung das Werk zweier unabhängiger Kräfte: von Gott, der die notwendige Hilfe erteilt, und vom Menschen, der die freie Wahl zwischen Gut und Böse vollzieht.

Die Dekrete des Konzils von Trient blieben in dieser Frage zweideutig, so daß sich sowohl die Schüler von Augustinus wie auch die Jesuiten und andere Bekenner des christlichen Humanismus auf sie berufen konnten. Clemens III. hat vernünftigerweise den Theologen Debatten über das Thema untersagt, doch das Verbot war nicht allzu wirksam. Zahlreiche spätere Dekrete, angefangen mit der Verurteilung von Baius 1567 bis zur Verurteilung von Quesnel 1713, hatten hingegen eine deutliche Orientierung: Sie beinhalteten eine Verurteilung der Augustinischen Lehre (natürlich ohne den großen Doktor zu erwähnen) und die schrittweise, zweifelsfreie Anerkennung des jesuitischen, semi-pelagianischen Humanismus.

Wo ist der neue Katechismus in dieser Schlüsselfrage zu verorten? Seine allgemeinste Tendenz ist anti-augustinisch, doch gewisse Zweideutigkeiten bleiben; die Aussage des hl. Paulus über Adam, die von der Vulgata falsch übersetzt wurde (»da in ihm alle gesündigt haben«) und dann als die stärkste biblische Untermauerung der Augustinischen Lehre von der Erbsünde fungierte, wird inzwischen (auch in den neueren katholischen Übersetzungen des Neuen Testaments) mit »weil sie alle gesündigt haben« übersetzt, was der Idee einer ererbten Sünde den Boden entzieht. Der Katechismus spricht von dem »Geheimnis der Weitergabe der Erbsünde« und der Schwächung der menschlichen Natur, die dies zur Folge hat (403-405); er sagt auch: »Durch die Sünde der Stammeltern hat der Teufel eine gewisse Herrschaft über den Menschen erlangt, obwohl der Mensch frei bleibt.« (407) Das ist mit einer semi-pelagianischen Auslegung vereinbar.

Die Freiheit der Wahl zwischen Gut und Böse wird bestätigt (1732). Zwar sind »die Verdienste für gute Werke in erster Linie der Gnade Gottes und erst dann dem Glaubenden zuzuschreiben« (2008), unsere Verdienste sind sogar »Geschenke der göttlichen Güte« (2009; unter den vielen Stellen, die von der Gnade handeln, ist dies wohl die einzige, an der der hl. Augustinus zitiert wird, auf den sich der Katechismus doch in anderen Fragen häufig beruft). Allerdings wird hier weder unterstellt, daß die Gnade unumstößlich wirke, noch daß sie von Gott nur wenigen gegeben, während der Rest der eigenen Verdorbenheit preisgegeben sei, die sie unausweichlich in die Hölle führe. Man muß darauf hinweisen, daß Augustinus zufolge die Gnade zwar unumstößlich wirkt, doch in diesem Sinne nicht die Freiheit zunichte macht. Durch Gott wird unser Wille verändert; sind wir also der Gnade teilhaftig, tun wir das, was wir wirklich tun wollen,

wir handeln nicht unter Zwang, auch wenn wir Gutes aus Notwendigkeit tun; auf diese Weise wird jedoch die Freiheit nur verbal erhalten.

Auch in anderen, abgeleiteten Fragen ist der Standpunkt des Katechismus humanistisch, nicht augustinisch: Kinder, die ohne Taufe sterben, werden der Barmherzigkeit Gottes anvertraut, der sie retten kann (1261); dem hl. Augustinus zufolge (im Unterschied zu Thomas von Aquin) sind Säuglinge, die vor der Taufe sterben, einzig aufgrund des fehlenden Taufsakraments den ewigen Qualen im Höllenfeuer preisgegeben, obwohl sie mit keiner aktuellen Sünde belastet sind. Jesus Christus ist ausnahmslos für alle Menschen gestorben (605), in Übereinstimmung mit dem hl. Paulus (Röm 5, 18 – 19), dessen in dieser Hinsicht eindeutigen Text⁸ die Anhänger des Augustinus so übersetzt haben, daß er die gegenteilige Bedeutung annahm. Nicht nur die vollkommene Reue (*contritio*), die aus der Liebe zu Gott und dem Bedauern, daß man Ihn beleidigt hat, erwächst, wird als Geschenk Gottes anerkannt, sondern auch die »unvollkommene Reue« (*atritio*), die aus eigensüchtigen Motiven, aus Scham und Angst vor Verdammnis entsteht (1453). Diese Unterscheidung war vor dem Konzil von Trient nicht anerkannt, und die Anhänger des Augustinus lehnten sie als unwürdiges neomodisches Zeug ab.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Katechismus in dieser besonders wichtigen Frage einen weiteren Schritt darstellt auf dem Wege zur Befreiung der Kirche vom Augustinismus und zur Annahme einer humanistisch-jesuitisch-semi-pelagianischen Theologie. *Gaudeamus*.

Aus dem Polnischen von Anna Leszczynska

Anmerkungen der Redaktion

Da nicht alle Leser über die profunde theologische Bildung Leszek Kolakowskis verfügen werden, hat sich die Redaktion erlaubt, einige seiner Hinweise in den Anmerkungen explizit zu machen. (Otto Kallscheuer)

- 1 Katechismus der Katholischen Kirche, München/Wien/Leipzig/Freiburg/Linz 1993. Die französische Ausgabe erschien Ende 1992 in Paris, die englische Ausgabe und die lateinische »als Urtext geltende« *editio typica* sind noch in Vorbereitung. Im folgenden wird nach den international einheitlichen Paragraphen-Nummern zitiert.
- 2 Oder vielmehr: Sie wird gleichsam nur als historische Fußnote ohne heutige dogmatische Relevanz angeführt (in den Paragraphen 236 bis 248): »Die östliche Tradition bringt vor allem zum Ausdruck, daß der Vater der erste Ursprung des [Heiligen] Geistes ist. [...] Die westliche Tradition bringt vor allem die wesensgleiche Gemeinschaft zwischen dem Vater und dem Sohn zum Ausdruck, indem sie sagt, daß der Geist aus dem Vater und dem Sohn [*filioque*] hervorgeht. [...] Werden diese berechtigten, einander ergänzenden Sehweisen nicht einseitig überbetont, so wird die Identität des Glaubens an die Wirklichkeit des einen im Glauben bekannten Mysteriums nicht beeinträchtigt.«
- 3 Das Tridentinum, also das Konzil von Trient (1545-1563), war als dogmatische Bekräftigung und Verteidigung der römisch-katholischen Glaubens- und Sakramentenlehre gewissermaßen

die Antwort des Papsttums auf die Reformation. Hier wurde die Theologie der katholischen Gegenreformation festgeschrieben.

- 4 Dekret des Zweiten Vatikanischen Konzils über den Ökumenismus, beschlossen am 21. November 1964.
- 5 In seinem *Syllabus errorum*, wider die »theologisch-politischen Irrtümer der Zeit«, verurteilt Papst Pius IX. i.J. 1864 in achtzig Thesen alle Verfehlungen oder Irrtümer des Zeitalters von Aufklärung, Liberalismus und Revolution. Er gipfelt in der Abweisung der Auffassung, das Papsttum solle sich mit dem Fortschritt, dem Liberalismus und den Entwicklungen der zivilen Gesellschaft aussöhnen.
- 6 Vor allem *Rerum Novarum* (1891) von Papst Leo XIII. und *Quadragesimo Anno* (1931) von Pius XI. Beide Enzykliken hatten eine stark antiliberale Tendenz.
- 7 Nach Pelagius, der – als theologischer Antagonist des hl. Augustinus in der Streitfrage von Gnade und Erlösung – die Auffassung vertrat, der Mensch könne aus natürlicher Einsicht und kraft seines freien Willens sich durch gute Werke gewissermaßen die ewige Seligkeit »verdienen«. Damit leugnete er natürlich den menscheitsgeschichtlich katastrophalen Charakter der Erbsünde – Adam habe seinen Nachfahren nur ein schlechtes Beispiel gegeben.
- 8 »Wie es durch die Übertretung eines einzigen [d.h. Adams] für alle Menschen zur Verurteilung kam, so wird es auch durch die gerechte Tat eines einzigen [d.h. Jesu Christi] für alle Menschen zur Gerechtersprechung kommen, die Leben gibt.« (Röm 5, 18).

Simon Norfolk: Willkommen, Bienvenue, Welcome

















Zu den Autoren

Stefan Chwin, geb. 1949, lebt in Danzig als Schriftsteller und Literaturkritiker und lehrt Literaturwissenschaft an der dortigen Universität. 1989 erschienen seine Skizzen zur Gegenwart der Romantik und 1990 die »Kurze Geschichte eines Scherzes. Szenen aus Ostmitteleuropa«, Krakau.

Richard B. Freeman ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard University und an der London School of Economics sowie Projektleiter am National Bureau of Economic Research in Cambridge, MA. Freeman ist Vorsitzender des Expertenkomitees für das IWM-Projekt *Social Costs of Economic Transformation in Central Europe* (SOCO). Er publizierte zahlreiche Untersuchungen zur Ökonomie des Arbeitsmarkts unter den Bedingungen des Übergangs.

Elemér Hankiss, geb. 1928, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Budapest. Im August 1990 wurde er Intendant des Ungarischen Fernsehens. Im Januar 1993 verzichtete er auf die weitere Ausübung seines Amtes, ohne zurückzutreten; die Gründe lassen sich in seinem Beitrag für dieses Heft nachlesen. 1993 Wissenschaftliches Mitglied des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) und Wiegand Visiting Professor of Democratization an der Georgetown University, Washington. Arbeitet derzeit über »The Shock of Freedom. The Role of the Concept of Freedom in Recent European History and Everyday Life«. Zuletzt erschienen: *East European Alternatives*, Oxford UP 1990; *Diagnos-tiques*, Genf 1991.

Tony Judt, geb. 1948, ist Erich-Maria-Remarque-Professor für europäische Geschichte an der New York University und Korrespondierendes Mitglied des IWM. Arbeitet derzeit an einer Geschichte Nachkriegs-europas (1945-1989) und koordiniert das IWM-Projekt »Resistance and Collaboration in Europe, 1939-1945: Experience, Memory, Myth, and Appropriation«. Sein letztes Buch »Past Imperfect: French Intellectuals 1944-1956« erschien 1992 (University of California Press).

Ira Katznelson, geb. 1944, ist Loeb Professor of Political and Social Science an der Graduate Faculty der New School for Social Research in New York. Mitglied des SOCO-Experten-Komitees (s.o.). Beschäftigt sich derzeit u.a.

mit dem amerikanischen Liberalismus der letzten fünfzig Jahre. Zuletzt erschien: *Marxism and the City*, Oxford UP 1992.

Leszek Kolakowski, geb. 1927, lehrt Philosophie an der University of Chicago und am All Souls' College, Oxford. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. 1977 Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. In deutscher Sprache erschienen zuletzt u.a.: *Die Moderne auf der Anklagebank*, Zürich 1991 (Manesse); *Falls es keinen Gott gibt*, Freiburg 1992 (Herder).

Jacek Kuron, geb. 1934, polnischer Minister für Arbeit und Soziales. Mitbegründer und seit 1988 Vorsitzender der *Solidarnosc*, 1989 in den Sejm gewählt, seit 1991 Mitglied der *Demokratischen Union*. Auf deutsch erschien: *Glaube und Schuld – Einmal Kommunismus und zurück*, 1991 (Aufbau-Verlag).

Markus Meckel, geb. 1952, Pfarrer. Oppositionelle Tätigkeit in den siebziger und achtziger Jahren, 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR, 1990 letzter Außenminister der DDR, seit 1990 Mitglied des Bundestages.

Claus Offe, geb. 1940; Professor für Soziologie und Direktor des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen. Mitglied des SOCO-Experten-Komitees (s.o.). Arbeitet gegenwärtig über die Transformation in Europa und politisch-soziale Normen in der Sozialpolitik. *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten* erscheint in Kürze bei Campus in Frankfurt a.M.

Dieter Simon, geb. 1935. Direktor des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt a.M., Vorsitzender des Wissenschaftsrats der Bundesrepublik Deutschland 1989 bis 1992. Mitglied des Expertenkomitees für das IWM-Projekt *Transformation of National Higher Education and Research Systems of Central Europe*. Befasst sich derzeit mit Byzantinischem Recht und der Geschichte des Rechts in Deutschland 1945-1990.

Alexander Smolar, geb. 1941, ist Politologe an der École des Hautes Études en Sciences Sociales, Paris, und Berater der polnischen Ministerpräsidentin Hanna Suchocka. Korrespondierendes Mitglied des IWM. Bis 1990 Herausgeber der in London erscheinenden polnischen Vierteljahresschrift für Politik *ANEKS*.

Hans-Jürgen Wagener, geb. 1941, ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder. Arbeitet gegenwärtig über Systemwandel und Transformation. Letzte Publikation: *On the Theory and Policy of Systemic Change*, Heidelberg 1993.



Kirgisien, Herbst 1991: Der Wildhüter Ala Tao (Felix von Muralt/Lookat)